

gesis

*soFid – Sozialwissenschaftlicher  
Fachinformationsdienst*

02/2008

Politische Soziologie

---

GESIS-IZ Bonn 2008

---

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst  
soFid

---

# **Politische Soziologie**

Band 2008/2

bearbeitet von

Stefan Jakowatz

mit einem Beitrag von  
Jürgen Habermas

---

GESIS-IZ Sozialwissenschaften Bonn 2008

ISSN: 0176-4470  
Herausgeber: GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn  
bearbeitet von: Stefan Jakowatz  
Programmierung: Siegfried Schomisch  
Druck u. Vertrieb: GESIS-IZ Sozialwissenschaften  
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0  
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das GESIS-IZ ist eine Abteilung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist ein Institut der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2008 GESIS-IZ Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

## Inhalt

Vorwort.....	7
--------------	---

### *Jürgen Habermas*

Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?.....	9
---	---

### **Sachgebiete**

1 Politische Grundbegriffe und Konzepte.....	39
2 Theorie und Geschichte politischer Systeme.....	74
3 Staatstheorie und staatliches Handeln.....	88
4 Politische Parteien und Parteiensysteme.....	110
5 Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation.....	127
6 Politische Einstellungen und politische Bewegungen.....	142
7 Politische Kultur und Ethik, politische Eliten.....	165

### **Register**

Hinweise zur Registerbenutzung.....	195
Personenregister.....	197
Sachregister.....	203
Institutionenregister.....	217

### **Anhang**

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	223
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	223



---

### Vorwort zum soFid „Politische Soziologie“

Das GESIS-IZ Sozialwissenschaften bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom GESIS-IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften – bisher FORIS).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.gesis.org/IZ> zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

\* \* \*

Die politische Soziologie stellt das Verbindungselement zwischen Soziologie und Politikwissenschaft her. Unter Einbeziehung theoretisch-systematisierender wie auch historisch-empirischer Aspekte befasst sie sich mit den gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Voraussetzungen und Folgen des politischen Handelns, mit der Entstehung, Struktur und dem Wirkungszusammenhang politischer Systeme, den Interdependenzen von Aufbau, Ausbau und Modernisierung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ordnungen, der Entstehung von Macht und dem Einfluss gesellschaftlicher Gruppen und Akteure auf diesem Wirkungsgeflecht.

Diese Bestimmung des Wissensgebiets spiegelt sich in der Sachgebietsgliederung des vorliegenden Informationsdienstes wider: Politische Konzepte und Ideen, politische Systeme und Systemkrisen einschließlich historischer Erfahrungen, politische Steuerung und ihre Institutionalisierung,

---

staatliches Handeln einschließlich Verhältnis von Macht und Herrschaft, Parteiwesen, Wahlsoziologie, Partizipation, öffentliche Meinung, politische Einstellung, politische Bewegungen, Interessengruppen und Radikalismus, politische Eliten und politische Kultur, Werte, Wertewandel und Ethik sind Gegenstand der einzelnen Kapitel.

Aufgrund der Fülle der Dokumente in der ausgewiesenen Klassifikation „politische Soziologie“ konnten nicht alle aktuellen Nachweise aufgenommen werden. Die Auswahl erfolgte zunächst nach inhaltlichen Kriterien wie auch Aktualität, zusätzlich jedoch auch in Abgrenzung zu anderen Fachgebieten. So wurden Literatur oder Forschung, die in anderen soFid-Themenbereichen veröffentlicht werden, hier nicht noch mal dokumentiert. Dies gilt für Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu regionalen oder ethnischen Konflikten oder Gewalt wie auch zu Konversion, die im soFid „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ dokumentiert sind. Gleiches gilt für den umfangreichen Bereich „Sozialpolitik“.

Zu politischen Analysen für die neuen Bundesländer und die damit verbundenen Transaktionsprozesse informieren Sie sich bitte im Fachinformationsdienst „Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern“. Die umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung und Literatur zu Osteuropa wird im Dienst „Osteuropaforschung“ dokumentiert. Für das Gebiet „Stadt- und Regionalforschung“ gibt es einen eigenen Dienst, ebenso für „Bevölkerungsforschung“, „Umweltforschung“ oder „Frauen- und Geschlechterforschung“. Gesundheitsverhalten und -politik ist im soFid „Gesundheitsforschung“ enthalten, der Komplex „Migration und ethnische Minderheiten“ im gleichnamigen Band dokumentiert, politische Bildung findet sich im Band „Bildungsforschung“ wieder, um nur die wichtigsten angrenzenden Themenbereiche zu nennen.

Auch konnten Länderstudien aufgrund der großen Zahl der Nachweise nicht mehr einbezogen werden. Außer Acht gelassen wurden Beiträge zu Ressortpolitik, Kommunalpolitik und weitestgehend auch zu Europapolitik. Für diese Themen empfehlen wir eine individuelle Recherche in der Datenbank durchzuführen.

Dieser soFid-Ausgabe ist ein fachwissenschaftlicher Beitrag vorangestellt. Dabei handelt es sich um den Beitrag "Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie" von Prof. Dr. Jürgen Habermas.

Wir bedanken uns bei dem Autor und dem Suhrkamp Verlag für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.



# Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?<sup>1</sup>

## Empirische Forschung und normative Theorie<sup>2</sup>

*Dem Andenken von Bernhard Peters*

Jürgen Habermas

In der Aristotelischen *Politik* gehen normative und empirische Überlegungen Hand in Hand. Heute bringen politische Theorien, die aus der vernunftrechtlichen Tradition hervorgegangen sind, ein abstraktes Sollen zur Geltung, das sich in unseren immer komplexeren Gesellschaften mit ernüchternden Tatsachen konfrontiert sieht. Das scheint insbesondere auf das deliberative Modell der Demokratie zuzutreffen, welches die Legitimität erzeugende Kraft des demokratischen Verfahrens mithilfe des vernünftigen Charakters der Meinungs- und Willensbildung erklärt. Dieses Modell scheint ein besonders drastisches Beispiel für den immer tieferen Graben zwischen normativen und empirischen Ansätzen in der Politikwissenschaft zu sein. In den frühen Tagen von Paul Lazarsfelds *radio research* gab es noch eine selbstverständliche Verbindung zwischen der Kommunikationsforschung – also dem, was man damals *the dominant paradigm* nannte – und der Suche nach Wurzeln der Basisdemokratie in der Massengesellschaft.<sup>3</sup> Aber wie passt ein normativ aufgeladener Begriff wie »deliberative Politik« zu unserem vermeintlich realistischen Bild der Mediengesellschaft?<sup>4</sup> Ich will zunächst das deliberative mit dem liberalen und republikanischen Demokratiemodell vergleichen und mögliche Bezüge zur empirischen Forschung feststellen (I). Sodann untersuche ich, ob es empirische Evidenzen für die Annahme gibt, dass sich politische Diskurse auf grundsätzlich rational entscheidbare Fragen richten und selber ein Potential der Wahrheitsfindung besitzen (II). Die drei zentralen Abschnitte dienen dazu, den *prima facie-Zweifel* an dem empirischen Gehalt und der Anwendbarkeit des deliberativen Modells zu zerstreuen. Offensichtlich entspricht die Massenkommunikation nicht dem Bild jener Art spontaner *face to face communication*, die für »Deliberation« das Vorbild zu sein scheint (III). Wenn wir den gesamten Legitimationsprozess in den Blick nehmen und die Austauschbeziehungen zwischen dem politischen System und der Gesellschaft im Ganzen betrachten, bieten jedoch weder die Struktur noch die Machtdynamik der über Massenmedien laufenden Kommunikation Hindernisse für die Bildung rational gefilterter, in diesem Sinne »reflektierter« öffentlicher Meinungen (IV und V). Das Kommunikationsdesign, das ich für deliberative Politik entwerfe, muss freilich zwei kritischen Bedingungen genügen: Die mediengestützte politische Kommunikation kann den Legitimationsprozess in der Öffentlichkeit hochkomplexer Gesellschaften nur in dem Maße fördern, wie erstens ein selbstgeregeltes Mediensystem Unabhängigkeit von seinen sozialen Umgebungen erlangt, und zweitens das diffuse Massenpublikum, also die

---

1 Erstmals erschienen in: Jürgen Habermas : Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI, . Frankfurt am Main: © Suhrkamp Verlag, 2008, S. 138-191.

2 Eine Kurzfassung habe ich zur Eröffnung des Weltkongresses der International Communication Association in Dresden, Juni 2006, vorgetragen.

3 Elihu Katz, »Communications Research since Lazarsfeld«, in: *Public Opinion Quarterly* 51/1989, S. 25-45: »Lazarsfeld and company concluded that it is a good thing for democracy that people can fend off media influence and implied that the crowd may be less lonely and less vulnerable than mass society theorists had led us to believe.« Zur Kritik und Metakritik am herrschenden Paradigma vgl. Todd Gitlin, »Media Sociology«, in: *Theory and Society*, 6/1978, S. 205-235; Gaye Tuchman, »Mass Media Institutions«, in: Neil J. Smelser (Hg.), *Handbook of Sociology*, Den Haag: Sage 1988, S. 601-626.

4 Zum Beispiel die Kritik von Anthony McGann, *The Logic of Democracy*, Ann Arbor: University of Michigan Press 2006.

Leser, Hörer und Zuschauer der Massenmedien, eine Rückkoppelung zwischen den informierten Elitediskursen und einer aufnahme- und reaktionsbereiten Zivilgesellschaft herstellen (VI). Im Hinblick auf neue Formen des Regierens jenseits des Nationalstaates schließe ich mit einem Postskriptum zur Entstehung transnationaler Öffentlichkeiten (VII).

## I Die empirischen Bezüge normativer Demokratietheorien

Der institutionelle Rahmen moderner Demokratien fügt drei Elemente zusammen: die private Autonomie von Bürgern, die das Recht haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen; die demokratische Staatsbürgerschaft, also die gleichmäßige Inklusion freier und gleicher Bürger in die politische Gemeinschaft; und eine unabhängige politische Öffentlichkeit, die als Sphäre freier Meinungs- und Willensbildung Staat und Zivilgesellschaft miteinander verbindet. Die funktionale Trennung des administrativen Staates von einer kapitalistischen Wirtschaft erklärt, warum moderne Gesellschaften, wenn sie demokratisch verfasst sind, auf das vermittelnde Element eines öffentlichen Raumes angewiesen sind, in dem spontane Beiträge und Stellungnahmen der Bürger Resonanz finden können.

Unangesehen der Vielfalt der Verfassungstexte, Rechtsordnungen, politischen Einrichtungen und Praktiken bilden diese drei Elemente überall den normativen Kern demokratischer Rechtsstaaten. Und auf diese werde ich mich im Folgenden beschränken.

Das Verfassungsdesign sorgt (1) für den rechtsstaatlichen Schutz der Privatsphäre durch

- ein System von gleichen Grundfreiheiten für alle Bürger, die lediglich durch die Freiheitsrechte der anderen begrenzt werden (Kants Rechtsprinzip);
- Zugang zu unabhängigen Gerichten, die allen den gleichen Rechtsschutz gewähren; und
- die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Rechtsprechung und Exekutive, die die Bindung der öffentlichen Verwaltung an Recht und Gesetz garantiert.

Das Design sorgt (2) für die politische Teilnahme von möglichst vielen interessierten Bürgern durch

- gleiche Assoziations-, Teilnahme- und Kommunikationsrechte für alle;
- periodische Wahlen und gegebenenfalls Referenden auf der Grundlage eines inklusiven und egalitären Wahlrechts; – den Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien, Plattformen und Programmen; und
- das Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen in repräsentativ zusammengesetzten Körperschaften.

Das Design sorgt (3) für das angemessene Funktionieren einer bürgernahen politischen Öffentlichkeit durch

- die Trennung von Steuerstaat und Wirtschaftsgesellschaft (wobei die grundsätzlich gewährleisteten individuellen ökonomischen Freiheiten nicht schon eine neoliberale Wirtschaftsverfassung präjudizieren),
- Pressefreiheit, Medienvielfalt und Informationsfreiheit; und
- Regelungen, die den Zugang des Massenpublikums und der Zivilgesellschaft zur politischen Öffentlichkeit garantieren sowie der politischen, sozialen oder ökonomischen Vereinnahmung

---

von Arenen öffentlicher Kommunikation vorbeugen. Diese drei Elemente – gleiche Freiheitsrechte, demokratische Beteiligung und Regierung durch öffentliche Meinung – sind zwar in der Familie der Verfassungsstaaten grundsätzlich zu einem einzigen Design verschmolzen, jedoch in verschiedenen Traditionen in jeweils anderer Weise transitiv geordnet: Die liberale Tradition verrät eine Präferenz für die Freiheiten der Gesellschaftsbürger, während die republikanische und die deliberative Tradition jeweils die Teilnahme aktiver Staatsbürger an der demokratischen Willensbildung oder die Formierung möglichst rationaler öffentlicher Meinungen betonen.<sup>5</sup>

Die liberale Tradition, die im Wesentlichen auf John Locke zurückgeht und die amerikanischen Verfassungsväter in hohem Maße inspiriert hat, konzentriert sich auf das erste Element, also die rechtsstaatliche Institutionalisierung der Menschenrechte, insbesondere der – als »Freiheiten der Modernen« gepriesenen – negativen Freiheitsrechte. Die Intuition, die diese heute noch dominierende Linie des politischen Denkens bestimmt, zielt darauf ab, die Privatpersonen in ihrer naturwüchsigen gesellschaftlichen Umgebung gegen die Interventionen einer bevormundenden Staatsgewalt abzuschirmen. Der Verfassungsstaat dient wesentlich dem Schutz von Individuen, die ihre eigenen, höchst persönlichen Lebenspläne verfolgen. Im Vordergrund steht die rechtsstaatliche Domestizierung der öffentlichen Gewalt, während der demokratische Prozess eher eine bescheidene Funktion hat. Nach liberaler Auffassung geben die politischen Rechte den Bürgern die Möglichkeit, ihre privaten Interessen so zur Geltung zu bringen, dass diese sich am Ende über Stimmabgabe, die Zusammensetzung parlamentarischer Körperschaften und die Wahl einer Regierung zu einem auf die Administration einwirkenden politischen Faktor aggregieren können.

Diese instrumentalistische Auffassung der Demokratie steht in scharfem Gegensatz zum republikanischen Staatsbürgerethos, in dem das Pathos der nationalen Selbstbestimmung zum Ausdruck kommt. Die republikanische Tradition, die vom Humanismus der Renaissance aufgenommen wurde und über James Harrington auch die amerikanische, über Rousseau aber vor allem die Französische Revolution beeinflusst hat, konzentriert sich auf das zweite Element, nämlich die Erneuerung der verallgemeinerten politischen »Freiheiten der Alten« unter den modernen Lebensbedingungen einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft. Die Intuition, die dieses Denken leitet, findet ihren Ausdruck im Prinzip der Volkssouveränität. Die Regierungsgewalt soll nicht bloß verrechtlicht und von den Interessen der Bürger einer vorpolitisch schon konstituierten Gesellschaft abhängig gemacht werden. Nach republikanischer Auffassung ist vielmehr die vom Volke ausgehende und im demokratischen Prozess fortgesetzt sich selbst begründende und reproduzierende Staatsgewalt konstitutiv für den gesellschaftlichen Lebenszusammenhang im Ganzen. Der Aufbau des demokratischen Verfassungsstaates wird hier vom Telos der Ermöglichung einer von den vereinigten Bürgern gemeinsam ausgeübten Praxis der Selbstbestimmung her gedacht und nicht wie in der liberalen Tradition im Hinblick auf die Ermöglichung der autonomen Lebensführung jedes Einzelnen konzipiert. Die Staatsbürger dürfen ihre politischen Rechte nicht mit den negativen Rechten, die sie als Privatleute in Anspruch nehmen, verwechseln. Der Status des gemeinwohlorientierten Staatsbürgers soll nicht an den des Konsumenten oder Klienten, der nur seine eigenen Interessen verfolgt, angeglichen werden.

Das dritte Element, die Freiheit der Meinungsäußerung in einer deliberierenden Öffentlichkeit, die als Transformationsriemen zwischen der Zivilgesellschaft und den institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozessen des Staates fungiert, war insbesondere für die parlamentaristischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts eine Quelle der Inspiration. Zu dieser Tradition haben Kant und

---

5 Jürgen Habermas, »Drei normative Modelle der Demokratie«, in: ders., *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996: 277-292.

die Liberalen des Vormärz in Deutschland und der Schweiz (Welcker und Rotteck, Julius Fröbel) ebenso beigetragen wie John Stuart Mill oder, mit anderen Begründungen, John Dewey. Sie hat zwar in der Geschichte der politischen Ideen weniger tiefe Spuren hinterlassen als der klassische Liberalismus und der Republikanismus. Angesichts der elektronischen Kommunikationsrevolution bietet sich jedoch das deliberative Paradigma an,<sup>6</sup> um die starken normativen Ideen an die gesellschaftliche Komplexität der Gegenwart so anzuschließen, dass sie nicht von vornherein am Dementi der Tatsachen scheitern. (Das war jedenfalls die Absicht, die ich mit meinen Beiträgen zur Diskurstheorie des Rechts und der rechtsstaatlichen Demokratie – in *Faktizität und Geltung*<sup>7</sup> – verfolgt habe.)

Das deliberative Modell begreift die politische Öffentlichkeit als Resonanzboden für das Aufspüren gesamtgesellschaftlicher Probleme und zugleich als diskursive Kläranlage, die aus den wildwüchsigen Prozessen der Meinungsbildung interessenverallgemeinernde und informative Beiträge zu relevanten Themen herausfiltert und diese »öffentlichen Meinungen« sowohl an das zerstreute Publikum der Staatsbürger zurückstrahlt wie an die formellen Agenden der zuständigen Körperschaften weiterleitet. Während der demokratische Prozess für das republikanische Modell den Wert einer expressiven Willensäußerung hat und während ihm im liberalen Modell vor allem die Bedeutung zukommt, die Politiken der Regierung an das aufgeklärte Selbstinteresse der Gesellschaftsbürger zu binden, erwartet das deliberative Modell von der Einbettung des Wählerwillens und der formellen Beratungs- und Entscheidungsverfahren in die vitale, möglichst ungesteuerte Zirkulation öffentlicher Meinungen einen Rationalisierungsdruck, der die *Qualität* der Entscheidungen verbessert.

So setzt das deliberative Modell eher auf die Vernünftigkeit der Diskurse und Verhandlungen als auf die faire Bündelung der Motive erfolgsorientiert entscheidender Individuen oder den authentischen Charakter des gemeinsamen Willens einer Nation. Die kooperative Suche nach gemeinsamen Problemlösungen tritt hier an die Stelle der aggregierten Interessen der Gesellschaftsbürger oder des kollektiven Ethos der Staatsbürger. Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktionieren als wichtigste Schleusen für die diskursive Rationalisierung der Entscheidungen von Regierung und Verwaltung. *Rationalisierung* bedeutet dabei mehr als bloße Legitimierung, zugleich jedoch weniger als Konstituierung der Macht. Die administrative Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie an eine diskursive Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt; freilich kann die kommunikative Macht, zu der die Konkurrenz öffentlicher Meinungen nach demokratischen Verfahren verarbeitet wird, nicht selber »herrschen«, sondern bestenfalls den Gebrauch der administrativen Macht steuern.

Der Blick in die Geschichte politischer Ideen belehrt uns also über *drei Perspektiven*, aus denen *derselbe* institutionelle Komplex bis heute in verschiedener Weise wahrgenommen wird. Diese drei Wahrnehmungs- und Interpretationsweisen prägen das Selbstverständnis von Bürgern, Politikern und Beamten – und damit auch die Praktiken der Rechtssetzung und -anwendung, die innerhalb einer liberal verfassten politischen Gemeinschaft vorherrschen und sowohl die politische Identität einer Bevölkerung wie die politische Kultur eines Landes bestimmen.<sup>8</sup> Aristoteles war

6 Amy Gutman/Dennis Thompson, *Democracy and Disagreement*, Cambridge (Mass.): Harvard University Press 1996; James Bohman, *Public Deliberation*, Cambridge (Mass.): MIT Press, 1996. Seyla Benhabib, »Towards a Deliberative Model of Legitimacy«, in: dies. (Hg.), *Democracy and Difference*, Princeton: Princeton University Press 1996, S. 67-94; James Bohman/William Rehg (Hg.), *Deliberative Democracy*, Cambridge (Mass.): MIT Press 1997.

7 Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

8 Bernhard Peters, »Öffentlicher Diskurs, Identität und das Problem demokratischer Legitimität«, in: ders., *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, S. 322-376.

sich bewusst, dass die politische Theorie sich unmittelbar an die Bürger eines Gemeinwesens adressiert. Und John Rawls hat diese direkte Beziehung zwischen Theorie und Praxis mit seinem Begriff des *overlapping consensus* als ein selbstbezügliches Element sogar in die Theorie selbst eingebaut.<sup>9</sup> Ein eher indirekter Weg, die Verbindung zwischen Realität und normativer Theorie herzustellen, ist die Verwendung einer solchen Theorie für die Anlage eines empirischen Forschungsdesigns in den entsprechenden Bereichen der Politikwissenschaft.<sup>10</sup>

Das erklärt die Wahlverwandtschaften, die zwischen dem politischen Liberalismus und der ökonomischen Theorie der Demokratie auf der einen Seite, zwischen dem Republikanismus und bestimmten kommunitaristischen Ansätzen der Demokratieforschung auf der anderen Seite bestehen. Die liberale Konzeption geht von der Idee des Rechtsstaats aus und konzentriert sich auf *die* rechtliche Institutionalisierung von Freiheiten für die Bürger einer Wettbewerbsgesellschaft. Die ökonomische Theorie der Demokratie betrachtet dementsprechend politische Vorgänge unter dem Gesichtspunkt rationaler Wahlentscheidungen und erklärt den demokratischen Prozess über den Wettbewerb zwischen Parteien aus dem aufgeklärten Eigeninteresse der Bürger.<sup>11</sup> Die republikanische Konzeption dreht sich um die Volkssouveränität und stiftet einen empirischen Bezug zwischen der Selbstbestimmungspraxis der Bürger und ihrem staatsbürgerlichen Ethos. Die entsprechenden politikwissenschaftlichen Forschungen behandeln Fragen einer liberalen politischen Kultur, Formen einer angemessenen politischen Sozialisation oder andere Quellen von Solidarität (z.B. Vertrauen oder *habits of the heart*) als funktionale Notwendigkeiten für die Stabilität demokratischer Regimes.<sup>12</sup>

Während die beschränkte Perspektive auf das staatsbürgerliche Engagement die erhebliche Komplexität der zeitgenössischen Systeme verfehlt, blendet das Modell der rationalen Wahl aus dem politischen Verhalten wesentliche normative Züge aus. Das deliberative Modell richtet den Blick stärker auf die kognitiven Funktionen der Meinungs- und Willensbildung als auf rationale Wahl oder politisches Ethos.<sup>13</sup> Hier nimmt die kooperative Suche nach Problemlösungen den Platz der konkurrenzdemokratischen Bündelung von Präferenzen oder der kollektiven Selbstbestimmung einer Nation ein.

## II Das Rationalitätspotential politischer Deliberation

Die empirische Bezugsgröße des deliberativen Modells ist in erster Linie ein demokratischer Prozess, dem aufgrund bestimmter Verfahrenseigenschaften eine Legitimitätserzeugende Kraft zugeschrieben wird.<sup>14</sup> Die demokratische Meinungs- und Willensbildung muss, wenn sie legitime Entscheidungen generieren soll, so verfasst sein, dass die Unterstellung der gleichmäßigen Inklusion

9 John Rawls, *Der Politische Liberalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993, S. 219-265.

10 Aus dieser Perspektive hat Bernhard Peters während der letzten anderthalb Jahrzehnte ein in seiner Habilitationsschrift (*Die Integration moderner Gesellschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993) entwickeltes theoretisches Modell ausbuchstabiert und empirisch überprüft. Vgl. vor allem den titelgebenden Aufsatz und »Die Leistungsfähigkeiten heutiger Öffentlichkeiten – einige theoretische Kontroversen«, in: Peters 2007, S. 55-102, bzw. S. 187-202.

11 Kenneth Arrow, *Social Choice and Individual Values*, New Haven: Yale University Press 1963.

12 Robert N. Bellah, *The Broken Covenant: American Civil Religion in Time of Trial*, New York: Free Press 1975; Robert D. Putnam, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster 2000.

13 Bernhard Peters, »Deliberative Öffentlichkeit«, in: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001, S. 655-677.

eines jeden möglicherweise Betroffenen und die Aussicht auf vernünftige Ergebnisse (auch aufgrund rational motivierter Änderungen von Präferenzen) begründet sind.

Weil ich mich hier auf den Legitimationsbeitrag der politischen Öffentlichkeit beschränken will, muss ich verschiedene Aspekte außer Acht lassen. Die wichtige Verbindung zwischen der demokratischen *Legitimation* der Herrschaft und der politischen *Integration* der Bürger erschließt sich erst unter dem Aspekt einer rechtlich erzeugten und insofern abstrakten staatsbürgerlichen Solidarität. Beiseitelassen muss ich ebenso das kontroverse Verhältnis von Argumentation und Verhandlung (d. h. von diskursiver Willensbildung und Kompromiss)<sup>15</sup>, auch die Verkoppelung von Diskursen mit Entscheidungsverfahren, die der rational motivierenden Kraft von Argumenten gerecht wird.<sup>16</sup> Anders als in den institutionalisierten Beratungen von Gerichten, Parlamenten, Ausschüssen oder Kabinettsitzungen soll sich ja die rationalisierende Kraft der politischen Öffentlichkeit nicht auf politische Entscheidungen, sondern nur auf die Meinungsbildung erstrecken. Die Rationalitätserwartungen des deliberativen Modells richten sich freilich auf den Legitimationsprozess *im Ganzen*.

Zunächst will ich den Begriff des »epistemischen Prozeduralismus« und das entsprechende Forschungsparadigma erläutern (1), um dann einige Beispiele aus der Forschungsliteratur heranzuziehen (2).

(1) Rationale Diskurse erfordern den spontanen Austausch von Gründen für informierte Stellungnahmen zu relevanten Themen und Beiträgen. Das Modell deliberativer Politik lässt sich von der Vorstellung leiten, dass die politische Willensbildung durch den Filter einer diskursiven Meinungsbildung hindurchgeleitet wird. Demnach schreiben wir dem demokratischen Prozess in dem Maße eine kognitive Funktion zu, wie dieser, *im Großen und Ganzen betrachtet*, den Bedingungen genügt, die Inklusion aller Betroffenen, die Transparenz der Beratung und gleiche Teilnahmemöglichkeiten zu gewährleisten sowie zweitens die Vermutung rationaler Ergebnisse zu begründen.

Diese Vermutung stützt sich wiederum auf die Annahme, dass eine angemessene Institutionalisierung von Beratungen annäherungsweise die folgenden Funktionen erfüllen kann: relevante Fragestellungen, Themen und Ansprüche, nötige Informationen und angemessene Argumente für und wider zu mobilisieren; und diese Beiträge auf einer dem jeweiligen Problem angemessenen Ebene der Explikation zu bewerten – sodass die Ja- und Nein-Stellungnahmen rational motiviert sind (also einsichtig, ohne Täuschung und Zwang zustande kommen) und das Ergebnis verfahrensrechtlicher Entscheidungen bestimmen.

Freilich müssen wir berücksichtigen, dass der demokratische Prozess eine Vielfalt von Arenen mit jeweils anderen Funktionen und entsprechenden kommunikativen Arrangements durchläuft. Nur im Hinblick auf die funktionale *Arbeitsteilung zwischen den Arenen* kann man vom politischen System *im Ganzen* erwarten, dass eine diskursive Meinungs- und Willensbildung die Vermutung auf mehr oder weniger vernünftige Resultate begründet. Diese Erwartung verliert den Anschein utopischer Überschwenglichkeit, sobald wir die *alltäglichen Wurzeln* der intuitiv gegenwärtigen Voraussetzung erkennen, dass kommunikativ handelnde Personen in günstigen kommunikativen

---

14 Cristina Lafont, »Is the ideal of a deliberative democracy coherent?«, in: Samantha Besson/José Luis Martí (Hg.), *Deliberative Democracy and its Discontents*, Aldershot/Burlington: Ashgate Publishing 2006, S. 3-26.

15 Vgl. meine Replik in: *Anarchie der kommunikativen Freiheiten*, herausgegeben von Peter Niesen und Benjamin Herboth, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, S. 406-459, hier S. 453 ff.

16 Vgl. dazu Bohman/Rehg (Hg.) 1997.

---

Arrangements umstrittene Geltungsansprüche klären, voneinander lernen und Probleme lösen können.

Gewiss, Argumentationen sind ziemlich anspruchsvolle Formen der Kommunikation. Sie gehen jedoch aus den täglichen Routinen des Gebens und Nehmens von Gründen hervor. Im Verlauf der kommunikativen Alltagspraxis bewegen sich die Akteure *immer schon* in einem »Raum der Gründe«. Sobald sie sich miteinander über etwas verständigen wollen, *können* die Beteiligten gar *nicht anders*, als für ihre Äußerungen gegenseitig Geltungsansprüche zu erheben. Damit behaupten sie implizit, dass das, was sie sagen, als wahr oder richtig oder wahrhaftig, in jedem Fall als vernünftig akzeptiert werden kann und dass das Gesagte, wenn es problematisiert wird, in diesen Hinsichten rational begründet werden kann.<sup>17</sup> Auf diese triviale Weise ist schon in unserem Routineverhalten der Bezug zu Diskursen, zum Wettbewerb um bessere Argumente *angelegt*. So wandern Ideen auf dem Wege über *unvermeidliche idealisierende Voraussetzungen* in die Alltagspraxis ein und nehmen hier unauffällig die Qualität harter sozialer Tatsachen an.<sup>18</sup>

Politische Praktiken oder rechtlich geregelte Vorgänge operieren unter ähnlichen Voraussetzungen. Das kann man sich am Beispiel des sogenannten *voters's paradox* (an dem ich nichts Paradoxes zu entdecken vermag) klarmachen. Im Allgemeinen lassen sich Bürger durch Erklärungen politikwissenschaftlicher Beobachter, die sie auf den Gewichtsverlust ihrer Wahlentscheidung durch neutralisierende Effekte des Wahlrechts oder der Wahlkreiseinteilung hinweisen, nicht davon abhalten, zur Wahl zu gehen. Für die Bürger hat nämlich eine demokratische Wahl den Sinn eines gemeinsam praktizierten Unternehmens, das nur unter der Gerechtigkeitsvoraussetzung funktioniert, »dass jede Stimme zählt« und mit gleichem Gewicht in die Waagschale fällt. In der Einstellung von *Teilnehmern* an dieser Praxis lassen sich die Bürger nicht irritieren, wenn ihnen aus der Perspektive eines *Beobachters* das Gegenteil versichert wird. In gleicher Weise verhalten sich Kläger, die ungerührt von dem, was ihnen Rechtsprofessoren oder andere Experten über die Unbestimmtheit von Gesetzen und die Unsicherheit der Rechtsanwendung sagen, ihre Prozesse führen, um »Recht zu bekommen«. Die Praxis der Rechtsprechung – wie die rechtsstaatlichen Praktiken insgesamt – würde zusammenbrechen, wenn die Beteiligten nicht *in actu* unter der *stillschweigend angenommenen Prämisse* handelten, dass sie ein faires Verfahren und ein vernünftiges Urteil bekommen.

Solche impliziten Voraussetzungen, die *mit dem Vollzug* bestimmter Praktiken *unvermeidlich* verknüpft sind, dürfen natürlich nicht mit empirischen Voraussagen verwechselt werden. Aber Praktiken wie »verständigungsorientiertes Handeln«, »zur Wahl gehen« oder »eine Klage vor Gericht bringen« können nicht funktionieren, wenn ihnen die Teilnehmer nicht stillschweigend ein *truth-tracking potential* zuschreiben. Angemessene sozialwissenschaftliche Beschreibungen müssen sich auch auf diese *kontrafaktischen Unterstellungen* erstrecken, beispielsweise auf Standards, die

---

17 Vgl. Jürgen Habermas, »Rationalität und Verständigung. Sprechakttheoretische Erläuterungen zum Begriff der kommunikativen Rationalität«, in: ders., *Wahrheit und Rechtfertigung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999, S. 102-137; Jürgen Habermas, *Nachmetaphysisches Denken*, Teil II, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988, S. 63-149.

18 Vgl. Jürgen Habermas, »Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft«, in: ders., *Zwischen Naturalismus und Religion*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, S. 27-83. Die normativen Gehalte einer in sozialen Alltagspraktiken verkörperten »detranszendentalisierten Vernunft« erzeugen innerhalb der sozialen Realität selbst eine Spannung, die der soziologische Beobachter rational rekonstruieren kann; vgl. dazu Michael Nebl, »Thinking about democracy: Between the theory and practice of deliberative politics«, in: *International Journal of Political Science* 40/2, 2005, S. 169-181. Diese Konzeption darf nicht mit John Rawls' Unterscheidung von »idealer« und »nicht-idealer Theorie« verwechselt werden.

von den Teilnehmern selbstverständlich für gültig erachtet oder als »befolgt« und »erfüllt« vorausgesetzt werden. Das deliberative Forschungsparadigma verlangt eine Methodologie, die den kontrafaktischen Gehalt solcher Präsuppositionen in Rechnung stellt. Dem wird weder der methodologische Individualismus gerecht, den die Theorie der rationalen Wahl erfordert, noch das gewöhnliche hermeneutische Verfahren, das die kommunitaristischen Ansätze anwenden. Vielmehr muss der hermeneutische Zugang zu intersubjektiv geteilten Praktiken mit dem Verfahren der rationalen Rekonstruktion eines diesen Praktiken innewohnenden kognitiven Potentials verbunden werden.

Die Nachkonstruktion stillschweigend vorgenommener kontrafaktischer Voraussetzungen liefert einen objektiven Maßstab der Bewertung, der in den beobachteten Praktiken selbst wurzelt. So sind beispielsweise die normativen Beschränkungen, denen die demokratische Meinungs- und Willensbildung unterliegt – also die gleichmäßige Inklusion der Betroffenen und die diskursive Qualität der Meinungs- und Willensbildung selbst – am kontrafaktischen Gehalt der Voraussetzungen abgelesen, die die Teilnehmer selber gemacht haben, wenn sie Ergebnisse eines demokratischen Verfahrens für legitim halten, obwohl sie mit diesen nicht übereinstimmen. Weil Voraussetzungen »als gegeben annehmen« nicht dasselbe ist wie »gegeben sein«, besteht eine beobachtbare Differenz zwischen gültigen und für gültig gehaltenen Ansprüchen, sodass es eine empirische Frage ist, ab wann eine wahrgenommene Differenz dieser Art nicht mehr als »normal« hingenommen wird, sondern eine Schwelle passiert, jenseits deren die Teilnehmer sich von einer etablierten Praxis entfremdet fühlen.

(2) Natürlich ist es eine empirische Frage, ob man rationale Diskurse auf dem Feld der *politischen Kommunikation* vorfindet. Ich möchte das an Beispielen aus der Kleingruppenforschung belegen. Diese Studien *begreifen* politische Kommunikation als einen Mechanismus zur Verbesserung kooperativen Lernens und Problemlösens.<sup>19</sup> Michael A. Neblo hat Grundannahmen der Diskurstheorie in Form empirisch überprüfbarer Annahmen operationalisiert und anhand von Themen wie Steuergerechtigkeit, *affirmative action* oder »Homosexuelle in der Armee« untersucht, ob in experimentellen Gruppen Diskurse Lernprozesse befördern können.<sup>20</sup>

Die Versuchspersonen wurden zunächst einzeln nach ihren Meinungen zu diesen Themen befragt; fünf Wochen später nahmen sie an entsprechenden Gruppendiskussionen mit der Bitte teil, nach Möglichkeit zu kollektiven Entscheidungen zu gelangen; nach weiteren fünf Wochen wurden sie wiederum individuell nach ihren Meinungen befragt. Die Ergebnisse bestätigen mehr oder weniger die Hypothesen über den günstigen Einfluss der Diskursteilnahme auf die Ausbildung reflektierter Meinungen. Die Meinungen unterschieden sich am Ende erheblich von den zu Beginn erhobenen Meinungen. Die Gruppendiskussionen führten eher zu gleichgerichteten Meinungsänderungen als zu einer Polarisierung. Die Teilnehmer wiesen danach einen verbesserten Informationsstand sowie eine insgesamt erweiterte Perspektive auf und verfügten über eine umfassendere und präzisere Definition der Fragestellung. Argumente, die unabhängig von der Person des Sprechers zählen, genossen am Ende Vorrang vor dem Einfluss interpersonaler Beziehungen. Schließlich

19 Vgl. Michael A. Neblo, »Family disputes: Diversity in defining and measuring deliberation«, in: *Swiss Political Science Review* 13/4, 2007, S. 527-557; Kevin M. Esterling/Michael A. Neblo/David M.J. Lazer, *Means, Motive, & Opportunity in Becoming Informed about Politics: A Deliberative Field Experiment* (PNG Working paper No. PNG07-006, online im Internet unter: ([http://www.ksg.harvard.edu/netgov/files/png\\_workingpaper\\_series/PNG07-006.pdf](http://www.ksg.harvard.edu/netgov/files/png_workingpaper_series/PNG07-006.pdf)) (Stand November 2007).

20 Michael A. Neblo, »Change for the better? Linking the mechanisms of deliberative opinion change to normative theory«, in: *Common Voices: The Problems and Promise of a Deliberative Democracy* (in Vorbereitung), als Working Paper online im Internet unter: (<http://polisci.osu.edu/faculty/mneblo/papers/ChangeC4.pdf>) (Stand November 2007).



wuchs auch das Vertrauen der Befragten in den Argumentationsprozess als ein Verfahren der Problemlösung.

Wenn wir die einschlägigen Studien auf einer Skala anordnen, die von experimentellen Untersuchungen bis zu Feldstudien reichen, bieten sich als nächstes Beispiel James Fishkins berühmte Experimente mit sogenannten »focus groups« an.<sup>21</sup> Dabei werden repräsentativ ausgewählte Gruppen von Bürgern gebeten, in einem informellen Wahlverfahren ihre Stimme zu einer strittigen politischen Frage abzugeben. Auf eine Periode des Studiums und der formlosen Gespräche über das entsprechende Informationsmaterial folgt ein Wochenende in kleinen Diskussionsgruppen, die von ausgebildeten Moderatoren geleitet werden. Während Neblos Experimentalgruppen (oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, jene 160 Wähler aus British Columbia, die an sechs Wochenenden über Alternativen einer anstehenden Wahlreform informiert wurden und nach ausführlichen Diskussionen entscheiden sollten)<sup>22</sup> in *kollektive* Entscheidungsprozesse verwickelt wurden, werden Fishkins Versuchspersonen wie Wähler befragt – am Ende zählt die individuelle Meinung eines jeden.

Obwohl hier die rationale Motivation von Entscheidungen nur unter dem Gesichtspunkt der »Abwägung von Präferenzen« untersucht wird, bringen die Gruppendiskussionen die Teilnehmer dazu, sich angemessen zu informieren, über substantielle Argumente nachzudenken und den Horizont ihrer Überlegungen zu erweitern. Die gemessenen Effekte bestehen wiederum in Kenntnisgewinnen und gleichgerichteten Meinungsänderungen, sodass die Differenzen als Lerneffekte gedeutet werden können. Ein weiterer kognitiver Gewinn besteht darin, die Pointe einer Sache zu begreifen – also zu verstehen, worin das Problem wirklich liegt. Das bessere Verständnis analytischer Gesichtspunkte – verbesserte Werte in der Dimension *single-peakedness* – führt zur Klärung der Aspekte, unter denen man jeweils für oder gegen eine These oder einen Geltungsanspruch Stellung nehmen kann.

Die empirischen Evidenzen für den Einfluss von Argumenten auf die Bildung von Präferenzen haben nicht nur zu einer breiten Diskussion über die Grenzen des *rational choice*-Ansatzes geführt.<sup>23</sup> Sie haben ebenso Anlass gegeben, sog. *framing effects*, d. h. die Auswirkungen von Interpretationsperspektiven auf die Bildung politischer Präferenzen, zu erforschen. So hat man festgestellt, dass Diskurse Anstöße zum reflektierenden Vergleich zwischen verschiedenen, miteinander in Konkurrenz liegenden Interpretationsrahmen geben;<sup>24</sup> dabei zeigt sich auch die produktive Wirkung der augenöffnenden Kraft überraschender Interpretationen. Die Rhetorik verdankt ja ihr Janusgesicht ebenso der welterschließenden Kraft neuer Vokabulare wie der einschränkenden und manipulativen Wirkung suggestiver und entflammender Metaphern.<sup>25</sup>

---

21 James S. Fishkin, *The Voice of the People: Public Opinion and Democracy*, New Haven: Yale University Press 1995; James S. Fishkin/Robert C. Luskin, »Experimenting with a democratic ideal: Deliberative polling and public opinion«, *Acta Politica* 40, September 2005, S. 284-298

22 André Blais/R. Kenneth Carty/Patrick Fournier, *Do Citizen Assemblies Make Reasonable Choices?* (in Vorbereitung).

23 James Johnson, »Is talk really cheap? Prompting conversation between Critical Theory and Rational Choice«, in: *American Political Review* 87/1993, S. 74-86; Joseph Heath, *Communicative Action and Rational Choice*, Cambridge (Mass.): MIT Press 2001.

24 James N. Druckman, »Political preference formation: Competition, deliberation and the (ir)relevance of framing effects«, in: *American Political Science Review*, 98/2004, S. 671-686, hier S. 675: »Individuals who engage in conversations with a heterogeneous group will be less susceptible to framing effects than those who do not engage in conversations«.

25 Bruce E. Gronbeck, »Rhetoric and politics«, in: Lynda Lee Kaid (Hg.), *Handbook Political Communication Research*, Mahwa (New Jersey): Lawrence Erlbaum Associates 2004, S. 135-154.

Näher an der politischen Realität waren die Mediationsgruppen aus Experten (von multinationalen Unternehmen) und Gegenexperten (von Nicht-Regierungsorganisationen), die das Berliner Wissenschaftszentrum unter der Leitung von Wolfgang van den Daele zusammengeführt hat. Diese Diskussionsgruppen sollten ihre Konflikte über entscheidungsreife Themen austragen, beispielsweise über die Risiken der Ansiedelung genetisch veränderter Pflanzensorten oder die Auswirkung von medizinischen Patenten auf die Bekämpfung von Epidemien in den heimgesuchten Regionen Afrikas.<sup>26</sup> In diesem Fall sollte ein aktiver Moderator für ein bestimmtes Niveau der Diskussion sorgen, indem er Themen vorgab, den Ablauf strukturierte, auf Klärungen drängte und auf der Einhaltung von Argumentationsregeln bestand. Obgleich die konträren Positionen der jeweiligen »Lager« keine Annäherung im Hinblick auf zugrundeliegende Interessen und Wertorientierungen zuließen, hatte die »Kraft des besseren Arguments« einen bemerkenswerten Einfluss. Wiederum zeigten sich messbare Effekte im Gewinn an Informationen, in der begrifflichen Klärung kontroverser Gesichtspunkte und in der Reduktion von Dissens sowie der Bereitschaft, voneinander zu lernen. Uneingestandene Fehler und irreführende Interpretationen wurden stillschweigend zurückgenommen, und im Laufe der Diskussion traten dogmatische Voreingenommenheiten in den Hintergrund.

### III Diskurs und Massenkommunikation

Forschungen dieser Art liefern empirische Anhaltspunkte für die Annahme, dass politische Diskussionen durchaus ein kognitives Potential besitzen. Aber solche Untersuchungen können angesichts des Formats von Kleingruppen über die Brauchbarkeit eines deliberativen Forschungsdesigns für die abgestuften und komplex gegliederten Legitimationsprozesse in großräumigen nationalen Gesellschaften nur begrenzt Aufschluss geben. In den nationalen Gesellschaften des Westens, auf die ich mich im Folgenden konzentriere, beobachten wir eine eindrucksvolle Verdichtung und Vervielfältigung der politischen Kommunikation.<sup>27</sup> Gleichzeitig werden aber die politischen Öffentlichkeiten durch die Art mediengestützter Massenkommunikation überflutet, die sich keineswegs durch deliberative Züge auszeichnet.

Die fortschreitende funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Subsysteme, die wachsende Vielfalt der Interessenlagen und der Pluralismus an Weltbildern und kulturellen Lebensformen erklären die zunehmende Komplexität der regelungsbedürftigen Materien, für die die Politik Zuständigkeit beansprucht. Diese Komplexität erfordert auf allen Stufen des politischen Prozesses eine zunehmende Zahl von formellen und informellen Gesprächen, Diskussionen, Verhandlungen und Kompromissen, Schlichtungsverfahren usw. Immer mehr Kommunikation ist nötig für die Koordinierung und Anpassung konfligierender Ansprüche an der »Eingabeseite« des politischen Systems, für die Formulierung und Entscheidung politischer Programme innerhalb dieses Systems und für deren Implementierung an der »Ausgabeseite«. Die politischen Eliten handeln unter der Beobachtung aufmerksamer Medien und ihrer misstrauischen Konsumenten, wobei sie ihrerseits die Entwicklung der öffentlichen Meinung und der Umfragen verfolgen, um darauf reagieren zu

26 Wolfgang van den Daele, *Technikfolgenabschätzung als politisches Argument*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin 1994; ders., »Objektives Wissen als politische Ressource: Experten und Gegenexperten im Diskurs«, in: ders./Friedhelm Neidhardt (Hg.), *Kommunikation und Entscheidung*, Berlin: WZB-Jahrbuch 1996, S. 297-326; Wolfgang van den Daele/Rainer Döbert/Achim Seiler, »Stakeholder dialogue on intellectual property rights in biotechnology: A project of the World Business Council for Sustainable Development«, in: *International Review of Industrial Property and Copyright Law* 34/8, 2003, S. 932-952.

27 Wolfgang van den Daele/Friedhelm Neidhardt, »Regierung durch Diskussion – über Versuche, mit Argumenten Politik zu machen«, in: van den Daele/Neidhardt (Hg.) 1996, S. 9-50.

können. Die inflationierte Menge an zirkulierenden Botschaften, Ideen und Bildern erweckt wenigstens den Eindruck, dass Politik heute in die Prozesse der Massenkommunikation immer tiefer verwickelt, ja von Massenkommunikation aufgesogen und transformiert wird.

Der Eindruck einer *kommunikativen Verflüssigung der Politik* steht im Zusammenhang mit drei interdependenten gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, welche die Soziologen veranlasst hat, von einer »Informations«-, »Netzwerk«- und »Mediengesellschaft« zu sprechen.<sup>28</sup> Es handelt sich um die Entstehung einer Informationsökonomie, sodann um die erwähnte Verdichtung und Beschleunigung von Kommunikationsflüssen überhaupt und schließlich um die Revolution der Kommunikationstechnologien.

Postindustrielle Gesellschaften sind charakterisiert durch eine Verschiebung der Beschäftigten von den industriellen in die Dienstleistungssektoren. Infolge entsprechender Veränderungen im Erziehungssystem wächst die Zahl der gut Ausgebildeten, die komplexe Informationen aufnehmen und verarbeiten können. In allen gesellschaftlichen Sektoren wird die Bevölkerung in beschleunigte Kommunikationsflüsse einbezogen,<sup>29</sup> obgleich der Zugang zu den neuen Medien und die Fähigkeit, mit der Informationsflut umzugehen, immer noch sehr ungleich unter Armen und Reichen, Männern und Frauen, besser und schlechter Ausgebildeten verteilt sind.<sup>30</sup> Der auffälligste unter diesen Trends ist die Fortsetzung technologischer Neuerungen, beginnend mit dem Telefon über Radio und Fernsehen bis zu Fax und Internet. Diese Revolutionierung der Übertragungsmedien hat zur Ausdehnung und Verdichtung der Kommunikationsnetze und zu einer weiteren Differenzierung des Massenpublikums geführt.<sup>31</sup>

Diese phänomenologischen Belege für eine kommunikative Verflüssigung der Politik sprechen freilich noch nicht für einen Aufschwung deliberativer Politik. Rhetorische und weitgehend nicht-diskursive Ausdrucksformen wie Narrative und Bilder, physiognomische, überhaupt körper-sprachliche Expressionen, Bekenntnisse, Appelle usw. gehören ohnehin zu den normalen Bestandteilen der politischen Kommunikation. In der Art von Massenkommunikation, die über die Presse und die elektronischen Medien läuft, fehlen aber vor allem die prozeduralen Beschränkungen, denen die *face to face*-Verhandlungen in politischen Institutionen wie Gerichten oder parlamentarischen Ausschüssen unterliegen. Die mediengestützte Massenkommunikation, die wir aus nationalen Öffentlichkeiten kennen, braucht keinerlei Anforderungen an Diskursqualität oder gar Repräsentativität zu genügen. Ihr fehlen schon *aufgrund ihrer Struktur* Züge einer diskursiven Auseinandersetzung. Im Vergleich mit einer institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung fallen insbesondere zwei Defizite ins Gewicht: das Fehlen einfacher Interaktionen zwischen Anwesenden (oder virtuell anwesenden Adressaten), die an einer kollektiven Entscheidungspraxis teilnehmen; und das Fehlen reziproker Sprecher- und Adressatenrollen im egalitären Austausch von Meinungen und Geltungsansprüchen. Außerdem verrät die *Dynamik der Massenkommunikation*

---

28 Alistair S. Duff, »Daniel Bell's theory of the information society«, *Journal of Information Science*, 24/1998, S. 373-393.

29 Vgl. zur Quantifizierung und Messung von Informationsflüssen Alistair S. Duff/Joho Shakai, »The Japanese contribution to Information Society Studies«, in: *Keio Communication Review*, 22/2000, S. 45-77.

30 Vgl. zur sogenannten »digital divide« zwischen Menschen, die unterschiedlich stark das Internet nutzen, Simon R. B. Berdal, *Public Deliberation on the Web: A Habermasian Inquiry Into Online Discourse*, Hovedfag Thesis, Oslo: University of Oslo/Department of Informatics August 2004, S. 51-56; online im Internet unter: (<http://heim.ifi.uio.no/~simonb/Studier/hfag/FERDIG/CD/thesis.pdf>) (Stand November 2007).

31 Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*, Band I: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich 2003.

---

Machtverhältnisse, die der Voraussetzung eines freien Spiels von Argumenten Hohn sprechen: Die Macht der Medien, Botschaften auszuwählen und über Zeitpunkt und Art ihrer Präsentation zu entscheiden, gehört ebenso zu den intrinsischen Zügen der Massenkommunikation, wie es zur politischen Öffentlichkeit gehört, dass andere Akteure ihre Macht zum Zweck der Einflussnahme auf die Agenda, den Inhalt und die Präsentation öffentlicher Themen einsetzen.

Aber müssen wir diese Abweichungen der Massenkommunikation vom Muster diskursiver Auseinandersetzungen überhaupt als Defizite verstehen? Im Hinblick auf die Funktion, die die politische Öffentlichkeit im abgestuften Legitimationsprozess einer rechtsstaatlich verfassten Demokratie spielen soll, ist es keineswegs ausgemacht, dass die *abstrakte* und die *asymmetrische* Struktur oder die machtgesteuerte Dynamik der Massenkommunikation von Nachteil sein müssen. Bevor ich auf die Machtdynamik eingehe, behandle ich jene beiden strukturellen, von der Kommunikationsform *face to face* geführter Diskurse abweichenden Züge der Massenkommunikation.

Die abstrakte Raumstruktur der Öffentlichkeit kann als Erweiterung der sozialen Räume begriffen werden, die von einfachen Interaktionen unter Anwesenden erzeugt werden. Nationale Öffentlichkeiten verkörpern sich in Netzwerken, durch die »wilde«, d. h. insgesamt unorganisiert aufeinander treffende Kommunikationströme fließen. Diese Netze transportieren Botschaften verschiedener Art: Nachrichten und Reportagen, Meinungen und Essays, Berichte und moderierte Gespräche, Kabarets, Shows, Filme, Bilder und Inszenierungen, kurzum Programme unterhaltenden, belehrenden oder erbaulichen Charakters, Sendungen informativen, meinungsbildenden oder dramatischen Gehalts. Diese Botschaften werden von Medien (oder kulturellen Einrichtungen wie Theatern, Museen, Bibliotheken usw.) erzeugt und dargestellt, über lokale oder überregionale Kanäle ausgestrahlt, von verschiedenen Sorten von Lesern, Hörern, Zuschauern, Besuchern empfangen und konsumiert, von interessierten Gruppen, Parteien, Lagern, Subkulturen usw. verarbeitet und mit Kommentaren versehen.

Politische Öffentlichkeiten verbreiten ein babylonisches Stimmengewirr; aber sie zerstreuen nicht nur, sondern haben zugleich eine zentripetale Kraft. Sie kondensieren aus Strömen von politischen Botschaften »öffentliche Meinungen«. Diese lassen sich als Synthesen aus ungezählten themenspezifischen Stellungnahmen eines diffusen Massenpublikums zu mehr oder weniger gut definierten öffentlichen Problemen und Beiträgen begreifen. Es ist also nicht so, dass die Massenkommunikation unempfindlich wäre für die Resonanz aus dem großen Publikum; sonst könnte die politische Öffentlichkeit nicht die Rolle eines Resonanzbodens für gesamtgesellschaftliche Probleme spielen, die sie dem deliberativen Modell zufolge übernehmen soll.<sup>32</sup> Aber die Massenkommunikation ist insofern »abstrakt«, als sie von der physischen Anwesenheit der mehr oder weniger passiven Rezipienten absieht und sich über die Unmittelbarkeit der konkreten Blicke und Gesten, Gedanken und Reaktionen von Anwesenden und Adressaten hinwegsetzt.

Die Massenkommunikation lässt sich nicht auf das Frage- und Antwort-Spiel, auf den Wechsel von Affirmation und Negation, Behauptung und Widerspruch unter Anwesenden ein. Sie scheint keine Ähnlichkeit zu haben mit einfachen Interaktionen, welche die Teilnehmer über ihre Handlungs- und Kommunikationszwecke miteinander verbinden. Sie sieht eher aus wie ein preisreguliertes Netz von Transaktionen zwischen Nachfragern und Anbietern. Während Diskurse im Verlauf der politischen Meinungs- und Willensbildung von dem Ziel bestimmt sind, legitime Lösungen für strittige Probleme zu finden, scheinen die gewaltigen Kommunikationsströme, die durch die politische Öffentlichkeit fließen, von kollektiven Lern- und Entscheidungsprozessen losgelöst zu sein. Abgekoppelt von einfachen Interaktionen, beginnen die semantischen Gehalte jenseits der

---

32 Habermas, *Faktizität und Geltung*, S. 435-467.

---

imperativen Kraft von reziprok erhobenen Geltungsansprüchen frei zu flottieren. Sobald Meinungen zu *bloßen* Meinungen degenerieren, fehlt auch die Aufforderung zur Stellungnahme.

Aber nicht nur der abstrakte Charakter der Öffentlichkeit, auch die asymmetrische Struktur der Massenkommunikation macht aus Diskursteilnehmern, die sich Fragen und Einwänden stellen müssen, mehr oder weniger passive Zuschauer und Konsumenten.<sup>33</sup> Während Diskurse den Rollentausch zwischen Sprechern und Adressaten verlangen, stellt man sich die Massenkommunikation in der Öffentlichkeit am besten in Analogie zu einer Bühne vor, die einen Rollenwechsel zwischen den wenigen Akteuren und einem stumm zuschauenden Publikum nicht erlaubt. Gewiss, die Akteure spielen *für* das Publikum, aber dieses hat nur die Möglichkeit, am Ende eines Aktes oder einer Aufführung pauschal Beifall zu spenden oder ablehnend zu reagieren – *they can't talk back*. Diese »asymmetrische« Struktur verkörpert sich in den zwei Typen von Schauspielern, die für die Bühne der politischen Öffentlichkeit konstitutiv sind — einerseits in den Medienintellektuellen, insbesondere den Journalisten, die für Nachrichten, Kommentare und Berichte sorgen; andererseits in den Politikern aus der Mitte des politischen Systems, die gleichzeitig als Konsumenten wie Mitautoren der öffentlichen Meinungen auftreten.

Ohne diese Akteure würde es in nationalen Gesellschaften eine politische Öffentlichkeit nicht geben können. Sie diskutieren nicht etwa miteinander, sondern zielen auf die Meinungsbildung eines anonymen Publikums ab, ohne ihm ihrerseits Rede und Antwort stehen zu müssen.<sup>34</sup> Die einen brauchen das nicht, weil sie die Medien bedienen, also einen spezialisierten Beruf ausüben, worin sie sich öffentlicher Kritik nur im Ausnahmefall eines professionellen Versagens aussetzen. Die anderen können sich im Maße der Mediatisierung einer hochprofessionalisierten Politik immer weitergehend auf ein populistisch-plebiszitäres Verhältnis zu ihren potentiellen Wählern einstellen.

Das World Wide Web scheint freilich mit der Internetkommunikation die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation auszugleichen, indem es den Wiedereinzug interaktiver und deliberativer Elemente in einen unreglementierten Austausch zwischen Partnern zulässt, die virtuell, aber auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren. Tatsächlich hat ja das Internet nicht nur neugierige Surfer hervorgebracht, sondern auch die historisch versunkene Gestalt eines egalitären Publikums von schreibenden und lesenden Konversationsteilnehmern und Briefpartnern wiederbelebt. Andererseits kann die computergestützte Kommunikation unzweideutige demokratische Verdienste nur für einen speziellen Kontext beanspruchen: Sie unterminiert die Zensur autoritärer Regime, die versuchen, spontane öffentliche Meinungen zu kontrollieren und zu unterdrücken. Im Kontext liberaler Regime überwiegt jedoch eine andere Tendenz.

Hier fördert die Entstehung von Millionen von weltweit zerstreuten *chat rooms* und weltweit vernetzten *issue publics* eher die Fragmentierung jenes großen, in politischen Öffentlichkeiten jedoch gleichzeitig auf gleiche Fragestellungen zentrierten Massenpublikums. Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen. Auf diese Weise scheinen die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden. Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es der zentrifugalen Tendenz nichts entgegenzusetzen. Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öff-

---

33 Ich folge hier Bernhard Peters' Analyse aus »Über öffentliche Deliberation und öffentliche Kultur« aus dem Jahr 1997, in: Peters 2007, S. 103-186.

34 van den Daele 1996, S.18 f.

fentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren. In den nationalen Öffentlichkeiten scheint die politische Kommunikation einstweilen nur dann aus Onlinedebatten Nutzen ziehen zu können, wenn sich aktive Gruppen im Web auf reale Vorgänge wie beispielsweise Wahlkämpfe oder im Gang befindliche Kontroversen beziehen, um das Interesse und die Unterstützungsbereitschaft von Anhängern zu mobilisieren.<sup>35</sup> Ein Beispiel für diese Verankerung der computergestützten Kommunikation in Vorgängen außerhalb der virtuellen Welt sind die parteigebundenen Unterstützerguppen oder jene *news groups*, die sich um einzelne Presseorgane und deren Veröffentlichungen kristallisieren.<sup>36</sup>

Der Hinweis auf das Internet kann die prima facie-Zweifel am potentiellen Beitrag der Massenkommunikation zur Beförderung deliberativer Politik nicht beheben. Wir müssen vielmehr die Voraussetzung, auf die sich diese pessimistische Diagnose stützt, prüfen. Es ist ja keineswegs ausgemacht, dass die mediengestützte Massenkommunikation dem anspruchsvollen Kommunikationsmuster von Diskursen gleichen muss, wenn sie deliberative Politik fördern soll.

#### IV Die Struktur der Massenkommunikation und die Ausbildung reflektierter öffentlicher Meinungen

Im Folgenden will ich erklären, warum weder der abstrakte Charakter einer von Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit noch die asymmetrische Beziehung, die die Massenkommunikation zwischen den Akteuren und deren Publikum herstellt, gegen die Anwendbarkeit des Modells deliberativer Politik sprechen muss.

(1) In nationalen Gesellschaften zirkuliert der Kreislauf der politischen Kommunikation zwischen *drei Ebenen*. Ich unterscheide

- die Ebene der »institutionalisierten Diskurse« im Kern des politischen Systems, wo die verbindlichen Entscheidungen über politische Programme und deren Umsetzung vorbereitet werden, sowohl von
- der Ebene der »mediengestützten Massenkommunikation« mit einem mehr oder weniger passiven Publikum von Lesern, Hörern und Zuschauern, auf der sich öffentliche Meinungen bilden, wie auch von – der Ebene der unter Anwesenden (oder virtuellen Adressaten) stattfindenden »zivilgesellschaftlichen Alltagskommunikation« in »veranstalteten« oder informellen Öffentlichkeiten, wo sich langfristig die latenten Einstellungen der potentiellen Wähler formieren.

Auf jeder dieser Ebenen nimmt die politische Kommunikation in jeweils verschiedenen Arenen eine jeweils andere Gestalt an. Die politische Öffentlichkeit bildet zum institutionell hoch-

35 Christoph Bieber, *Politische Projekte im Internet*, Frankfurt am Main/New York: Campus 1999; vgl. auch die Beiträge im dritten Abschnitt des von Andrew Feenberg und Darin Barney herausgegebenen Bandes *Community in the Digital Age*, Lanham (Maryland): Rowman & Littlefield 2004, S. 183ff. Für eine vergleichende Analyse der Organisation und der Infrastruktur der Webforen des *Spiegel*, der englischen Tageszeitung *The Guardian* und der schwedischen *Aftenposten* siehe Berdal 2004.

36 Für die kritische Funktion dieser Art von parasitärer Online-Kommunikation spricht der Fall einer Rechnung über 2088,00 Euro, die der Leiter von *bildblog.de* dem verantwortlichen Redakteur von *bild.de* für »Dienstleistungen« geschickt hat: Die Blogger beanspruchten, dass sie die Qualität der *Bild* mit nützlichen Korrekturvorschlägen und Kommentaren verbessert hätten (vgl. dazu etwa den Beitrag »Medienwächter als Dienstleister«, der am 2. Mai 2006 in der Onlineausgabe der *Süddeutschen Zeitung* erschien, online im Internet unter: (<http://www.sueddeutsche.de/cm2/computer/artikel/898/74824/>) (Stand: November 2007).

---

verdichteten Zentrum des Staates die lockerer strukturierte Peripherie und wurzelt ihrerseits in den noch flüchtigeren Kommunikationsnetzen der Zivilgesellschaft. In funktionaler Differenzierung von den beiden anderen Sektoren leistet die politische Öffentlichkeit einen Beitrag zum Legitimationsprozess, indem sie politische Kommunikation erzeugt, in Bewegung hält, steuert – *und filtert*. Ich begreife also die politische Öffentlichkeit als intermediäres Kommunikationssystem zwischen den formal organisierten Beratungen und Verhandlungen im Zentrum einerseits und den Veranstaltungen und informellen Gesprächen an den zivilgesellschaftlichen Rändern des politischen Systems andererseits.

Es gibt empirische Evidenzen sowohl für den rationalisierenden Einfluss von Diskursen auf die Entscheidungen von Gesetzgebung<sup>37</sup> und Rechtsprechung wie auch für die Lerneffekte von Alltagskonversationen unter Bürgern.<sup>38</sup> In unserem Kontext beschränke ich mich auf den möglichen Beitrag der politischen Öffentlichkeit zu einem Legitimationsprozess, der insgesamt den Bedingungen deliberativer Politik genügen soll. Das Zusammenspiel zwischen Arenen, die auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems verschiedene Funktionen erfüllen, erklärt auch, warum Themen und Beiträge an verschiedenen Orten verschiedene Beweislasten tragen und verschiedene Grade der Publizität<sup>39</sup> sowie verschiedene Modi der Auseinandersetzung (Verhandlung vs. Diskurs) erfordern.<sup>40</sup> Nur über die ganze Strecke des Legitimationsprozesses hinweg kann »Deliberation« die Filterfunktion erfüllen, welche die Vermutung begründet, dass die politische Willensbildung aus den trüben Fluten der politischen Kommunikation die vernünftigen Elemente der Meinungsbildung herausfischt.

---

37 Jürg Steiner/André Bächtiger/Markus Spöndli/Marco R. Steenbergen, *Deliberative Politics in Action*, Cambridge: Cambridge University Press 2004 sowie meine Überlegungen zu diesem Thema in dem Beitrag »Concluding comments on empirical approaches to deliberative politics«, in: *Acta Politica* 40/3, 2005, S. 384-392, hier S. 389 f.

38 Pamela Johnston Canover/Donald D. Searing, »Studying 'Everyday Political Talk' in the Deliberative System«, in: *Acta Politica* 40/3, 2005, S. 269-283.

39 Simone Chambers, »Measuring publicity's effect. Reconciling empirical research and normative theory«, in: *Acta Politica* 40/3, 2005, S. 255-266.

40 Katharina Holzinger, »Context or conflict types: Which determines the selection of communication mode?«, in: *Acta Politica*, 40/3, 2005, S. 239-254.

Modi der Kommunikation	Arenen der politischen Kommunikation	
institutionalisierte Diskurse und Verhandlungen	Regierung, Verwaltung, Parlamente, Gerichte usw.	politisches System (1) staatliche Institutionen
mediengestützte Massenkommunikation in zerstreuten Öffentlichkeiten		(2) politische Öffentlichkeit
Kommunikation unter Adressaten	veranstaltete und informelle Beziehungen, soziale Netzwerke und Bewegungen	Zivilgesellschaft

Schaubild 1: Arenen der politischen Kommunikation

Der staatliche Kern des politischen Systems besteht aus dem Komplex der bekannten Institutionen – aus Parlamenten, Gerichten, Regierungs- und Verwaltungsbehörden, aus Koalitionsrunden, Ausschüssen usw. Die entsprechenden Produkte – Gesetze und politische Programme, Gerichtsurteile, Richtlinien und Politiken, Verordnungen und Maßnahmen – sind das Ergebnis von institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozessen. An der Peripherie des Systems verkörpert sich die Öffentlichkeit in den Netzwerken einer über Massenmedien laufenden Kommunikation. Politische Relevanz gewinnt die Öffentlichkeit zunächst als Sphäre der *veröffentlichten* Meinungen, die von den Medien aus den Beiträgen verschiedener Akteure ausgewählt und ausgestrahlt werden. Die Inhalte stammen in erster Linie von Politikern und politischen Parteien, Lobbyisten und *pressure groups*, auch von Experten und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Vom Spektrum der veröffentlichten Meinungen können wir das Meinungsspektrum der Befragten – die *Ergebnisse von Meinungsumfragen* – unterscheiden. Sie spiegeln die statistisch erfassten Einstellungen der Bevölkerung, die sich im »schwachen«, zerstreuten Publikum der Massenmedien herausbilden. Diese Einstellungen sind auch von den Veranstaltungen und episodischen Begegnungen in der Zivilgesellschaft geprägt und fluktuieren im Allgemeinen nur in den Grenzen der jeweils bestehenden politischen Kultur.

Die mediengestützte Kommunikation ist ein meistens von Eliten angestoßener und getragener Diskurs. Von den wichtigsten Akteuren, den Angehörigen der Medienprofession und den Berufspolitikern, hat Bernhard Peters weitere Typen unterschieden, die auf der virtuellen Bühne einer von Massenmedien beherrschten politischen Öffentlichkeit auftreten:<sup>41</sup> *Lobbyisten*, die die organisierten Interessen der gesellschaftlichen Funktionssysteme vertreten; *Advokaten* allgemeiner Interessen, die entsprechende Organisationen (z. B. Ärzte ohne Grenzen) vertreten oder erst dafür sorgen,

41 Peters 2007, S. 76 ff., sowie S. 145 ff.



dass die Stimmen marginalisierter und unterrepräsentierter Gruppen der Gesellschaft Gehör finden; *Experten*, die aufgrund ihrer professionellen oder wissenschaftlichen Spezialkenntnisse um Rat gebeten werden; *Moralunternehmer*, die öffentliche Aufmerksamkeit für vernachlässigte Themen erzeugen; und *Intellektuelle*, die in ihrer Profession (z. B. als Schriftsteller oder Wissenschaftler) eine gewisse Reputation erworben haben und sich (anders als Lobbyisten oder Experten) unaufgefordert engagieren, um angeblich allgemeine Interessen zu fördern.

(2) Um beurteilen zu können, ob eine derart verfasste politische Öffentlichkeit einen vernünftigen Beitrag zum Legitimationsprozess leisten kann, müssen wir uns vergewissern, welchen Beitrag sie unter normativen Gesichtspunkten leisten soll. Nach Maßgabe des deliberativen Modells sollen Diskurse – als ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Verfahrens – die Vermutung begründen, dass

- relevante Fragestellungen und kontroverse Antworten, erforderliche Informationen und geeignete Argumente für und wider mobilisiert werden;
- die Alternativen, die sich herauschälen, argumentativ geprüft und entsprechend evaluiert werden; und
- die rational motivierten Stellungnahmen für verfahrensgerecht erzielte Entscheidungen den Ausschlag geben. Im Hinblick auf den Legitimationsprozess im Ganzen besteht der Beitrag der politischen Öffentlichkeit darin, die erste dieser Funktionen zu erfüllen. Die an öffentlicher Kommunikation beteiligten Eliten sollen einerseits von der Zivilgesellschaft Impulse aufnehmen und in verarbeiteter Form an das Wählerpublikum zurückgeben, andererseits relevante Themen und geeignete Beiträge in die Agenden der staatlichen Institutionen einspeisen sowie die institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozesse selbst beobachten und kommentieren. Aus diesem kommunikativen Kreislauf zwischen Zentrum und Peripherie sollen – als Eigenprodukte der Öffentlichkeit – *reflektierte öffentliche Meinungen* hervorgehen.

Das ist immer noch eine ziemlich anspruchsvolle Erwartung. Aber die Angabe von notwendigen Bedingungen für die Erzeugung relevanter und hinreichend reflektierter öffentlicher Meinungen ist insofern nützlich, als die Kommunikationsforschung daraus Maßstäbe für die Identifizierung und die Analyse der Ursachen von Kommunikationspathologien gewinnen kann. Ich will ein solches normativ gehaltvolles, aber empirisch anwendbares Modell in zwei Schritten entwickeln und beginne mit einem Blick auf die Interaktion zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft auf der einen, den Funktionssystemen auf der anderen Seite.

Der demokratische Staat sieht sich mit den Imperativen beider Seiten konfrontiert: Außer Regeln und Regulierungen muss der Staat öffentliche Güter und Dienstleistungen für die Bürger sowie Subventionen und öffentliche Infrastrukturen für verschiedene gesellschaftliche Funktionssysteme (wie Industrie und Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem, Verkehr und Energie, Forschung und Entwicklung, Bildungssystem usw.) bereitstellen. Über Lobbys, Öffentlichkeitsarbeit und neokorporatistische Verhandlungen bringen die Vertreter der Funktionssysteme gegenüber der Politik vermeintliche oder tatsächliche »funktionale Imperative« zur Geltung. Sie können mit »Funktionsversagen« drohen, etwa mit Entlassungen, Kapitalflucht oder steigender Inflation, mit einem Verkehrskollaps, stockender Energiezufuhr, einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, einem *brain drain* usw. Auf der anderen Seite sind es die Bürger in ihrer Rolle als Klienten entsprechender Funktionssysteme, die solche Krisen als lebensweltlichen Stress erfahren: Funktionsstörungen setzen sich über Klassenstruktur und Schichtung in sozial ungleiche Belastungen um. Aus der Zivilgesellschaft heraus können dann interessierte Bürgergruppen, Advokaten, Kirchen, Intellektuelle die wahrgenommenen sozialen Probleme im Lichte konkurrierender Gerechtigkeitsforderungen interpretieren und entsprechende politische Forderungen erheben. Über die Zivilgesellschaft arti-

kulieren sich in der Öffentlichkeit die in der Lebenswelt verschiedener sozialer Gruppen erfahrenen Defizite, und diese öffentlichen Meinungen bestimmen wiederum die Einstellungen potentieller Wähler, die die Parteienkonkurrenz nutzen und der Regierung mit dem Entzug von Legitimation drohen können.

(3) Allerdings sprießen Wahlstimmen nicht naturwüchsig aus dem Boden der Zivilgesellschaft. Wahlkampagnen haben einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die längerfristigen Meinungen und Einstellungen, die sich kontinuierlich herausbilden, stabilisieren und nur sehr allmählich ändern – sowohl in den episodischen Öffentlichkeiten des Alltagskommunikation wie im schwachen Publikum der unaufmerksamen Adressaten der Massenmedien. Nur Ereignisse, die als dramatisch wahrgenommen werden, oder soziale Bewegungen können einen drastischen Meinungsumschwung bewirken. Weil das politische System abhängig ist von demokratischer Legitimation, besitzt es zur Zivilgesellschaft hin eine offene Flanke – eben die politische Öffentlichkeit, die über den informellen Druck öffentlicher Meinungen und den formalen Mechanismus allgemeiner Wahlen an Prozessen der Behauptung und Umschichtung von politischen Machtverhältnissen beteiligt ist. Diese Peripherie unterscheidet sich vom staatlichen Kern des politischen Systems durch den geringeren Grad an institutioneller Verdichtung. Während die mit Rechtskraft bewehrte »politische Macht« an Ämtern haftet, entsteht der leichtfüßige »politische Einfluss« öffentlicher Meinungen aus sich kreuzenden Kommunikationsflüssen. Die politischen Institutionen und Ämter ermächtigen ihre Inhaber zu kollektiv bindenden Entscheidungen, die nach demokratischen Verfahren auf der Grundlage von Repräsentation und Delegation getroffen werden. Demgegenüber bilden die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Medienverfassung, d. h. die rechtlichen Garantien für die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien, einen Rahmen, der das Entstehen einflussreicher öffentlicher Meinungen aus der ungezügelter Dynamik »wilder« Kommunikationsflüsse ermöglicht.

Die Netzwerke von Medien und Nachrichtenagenturen bilden die Infrastruktur der politischen Öffentlichkeit. Die Umfrageinstitute beobachten und registrieren fortlaufend die Einstellungen des passiven und anonymen Massenpublikums. Die Medienintellektuellen erzeugen einen Elitediskurs, der sich aus den Beiträgen verschiedener Akteure speist. Diese Akteure, die miteinander um den Zugang zu den Sendern konkurrieren und einen möglichst großen Einfluss auf den Inhalt der Programme nehmen möchten, betreten das Forum der Öffentlichkeit gewissermaßen von drei Seiten: Politiker und politische Parteien kommen aus dem Kern des politischen Systems; Verbände und Lobbyisten vertreten die Interessen der gesellschaftlichen Funktionssysteme; die Advokaten allgemeiner Interessen, Kirchen, Intellektuelle, Nichtregierungsorganisationen haben ihre Wurzeln in der Zivilgesellschaft.

Alle diese Akteure sind zusammen mit den »Journalisten« an der Erzeugung *öffentlicher Meinungen* beteiligt. Darunter verstehe ich Syndrome aus umstrittenen Themen und Beiträgen, die je nach der Wahrnehmung der kumulierten Ja-/Nein-Stellungnahmen des breiten Publikums von den beteiligten Parteien intuitiv *gewichtet* werden. Öffentliche Meinungen haben Einfluss. Sie bilden ein Milieu, dem sich Gedanken und Gefühle anpassen, und üben insofern einen indirekten Druck auf Meinungen und Einstellungen aus; langfristig haben sie einen mentalitätsbildenden Einfluss. Der Einfluss »der« öffentlichen (d. h. der unter mehreren öffentlichen Meinungen vorherrschenden) Meinung verzweigt sich einerseits in Richtung der sorgfältig beobachtenden Politik, andererseits in die Herkunftsrichtung eines Massenpublikums, das nun gewissermaßen reflexiv der in seiner Mitte zur Vorherrschaft gelangten Meinungen gewahr wird. Öffentliche Meinungen sind empirisch schwer zu fassen. Letztlich bilden sie sich aus einer intuitiven Überbrückung der wahrgenommenen Unterschiede zwischen den *veröffentlichten*, stark von der Qualitätspresse bestimmten Meinungen einerseits, den repräsentativ erfragten, in Umfragedaten gespiegelten Meinungsverteilungen

gen andererseits. Sie sind also schwer berechenbare Resultanten aus den Anstrengungen meinungsbildender Eliten und den mehr oder minder bewussten Reaktionen eines breiten und vielfältigen Massenpublikums.

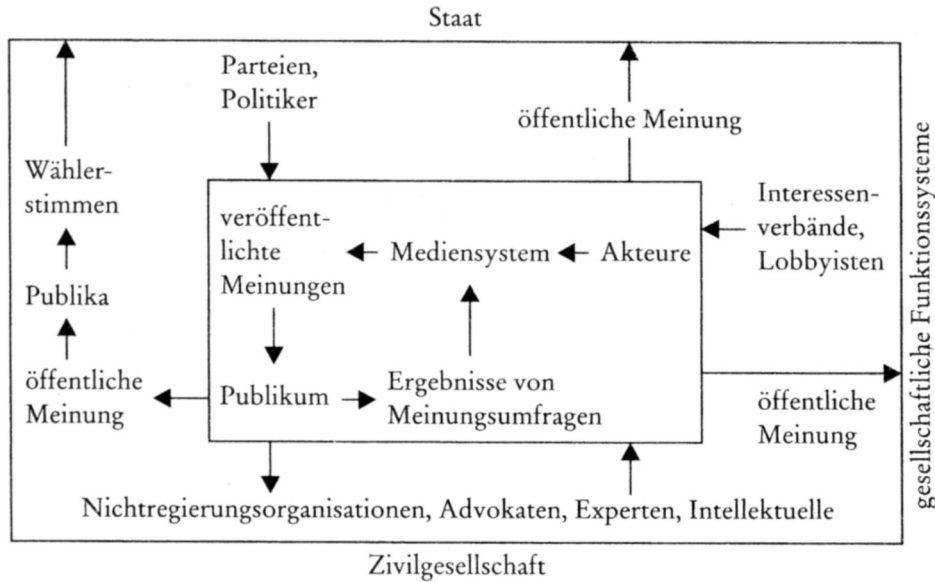


Schaubild 2: Öffentlichkeit: Inputs und Outputs

Der Umstand, dass sowohl die Politik wie das Wählerpublikum *erneut* eine zustimmende, neutrale oder ablehnende Stellung zu dem einnehmen können, was sich jeweils als »öffentliche Meinung« aufdrängt, spricht für den eigentümlich reflexiven Charakter der Öffentlichkeit. Die Leute können zu dem, was sie als öffentliche Meinung wahrnehmen, *noch einmal* Stellung nehmen. Solche reflexiven Antworten »von oben«, aus dem politischen System, wie »von unten«, aus der Zivilgesellschaft, sind ein doppelter Test darauf, wie wirksam die politische Kommunikation in der Öffentlichkeit als Filter funktioniert. Auch aus diesem Grunde ist die abstrakte und asymmetrische Struktur der Massenkommunikation nicht *per se* ein Hindernis für die Ausbildung »reflektierter öffentlicher Meinungen«. Darunter verstehe ich ein nach Zustimmung und Ablehnung gewichtetes Paar konträrer, mehr oder weniger kohärenter Meinungen, die sich auf ein relevantes Thema beziehen und im Lichte verfügbarer Informationen die zur Zeit plausibelsten und am besten begründeten Interpretationen einer hinreichend relevanten, aber normalerweise strittigen Sache zum Ausdruck bringen.

Aus der Sicht von politischen Eliten legen solche reflektierten öffentlichen Meinungen die Parameter für das Spektrum möglicher, als legitim angesehener Politiken fest. Gleichzeitig bilden sie auch Orientierungspunkte für Wähler, die sich zwischen konkurrierenden Plattformen und Programmen entscheiden können. Es ist ja das Aggregat aus den am Wahltag tatsächlich abgegebenen Voten der einzelnen Wähler, das die formale Verbindung herstellt zwischen der politischen Kommunikation an der Peripherie und der Machtverteilung im Kern des politischen Systems: »Die Re-

levanz der öffentlichen Meinung sowohl für das Publikum als auch für die Entscheidungsträger [...] wird in Konkurrenzdemokratien letztendlich durch den Wahlmodus sichergestellt.«<sup>42</sup>

In großräumigen nationalen Gesellschaften kann eine von Massenmedien beherrschte politische Öffentlichkeit – trotz der abstrakten und asymmetrischen Struktur der Massenkommunikation – *unter günstigen Umständen* reflektierte öffentliche Meinungen generieren und damit zur deliberativen Qualität des politischen Prozesses insgesamt den Beitrag leisten, den dieser Sektor unter den Gesichtspunkten des deliberativen Modells leisten soll. Die einschränkende Formulierung erinnert an den zweiten der oben erwähnten Vorbehalte: Die Einwirkung *illegitimer Machthaber* auf die politische Öffentlichkeit kann natürlich die Dynamik der Massenkommunikation so weit verzerren, dass diese der normativen Erwartung nicht mehr genügt, also nicht mehr so operiert, dass die jeweils relevanten Themen, erforderlichen Informationen und einschlägigen Argumente zur Sprache kommen und über die Schwelle der institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozesse gelangen.

## V Die Machtstrukturen der Öffentlichkeit und die Dynamik der Massenkommunikation

Unter normativen Gesichtspunkten ist »Macht« nicht an sich etwas Illegitimes. Für unsere Zwecke genügt es, vier Kategorien von Macht zu unterscheiden. *Politische Macht* bedarf in jedem Fall einer Legitimation, also einer Rechtfertigung, die von den Machtunterworfenen aus welchen Motiven auch immer akzeptiert, mindestens hingenommen wird. Im demokratischen Verfassungsstaat verlangt der Erwerb und die Ausübung politischer Macht eine anspruchsvollere Legitimation – die *einsichtige Zustimmung* aller Bürger zu Prinzipien und Verfahren der politischen Entscheidungsprozesse. Es ist die Verbindung der Inklusion aller Bürger in die politische Meinungs- und Willensbildung mit der vernünftigen Struktur, also einer hinreichend gesicherten deliberativen Qualität dieses Meinungs- und Willensbildungsprozesses, die die Anerkennungswürdigkeit eines solchen Regimes begründet. *Soziale Macht* beruht auf der Statusordnung einer stratifizierten Gesellschaft und leitet sich in der Regel aus Positionen innerhalb gesellschaftlicher Funktionssysteme ab. Wirtschaftliche Macht ist eine spezielle, wenn auch in kapitalistischen Gesellschaften dominante Form der sozialen Macht. Im Verfassungsstaat bedarf die soziale Macht nicht als solche der Legitimation; aber die *Umsetzung* sozialer Macht in die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse darf sich nur unter Bedingungen der Transparenz vollziehen. Versuche der politischen Einflussnahme dürfen nicht an den üblichen Kanälen der politischen Öffentlichkeit vorbei unternommen werden. Dieser Forderung genügen zivilgesellschaftliche Akteure ohnehin, wenn sie nur dank ihrer Stellung in der politischen Öffentlichkeit politischen Einfluss haben. Diese Akteure besitzen (abgesehen von der Organisationsmacht gegenüber den eigenen Mitgliedern) keine »Macht« im strengen Sinne. Ihr öffentlicher Einfluss stützt sich vielmehr auf das »soziale« oder »kulturelle« Kapital, das sie in Gestalt von sozialer Vernetzung und Medienwirksamkeit, Prominenz und Reputation oder »moralischem Status« (wie z. B. die Kirchen) angesammelt haben. Da die Massenmedien eine weitere Quelle von Macht darstellen, verfügen die Angehörigen der Medienprofession über eine besondere Kategorie von Macht.<sup>43</sup> Diese *Medienmacht* stützt sich auf die

42 Jürgen Gerhards, *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung*, Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 26.

43 Otfried Jarren/Patrick Donges, *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*, Wiesbaden: VS 2006, S. 119 ff. und 329 ff.

---

Technologie und Infrastruktur der Massenkommunikation. Reporter, Kolumnisten und Redakteure, Herausgeber, Regisseure und Produzenten, auch Verleger und Lektoren können nicht umhin, Macht auszuüben, soweit sie politisch relevante Inhalte auswählen und präsentieren und damit in die Formierung öffentlicher Meinungen eingreifen. Selbst wenn die Presse oder die elektronischen Medien nur Nachrichten produzieren und Neuigkeiten vermitteln würden, funktionierten sie wie Filter, denn sie können nur einen winzigen Anteil der potentiellen Botschaften, gleichsam wenige Tropfen aus einer riesigen Informationsflut durchlassen. Aber Inhalte werden nicht nur selektiert, sie müssen auch präsentiert werden. Der Stil und das Format einer Darstellung entscheiden mit über »die Quote«, also über die Menge der erreichten Adressaten und das Maß der gewonnenen Aufmerksamkeit. Die Medienmacht besteht allgemein in der Kompetenz, über den ausgewählten Inhalt eines Programmes und über dessen Gestalt, die perspektivische Darstellung oder »Rahmung« eines Themas zu entscheiden: Sie bemisst sich an den Effekten, die eine Sendung in der politischen Öffentlichkeit auslöst, beispielsweise im Einfluss auf Inhalte, sachliche Prioritäten und zeitliche Festlegungen einer Agenda.<sup>44</sup> Journalisten können über *agenda setting* und *issue framing* Macht ausüben, denn sie intervenieren damit in die Distribution von öffentlichem Einfluss unter Akteuren, die in der politischen Öffentlichkeit um »mehr Einfluss« konkurrieren. Gleichwohl gilt die Medienmacht unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten so lange als harmlos, wie die Journalisten ihre Tätigkeit im Rahmen des verfassungskonform festgelegten öffentlichen Auftrages einer »freien« Presse und eines »unabhängigen« Mediensystems ausüben. Eine notwendige Bedingung für die »Unschuldsvermutung« ist die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien vom Druck politisch, wirtschaftlich und sozial mächtiger Akteure. Das ist selbst in westlichen Gesellschaften eine verhältnismäßig junge Entwicklung, die nicht viel weiter als bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zurückreicht.<sup>45</sup> Funktionale Unabhängigkeit bedeutet für das Mediensystem eine Selbstregulierung in Übereinstimmung mit einem professionellen Code. Dieser Code findet sowohl formal in mehr oder weniger anspruchsvollen Mediengesetzen (die mindestens Meinungsvielfalt garantieren) Ausdruck wie auch informell in den berufsethischen Bestimmungen von branchenspezifischen Vereinigungen, Selbstverwaltungskörperschaften usw.<sup>46</sup>

Die Presse und die elektronischen Medien beziehen ihren politisch relevanten Rohstoff von innerhalb und außerhalb des Mediensystems. In Gesellschaften unseres Typs ist zwar die Hauptquelle von politischen Nachrichten das Fernsehen,<sup>47</sup> dieses populäre Medium genießt eine weitere Verbreitung als die sogenannten »Prestigemedien«; es gibt aber eine informelle Hierarchie, die der nationalen Qualitätspresse, also überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie politischen Wochenmagazinen, die Rolle von Meinungsführern im intermedialen Austausch garantiert. Politische Nachrichten und Kommentare aus den führenden Zeitungen und Magazinen mit landesweiter Verbreitung haben für die anderen Medien eine Vorbild- und Anregungsfunktion.<sup>48</sup>

---

44 Karen Callaghan/Frauke Schnell, *Framing American Politics*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2005, S. 1-20.

45 Jarren/Donges 2006, S. 26ff.; Bernd Weisbrod, »Öffentlichkeit als politischer Prozess. Dimensionen der politischen Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik«, in: ders. (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen: Wallstein 2003, S. 11-28.

46 John B. Thompson, *The Media and Modernity*, Cambridge: Polity Press 1995, S. 258 ff.

47 Russell J. Dalton, *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Washington: CQ Press 2006, S. 22.

48 Jarren/Donges 2006, S. 180-195.

Was den Zufluss von außen angeht, sind natürlich Politiker und politische Parteien die wichtigsten Anbieter. Sie produzieren und vermitteln den Löwenanteil an politischen Ereignissen, Neuigkeiten und Kommentaren. Sie sind in einer starken Position, um einen deutlich privilegierten Zugang zu den Medien auszuhandeln. Aber selbst Regierungen haben normalerweise keine Kontrolle darüber, wie die Medien ihre Nachrichten bringen und interpretieren, oder gar darauf, wie die politischen Eliten oder das breitere Publikum die Nachrichten aufnehmen und darauf reagieren.<sup>49</sup> Eine weitere Gruppe mit privilegiertem Zugang zu den Medien sind die Vertreter und Sprecher der Funktionssysteme. Dank eines höheren Organisationsgrades und größerer materieller Ressourcen sind Lobbys und *special interest groups* in der Lage, professionelle Techniken der Öffentlichkeitsarbeit und des politischen Marketing zu nutzen, um ihre soziale Macht in politischen Einfluss zu transformieren. Die Organisationen, Gruppen und Advokaten, die angeblich allgemeine Interessen vertreten, können in manchen Fällen auch Mittel des *corporate communication management* einsetzen. Beispiele sind die spektakulären Aktionen von Greenpeace. Aber im Verhältnis zu Politikern und Lobbyisten befinden sich zivilgesellschaftlichen Akteure in einer schwächeren Ausgangsposition. Abgesehen von vorübergehenden Publizitätsgewinnen, können sie den Mangel an Professionalität und Geld nur in Zeiten politischer Mobilisierung wettmachen, wenn sie von sozialen Bewegungen profitieren oder allgemein aus den Vibrationen einer unruhig gewordenen Peripherie Nutzen ziehen.

Die Akteure auf der Bühne der politischen Öffentlichkeit bilden – in Abhängigkeit von der Kategorie der Macht oder des »Kapitals«, über die sie jeweils verfügen – eine Hierarchie. Die günstigen Gelegenheiten, Macht durch die Kanäle der Massenkommunikation in öffentlichen Einfluss zu verwandeln, sind ungleich verteilt. Einige Typen haben häufiger bessere Möglichkeiten zu intervenieren als andere. Diese Stratifikation spiegelt natürlich ein Machtgefälle; aber diese Macht ist durch die Reflexivität der Öffentlichkeit begrenzt. Damit ist gemeint, dass alle beteiligten Parteien zu dem, was sie als die »öffentliche Meinung« wahrnehmen, *ein weiteres Mal* Stellung nehmen können. Die gemeinsame Konstruktion »der« öffentlichen Meinung lädt ja die Akteure erst zu Versuchen der strategischen Einflussnahme auf die Öffentlichkeit ein. Alle Akteure, ob sie nun aus dem Zentrum des politischen Systems kommen, aus einem der Funktionssysteme oder aus der Zivilgesellschaft, engagieren sich in *derselben* Absicht, an der Formierung der öffentlichen Meinung mitzuwirken. Professionelle Mittel des *communication management* sind kostspielig, und diese Mittel können sich nicht alle Parteien leisten. Aber die ungleiche Verteilung der Mittel für eine effektive Einflussnahme behindert nicht notwendigerweise die Ausbildung reflektierter öffentlicher Meinungen. Denn strategische Eingriffe in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung müssen sich bei Strafe der Ineffizienz an gewisse Spielregeln halten: Sie müssen zur Mobilisierung wichtiger Themen, handfester Tatsachen und überzeugender Argumente beitragen, *die ihrerseits kritischer Überprüfung ausgesetzt sind*.

Allerdings sehen sich mächtige Akteure nur dann genötigt, sich an diese Spielregeln zu halten, wenn die *etablierten* Regeln die richtigen sind, also ein Spiel garantieren, das auf die Erzeugung von reflektierten öffentlichen Meinungen zugeschnitten ist. Damit ein solches Spiel zustande kommt, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Wie erwähnt muss ein sich selbst steuerndes Mediensystem gegenüber seinen sozialen Umgebungen eine hinreichende Unabhängigkeit behaupten. Gleichzeitig muss freilich die Zivilgesellschaft ihre Bürger auch dazu befähigen, an einer inklusiven öffentlichen Meinungsbildung teilzunehmen. Das wirft zunächst die Frage auf, ob wir von den

---

49 »Mit dem Moment der Veröffentlichung haben sie die Kontrolle über Themen und Deutungen verloren, denn selbst dann, wenn ein Thema vollständig übernommen würde, sind Reaktion und Anschlusskommunikation nicht sicher prognostizierbar.« (*ibid.*, S. 360)

Konsumenten der Massenmedien vernünftigerweise erwarten dürfen, dass sie die nötigen Dispositionen und Fähigkeiten für eine autonome Beteiligung an der politischen Kommunikation besitzen.

Die Adressaten, aus denen sich das zerstreute Massenpublikum zusammensetzt, können ihre Rolle in einem deliberativen Legitimationsprozess nur übernehmen, wenn sie die Substanz eines, wie wir annehmen wollen, mehr oder weniger vernünftigen Elitediskurses aufnehmen und wenn sie selber zu relevanten Themen auf eine mehr oder weniger reflektierte Weise Stellung beziehen können. Auf den ersten Blick scheint das eine bestürzende Überforderung zu sein. Die Forschungen zu *public ignorance* zeichnen nämlich das ernüchternde Bild eines weitgehend uninteressierten und uninformierten Durchschnittsbürgers.<sup>50</sup> Die Aufmerksamkeit potentieller Leser, Zuschauer und Hörer ist eine knappe Ressource und gewiss diejenige, um die in der politischen Öffentlichkeit der härteste Wettbewerb ausgetragen wird. In der Bevölkerung sind zudem die entsprechenden Motivationen und die für das Speichern und Verarbeiten politischer Botschaften erforderlichen kognitiven Fähigkeiten ungleich verteilt. Beides spricht für einen hohen Grad von Selektivität und ein hohes Maß an Unaufmerksamkeit beim Empfang politischer Programme.

Neuere Studien über die Rolle von *information shortcuts* bei der Entwicklung und Stabilisierung längerfristiger Orientierungen haben freilich zu einer gewissen Korrektur des ziemlich pessimistischen Bildes beigetragen. Ganz abgesehen von der Frage, ob die empirischen Forschungen so etwas wie die »politische Unkenntnis« von Bürgern überhaupt richtig konzeptualisieren,<sup>51</sup> lassen die enttäuschenden Daten nicht ohne weiteres die unzweideutigen Schlüsse zu, die oft daraus gezogen werden. Auf längere Sicht nehmen Leser, Hörer und Zuschauer zu politischen Themen vernünftig Stellung, wenn auch auf der Grundlage mehr oder weniger unbewusster Prozesse. Die relevanten Einstellungen formieren sich nämlich auf dem Wege einer Kumulierung der oft implizit bleibenden und in der Zwischenzeit »vergessenen« Reaktionen auf die zufällig aufgenommenen Informationshappen, die zunächst vor dem Hintergrund emergenter, im Fluss befindlicher Begriffsschemata bewertet worden sind: »thus people can be knowledgeable in their reasoning about their political choices without possessing a large body of knowledge about politics.«<sup>52</sup>

## VI Pathologien der politischen Kommunikation

Die bisherigen, grob skizzierten Überlegungen sollten zeigen, dass die Art und Weise, wie die politische Kommunikation in unserer Art von Mediengesellschaft rechtlich institutionalisiert ist und wie sie funktioniert, mit den normativen Erwartungen des deliberativen Modells nicht in Widerspruch geraten *muss*. Freilich belehrt uns schon der Augenschein über die Diskrepanz zwischen diesen Erwartungen und den tatsächlichen Verhältnissen. Deshalb schlage ich vor, uns über den *kritischen Sinn* eines zwar normativ gehaltvollen, aber hinreichend realistischen Forschungsdesigns Klarheit zu verschaffen. Das deliberative Modell erlaubt eine Spezifizierung der Bedingungen, unter denen die politische Öffentlichkeit einen angemessenen Beitrag zum Legitimationspro-

50 Ilya Somin, »Voter ignorance and the democratic ideal«, in: *Critical Review* 12/1998, S. 413-458; Matthew Weinshall, »Means, ends, and public ignorance in Habermas' theory of democracy«, in: *Critical Review* 15/2003, S. 23-58; Jeffrey Friedman, »Public opinion: Bringing the media back, in: *Critical Review* 15/2003, S. 239-260.

51 Robert B. Talisse, »Does public ignorance defeat deliberative democracy?«, in: *Critical Review*, 16/2004, S. 455-464.

52 Michael X. Delli Carpini, »Mediating democratic engagement: The impact of communications on citizens' involvement in political and civic life«, in: Kaid (Hg.) 2004, S. 395-434, hier S. 412; Dalton 2006, S. 26 ff.

zess leisten *würde* – vor allem die relative Unabhängigkeit eines selbstgesteuerten Mediensystems (1) und das richtige *feedback* zwischen Zivilgesellschaft und mediengestützter Kommunikation (2).<sup>53</sup> Abweichende Daten gewinnen eine andere, nicht nur destruktive Bedeutung, wenn sie als kritische Anzeichen für praktisch veränderbare Einschränkungen des Legitimationsprozesses begriffen werden. Aus dieser Sicht übernehmen die beiden postulierten Bedingungen die heuristische Rolle, die Aufmerksamkeit auf Ursachen für bestehende Legitimationslücken zu lenken.

(1) Im Hinblick auf die Unabhängigkeit des Mediensystems sollten wir zwischen dem historischen Phänomen einer *unvollständigen* funktionalen Ausdifferenzierung und der *Entdifferenzierung* einer bereits ausdifferenzierten Gestalt des Mediensystems unterscheiden. So bietet die staatsmonopolistische Stellung des Rundfunksystems im Nachkriegsitalien ein Beispiel für die symbiotische Verschmelzung mit dem politischen System. Solange ein Regierungswechsel zwischen Christdemokraten und Kommunisten blockiert war, genossen die drei größten Parteien das Vorrecht, das Personal von jeweils einem der öffentlichen Kanäle aus den eigenen Reihen zu rekrutieren. Dieses Muster garantierte einen gewissen Pluralismus, aber keine professionelle Unabhängigkeit der Programmgestaltung. Die unvollständige Differenzierung der Massenkommunikation vom Kern des politischen Systems erklärte einen gewissen paternalistischen Zug zur politischen Erziehung unmündiger Bürger, auf den Berlusconi mit seiner Politik des Marktliberalismus umso erfolgreicher reagieren konnte.<sup>54</sup>

Im Vergleich zur unvollständigen Differenzierung erscheint die temporäre Entdifferenzierung als das kleinere Übel. Gleichwohl kann diese Variante die schwerer wiegenden Folgen haben. Ein Beispiel ist die Manipulation der Bevölkerung durch die erstaunlich erfolgreiche Kommunikationspolitik des Weißen Hauses vor und nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen in den Irak im März 2003. Was diesen Fall von ähnlich erfolgreichen Kampagnen unterscheidet, ist nicht so sehr der clevere und folgenreiche Schachzug des kriegswilligen Präsidenten, den Terroranschlag des 11. September 2001 unverzüglich als Auslöser für einen »Krieg gegen den Terrorismus« zu deuten. Das positive Echo, das diese wenig überzeugende Definition gefunden hat, ist sozialpsychologisch leicht zu erklären.<sup>55</sup> In Anbetracht des Schocks, den jener ebenso grausame wie heimtückische Terroranschlag in der amerikanischen Bevölkerung ausgelöst hat, schien die Interpretation nur zu gut auf das Ereignis zu passen. Das bemerkenswertere Phänomen in diesem Zusammenhang ist das Ausbleiben konkurrierender Versuche, das monströse Ereignis in einen anderen Kontext zu stellen, also *anders »einzurahmen«*. Verglichen mit den gleichzeitig in der europäischen Presse erscheinenden Berichten und Kommentaren hat die amerikanische Presse, haben insbesondere Qualitätszeitungen wie die *New York Times* vor der Aufgabe versagt, konkurrenzfähige Interpretationen anzubieten, um die gefährlich irreführende Informationspolitik der Regierung rechtzeitig zu entlarven.<sup>56</sup> Der Fall Judith Miller – eine bekannte Journalistin, die sich um eines privilegierten Zugangs zu den Quellen der Macht willen für die Regierungspropaganda einspan-

53 In unserem kommunikationswissenschaftlichen Kontext kann ich auf die weitere Bedingung, dass die politische Öffentlichkeit für die Transparenz aller relevanten Vorgänge der Politikformulierung sorgen muss, nicht eingehen. Dementsprechend müssten auch alle politischen Forderungen, die mit Berufung auf die funktionalen Imperative des Wirtschaftssystems erhoben werden, durch die Kanäle der Öffentlichkeit hindurchgeschleust werden. Das berührt die anhaltende Diskussion über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus; vgl. Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, veränderte Neuauflage, Frankfurt am Main/New York: Campus 2005 [zuerst 1972].

54 Cinzia Padovani, *A Fatal Attraction. Public Television and Politics in Italy*, Lanham (Maryland): Rowman & Littlefield 2005, S. 1-12.

55 Robert M. Entman, *Projections of Power*, Chicago: Chicago University Press 2004, S. 1-22.

56 Lee Artz/Y. R. Kamalipour (Hg.), *Bring 'em On. Media and Politics in the Iraq War*, Lanham (Maryland): Rowman & Littlefield 2005.



---

nen ließ – wirft rückblickend ein Licht auf die spektakuläre Vermarktung des Krieges durch das Weiße Haus. Nach liberalen Maßstäben hätte eine verantwortliche Presse auf dem Wege des intermedialen Austauschs mit den populären Zeitungen und den Fernsehstationen die breite Öffentlichkeit mit zuverlässigeren Informationen und zutreffenderen Interpretationen versorgen müssen.

Ein anderer Fall ist fehlende Distanz der Medien gegenüber Verbänden und Organisationen, die wirtschaftliche oder andere Spezialinteressen vertreten. Dieser Fall ist weniger spektakulär, aber weit häufiger als die temporäre Verstrickung von Presse und Fernsehen in die Netze der Regierung. Ob es Lobbys gelingt, die Aufmerksamkeit breiterer Schichten für ihre speziellen Anliegen und für eine günstige Interpretation dieser Anliegen zu gewinnen, hängt natürlich auch von Organisationsmacht und materiellen Ressourcen, insbesondere von den Werbeetats ab. Abgesehen von Schleichwerbung und Korruption lässt sich aber eine günstige Präsentation nicht einfach kaufen. Nur wenn bestimmte Politiken, wie beispielsweise die Regulierung des Verkaufs pharmazeutischer Produkte, wesentliche Interessen großer Unternehmen oder wichtiger Sektoren berühren, erzielen konzentrierte Anstrengungen, über PR-Strategien wirtschaftliche Macht in politischen Einfluss umzusetzen, messbare Effekte. In diesem Zusammenhang muss auch der indirekte Einfluss von *scientific communities* erwähnt werden. Der Einfluss der neoliberalen Lehren der Chicago School auf den sogenannten »Washington Consensus« hatte sogar weltweite Auswirkungen.

Ein spezieller Fall ist der Schaden, der für die redaktionelle Unabhängigkeit von Medien immer dann entsteht, wenn private Eigentümer von Medienimperien über ihre eigentliche, privatwirtschaftliche Funktion hinaus politischen Ehrgeiz entwickeln und ihre wirtschaftliche Macht als Basis benutzen, um politischen Einfluss zu erwerben. Private Zeitungen und Rundfunkanstalten sind Unternehmen wie alle anderen. Aber auf dieser Basis können Eigentümer ihre Macht als Unternehmer einsetzen, um Medienmacht *unmittelbar* in politischen Einfluss zu konvertieren. Heute ist Robert Murdoch das beste Beispiel für solche Tycoons. Er hat das Gewicht seiner Zeitungen und Sender in die Waagschalen von Politikern wie Margaret Thatcher, George W. Bush oder Tony Blair geworfen. Ein weniger typisches Beispiel lieferte ein anderer Medienmogul – Silvio Berlusconi. Er profitierte von einer ungewöhnlichen Konstellation: Erst hat er die rechtlichen Möglichkeiten des Eigentümers für politische Eigenpropaganda ausgenutzt, um nach der Regierungsübernahme auf die Gesetzgebung mit dem Ziel einzuwirken, sowohl seinen politischen Erfolg wie sein privates Vermögen zu konsolidieren. Im Laufe dieser abenteuerlichen Laufbahn gelang es ihm sogar, die Medienkultur eines ganzen Landes, die bis dahin von einer gewissen politischen Vormundschaft durch die Parteien geprägt war, auf den Populismus einer Vermarktung unpolitischer Unterhaltung umzustellen – »a mixture of films and telefilms, quiz and variety shows, cartoons and sports, with football preeminent in this latter category«.<sup>57</sup>

(2) Die zweite Bedingung betrifft das *feedback* zwischen einem sich selbst steuernden Mediensystem und einer für Kommunikationsimpulse empfindlichen Zivilgesellschaft, die über eigene, mehr oder weniger autonome Öffentlichkeiten verfügt. Denn die demokratische Legitimation hängt wesentlich von den »richtigen«, die ganze Bandbreite der Interessen der Bevölkerung widerspiegelnden »Eingaben« in das politische System ab. Unter normativen Gesichtspunkten darf sich die Teilnahme der Bürger nicht darin erschöpfen, über das Resultat allgemeiner Wahlen auf die Zusammensetzung parlamentarischer Körperschaften und der Regierung Einfluss zu nehmen. Abgesehen davon, dass sich die Einstellungen der Wähler auch ihrerseits im Milieu öffentlicher Meinungen herausbilden, sollen sich die kollektiv verbindlichen politischen Entscheidungen kontinuierlich unter der Beobachtung einer kommentierenden und kontrollierenden Öffentlichkeit vollziehen. Auf der anderen Seite ist eine Mitwirkung der Zivilgesellschaft nur möglich, wenn *die* medienge-

---

57 Paul Ginsborg, Silvio Berlusconi. Television, Power and Patrimony, London: Verso 2004, S. 40.

stützte Kommunikation bei Bürgern ankommt, die willens und fähig sind, an der Bildung reflektierter öffentlicher Meinungen teilzunehmen, indem sie zu öffentlich diskutierten gesellschaftlichen Problemen Stellung nehmen. Es werden hauptsächlich zwei Ursachen genannt, die erklären, warum es an Rückkoppelungen dieser Art weitgehend fehlt. Zum einen erklären soziale Benachteiligung und kulturelle Randstellung einen selektiven Zugang zu und die ungleichmäßige Teilnahme an der politischen Kommunikation (a); gleichzeitig scheint die Kolonisierung der Öffentlichkeit durch Marktimperative eine besondere Art von Lähmung unter den Konsumenten der Massenkommunikation zu befördern (b).

(a) Das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten und der Konsum von Sendungen politischen Inhalts hängen in hohem Maße von kulturellem Hintergrund und sozialem Status (Beruf und Einkommen, Schulbildung, Religionszugehörigkeit usw.) ab.<sup>58</sup> Diese Daten können als grobe Indikatoren für eine unzureichende funktionale Ausdifferenzierung der Öffentlichkeit von jenen mentalitätsprägenden sozialen Milieus begriffen werden, die die zivilgesellschaftlichen Potentiale formen.<sup>59</sup> Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs lösen sich freilich die askriptiven Bindungen des politischen Verhaltens an soziale und kulturelle Herkunft zunehmend auf. Langzeituntersuchungen zur Interessenvariation in verschiedenen politischen Dimensionen (Aktivitäten und Wertbindungen, Partei- und Wählerpräferenzen) bestätigen eine zunehmende Unabhängigkeit politischer Einstellungen von Determinanten wie Wohnort, sozialer Schicht oder Konfessionszugehörigkeit.<sup>60</sup> Diese Veränderungen gehen Hand in Hand mit der bekannten Trendwende von materialistischen zu postmaterialistischen Werten wie auch mit der wachsenden Bedeutung von kurzfristig wechselnden (»modeabhängigen«) Einstellungen zu aktuellen Vorgängen und Themen. Der Wandel von einem Wahlverhalten, das langfristige Parteinarbeit und Bindungen an eine bestimmte politische Partei widerspiegelt, zum *issue voting* verrät unter anderem den wachsenden Einfluss öffentlicher Diskurse auf das Wahlverhalten. Auch der Trend zur Bildung von sogenannten *issue publics*, d. h. zur Bildung von Gruppen, die sich um das gemeinsame Interesse an bestimmten Themen zusammenfinden, könnte ein zunehmendes Gewicht öffentlicher, jedenfalls medial vermittelter Anstöße anzeigen. Weil immer mehr Leute ein Interesse an einer wachsenden Anzahl verschiedener Themen haben, entsteht ein Pluralismus von solchen themenzentrierten Gruppen. Dieser Trend wirkt freilich nur in dem Maße, wie sich die *issue publics* überlappen und vernetzen, der Fragmentierung des Wählerpublikums entgegen.<sup>61</sup>

Trotz der Inklusion von immer mehr Bürgern in den Kreislauf der Massenkommunikation gelangen die einschlägigen Studien zu einer sehr vorsichtigen Einschätzung des Umfangs und der Tiefenwirkung von Medieneffekten (»not so minimal«). Und die Schlußfolgerungen über die Art des Einflusses der Massenkommunikation auf die Einbeziehung der Bürger in die Politik sind bestenfalls zweideutig, wenn nicht geradewegs pessimistisch.<sup>62</sup> Für die USA bestätigen einige Ergebnisse die sogenannte *video malaise*-Hypothese, nach der Bürger, die von elektronischen Medien häufiger Gebrauch machen und diese auch für eine wichtige Informationsquelle halten, weniger Vertrauen in die Politik haben und ihr gegenüber eher eine zynische Einstellung einnehmen.<sup>63</sup> Insofern wie der Konsum von Fernseh- und Radioprogrammen Ohnmachtsgefühle, Apathie und

58 Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman/Henry Brady, *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge (Mass.): Harvard University Presse 1995; Delli Carpini 2004, S. 404 ff.

59 Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001.

60 Dalton 2006, S. 150 ff., S. 172 ff., S. 219 ff.

61 Dalton 2006, S. 121 f., S. 206 ff.

62 Delli Carpini (2004), S. 420 ff.

---

Gleichgültigkeit gegenüber der Politik sogar stärkt, müssen wir die Ursachen in Formaten und Inhalten der politischen Kommunikation suchen und nicht in einem paralysierten Zustand der Zivilgesellschaft.

(b) Der weltweite Erfolg der neoliberalen Wirtschaftspolitiken verstärkt den Eindruck, dass die Verdrängung politisch regulierter Bereiche durch selbstregulierte Märkte den Optionsspielraum nationaler Regierungen einschränkt. Die Wahrnehmung einer zunehmenden Hilflosigkeit politischer Eliten mag auch im breiten Publikum der Staatsbürger Gefühle von Ohnmacht, Apathie und Sinnlosigkeit nähren. Die erwähnten Daten sprechen freilich dafür, dass die Art der Präsentation und der Inhalt der Massenkommunikation zu einer Entfremdung der Bürger von der Politik, also zur Verbreitung von privatistischen und antipolitischen Stimmungslagen beitragen.<sup>64</sup> Der Stilwandel der Massenkommunikation verrät die Tendenz zu einer Umdefinition von politischen Fragen in Kategorien der Werbung. Die Umstellung der Produktion und des Vertriebs kultureller Güter auf Bedingungen des Marktverkehrs kann, wie das historische Beispiel der Entstehung von autonomer Kunst und unabhängiger Presse im Laufe des 18. Jahrhunderts zeigt, eine ganz andere, nämlich eine emanzipatorische Wirkung haben. Die Vermarktung kultureller Erzeugnisse führt nicht notwendigerweise zur Kommodifizierung des Inhalts und der Rezeption dieser Waren. Erst wenn die funktionalen Imperative des Marktes in die Logik der Erzeugung und der Präsentation von Botschaften und Programmen eingreifen, wird der eine Kommunikationsmodus unauffällig durch einen anderen ersetzt. *Infotainment* ist eines der Stichworte für die Überführung der politischen Auseinandersetzung in den Unterhaltungsmodus.

Marketingstrategien bestimmen nicht mehr nur die Organisation von Wahlkampagnen, sondern die anhaltende Medienpräsenz führender Politiker, die – an den öffentlichen Diskursen vorbei – ihren persönlichen Kontakt mit dem breiten Publikum verstetigen. Die zunehmende Bedeutung des »Images« von Kandidaten für die Wahlentscheidungen erklärt die kandidatenzentrierten Wahlstrategien, die sich inzwischen über die ganze Wahlperiode ausdehnen.<sup>65</sup> Der erwähnte Trend zu Wahlentscheidungen, die zunehmend von der Stellungnahme zu *Einzelthemen* abhängen, wird von diesem Trend zu Wahlentscheidungen zugunsten des *persönlichen Profils* eines Kandidaten überlagert und überholt. Die Personalisierung der Politik ergänzt die Kommodifizierung der Programme. Dabei tun sich die privaten Radio- und Fernsehsender als Pioniere hervor. Die öffentlich finanzierten Sender befinden sich, obwohl sie immer noch eine etwas andere Programmstruktur aufrechterhalten, im Prozess der Anpassung an ihre privaten Konkurrenten.<sup>66</sup> Politische Programme werden gestaucht und auf Konsumfreundlichkeit getrimmt. Neben der Personalisierung von sachlichen Auseinandersetzungen sind die Dramatisierung von Ereignissen, die plakative Vereinfachung komplexer Zusammenhänge und die polarisierende Zuspitzung von Konflikten Anzeichen für Imperative der »Konsumentenfreundlichkeit«, die nun auch in der Bundesrepublik auf die Nachrichtensendungen übergreifen. Die Rollen von Bürger und Konsumenten verschmelzen. Manche Autoren halten den politischen Journalismus, wie wir ihn kennen, schon für ein Auslaufmodell.<sup>67</sup>

---

63 Tsieng-Tsung Lee, »Media effects an political disengagement revisited«, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 82/2005, S. 416-433, hier S. 421 ff.

64 Carl Boggs, »The great retreat: Decline of the public sphere in late-twentieth century America«, in: *Theory and Society* 26/1997, S. 741-780.

65 »Candidates' images can be seen as commodities packaged by image makers who sway the public by emphasizing traits with spezial appeal to voters« (Dalton 2006, S. 215)

66 Jarren/Donges 2006, S. 163 und 348 ff.

67 Knut Hickethier, »Der politische Blick im Dispositiv Fernsehen«, in: Weisbrod 2003, S. 79-96.

Dies sind lockere Beispiele für einen kritischen Gebrauch des deliberativen Forschungsdesigns. Freilich ist ein solcher Gebrauch nur so lange möglich, wie das Design selbst einen hinreichenden empirischen Bezug behält. Mein Ziel war es, diesen Bezug plausibel zu machen. Öffentlichkeiten sind eine voraussetzungsreiche und daher unwahrscheinliche evolutionäre Errungenschaft moderner westlicher Gesellschaften. Auch an ihren Ursprungsorten können wir nicht sicher sein, dass sie uns erhalten bleiben. Zusammen mit dem Zerfall dieser komplexen und anfälligen Kommunikationsstruktur würde allerdings eine wesentliche soziale Grundlage für das anspruchsvolle politische Selbstverständnis moderner Gesellschaften – der rechtstaatlichen Demokratien als sich selbst bestimmender Assoziationen freier und gleicher Bürger – verschwinden.

## VII Kurzes Postskriptum: Politische Öffentlichkeiten jenseits des Nationalstaates?

Ich habe mich auf die politische Rolle nationaler Öffentlichkeiten in liberalen Verfassungsstaaten des Westens beschränkt. Die exemplarische Auszeichnung westlicher Gesellschaften ist, wenn man vom deliberativen Modell der Demokratie ausgeht, aus Gründen der historischen Entstehung gerechtfertigt. Die Fragen der Übertragbarkeit auf andere Kulturen und Gesellschaften ist damit nicht präjudiziert.<sup>68</sup> Eine ganz andere Frage provoziert der jüngste, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts einsetzende Globalisierungsschub, der die Legitimationsgrundlagen des Nationalstaats klassischen Typs verändert hat.<sup>69</sup>

Unter unseren Augen entsteht eine hochinterdependente Weltgesellschaft, deren Funktionssysteme ungerührt durch nationale Grenzen hindurchgreifen. Den wachsenden Koordinations- und Regulationsbedarf soll ein wachsendes Netzwerk internationaler Organisationen befriedigen. Hier werden politische Entscheidungen getroffen, die für die Bevölkerungen der beteiligten Nationalstaaten aufgrund ihrer Art, Eingriffstiefe und Stetigkeit eine zu große Tragweite haben, als dass die Legitimationsgrundlage internationaler Verträge für ein solches »Regieren jenseits des Nationalstaates« noch ausreichen könnte; diese genügt jedenfalls nicht mehr den in demokratischen Verfassungsstaaten eingewöhnten Maßstäben.

Während im nationalen Rahmen die politische Öffentlichkeit eine kontinuierlich beobachtende und (über politische Parteien, allgemeine Wahlen, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen oder soziale Bewegungen) mitentscheidende Teilnahme der Bürger an der Formulierung und Durchsetzung von Politiken ermöglicht, gelangen die politischen Entscheidungen, die die Delegierten nationaler Regierungen in undurchsichtigen internationalen Organisationen aushandeln, erst nachträglich, gegebenenfalls zum Zeitpunkt der parlamentarischen Ratifizierung in die Sichtweite der Bürger. Gelegentlich ist von einer globalen Öffentlichkeit die Rede. Tatsächlich entsteht weltweit eine temporäre Aufmerksamkeit für einzelne Ereignisse wie Katastrophen oder Kriege. Vermutlich war der Vietnamkrieg das erste buchstäblich global wahrgenommene historische Ereignis, um das sich über die Kanäle der jeweils nationalen Berichterstattung und Kommentierung eine Art punktueller Weltöffentlichkeit kristallisiert hat. Aber der Verstetigung der transnationalen Entscheidungsprozesse entspricht keine kontinuierliche Beobachtung und Kommentierung von

68 Vgl. z. B. die interessanten Untersuchungen von Tasuro Hunada, etwa »Can there be a public sphere in Japan?«, in: *Review of Media, Information and Society*, 2/1997, S. 1-23; oder »Towards a Politics of the Public Sphere«, in: *Review of Media, Information and Society*, 4/1999, S. 115-133.

69 Achim Hurrelmann/Stephan Leibfried/Kerstin Martens/Peter Mayer, *Transforming the Golden-Age Nation State*, Houndmills/Basingstoke: Palgrave 2007.

---

ähnlicher Reichweite. Dafür erfüllen die internationalen Institutionen auch ihrerseits nicht die wesentlichen Voraussetzungen der Transparenz, der Zugänglichkeit und der Responsivität.<sup>70</sup>

Das demokratische Defizit macht sich besonders drastisch in der Europäischen Union bemerkbar. Mangels einer europäischen Öffentlichkeit könnten die Bürger nicht einmal dann die immer dichteren und immer tiefergreifenden politischen Entscheidungen der Kommission und des Rates kontrollieren, wenn die Befugnisse des Europäischen Parlamentes hinreichend erweitert würden. Weil eine europäische Öffentlichkeit fehlt, wählen die Bürger das europäische Parlament unter falschen, nämlich nationalen Fragestellungen. Gleichzeitig verlieren die Regierungen der Mitgliedstaaten an Legitimation, weil sie die in Brüssel getroffenen, aber unzureichend legitimierten Entscheidungen nur noch »umsetzen« können. Da politische Öffentlichkeiten nur innerhalb der nationalen Gesellschaften bestehen und europäische Themen nur unzureichend einbeziehen, ist eine rechtzeitige Teilnahme der Bürger an europäischen Entscheidungsprozessen nicht möglich. Wenn diese schließlich die nationale Ebene erreichen, ist die politische Meinungs- und Willensbildung der Bürger nicht mehr gefragt.<sup>71</sup>

Das »Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit« wird meistens unter der irreführenden Prämisse behandelt, als bestehe die Alternative in der Errichtung eines Überbaus, d. h. in der Einführung einer höheren Kommunikationsebene mit eigenen, in einer Zweitsprache europaweit verbreiteten Medien. Obwohl sich im europäischen Raum für den täglichen, politischen und wirtschaftlichen Verkehr das Kommunikationsmittel einer (oder einer jeweils) gemeinsamen Zweitsprache durchsetzen wird, lässt sich das Problem der Vielsprachigkeit in der europaweiten Medienöffentlichkeit auf eleganterem Wege lösen. Der Baumkuchen ist nämlich das falsche Bild. Die Lösung ist nicht der Aufbau einer supranationalen Öffentlichkeit, sondern die *Transnationalisierung* der bestehenden nationalen Öffentlichkeiten. Diese können sich ohne tiefgreifende Änderungen der bestehenden Infrastrukturen füreinander *öffnen*.<sup>72</sup> Die Grenzen der nationalen Öffentlichkeiten würden dadurch gleichzeitig zu Portalen wechselseitiger Übersetzungen. Die bestehende Qualitätspresse könnte ihre ökonomisch bedrohte Existenz unter anderem dadurch retten, dass sie auf diesem transnationalen Wege eine Pfadfinderrolle für die fällige Kapazitätserweiterung der nationalen Öffentlichkeiten übernimmt. Sie müsste die europäischen Themen nicht nur als solche präsent machen und behandeln, sondern zugleich über die politischen Stellungnahmen und Kontroversen, die dieselben Themen in *den anderen* Mitgliedstaaten auslösen, informieren.<sup>73</sup>

---

70 Patrizia Nanz/Jens Steffek, »Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens«, in: Niesen/Herborth (Hg.) 2007, S. 87-110.

71 Der Vertrag von Lissabon räumt deshalb den nationalen Parlamenten eine Frist für ein aufschiebendes Veto ein.

72 Jürgen Habermas, »Braucht Europa eine Verfassung?«, in: ders., *Zeit der Übergänge*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001, S. 104-129, hier S. 119 ff.

73 Bernhard Peters hat diesen Prozess als den Schritt (a) von der Beobachtung europäischer Themen in der jeweils eigenen nationalen Öffentlichkeit (b) zur gegenseitigen Beobachtung der nationalen Öffentlichkeiten im Hinblick auf diese Themen und (c) zum diskursiven Austausch zwischen den nationalen Öffentlichkeiten über diese Themen beschrieben und damit (d) die Aussicht auf die kommunikative Erzeugung einer kollektiven Identität verbunden (vgl. dazu Peters 2007, S. 298 ff.).

---

## Nachweise

- (1) »Wolfgang Abendroth zum 100. Geburtstag«, in: Hans-Jürgen Urban, Michael Buckmiller, Frank Deppe (Hg.), »Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie«, Hamburg: VSA 2007, S. 21-24.
- (2) »Meister Eckhart-Preis für Richard Rorty«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Dezember 2001.
- (3) »Zum Andenken an Richard Rorty«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 55/6, 2007, S. 851-858.
- (4) »Derrida und die Religion«, auf der Grundlage einer englischen Fassung: »How to respond to the ethical question., in: Lasse Thompson (Hg.), *The Derrida-Habermas Reader*, Edinburgh: Edinburgh University Press 2006, S.115-127; französisch in: J. Cohen, R. Zagury-Orly (Hg.), *Judéités. Questions pour Jacques Derrida*, Paris: Galilée 2003.
- (5) »Ein letzter Gruß«. Der Nachruf erschien in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. Oktober 2004.
- (6) »Luhmann-Preis für Ronald Dworkin«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Dezember 2006.
- (7) »Europa und die Rolle des Intellektuellen«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2006, S. 551-558.
- (8) »Europa und seine Immigranten«, Auszüge in: *Kölner Stadtanzeiger* vom 8. November 2006 und: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2006, S.1453-1456.
- (9) »Europapolitik in der Sackgasse«, Auszüge der Vortragsfassung in: *Die Zeit* vom 29. November 2007.
- (10) »Medien, Märkte und Konsumenten«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 16./17. Mai 2007.
- (11) Englische Vortragsfassung: »Does democracy still enjoy an epistemic dimension? The impact of normative theory on empirical research«, in: *Communication Theory*, 16/4, November 2006, S.411-426.

## Zur Person

*Jürgen Habermas*, Professor em. für Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

---

## 1 Politische Grundbegriffe und Konzepte

[1-L] Ackermann, Ulrike (Hrsg.):

**Welche Freiheit: Plädoyers für eine offene Gesellschaft**, (Debatte, 5), Berlin: Matthes & Seitz 2007, 320 S., ISBN: 978-3-88221-885-5 (Standort: UB Bochum(294)-DMA23148)

**INHALT:** Die historische Zäsur von 1989 ist in Europa zu Recht als Durchsetzung des Freiheitsprinzips gegenüber den totalitären Systemen kommunistischer Provenienz gefeiert worden. Seitdem scheint jedoch die Idee der Freiheit in der öffentlichen Debatte eigentümlich in die Defensive geraten zu sein. Zumal für überzeugte Liberale - zu denen sich die Autoren des Bandes zählen - ist es an der Zeit, dass der Westen seine Freiheiten offensiv verteidigt; diese beruhen im Kern auf dem Vorrang des Rechts des Individuums vor allen politisch oder religiös motivierten Visionen des 'guten Lebens'. In dieser Perspektive gehen heute Gefährdungen der Freiheit vor allem von zwei modernen Spielarten des Fundamentalismus aus. Auf der einen Seite sind das antikapitalistische Reaktionen auf ökonomische Folgen der Globalisierung, die soziale Gleichheit (und daran orientierte Politiken) höher bewerten als Freiheit. Auf der anderen Seite stellt der politisierte Islam mit seinen anti-westlichen und anti-amerikanischen Strömungen eine Gefährdung dar, auf die die europäische Öffentlichkeit vielfach nur mit einem Kulturrelativismus antwortet. Die Autorinnen und Autoren - sie stammen aus West- wie Osteuropa und in zwei Fällen aus dem islamischen Raum - setzen sich mit diesen Gefährdungen an unterschiedlichen Beispielen auseinander. Gemeinsam ist ihnen die Einsicht in die Paradoxien sozialer Freiheit, dass sie fortwährend erstritten werden muss. (ZPol, NO-MOS). Inhaltsverzeichnis: Ulrike Ackermann: Freiheitsliebe - Einleitung (7-25); Ralf Dahrendorf: Freiheit - eine Definition (26-39); Wolfgang Sofsky: Das Prinzip Freiheit (40-61); Gerhard Schulze: Das Drama der Freiheit (62-106); Dunja Melcic: Das Denken der Freiheit. Auf den Spuren Hannah Arendts (107-125); Ramin Jahanbegloo: Das Erbe Isaiah Berlins (126-140); Rainer Hank: Der deutsche Schotte: Wilhelm von Humboldts Grenzziehung staatlicher Wirksamkeit (141-155); Detmar Doering: Anatomie des Antikapitalismus (156-167); Dirk Maxeiner und Michael Miersch: Das Totalitäre im Ökologismus (168-197); Péter Nádas: Vaclav Havels Geschichte mit der Frau Albright (198-206); Péter Esterházy: Die versickernde Freiheit (207-210); Oksana Sabuschko: Variationen auf ein Thema in zwei TV-Akten. Mit drei Intermezzos und einem Epilog (zwischen dem ersten und dem zweiten TV-Akt liegen 25 Jahre) (211-231); Ian Buruma: Ein Mord in einem kleinen Land (232-320); Necla Kelek: Die Freiheit des Vogels, im Käfig zu singen. Eine türkische Miniatur (259-268); Ulrike Ackermann: Karikaturenstreit. Welche Freiheiten hat der Westen zu verteidigen? (269-286); Matthias Rüb: Freedom Isn't Free. Amerikas quicklebendiger Gründungsmythos: Freiheit (287-302); André Glucksmann: Ich töte für die Freiheit - Charlotte Corday spricht noch heute (303-315).

[2-L] Backes, Uwe:

**Was heißt Totalitarismus?: zur Herrschaftscharakteristik eines extremen Autokratie-Typs**, in: Katarzyna Stoklosa, Andrea Strübind (Hrsg.): Glaube - Freiheit - Diktatur in Europa und den USA : Festschrift für Gerhard Besier zum 60. Geburtstag, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007, S. 609-625, ISBN: 978-3-525-35089-8 (Standort: LB Hannover(35)-2008/2039)

**INHALT:** Der Verfasser formuliert einen Vorschlag, wie der Totalitarismusbegriff als Bestandteil einer allgemeinen Typologie politischer Systeme für die Analyse historisch-politischer Phänomene fruchtbar gemacht werden kann, wobei er sich vor allem an Karl Loewenstein orientiert. Er stellt die Frage der Gewaltenteilung oder Gewaltenkonzentration, also der Herrschaftsstruktur, in den Mittelpunkt einer idealtypischen Unterscheidung zwischen Verfassungsstaaten und Autokratie. Nach der Herrschaftslegitimation grenzt er vier Autokratietypen voneinander ab, von denen Despotie und Ideokratie die Extreme bilden, zwischen denen Absolutismus und Autoritarismus angesiedelt sind. Aufgrund von weiteren Kategorien einer vergleichenden Herrschaftslehre lassen sich die Autokratietypen näher charakterisieren und die Merkmale des Totalitarismus als einer Form der Ideokratie mit weitreichender Realisierung eines prinzipiell unlimitierten Herrschaftsanspruchs genauer erfassen. (ICE2)

[3-L] Bader, Erwin (Hrsg.):

**Terrorismus: eine Herausforderung unserer Zeit**, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 205 S., ISBN: 978-3-631-54923-0 (Standort: UB Siegen(467)-31PDD4040)

**INHALT:** "Terrorismus ist eine Erscheinung, die für unsere Zeit charakteristisch zu sein scheint. Überall in der Welt erzeugen und verbreiten Terroristen Zerstörung und Angst. Wie soll man dem Phänomen am besten begegnen? Kann man die Spirale der Gewalt durchbrechen? Wie wirkt der Waffeneinsatz angesichts der Bereitschaft zum Selbstmord? Wie reagiert der Westen auf den Anschlag vom 11. September 2001? Welche Art von Aufmerksamkeit für den Terrorismus ist angebracht, damit sich der Terrorismus nicht noch mehr zu Werbezwecken verbreitet? Spielt die Religion eine Rolle, und wenn, welche? Es empfiehlt sich, den Terrorismus mit den Methoden unterschiedlicher Wissenschaften zu erforschen, damit man geeignetere Reaktionen als bisher planen kann. Angeregt durch die Kooperationsgruppe Friedensforschung an der Universität Wien beschäftigten sich mehrere Autoren aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Fachrichtungen mit dem Problem des Terrorismus." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Erwin Bader: Terror und Terrorismus als Thema (13-34); Franz Kernic: Islamisch-fundamentalistischer Jihad und Terrorismus als Herausforderung (35-63); Steven Jacob et al.: United debate on unilateralism and treatment of terrorists (65-74); Astrid Kircher: Suizidterrorismus (75-97); Eva Maria Maier: Überforderung des Rechtsstaats? Terrorbekämpfung zwischen Strafrecht und Kriegszustand (99-115); Brigitte Marschall: Terrorismus, künstlerischer Aktivismus und die Ästhetik der Destruktion (117-130); Gerhard Pretzmann: Zur Bedeutung der primären Motivation für den Terrorismus (131-136); Ulrike Davis-Sulikowski: "Read the Message": Sozialanthropologische Perspektiven zu Terrorismus und Politik (137-145); Martin Jäggle: Unterentwicklung und Terrorismus (147-153); Ralf Bredel: Zur ökonomischen Theorie des Terrorismus. Gegen einen ethischen Realismus in der Konfliktprevention (155-170); John Bechara: Wie können die drei großen monotheistischen Religionen den Frieden im Nahen Osten stiften? (171-191); Herbert Pribyl: Terrorismus und katholische Sozialethik (193-204).

[4-L] Baecker, Dirk:

**Die Gewalt des Terrorismus**, in: Dirk Baecker: Wozu Gesellschaft?, Berlin: Kulturverl. Kadmos, 2007, S. 53-63, ISBN: 978-3-931659-99-8 (Standort: TH Aachen(82)-Lf/5537)



**INHALT:** Der Terrorismus ist heute eine Bedrohung von Gewalt in jenem Weltmaßstab, den die Politik gegenwärtig nicht bewältigt, auch wenn diese Drohung letztlich nur medial und symbolisch - zumindest für die westliche Welt - existiert. Der Beitrag argumentiert für die These, dass der globalisierte Terrorismus das Spiegelbild einer Politik ist, deren Ansprüche unrealistisch sind, unter denen Weltpolitik heute möglich ist. Eine angemessene Antwort findet die Gesellschaft auf den Terrorismus nur dann, wenn sie ihn als Wahrnehmung einer politischen Option beobachtet, die letztlich darauf zielt, das Verhältnis von Politik und Gesellschaft neu zu justieren. Der Terrorismus ist ein Streit darüber, wie Politik in der Weltgesellschaft funktionieren kann und soll. Die Gesellschaft kann darauf nur reagieren, indem sie die Politik "nicht etwa vereindeutigt, sondern optionalisiert". Eine soziologische Beobachtung des Terrorismus hat ihren Sinn darin, die Politik mit verschiedenen Optionen der Beschreibung des Terroristen, der Terroristennetzwerke und des Terrorismus zu versorgen. Sie beruft sich dafür auf eine Gesellschaft, deren Bedarf an Differenzierung und Reintegration über das hinaus geht, was die Politik sich vorzustellen vermag. Deswegen kann und darf die Politik die wissenschaftliche Kommunikation nicht zur Eindeutigkeit zwingen. (ICA2)

[5-F] Baumgarten, Britta, Dipl.-Soz.; Pritzlaff, Tanja, Dr.; Weihe, Anne Cordelia, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Nullmeier, Frank, Prof.Dr. (Leitung):

**Wie wird politische Verbindlichkeit hergestellt? Mikroanalyse der Erzeugung von Verbindlichkeit**

**INHALT:** Damit Gesellschaft auf sich selbst politisch einwirken kann, bedarf es der Herstellung kollektiv verbindlicher Regelungen. Im Zentrum des Projekts steht die Beantwortung der Fragen, wie auf der (Mikro-)Ebene politischer Interaktionen kollektive Verbindlichkeit zustande kommt, welche unterschiedlichen Typen und Ressourcen von Verbindlichkeit genutzt werden und welche typischen Prozessverläufe der Versuch, Verbindlichkeit herzustellen, erzeugt. In einer Kombination von Theoriearbeit mit der Entwicklung analytischer Instrumentarien und mit empirischen Fallanalysen verfolgt das Projekt das Ziel, einen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Grundlagenforschung zu leisten. Die empirische Analyse der politischen Mikroprozesse erstreckt sich dabei auf Interaktionen in Gremien als dem heute typischen Ort der Herstellung politischer Verbindlichkeit. Projekthomepage: [mikropolitik.zes.uni-bremen.de/Verbindlichkeit.html](http://mikropolitik.zes.uni-bremen.de/Verbindlichkeit.html).

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Nullmeier, Frank; Weihe, Anne C.; Pritzlaff, Tanja; Nullmeier, Frank; Felgenhauer, Tilo; Baumgarten, Britta: Wie wird in politischen Gremien entschieden? Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Gremienanalyse. in: Politische Vierteljahresschrift, 2008 (im Erscheinen).+++Weihe, Anne Cordelia; Baumgarten, Britta; Nullmeier, Frank; Pritzlaff, Tanja: Entscheiden in Gremien. Von der Videoaufzeichnung zur Prozessanalyse. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008 (im Erscheinen).

**ART:** *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (Postfach 330440, 28334 Bremen)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0421-218-4051, e-mail: [frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de](mailto:frank.nullmeier@zes.uni-bremen.de))

[6-L] Bedorf, Thomas:

**Anerkennung wer wen?: politische Philosophie, Responsivität und der Dritte**, in: Kathrin Busch, Iris Därmann, Antje Kapust (Hrsg.): Philosophie der Responsivität, München: Fink, 2007, S. 169-179, ISBN: 978-3-7705-4523-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8120)

**INHALT:** Der Beitrag versucht Bernhard Waldenfels' "responsive Phänomenologie" für ein Denken des politischen Feldes und der Gemeinschaft fruchtbar zu machen. Dieser Versuch betrifft insbesondere Axel Honneths Konzept der sozialen Anerkennung, welches das Feld der Intersubjektivität für die Möglichkeit von Normativität in Anspruch nimmt, ohne überzeugend deutlich machen zu können, wie sich Anerkennung innerhalb der intersubjektiven Sphäre konstituiert. Für den Autor ist bereits Honneths dyadische Intersubjektivitätskonstellation problematisch. Sie verdankt sich methodisch einer externen Beobachterposition, die zu zahlreichen kognitivistischen Fehlannahmen führt. Mithilfe der responsiven Phänomenologie von Bernhard Waldenfels bietet der Autor dagegen eine Genealogie der Moral an, die im Feld "triadischer Sozialität" (Mead) ihren Ausgang nimmt und daher jenes Konflikt- und Widerstreitspotentials inne ist, das sich zwischen den verschiedenartigsten Ansprüchen und ihrer Selektion auftut. Der "deskriptive Spürsinn" der responsiven Phänomenologie verleiht dieser, so das Fazit des Autors, ihre dezidiert kritische Dimension. (ICA2)

[7-L] Bonacker, Thorsten; Reckwitz, Andreas (Hrsg.):

**Kulturen der Moderne: soziologische Perspektiven der Gegenwart**, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, 324 S., ISBN: 978-3-593-38354-5 (Standort: USB Köln(38)-34A7962)

**INHALT:** "Die Frage, was die Moderne sei, ist für die Soziologie von klassischer Bedeutung. Großereignisse wie der Zusammenbruch des Sozialismus oder Phänomene der Globalisierung und Transnationalisierung stellen die Gültigkeit von Modernisierungstheorien, die von einem linearen Prozess der Rationalisierung und Verwestlichung ausgingen, infrage. In diesem Band wird Moderne kulturtheoretisch betrachtet: als komplexe historische wie globale Konstellation unterschiedlicher, teils widersprüchlicher Sinnsysteme und Praktiken." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Thorsten Bonacker und Andreas Reckwitz: Das Problem der Moderne: Modernisierungstheorien und Kulturtheorien (7-18); Shmuel N. Eisenstadt: Multiple modernities: Analyserahmen und Problemstellung (19-45); Peter Wagner: Moderne in Zeit und Raum - Auch dies ein Versuch, die europäische Erfahrung neu zu denken (46-70); Matthias Koenig: Kulturelle Konstruktionen und institutionelle Varianten der Moderne in der Weltgesellschaft (71-96); Andreas Reckwitz: Die Moderne und das Spiel der Subjekte: Kulturelle Differenzen und Subjektordnungen in der Kultur der Moderne (97-118); Ulrich Bröckling: Regime des Selbst - Ein Forschungsprogramm (119-139); Hartmut Rosa: Modernisierung als soziale Beschleunigung: Kontinuierliche Steigerungsdynamik und kulturelle Diskontinuität (140-172); Bernhard Giesen: Entgrenzung und Beschleunigung - Einige Bemerkungen über die kulturelle Vielfalt der Moderne (173-182); Urs Stäheli: Differenzierte Moderne? Zur Heterogenität funktionaler Differenzierung am Beispiel der Finanzökonomie (183-198); Thorsten Bonacker: Der Kampf der Interpretationen - Zur Konflikthaftigkeit der politischen Moderne (199-218); Michael Makropoulos: Modernität und Massenkultur (219-250); Scott Lash: Auf dem Weg zu einer Moderne verallgemeinerter Medialisierung (251-266); Karin Knorr Cetina: Postsoziale Beziehungen: Theorie der Gesellschaft in einem postsozialen Kontext (267-300); Johannes Angermüller: Kontingenz und Mangel: Von der Gesellschaft der Moderne zum Sozialen der Postmoderne? (301-321).

[8-L] Brock, Ditmar:

**Globalisierung: Wirtschaft - Politik - Kultur - Gesellschaft**, (Lehrbuch), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 254 S., ISBN: 978-3-531-15398-8

**INHALT:** "Das Buch will dem Leser einen Überblick über wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte der Globalisierung geben. Besonderen Wert wird im ersten Teil auf die Analyse der jüngsten Phase wirtschaftlicher Globalisierung gelegt. Im zweiten Teil wird der Frage nachgegangen, wie das politische System auf diese aktuellen Herausforderungen reagieren kann. Im Mittelpunkt der Darstellung kultureller Globalisierung stehen dagegen die verschiedenen Wege, wie schon seit Jahrtausenden Sprach- und Kulturgrenzen überwunden wurden. Schließlich wird untersucht, was aus diesen Entwicklungen für die Zukunft von Gesellschaften folgt, deren Grundlage immer in der erfolgreichen territorialen wie sozialen Abschließung gegen andere Gesellschaften bestand. Dabei zeigt sich, dass sich zwar Entwicklungen in Richtung auf eine Weltgesellschaft ausmachen lassen, diese aber keineswegs zu einem Welteinheitsstaat oder gar zu einer Welteinheitskultur führen werden." (Autorenreferat)

[9-F] Brodocz, André, Dr. (Bearbeitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

**Die symbolische Dimension der Verfassung: ein Beitrag zur Institutionentheorie**

**INHALT:** Das Dissertationsprojekt ist eine politiktheoretische Grundlagenforschung, die aus institutionentheoretischer Perspektive die symbolische Dimension der Verfassung untersucht. Hierfür diskutiert es im ersten Teil zunächst den gegenwärtigen Stand der Institutionentheorie mit der Absicht, einen Institutionenbegriff zu reformulieren, der über die Schwierigkeiten des aktuellen Forschungsstands hinausweist. Im zweiten Teil werden dann damit die Verfassungstheorien von C. Schmitt, J. Habermas, N. Luhmann und G. Frankenberg daraufhin analysiert, wie sie die symbolische Dimension der Verfassung begreifen. Anschließend wird ein Ansatz vorgestellt, der die Bedingung für diese unterschiedlichen Zugänge zum Symbolischen einer Verfassung zu formulieren beansprucht. Zum Schluss werden diese Erkenntnisse an der Institution 'Verfassung' an die allgemeinen institutionentheoretischen Überlegungen des ersten Teils rückgebunden.

**ART:** AUFTRAGGEBER: keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte (01062 Dresden)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0351-463-35184, Fax: 0351-463-37774,  
e-mail: andre.brodocz@tu-dresden.de)

[10-F] Brodocz, André, Dr. (Bearbeitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

**Die Macht der Judikative**

**INHALT:** Das Projekt steht im Kontext der international geführten Diskussion über die 'judicialization of politics' und die damit verbundenen Bedrohungen der Demokratie durch die wachsende Macht der Judikative. Es werden fünf Aspekte untersucht: Erstens wird ideengeschichtlich an den amerikanischen Federalists und an Montesquieu gezeigt, inwiefern im 18. Jahrhundert die ideengeschichtlichen Weichen für die aktuelle Debatte gestellt wurden. Zweitens wird anhand der Rational-Choice-Theorie und der Systemtheorie erklärt, warum die aktuelle politische Theorie die zunehmende Macht der Judikative nicht hinreichend zu fassen be-

kommt, solange sie die symbolischen Voraussetzungen judikativer Handlungen und Strukturen systematisch ausblendet. Drittens wird deshalb ein theoretischer Ansatz judikativer 'Deutungsmacht' entwickelt, der die Handlungen, Strukturen und symbolische Voraussetzungen in einen internen Zusammenhang stellt. Vor diesem Hintergrund wird dann viertens die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus den 1950er und 1970er Jahren empirisch analysiert, bevor die Arbeit fünftens einen Ausblick gibt auf die Macht der Judikative unter den Bedingungen von Global Governance.

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte (01062 Dresden)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0351-463-35184, Fax: 0351-463-37774,  
e-mail: andre.brodocz@tu-dresden.de)

[11-L] Brücher, Gertrud:

**Frieden als Gegenmythos**, in: Alfred Hirsch, Pascal Delhom (Hrsg.): *Denkwege des Friedens : Aporien und Perspektiven*, Freiburg im Breisgau: Alber, 2007, S. 87-114, ISBN: 978-3-495-48204-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6836)

**INHALT:** Unter einem "negativen" Frieden versteht man die grundsätzliche Ablehnung des Krieges, während man mit "positiv" einen Begriff verbindet, der nicht nur die Abwesenheit von Krieg meint, sondern die Anwesenheit von Gerechtigkeit, Gewaltmonopol, Rechtsstaat, Demokratie, Freihandel, Erziehung, Marktwirtschaft/Planwirtschaft, internationale Organisationen einbezieht. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass "Friede" ein Begriff ist, der das Ganze, Einheitliche der (Welt)Gesellschaft meint. Er wird deshalb wie kaum ein anderer Begriff mit Sprachbildern umschrieben, wie der organologischen oder der Vertragsmetapher, aber auch mit vorneuzeitlichen Bildern vom "irdischen" oder "ewigen Friedens". Der Beitrag macht vor dieser "Metaphorik und Mythologie" deutlich, dass der Friede als friedliches Inbeziehungsetzen "Mythen" wie "himmlischer Friede" als gesellschaftliche Konstruktionen mit transzendenten Legitimationen voraussetzt. (ICA2)

[12-L] Brumlik, Micha:

**Zwischen Polis und Weltgesellschaft: Hannah Arendt in unserer Gegenwart**, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie : Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung*, Sonderband, 2007, Bd. 16, S. 311-329

**INHALT:** Der Autor setzt sich kritisch mit der Möglichkeit einer Aktualisierung von Hannah Arendts politischer Theorie auseinander. Arendts Definition der Freiheit als Sinn von Politik sollte seines Erachtens zu Beginn des 21. Jahrhunderts anders lauten, denn die Begriffe "Politik" und "Freiheit" bedeuten heute etwas anderes als zur Zeit der aristotelischen Philosophie oder der Weltkriegsepoche mit dem nachfolgenden Kalten Krieg. Auch Arendts strikte Unterscheidung von negativer Befreiung und positiver Freiheit, die auf Glück und nicht auf Befreiung abzielt, entspricht in ihrer Fixierung auf das antike Ideal der Polis nicht mehr der weltgesellschaftlichen Gegenwart. Ebenso wenig kann Arendt durch ihren methodologischen Nationalismus ein zivilgesellschaftliches Handeln jenseits des Nationalstaates angemessen beschreiben. Aus dieser Perspektive bleiben Arendts Ansätze zur föderalen Verfassung der Weltgesellschaft und zum Ideal der "res publica" aus der römischen vorabsolutistischen Früh-

---

zeit notwendigerweise eingeschränkt. Darüber hinaus ist das Postulat Arendts zum "Recht auf Rechte" nach Einschätzung des Autors bei Hegel adäquater und ohne voluntaristische Fundierung entfaltet worden. (ICI2)

[13-F] Colliot-Thélène, Catherine, Prof.Dr. (Bearbeitung):

### **Macht und Recht**

**INHALT:** Das Projekt fragt nach der Form der politischen Philosophie. Wie muss sie beschaffen sein, wenn sie der heutigen Gestalt der sozialen und politischen Welt gerecht werden will. Ist eine politische Philosophie noch möglich, in dem ihre traditionellen Fragen nach Recht und Gerechtigkeit, dem guten Leben sowie den Legitimitätsbedingungen der Macht, bisher gestellt wurden, wenn der Rahmen des Nationalstaats seine zentrale Position einbüsst? Soll die Forschung den "methodologischen Nationalismus" aufgeben? Wie kann in diesem Fall eine Reflexion aussehen, die die spezifischen Züge der zeitgenössischen Formen des kollektiven Lebens erklären will und gleichzeitig einige Wertorientierungen fixieren möchte, die dem politischen Handeln einen anderen Sinn geben, als den, bloßes Management der Folgen wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten zu sein? Ausgangspunkt des Projekts ist ein Begriff der subjektiven Rechte, der auf Webers Rechtssoziologie basiert. Weber war zwar ein Verfechter des Nationalstaats, als Soziologe und Historiker aber hat er eine Definition des Rechts gegeben, die eine extensive Anwendung dieses Begriffs ermöglicht. Unter modernen politischen Verhältnissen ist es die Sache des Staates, die subjektiven Rechte zu garantieren. Vor seiner Institutionalisierung wurde diese Funktion jedoch durch andere Kollektive - in Webers Worten: durch andere "Rechtsgemeinschaften" - gewährleistet. Die Spezifität des modernen Staates bestand nicht in der Garantie dieser Rechte, sondern darin, dass er sich diese Garantie zu Eigen machte, indem er sie den übrigen Rechtsgemeinschaften entzog. Nach dieser Interpretation erscheint Webers berühmte Definition des Staates durch das Monopol der legitimen Gewalt als eine Theorie der Souveränität, die sich von der Tradition der modernen politischen Philosophie (Vertragstheorien) nur darin unterscheidet, dass sie den Ort der Macht bestimmt, aber die Frage ihrer Begründung offen lässt. Trotz dieser normativen Gleichgültigkeit beinhaltet Webers Bestimmung des Staates keine ontologische These, die einen notwendigen Zusammenhang zwischen Gewalt und Macht behaupten würde (Arendts Ausdeutung), sondern die Zusammenfassung einer Interpretation miteinander verquickter Geschichten der subjektiven Rechte und der politischen Verbände.

**ART:** AUFTRAGGEBER: keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Nation und Gesellschaft (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 040-414097-0, Fax: 040-414097-11,  
e-mail: HIS@his-online.de)

[14-F] Daniels, Detlef von (Bearbeitung):

### **Idee und Wirklichkeit der Menschenrechte im Ausgang vom Sozialen**

**INHALT:** Das Forschungsprojekt ist Teil des Graduiertenkollegs "Menschenrechte und Menschenwürde", in dem die historisch-sozialen Entstehungszusammenhänge der Menschenrechte im Hinblick auf gegenwärtige Fragestellungen untersucht werden sollen. Das grundlegende Problem der Fragestellung lässt sich in einem Bild verdeutlichen: Als Napoleon die spani-

schen Bauern aus Leibeigenschaft und von der Inquisition befreite wurde er von ihnen mit dem Ruf begrüßt "Lang leben die Ketten!" und sah sich noch dazu einem blutigen Partisanenkrieg ausgesetzt. Dieses Paradox gehört ebenfalls zur Geschichte der Menschenrechte und muss mit bedacht werden. In dem Projekt wird es konkretisiert, indem zunächst drei fundamentale Probleme normativer Begründungen von Menschenrechten identifiziert werden. Sie enthalten erstens oft keine historische oder kulturelle Dimension (warum gab es Menschenrechte nicht schon früher?), reflektieren zweitens die mögliche Dialektik bei der Verwirklichung von Menschenrechten nicht mit (das Napoleon Dilemma), und bleiben drittens in Bezug auf Dilemmata der Interlegalität (Verschiedenheit der Rechtskulturen) stumm. Dem soll mit Hilfe einer alternativen Explikation abgeholfen werden. Ziel ist, eine Begründungsform zu entwickeln, die offen gegenüber Einsichten in die sozialen Bedingungen der Entstehung von Menschenrechten ist. Dies soll in Form einer modifizierten Theorie des Naturzustandes geschehen. Die grundsätzliche Idee ist, ausgehend von einem Naturzustand zunächst einen nicht territorial verfassten, korporativen Zustand als mögliche, wenn auch nicht ideale Lebensform einzuführen. Anders als bei den üblichen Modellen des Gesellschaftsvertrages werden also Existenz von Freien und Gleichen auf einem Territorium, und damit Prämissen moderner Staatlichkeit, nicht schon vorausgesetzt. In dem korporativen Zwischenzustand können viele Leistungen, die üblicherweise "notwendigerweise" einer staatlichen Organisation zugeschrieben werden, bereits erbracht werden. Eine staatliche Organisation auf liberaler Grundlage bedarf also einer gesonderten Rechtfertigung. Ansatzpunkt dafür ist, dass auch im korporativen Zustand prinzipiell die Möglichkeit besteht, auf die Bedingungen des Wohlergehens des Einzelnen zu reflektieren und eine ideale Ordnung zu entwerfen. Der Keim der Veränderung ist also in einer solchen Ordnung bereits angelegt. Dabei wird das Ideal zunächst so abstrakt angesetzt, dass unterschiedliche Vorstellungen darunter gefasst werden können. In den verschiedenen Weisen der Verwirklichung von Idealen können dann auch die drei Eingangs genannten Problemstellungen mitreflektiert werden.

**ART:** *BEGINN:* 2006-04 *ENDE:* 2008-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Am Hügel 1, 99084 Erfurt); Universität Jena, Philosophische Fakultät, Graduiertenkolleg "Menschenwürde und Menschenrechte" (Zwätzengasse 3, 07743 Jena)

[15-L] Ekardt, Felix:

**Wird die Demokratie ungerecht?: Politik in Zeiten der Globalisierung**, München: Beck 2007, 213 S., ISBN: 978-3-406-54799-7 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9907)

**INHALT:** "Die Reformdebatten über Steuern, Arbeitsmarkt, Sozialsystem und Demographie verfehlen gespenstisch unsere Kernprobleme: Nationalstaatliche Politik ist zunehmend machtlos. Und der bisherige westliche Lebensstil, basierend auf Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, ist weder dauerhaft noch global lebbar. Auch mit mehr Leistung und mehr Gemeinsinn wird Deutschland nicht wieder 'Weltspitze werden'. Politiker, Talkshows und liberal-konservative Vordenker lenken von den eigentlichen Fragen ab: Wie können wir allen Menschen in einer globalisierten Welt (und auch künftigen Generationen) faire Chancen geben - und wie verhindern wir, daß unsere Freiheit von ökonomischen Sachzwängen schleichend zerstört wird? Adressat dieses Buches ist der politisch-gesellschaftlich Engagierte, der aufgeklärte Bürger, aber auch der Pädagoge. Das Buch versteht sich als ein prinzipiell ansetzender Kommentar zur politischen Lage nach dem deutschen Regierungswechsel sowie nach dem

---

Stillstand in der EU und in den internationalen Beziehungen. Indem eine fundierte, zugleich aber innovative Politik- und Gerechtigkeitsperspektive als linksliberale Gegenposition zum politisch und journalistisch dominierenden liberalen Konservatismus entwickelt werden soll, geht es ferner um ein innovatives Grundlagenbuch zu Menschenrechten, Freiheit und Demokratie - und damit zu Dauerthemen jeder politischen Debatte und zahlreicher Disziplinen." (Autorenreferat)

[16-L] Fach, Wolfgang:

**Das Verschwinden der Politik**, (Edition Suhrkamp, 2530), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 249 S., ISBN: 978-3-518-12530-4

**INHALT:** Der Verfasser geißelt die politischen Praktiken der "Berliner Republik". Nicht die "Wissenschaft des Regierens" und die "Kunst der Verwaltung" stehen - wie bei Samuel Johnson - im Mittelpunkt der Politik, sondern Ränke, Parteienproporz, Lobbyinteressen und das Schachern um Reformen. Ziel des Staates ist nicht - wie bei Aristoteles - das "edle Leben", sondern "niedere Politik", der Machiavellismus. Trotzdem gelingt es der Politik immer wieder, ihre alltäglichen Defekte hinter der großen Fiktion einer idealen Politik verschwinden zu lassen. (ICE2)

[17-L] Forst, Rainer:

**Republikanismus der Furcht und der Rettung: zur Aktualität der politischen Theorie**

**Hannah Arendts**, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie : Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung, Sonderband, 2007, Bd. 16, S. 229-239

**INHALT:** Der Autor charakterisiert Hannah Arendts politische Theorie im Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" (1986) als ein "Republikanismus der Furcht und Rettung". Diese ist darauf ausgerichtet, die Pluralität als Kraft gegen die totalitäre Zerstörung der menschlichen Fähigkeiten zu Pluralität und Spontaneität einzusetzen und will - mit Benjamin als "rettende Kritik" verstanden - gegen die Reduktion durch Weltzerfall und atomistische Isolation die Pluralität der Menschen erneuern. Die traditionell aristotelisch kategorisierte Anthropologie der "Vita activa" weist jedoch eine Reihe von Ambivalenzen auf, auf welche der Autor in seinem Beitrag näher eingeht. Unter den von ihm herausgearbeiteten acht Dimensionen des Begriffs des Politischen bei Arendt hebt er insbesondere die epistemische Dimension hervor, nach welcher der gemeinsame Raum einen Common Sense von geteilten Meinungen und Urteilen ermöglicht. Im Unterschied zu Arendts elitistischer Lösung des Demokratiedilemmas und der Reduktion von sozialen Fragen auf technische Lösungen sollte Arendts Begriff der Macht als intersubjektives Phänomen nach Meinung des Autors weiterentwickelt werden. Dadurch kann auch eine aktuelle Anknüpfung der Arendtschen Konzeption an agonistische Differenztheorien erfolgen. (ICI2)

[18-L] Frühbauer, Johannes J.:

**John Rawls' "Theorie der Gerechtigkeit"**, (Werkinterpretationen), Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges. 2007, 192 S., ISBN: 978-3-534-15191-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8228)

**INHALT:** Frühbauer, der sich bereits in seiner Dissertationsschrift mit diesem Thema auseinandersetzt, legt eine einführende Werkinterpretation in Rawls Konzeption von Gerechtigkeit als Fairness vor. Zunächst schildert der Autor den wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund, vor dem sich die Renaissance der politischen Philosophie und des Vertragsdenkens abhebt. Dann werden zentrale Themen der rawlschen Philosophie - die Auseinandersetzung mit dem Utilitarismus und dem Urzustand sowie die Charakterisierung des Begriffs und der Prinzipien der Gerechtigkeit - vorgestellt. Zuletzt gibt Frühbauer einen Überblick über die Rezeption und Revision der 'Theorie der Gerechtigkeit' und veranschaulicht deren mögliche Anwendungsbereiche. Dass der Begriff und Diskurs der Gerechtigkeit heute so viel Zustimmung findet, gilt dem Autor letztlich als Beweis für die Überlegenheit und Unabdingbarkeit der politischen Philosophie. Ihr allein komme eine Ordnungs-, Orientierungs-, Versöhnungs- und Utopiefunktion zu. Die Frage, weshalb sie diese nicht immer besessen hat und ob nicht ihre Grenzen gerade heute, in Zeiten ihrer Dominanz, sichtbar werden, bleibt dagegen undiskutiert. (ZPol, NOMOS)

[19-L] Gläser, Jochen:

**Gemeinschaft**, in: Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank, Georg Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance : theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 82-92, ISBN: 978-3-531-14748-2

**INHALT:** "Gemeinschaft" wird begriffsgeschichtlich und ordnungstheoretisch auf die Governance-Forschung bezogen. Es wird darauf hingewiesen, dass Gemeinschaften nur eine geringe kollektive Handlungsfähigkeit aufweisen. Diese Schwäche endogener Governance ist charakteristisch für spontane soziale Ordnungen. Die Entwicklung der Gemeinschaft ist ein nicht intendierter Aggregateffekt des identitätsgeleiteten, weitgehend autonomen Handelns ihrer Mitglieder. Um Entscheidungen herbeizuführen und eine Bindungswirkung für wenigstens einen Teil der Mitglieder zu erreichen, bilden Gemeinschaften Netzwerke und formale Organisationen (z.B. Vereine) aus. Diese formalen Organisationen sind zugleich eine wichtige Schnittstelle zur Gesellschaft und die exogene Governance. (GB)

[20-F] Herrmann, Dietrich, Dr.phil.; Schulze Wessel, Julia, Dr.phil.; Schmidt, Rainer, Dr.phil.; Brodacz, André, PD Dr.phil.; Creutzburg, Claudia, M.A.; Schaller, Steven, M.A. (Bearbeitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Leitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

**Verfassung als institutionelle Ordnung des Politischen (Teilprojekt I)**

**INHALT:** Als Teil des Sonderforschungsbereichs 537 "Institutionalität und Geschichtlichkeit" geht das Projekt von der systematischen Überlegung aus, dass Verfassungen als Institutionen über eine instrumentelle und eine symbolische Dimension verfügen. In ihrer instrumentellen Dimension erfüllt die Verfassung eine Steuerungsfunktion, indem sie als Spielregelwerk des politischen Systems jene Institutionen und Verfahren konstituiert, die den politischen Prozess organisieren und regulieren. In der symbolischen Dimension übernimmt eine Verfassung dagegen eine Integrationsfunktion, sobald sie die grundlegenden Formen und Prinzipien gesellschaftlicher Verfasstheit, also die politischen Ordnungsvorstellungen eines Gemeinwesens, symbolisch repräsentiert. Notwendig ist diese Symbolisierung, weil die Ordnungsvorstellungen allein zu abstrakt bleiben, um eine handlungsstrukturierende Wirkung erzielen zu können. Kommen diese Ordnungsvorstellungen durch eine Verfassung symbolisch zur Darstellung,



dann werden die abstrakten Ordnungsvorstellungen als Verfassungsnormen kodifiziert und gewinnen so jenes Maß an Präzision und Verbindlichkeit, die zur dauerhaften Stabilisierung von sozialen Ordnungen beitragen. Umgekehrt findet der Verbindlichkeitsanspruch von Verfassungsnormen über seine momenthafte Erzwingbarkeit hinaus einen dauerhaften Halt wiederum in der symbolischen Qualität der Verfassung, aus der sich ihr normativer Gehalt speist. Verfassungen bringen die von ihnen symbolisierten politischen Ordnungsvorstellungen jedoch nicht von selbst zur Sprache. Ihre symbolische und instrumentelle Wirkungsmächtigkeit ist darum darauf angewiesen, dass ihr symbolischer Gehalt gedeutet und ihr instrumenteller Steuerungsanspruch ausgeführt wird. Verfassungen und Verfassungsgerichte fungieren aus diesem Grund wie eine institutionelle Kaskade: Die Institution 'Verfassung' institutionalisiert das Verfassungsgericht, welches fortan insofern exklusiv über die Institutionalität der Verfassung verfügt, als allein ihm im Fall sich widersprechender Deutungen die verbindliche Interpretation der Verfassung obliegt. Im Prozess der Institutionalisierung konstitutioneller Leitideen wird so eine Deutungsmacht generiert, die das Verfassungsgericht zwar alleine ausübt, über deren Ressourcen das Verfassungsgericht jedoch nicht allein verfügt. So ist es stets darauf angewiesen, dass der von ihm gedeuteten Verfassung überhaupt jener symbolische Gehalt zugeschrieben wird, durch den sich die Deutung der Verfassung zu einem Akt von Macht, von Deutungsmacht, steigert. Erst wenn eine Verfassung dementsprechend integrativ wirkt und ihr darum ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht wird, transformiert sich die kommunikative Macht der gedeuteten Verfassung in die Deutungsmacht ihres Interpreten. *ZEITRAUM:* ab 1776 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, EU

**METHODE:** a) Ideen- und theoriegeschichtliche Perspektive: Wenn Institutionen Ordnungsleistungen zur Vereinheitlichung von Verhaltenserwartungen erbringen, kann der Dynamik von Begründungsleistungen - sowohl für den deutschen Frühkonstitutionalismus als auch für die Verfassungsgeschichte der DDR - am besten durch eine Sprach- und Diskursanalyse Rechnung getragen werden. Die Diskurs- und Sprachanalyse der Cambridge School bietet die entsprechende Methode an, um die Entwicklung von ursprünglichen Teil- und Fachdiskursen - in diesem Fall der juristischen Teilöffentlichkeit - zu hegemonialen Deutungsmächten innerhalb einer breiteren Öffentlichkeit zu untersuchen. Auch die Diskurse um die DDR-Verfassung werden auf die Frage nach der symbolischen Dimension diskurs- und inhaltsanalytisch untersucht. Dabei soll die Untersuchung von Argumentationsfiguren, Legitimationsbegründungen, rhetorischer Muster und Diskursstrategien Aufschluss darüber geben, welcher Stellenwert der Verfassung innerhalb der DDR-Gesellschaft zukam, wie und ob der Status der Verfassung reflektiert wurde. So können auch hier die Strategien der Invisibilisierung und Visibilisierung von Herrschaftslegitimation und Deutungsmacht herausgearbeitet werden. b) komparativ-empirische Perspektive: Unter der komparativ-empirischen Perspektive steht die Frage im Zentrum, auf welche Weise die institutionelle Praxis der Verfassungsrechtsprechung auf die Institutionalisierung politischer Ordnungsvorstellungen durch Verfassungen einwirkt. Für die symbolisch und instrumentell starke Verfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland und den USA sowie für die im Vergleich dazu symbolisch und instrumentell schwache französische Verfassungsgerichtsbarkeit soll mit Hilfe einer Ressourcenanalyse (I) und einer Reflexionsanalyse (II) rekonstruiert werden, wie Deutungsmacht in der Gründungsphase der Verfassungsgerichtsbarkeit institutionalisiert, in der Konfliktphase behauptet und in der Konsolidierungsphase gefestigt wird. Vorgeschaltet wird deshalb eine dichte Beschreibung' des jeweiligen politischen Settings und der institutionellen Entwicklungsprozesse in den drei Referenzsystemen, um diese drei Phasen identifizieren zu können (Verlaufsanalyse). c) demoskopische Perspektive: Für die Beziehung des Bundesverfassungsgerichts zur Öffent-

lichkeit ist eine demoskopische Studie vorgesehen. Denn in dieser Beziehung stellt sich die Frage nach den Ressourcen der Deutungsmacht als Frage nach den Quellen des Institutionenvertrauens, welches die Öffentlichkeit dem Verfassungsgericht entgegenbringt. Zwar kann etwa das Bundesverfassungsgericht - wie die bisherigen Ergebnisse unseres Projekts zeigen - mit einem hohen Institutionenvertrauen seinen Mangel an Zwangsgewalt kompensieren, doch erklärt dies noch nicht, wie sich das öffentliche Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht aufbaut.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Vorländer, H.: Hinter dem Schleier des Nichtpolitischen. Das unsichtbare Verfassungsgericht. in: Melville, G. (Hrsg.): Das Sichtbare und das Unsichtbare der Macht. Institutionelle Prozesse in Antike, Mittelalter und Neuzeit. Köln u.a. 2005, S. 113-127.+++Vorländer, H.: Einleitung. in: Ders. (Hrsg.): Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit. Wiesbaden 2006, S. 9-36.+++Vorländer, H.: Verfassung als symbolische Ordnung. in: Becker, M.; Zimmerling, R. (Hrsg.): Recht und Politik. PVS-Sonderheft. Wiesbaden 2006, S. 229-249.+++Vorländer, H.: Macht und Ansehen des Bundesverfassungsgerichts. in: Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient, Jg. XXXI, Bologna 2006, S. 417-437.+++Vorländer, H.: Was ist und zu welchem Ende brauchen wir eine Verfassung? in: Sächsischer Landtag (Hrsg.): 175 Jahre Sächsische Verfassung. Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, H. 35. Dresden 2006, S. 36-43.+++Vorländer, H.: Art. "Verfassung". in: Fuchs, D.; Roller, E. (Hrsg.): Lexikon Politik. Stuttgart 2007.+++Vorländer, H.: Art. "Liberalismus". in: ebd.+++Vorländer, H.: Gesellschaftliche Wertvorstellungen und politische Ideologien. in: Jäger, W.; Haas, Ch.M.; Welz, W. (Hrsg.): Regierungssystem der USA. 3. Aufl. Frankfurt a.M. 2007, S. 25-44.+++Vorländer, H.: Verfassungspatriotismus als Modell. Der Rechts- und Verfassungsstaat im Ordnungsdiskurs der Bundesrepublik Deutschland. in: Hertfelder, T.; Rödder, A. (Hrsg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, S. 110-120.+++Vorländer, H.: Europas multiple Konstitutionalismen. in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 5, 2007, Nr. 2, S. 160-180.+++Vorländer, H.: Verfassungswissenschaft als Kulturwissenschaft. "Verfassungskultur" aus politikwissenschaftlicher Perspektive. in: Institut für Europäische Verfassungswissenschaften (Hrsg.): Verfassungskulturen im europäischen Vergleich. Berlin 2008 (im Erscheinen).+++Brodocz, A.: Die Grundrechte-Charta der EU und ihre Chancen zur symbolischen Integration Europas. in: Ullbert, C.; Weller, C. (Hrsg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden: VS Verl. 2005, S. 191-214.+++Brodocz, A.: Georg Jellinek und die zwei Seiten der Verfassung. in: Anter, A. (Hrsg.): Die normative Kraft des Faktischen. Das Staatsverständnis Georg Jellineks. Baden-Baden 2004, S. 153-174.+++Brodocz, A.: Warum darf Karl-Dieter Möller nicht live aus der Arena des Bundesverfassungsgericht berichten? in: Frankenberg, G.; Niesen, P. (Hrsg.): Bilderverbot. Recht, Ethik und Ästhetik der öffentlichen Darstellung. Münster 2004, S. 121-136.+++Brodocz, A.: Lüth und die Deutungsmacht des Bundesverfassungsgerichts. in: Henne, T.; Riedlinger, A. (Hrsg.): Das Lüth-Urteil in (rechts-)historischer Sicht. Die Grundlegung der Grundrechtsjudikatur in den 1950er Jahren. Berlin 2005, S. 271-289.+++Brodocz, A.; Schaller, S.: Selbstreferentielles Entscheiden und institutionelle Eigengeschichte. Eine quantitative Analyse zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dresdner Beiträge zur Politischen Theorie und Ideengeschichte, 3/2005.+++Brodocz, A. (Hrsg.): Erfahrung als Argument. Zur Renaissance eines ideengeschichtlichen Grundbegriffs. Baden-Baden 2007.+++Brodocz, A.: Art. "Macht". in: Fuchs, D.; Roller, E. (Hrsg.): Lexikon Politik. Stuttgart 2007, S. 165-167.+++Brodocz, A.: Erfahrung - zur Rückkehr eines alten Arguments. in: Ders. (Hrsg.): Erfahrung als Argument. Zur Renaissance eines ideengeschichtlichen Grundbegriffs. Baden-Baden 2007, S. 9-24.+++Brodocz, A.: Bilderfeindliche Verfassungsgerichte. Zur Gedächtnispolitik des Bundesverfas-

---

sungsgerichts und des Supreme Court. in: Vismann, C.; Weitin, Th. (Hrsg.): Bildregime des Rechts. Stuttgart 2007, S. 101-129.+++Umfangreiche Literaturliste bitte beim Institut anfordern. S.a. [www.sfb537.de/teilprojekte/i/vi.htm](http://www.sfb537.de/teilprojekte/i/vi.htm). *ARBEITSPAPIERE*: Vorländer, H. (Hrsg.): Dresdner Beiträge zur Politischen Theorie und Ideengeschichte.+++Ottow, R.: Politische Institutionen und der Ort der Tugend im politischen Diskurs der frühen Neuzeit. 1/1999.+++Meyert, R.: Die Klassiker und die Gründer. Die Rezeption politischen Ordnungsdenkens im Streit zwischen Federalists und Anti-Federalists. 2/1999.+++Ottow, R.: Eine kommentierte Bibliographie zum britischen Verfassungsdenken in der frühen Neuzeit. 4/1999.+++Schaal, G.S.; Vorländer, H.: Einstellungen zu Demokratie und Verfassung. Eine empirische Untersuchung von Studierenden der Politikwissenschaft in Dresden. Mainz/ Erlangen 5/1999.+++Herrmann, D.: Die Debatte über die Schulgebets-Entscheidungen des amerikanischen Supreme Court. 6/1999.+++Schaal, G.S.: Faktoren der gesellschaftlichen Akzeptanz von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Empirische und theoretische Aspekte. 7/1999.+++Schaal, G.S.: Der Kruzifix-Konflikt. Methodenbericht über eine Diskursanalyse der Debatte zum Kruzifix-Beschluß in der SZ und der FAZ. 8/1999.+++Schulz, D.: Verfassungen in Frankreich zwischen symbolischer und instrumenteller Dimension. Von der Französischen Revolution bis zur III. Republik. 1/2001.+++Schulze Wessel, J.: Über die Gründung moderner Gesellschaften. Hannah Arendt und die Aporie des Anfangs. 1/2002.+++Brodocz, A.: Die Grundrechte-Charta der Europäischen Union und ihre Chancen zur symbolischen Integration Europas. 2/2002.+++Schmidt, R.: Republikanischer Konstitutionalismus in Deutschland. Anmerkungen zu Karl Heinrich Pölitz' politischen Denken im deutschen Vormärz. 3/2002.+++Herrmann, D.: Neu-Gründung und Geltung. Die Gründung der V. Französischen Republik und die Institutionalisierung ihrer Verfassung. 4/2002.+++Brodocz, A.: Über die institutionelle Konstruktion von Eigenzeit am Bundesverfassungsgericht. 5/2002.+++Schmidt, R.: Ideengeschichte und Institutionentheorie. Begriffe, Diskurse und institutionelle Mechanismen als Bausteine für ein Modell der Ideengeschichtsschreibung. 1/2005.+++Brodocz, A.: Neue Integrationslehre. Über Rudolf Smend und die symbolische Dimension der Verfassung. 2/2005.+++Brodocz, A.; Schäller, S.: Selbstreferentielles Entscheiden und institutionelle Eigengeschichte. Eine quantitative Analyse zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. 3/2005.+++Creutzburg, C.: Deutsche und englische Verfassungskultur im Vergleich und Perspektiven für eine europäische Verfassung. Dresden, Techn. Univ., unveröff. Magisterarbeit, 2004.

**ART:** *BEGINN:* 1997-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Technische Universität Dresden, SFB 537 Institutionalität und Geschichtlichkeit (Helmholtzstr. 10, 01062 Dresden); Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte (01062 Dresden)

**KONTAKT:** Herrmann, Dietrich (Dr. Tel. 0351-463-35723,  
e-mail: [Dietrich.Herrmann@tu-dresden.de](mailto:Dietrich.Herrmann@tu-dresden.de))

[21-L] Hirsch, Alfred; Delhom, Pascal (Hrsg.):

**Denkwege des Friedens: Aporien und Perspektiven**, Freiburg im Breisgau: Alber 2007, 448 S., ISBN: 978-3-495-48204-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6836)

**INHALT:** "Vor dem Hintergrund der Erfahrung des Grauens, aber auch der Hoffnung im 20. Jahrhundert sowie in Anbetracht der neuen Entwicklungen der Politik und der Gesellschaft in

der globalisierten Welt ist es für die Philosophie eine wichtige Aufgabe, den Frieden erneut und in mancher Hinsicht neu zu denken. Die in diesem Buch versammelten Aufsätze verbinden daher drei gemeinsame Anliegen: (1) Die Frage des Friedens in der heutigen Philosophie erneut und verstärkt zu stellen. (2) Die Tradition, die unser Denken des Friedens seit den Griechen und besonders seit dem Denken des Staates und des Rechts nach Hobbes und Kant prägt, zu hinterfragen und gegebenenfalls zu erneuern. (3) Eine philosophische Reflexion über die Formen und die Kategorien des Denkens selbst anzuregen, die der Frage des Friedens angemessen sein können. Nicht zuletzt geht es darum, die mögliche Gewalt des Denkens und entsprechend auch die Voraussetzungen eines Denkens, das auch für sich die Aufgabe des Friedens ernst nimmt, zu reflektieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Pascal Delhom, Alfred Hirsch: Vielfältiger Frieden. Aporien - Perspektiven - Denkansätze (10-20); Robert Bernasconi: Ewiger Friede und totaler Krieg (22-42); Lutz Schrader: Die "dual use capacity" von Friedenstheorien. Das Beispiel der liberalen Theorie des "demokratischen Friedens" (43-68); Werner Stegmaier: Zum zeitlichen Frieden (70-86); Gertrud Brücher: Frieden als Gegenmythos (87-114); Wulf Kellerwessel: Die Wahrung grundlegender Normen und elementarer Menschenrechte als unabdingbare Bedingung des Friedens (115-137); Monique Castillo: Den Krieg kennen, den Frieden denken (140-155); Petar Bojanic: Die Übertragung des Krieges in Frieden: Mit Frieden vergelten (156-191); Henrike Otten: Friedens-Einsprüche. Hinweise am Beispiel Friedrich Wilhelm Foersters (192-226); Bernhard Waldenfels: Friedenskräfte und Friedenszeichen (228-251); Hajo Schmidt: Das Eigene und das Fremde. Friedensphilosophie und Psychoanalyse (252-264); Christina Schües: "Freiheit" denken in Zeiten des Friedens (265-290); Alfred Hirsch: Frieden und globale Verantwortung (292-307); Antje Kapust: "Sprachen" des Friedens (308-333); Pascal Delhom: Das Wagnis des Vertrauens (334-361); Iris Därmann: Kants Kritik der Tischgesellschaft und sein Konzept der Hospitalität (364-386); Burkhard Liebsch: Frieden durch Recht und Gastlichkeit? Gedanken aus der Ferne - mit Kant und Derrida (387-445).

[22-L] Hirsch, Michael:

**Politische Theologie des Konflikts: Carl Schmitt im politischen Denken der Gegenwart**, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.): Der Staat des Deizisionismus : Carl Schmitt in der internationalen Debatte, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 83-111, ISBN: 978-3-8329-2671-7 (Standort: UuStB Köln(38)-35A1213)

**INHALT:** Der Beitrag erörtert die Frage nach der Aktualität der politischen Theorie Carl Schmitts in den derzeitigen politikwissenschaftlichen Debatten. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Tatsache, dass keine einzige der wichtigen zeitgenössischen Theorien den rechtskonservativen politischen Intentionen von Schmitts Theorie folgt. Es gibt hier eine erstaunliche Breite des politischen Spektrums. Die impliziten und expliziten Aneignungen von Elementen der Theorie Schmitts reichen von einem liberalkonservativ-libertären Republikanismus in der Nachfolge H. Arendts (Lefort, Gauchet, Dubiel, Rödel, Frankenberg) über linksliberale Dekonstruktivistinnen (Derrida) und Radikaldemokraten wie Balibar, Laclau, Mouffe und Rancière bis hin zu anarchisierenden Messianisten wie Agamben, linksradikalen Marxisten wie Negri sowie Maoisten und Jakobinern wie Badiou. Somit lautet die grundlegende These hier: Wichtige Teile des zeitgenössischen politischen Denkens gerade unter den Linken haben sich frühzeitig von der Idee einer progressiven Umgestaltung der Gesellschaft durch demokratisch erzeugte Gesetze verabschiedet. Die Ausführungen gliedern sich in die maßgeblichen Aspekte von Schmitts Theorie und seine aktuelle Rezeption: (1) Politik- und Staatsbegriff, (2) Souve-

---

ränität und Ausnahmezustand, (3) Demokratie als Identität und die Fortdauer des Theologisch-Politischen, (4) das Politische in der libertären Demokratie und der Ritus der leeren Stelle der Macht, (5) Institutionalismus und Anti-Institutionalismus (Etatismus und Anti-Etatismus). Insgeheim betreiben viele der wichtigen zeitgenössischen politischen Theorien eine politische Theologie oder Mythologie des Konflikts. Sie hypostasieren den Konflikt zur Substanz des politischen Gemeinwesens. Damit gerät die Perspektive demokratischer Mündigkeit aus dem Blick und weicht einem Ästhetizismus des Politischen. (ICG2)

[23-L] Hirsch, Michael:

**Die zwei Seiten der Entpolitisierung: zur politischen Theorie der Gegenwart**, (Staatsdiskurse, Bd. 1), Stuttgart: Steiner 2007, 214 S., ISBN: 978-3-515-09089-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9918)

**INHALT:** "Dieser Band präsentiert eine kritische Analyse der avancierten politischen Theorie der Gegenwart. Zum einen geht es hier um jüngere Diskussionen im Anschluss an Niklas Luhmanns Systemtheorie, die eine sozialwissenschaftliche Entzauberung des Staatsbegriffs betreiben. Zum anderen nimmt der Autor neuere politische Philosophien aus Frankreich in den Blick, die eine zeitgenössische Theorie 'des Politischen' im Unterschied zu 'der Politik' entwickeln. Die Arbeit legt die gemeinsame theoretische Basis der scheinbar weit auseinanderliegenden Argumentationsformen frei und beschreibt sie als zwei Seiten einer Entpolitisierung der Politik: politische Technokratie einerseits, politische Ontologie auf der anderen Seite. Die Studie zeigt, in welcher Weise heute wichtige Theorien (auch der Linken) zentrale Aspekte von den autoritären Staatslehren Hegels und Carl Schmitts übernehmen. Dem stellt der Autor einen scharf begrenzten Politikbegriff in der Tradition Kants entgegen." (Autorenreferat)

[24-L] Jaeggi, Rahel:

**Die im Dunkeln sieht man nicht: Hannah Arendts Theorie der Politisierung**, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie : Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung, Sonderband, 2007, Bd. 16, S. 241-250

**INHALT:** Die Autorin schlägt eine neue und erweiterte Lesart der oftmals kritisierten strikten Trennung von Arbeit und Handeln in Hannah Arendts Werk "Vita activa" vor. Die Grenzziehung zwischen dem Politischen und dem Sozialen ist demzufolge, entgegen der expliziten Einteilung in "Vita activa", nicht überzeitlich und konstant fixiert, sondern selbst ein Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Mit Arendts Unterscheidung zwischen Arbeiten und Handeln sind also nicht per se bestimmte Gegenstandsbereiche bereits vorgeordnet, sondern es wird nur ein bestimmter Modus der Thematisierung des Zusammenlebens charakterisiert. Die Autorin geht insbesondere der Frage nach, welche Qualität des Politischen bei Arendt betont wird, wenn es vom Sozialen abgegrenzt wird. Obwohl auch bei Arendt Ansätze einer Renaturalisierung des Sozialen zu finden sind, liegt der richtig verstandene Sinn der Dichotomie des Sozialen und Politischen in einer Abwehr vom naturalistischen Verständnis politischer Fragen. Nach dieser Lesart kann der Autorin zufolge jeder Themenbereich in einem Akt öffentlicher Aneignung politisiert und Arendts politische Theorie somit für die Wiederkehr der sozialen Frage in der nationalen und internationalen Politik geöffnet werden. (ICI2)

[25-L] Jesse, Eckhard:

**Die Totalitarismuskonzeption von Herbert Marcuse**, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.): Totalitarismuskritik von links : deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007, S. 355-375, ISBN: 978-3-525-36910-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007 7966)

**INHALT:** Der Beitrag prüft die Tragfähigkeit des Totalitarismuskonzepts Marcuses (auch unter dem Gesichtspunkt von Kontinuität und Wandel) und untersucht, ob es sich um eine Konzeption handelt, die einen wesentlichen Beitrag zur Totalitarismusforschung liefert oder selbst totalitären Tendenzen Vorschub leistet. Nach kurzen Hinweisen zum Leben und Werk folgen Interpretationen zu Marcuses früher Phase kurz nach der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten, zu seiner mittleren Phase (50er Jahre) und zu seiner späten Phase (60er und 70er Jahre), jeweils anhand eines seiner Werke. Im Vordergrund steht die letzte Phase, die in mehrere Unterphasen zerfällt, etwa in die Zeit vor und nach der radikalen Studentenbewegung. In ihr vor allem wurde die These von der "Gleichschaltung" entfaltet. Der Referierung schließt sich jeweils eine Kritik an. Die Ausführungen münden in einen Vergleich. Schließlich wird die Position von Marcuse, die faktisch auf einen "Totalitarismus der Mitte" hinausläuft, mit der seit einigen Jahren verbreiteten These vom "Extremismus der Mitte" konfrontiert. Insgesamt schlussfolgert der Autor, dass der "geistige Wegbereiter" der 1968er "Kulturrevolution", der mit seinem "undifferenziertem Ansatz" die westlichen Gesellschaften als ebenso totalitär (bzw. repressiv) wie die sozialistischen und faschistischen bezeichnet hat, die Augen vor den entscheidenden Unterschieden verschlossen hat. (ICA2)

[26-L] Jörke, Dirk:

**Demokratie als Erfahrung: zur Aktualität von Deweys politischer Philosophie**, in: André Brodacz (Hrsg.): Erfahrung als Argument : zur Renaissance eines ideengeschichtlichen Grundbegriffs, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 121-135, ISBN: 978-3-8329-2256-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8294)

**INHALT:** Der Beitrag untersucht John Deweys politiktheoretische Verwendungsweise des Erfahrungsbegriffes. Dabei handelt es sich um ein Verständnis, welches in einem engen Zusammenhang mit der Demokratie steht. Sein spezifischer Begriff der Erfahrung dient bei ihm nicht nur als grundlegende Klammer des gesamten Werkes, sondern verweist darüber hinaus auf die Demokratie als Herrschafts- und Lebensform. Der Autor arbeitet zunächst den engen Zusammenhang zwischen Demokratie und Erfahrung im Werk von Dewey heraus. Weiterhin wird die Frage beantwortet, inwieweit Deweys Überlegungen heutzutage noch Relevanz beanspruchen können. Dabei wird in drei Schritten vorgegangen. Im ersten Abschnitt werden drei zentrale Dimensionen des Erfahrungsbegriffes bei Dewey benannt. Dabei handelt es sich um das Prinzip der Kontinuität von Erfahrung und Natur, den Vorrang der unmittelbaren Erfahrung und seine normativen Implikationen, die die Brücke zu Deweys demokratietheoretischen Überlegungen darstellen. Sodann geht es um die Frage, was dieser Erfahrungsbegriff leisten kann und wo seine Grenzen sind. In einem dritten und abschließenden Schritt werden die Früchte einer demokratietheoretischen Berücksichtigung des Erfahrungsbegriffes aufgezeigt. Diese bestehen insbesondere in einer Korrektur der kognitivistischen Engführung deliberativer Demokratietheorien. (ICA2)

[27-L] Kaiser, Andreas:

**Der Kommunitarismus und seine Rezeption in Deutschland**, (Politische Wissenschaft),  
Göttingen: Sierke 2007, 286 S., ISBN: 978-3-940333-22-3 (Standort: UuStB Köln(38)-13Y4847)

**INHALT:** "In Deutschland keimt wieder eine Wertedebatte auf, die bereits Anfang der neunziger Jahre geführt wurde. Ein Schlagwort beherrschte damals die Diskussion: Kommunitarismus. Was ist das? Was will und meint Kommunitarismus? Warum kennt heute kaum jemand diesen Begriff? Woher kommt Kommunitarismus, und wie wurde er in Deutschland aufgenommen? Betrachtet man die aktuelle politische Lage in Deutschland, so zeigt sich: Der spürbare Sozialstaatsabbau (euphemistisch ist auch gerne die Rede vom Sozialstaatumbau) - erfordert Maßnahmen und Konzepte, den sozialen Frieden zu erhalten. Immer wieder sieht sich die Politik dabei dem Spannungsfeld zwischen dem Schutz individueller Rechte des einzelnen und der Einschränkung derselben zum Wohle der Gesellschaft ausgesetzt. Es ist das Dilemma zwischen Rechten und Pflichten, Freiheit und Sicherheit, Autonomie und Ordnung, Individualität und Gemeinschaft. Dabei geht es letztlich auch um die Frage der Grundvoraussetzungen von Demokratie. Welchen Beitrag kann der Kommunitarismus mit seiner Forderung nach 'Mehr Sinn für Gemeinwohl' leisten? Der Autor geht diesen und weiteren Fragen nach und versucht aufzudecken, wie es möglich ist, dass der Kommunitarismus, wenngleich heute kaum bekannt, dennoch in seiner Zielsetzung nahezu überall in Deutschland präsent sein kann. In diesem Zusammenhang spielt die Bürgergesellschaft eine besondere Rolle; in ihr scheinen die kommunitaristischen Ideen größtenteils verwirklicht." (Autorenreferat)

[28-L] Kaufmann, Matthias:

**Freiheitsverlust durch Globalisierung**, in: Klaus-M. Kodalle (Hrsg.): Kritisches Jahrbuch der Philosophie : Beih. 7/2007, Grundprobleme bürgerlicher Freiheit heute, Würzburg: Königshausen u. Neumann, 2007, S. 103-111, ISBN: 978-3-8260-3583-8 (Standort: UB Trier(385)-b23359)

**INHALT:** Der Beitrag geht der Frage nach, ob und wie die bürgerliche Freiheiten durch die Globalisierung bzw. einen globalisierten Kapitalismus bedroht werden. Dies wird für verschiedene Freiheitsformen (positive, negative, soziale) getrennt diskutiert. So stellt die Forderung nach allgemeiner sozialer Freiheit ein wichtiges politisches Programm dar, das jedoch mit ebenso wichtigen politischen Forderungen wie der nach Sicherung der Lebensbedingungen für die Nachfolgegenerationen abgewogen werden muss. Damit Menschen nun ihre Rechte auf Wahrung der Persönlichkeit innerhalb eines modernen Staates und einer kapitalistischen Wirtschaft wahrnehmen können, muss man ihnen, der Autor betont dies mit Mill, auch ein gewisses materielles Auskommen sichern, so dass sie tatsächlich die Möglichkeit haben, ihre Freiheit(en) auszuüben. Auch viele andere Autoren des neunzehnten Jahrhunderts, wie etwa Max Stirner oder Marx und Engels, vor ihnen bereits Rousseau, wiesen darauf hin, dass formale Bürgerfreiheiten unter Bedingungen sozialer Not und Abhängigkeit den in sozialer Not Lebenden wenig nützen. Es geht also um die Freiheit von materieller Not und von Furcht vor einem Fall ins soziale Nichts, sowie um die Freiheit von sogenannten sozialen Zwängen und "Sachzwängen" eines globalisierten Kapitalismus. Man spricht daher hier auch von "sozialer Freiheit". (ICA2)

[29-L] Kersting, Wolfgang:

**Facetten der Gerechtigkeit**, in: Helmut König, Emanuel Richter, Sabine Schielke (Hrsg.): *Gerechtigkeit in Europa : transnationale Dimensionen einer normativen Grundfrage*, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 81-102, ISBN: 978-3-89942-768-4

**INHALT:** In seinem Beitrag stellt der Autor heraus, dass es bei der Analyse von Konzeptionen der Gerechtigkeit zunächst darum gehen muss, die verborgene Grammatik der ihnen zugrunde liegenden Selbstbilder, Gesellschaftsauffassungen und Weltverständnisse sichtbar zu machen. Die normative Grundlage aller Kontextabhängigkeiten bleibt aber das Gleichheitsprinzip im Menschenrechtsgedanken. Der erste Schritt beschreibt zunächst aus mythologischer Perspektive den Gerechtigkeitsbegriff. Der zweite Schritt behandelt das Verhältnis von Menschenrecht und Gerechtigkeit und skizziert den Begriff rechtsstaatlicher Gerechtigkeit. Der dritte Schritt beschäftigt sich mit der multikulturalistischen Kritik an dem Grundprinzip rechtsstaatlicher Gerechtigkeit, an dem Prinzip der gesetzlichen Allgemeinheiten und - so Aristoteles - arithmetischen Gleichheit. Der vierte Schritt behandelt das Problem sozialer Gerechtigkeit. Im fünften Schritt wird das Prinzip schwacher Chancengleichheit verteidigt. Dem gerechtigkeitsethischen Skandal hoher (Dauer-)Arbeitslosigkeit wendet sich der Autor im sechsten Schritt zu. Der abschließende Schritt diskutiert die Auswirkungen einer Gesellschaft ohne Arbeit auf das Konzept einer am Paradigma der Erwerbsarbeit orientierten sozialen Gerechtigkeit. (ICG2)

[30-L] Krämer, Gudrun:

**Islam, Menschenrechte und Demokratie: Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis**, in: Nicole Janz, Thomas Risse (Hrsg.): *Menschenrechte - Globale Dimensionen eines universellen Anspruchs*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S.39-54, ISBN: 978-3-8329-2279-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/2369)

**INHALT:** "Die Autorin beschreibt das spannungsvolle Verhältnis von Islam, Menschenrechten und Demokratie. Nachdem sie gängige Fehlinterpretationen der Begriffe 'Islam' und 'Islamisten' geklärt hat, geht sie der Frage nach, inwiefern Beiträge zu einem universellen Menschenrechtsverständnis in Koran und Sunna enthalten sind. Ihrer These nach sind ein Konzept der Menschenwürde und Hinweise auf 'rechtes Handeln' zu finden, so dass individuelle Menschenrechte aus Koran und Sunna durchaus abgeleitet werden können. Sie ergeben sich aus ihnen jedoch nicht zwangsläufig. Im islamischen Recht steht dem Individuum zwar ein gewisses Maß an Freiheiten zu, aber es muss sich im Zweifelsfall dem Gemeinwohl unterordnen. Um ein Konzept von Menschenrechten im Islam zu erforschen, muss neben der Theorie auch betrachtet werden, was verschiedene Muslime in der Praxis unter Verweis auf den Koran zu Menschenrechten sagen. Eine einheitliche Meinung gibt es hier nicht." (Autorenreferat)

[31-L] Lambrecht, Lars (Hrsg.):

**Entstehen des Öffentlichen: eine andere Politik**, (Forschung zum Junghegelianismus, Bd. 16), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 326 S., ISBN: 978-3-631-56750-0 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007.39569)



**INHALT:** "Das Thema 'Entstehen des Öffentlichen' kann man zunächst ganz historisch verstehen. Es geht hier um Rekonstruktion eines der tragenden Elemente moderner Politik in der Phase vor den europäischen Revolutionen von 1848, ohne das das moderne Verfassungswesen nicht mehr zu denken ist. Mit der modernen Öffentlichkeit ist ein Element entstanden, das sich in Gestalt der Presse zu einer vierten Gewalt herausbildete und damit inzwischen die für die Demokratie konstitutive und 'klassische' Dreigewaltenteilung ergänzte und überbot. Das Thema 'Eine andere Politik' dient der lange angemahnten Intention in dem Forschungsprojekt, den engen chronologischen Rahmen der 1848er Revolutionsepoche zu verlassen und uns der Erforschung von deren 'Wirkungen' bis heute hin zu widmen und damit der zeitgenössischen Kritik zu stellen. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß solche Wirkungen in keinem Fall monokausal zu konstruieren sind." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wolfgang Bunzel: Form- und Funktionswandel der Philosophie im Vormärz. Sozial-, medien- und kommunikationsgeschichtliche Aspekte des Junghegelianismus (11-38); Massimiliano Tomba: Bruno Bauer: Dialektik des Individualismus (39-52); Bodo Morawe: Eine andere Politik: Heines Republikanismus (53-76); Junji Kanda: Öffentlichkeitswandel. Bruno Bauer und die Entdeckung der Massengesellschaft (77-100); Hans-Martin Sass, Katja Stiegel: Produktion und Politisierung des Öffentlichen bei Ruge 1845/49 (101-136); Martin Hundt: Zeitungen als 'Festungen' des Fortschritts. Streiflichter zur Geschichte der Ruge'schen Jahrbücher nach epistolischen Quellen (137-182); Irina Hundt: Soziale Reform - Die Zeitschrift der Sozialistin und Feuerbachianerin Louise Dittmar im Kontext der Frauenpresse 1840-1852. Mit dem Versuch einer Rekonstruktion (157-182); Gabriele Schneider: "Der weite Schulweg der Mädchen". Vom Bildungskonzept der Vormärzautorinnen bis zur reflexiven Koedukation (183-208); Kurt Abels: Literatur als 'weltliches Evangelium' - Literaturstudium als 'profane Taufe'. Begründungen des Literaturkanons für die Schule im Umkreis der Junghegelianer: Robert Heinrich Hiecke (1805-1861) (209-224); Lars Lambrecht: "Welt" als Begründungsproblem von Öffentlichkeit und Politik (225-244); Werner Goldschmidt: Zu Montesquieus Theorie der Macht (245-256); Corinna Perron: Montesquieu, Marx und die Kritik der modernen Gesellschaft bei Hannah Arendt (257-264); Norman Paech: Menschenrechte und Krieg im Zeichen des europäischen Wertekanons (265-276); Friedrich Tomberg: Brauchen wir eine Weltrepublik? (277-288); Ulrich Albrecht: Der Runde Tisch. Eine Miniatur (289-294); Lothar Peter: Bürgerstatus, Bürgerrechte, Diskurs - Demokratie in Arbeit und Betrieb? Industrielle Beziehungen im Umbruch (295-308); Paul Oehlke: Ein Essay zur neoliberalen Dialektik rechtspopulistischer Wahlerfolge in Europa (309-318).

[32-L] Leggewie, Claus:

**Deliberative Demokratie: von der Politik- zur Gesellschaftsberatung (und zurück),** in:

Kathrin Ruhl, Jan Schneider, Jutta Träger, Claudia Wiesner (Hrsg.): Demokratisches Regieren und politische Kultur : post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal?, Münster: Lit Verl., 2006, S. 105-115, ISBN: 978-3-8258-9396-5 (Standort: UB Köln(38)-35A2610)

**INHALT:** Der Verfasser kritisiert das Verhältnis "ratloser Politik und politischer Beratung". Das grundsätzliche Manko der Politikberatung und letztendlich der Grund für ihr Scheitern ist seiner Ansicht nach das Festhalten an der konventionellen Gegenüberstellung von Politik und Beratung, das "unhintergehbare Postulate" deliberativer Demokratie unterläuft. Der Verfasser schlägt vor, auf klassische Modelle deliberativer Politik zurückzugreifen und diese an Experimenten deliberativer Demokratie zu aktualisieren, die durch den Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologie erleichtert werden. An die Stelle der Politikberatung

soll die Gesellschaftsberatung treten. Eine "postdezionistische" Politik setzt auf diskursive Entscheidungsfindung und Konsensbildung oder Konfliktbearbeitung. Politikberatung muss Verbindungen herstellen zwischen empirischen Daten, normativen Annahmen, interpretativen Urteilen, den besonderen Umständen des situationalen Kontextes der Datengenerierung und den spezifischen Schlussfolgerungen. (ICE2)

[33-L] Lohmann, Georg:

**Inklusionen und Exklusionen als Probleme eines egalitären Liberalismus**, in: Klaus-M. Kodalle (Hrsg.): *Kritisches Jahrbuch der Philosophie* : Beih. 7/2007, Grundprobleme bürgerlicher Freiheit heute, Würzburg: Königshausen u. Neumann, 2007, S. 29-45, ISBN: 978-3-8260-3583-8 (Standort: UB Trier(385)-b23359)

**INHALT:** In der Soziologie gibt es, besonders seit Talcott Parsons, die These, dass eine funktional differenzierte Gesellschaft immer mehr Menschen in die einzelnen ausdifferenzierten Funktionssysteme integriert. In Anknüpfung an Niklas Luhmann hat sich hierzu in den letzten Jahren eine Diskussion zum Spannungsverhältnis von sozialer Inklusion und Exklusion entwickelt. Im Zentrum des vorliegenden Beitrags steht die Frage, wie sich in der Konzeption des "egalitären" Liberalismus Inklusionen und Exklusionen zueinander verhalten. Zunächst gibt der Autor einige begriffliche Erläuterungen. "Inklusion" heißt wörtlich Einschließung. Schon begrifflich also ist jede Inklusion mit einer Ausschließung (Exklusion) verbunden, zumindest in einem passiven Sinne: Wenn eine Gruppe sich einschließt, sind, vorausgesetzt, es gibt noch andere, diese passiv ausgeschlossen. Diese begrifflichen Bedeutungsbeziehungen sind zu beachten, wenn der Autor anschließend eine kurze Skizze der formalen Grundstruktur des Liberalismus vorstellt. Es wird dabei besonders die moralphilosophische Annahme der Hochschätzung individueller Autonomie für ein liberales Selbstverständnis herausgestellt und daran das besondere Verhältnis von Inklusion und Exklusion im Liberalismus verdeutlicht. Am Beispiel des Verhältnisses von Liberalismus und Freiheitsrechten wird die Problematik von liberaler Inklusion und Exklusion vertieft. Abschließend wird am Problem des Verhältnisses des Liberalismus zu nichtliberalen Lebenskonzepten eine differenzierte Konzeption von Inklusion-Exklusion skizziert. (ICA2)

[34-L] Malowitz, Klaudia:

**Freiheit in Gemeinschaft: Selbstverwirklichung und Selbstregierung in der politischen Philosophie des Kommunitarismus**, (Politische Theorie, Bd. 5), Hamburg: Lit Verl. 2006, 384, ISBN: 978-3-8258-0481-7 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6828)

**INHALT:** Die Autorin analysiert die in den 1980er Jahren in den USA entstandene Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte in Hinblick auf die Frage nach dem Wesen menschlicher Freiheit, welche ihrer Meinung nach den Kern der eigentlichen Debatte bildet. Sie bezieht sich dabei auf den philosophischen bzw. theoretischen Kommunitarismus mit seinen wichtigsten Vertretern Charles Taylor, Michael Sandel, Michael Walzer und Alasdair MacIntyre. Sie erläutert zunächst den Begriff der Freiheit in John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit und dessen anthropologische Grundannahmen, um sie dann Michael Sandels Interpretation der Rawls'schen Theorie gegenüberzustellen. Diese Interpretation, der zufolge Rawls' Theorie ein spezifisches Bild des moralischen Subjekts und dessen Freiheit zugrunde liegt, ist für die vorliegende Arbeit von entscheidender Bedeutung, weil sie zentrale Motive der kommunitaristischen Libera-

---

lismuskritik formuliert. Die Autorin nimmt ferner eine detaillierte Untersuchung des kommunitaristischen Verständnisses von moralischer und negativer Freiheit vor. Das Spannungsverhältnis zwischen dem liberalen Neutralitätsgebot und dem von den Kommunitaristen postulierten Vorrang des Guten bildet einen weiteren Schwerpunkt der Studie. Untersucht wird hier der kommunitaristische Umgang mit dem Faktum, das den Schutz der negativen Freiheit des einzelnen und damit auch die Neutralität des Staates in den Augen der Liberalen so vordringlich macht. (ICI)

[35-L] Marx, Leonore:

**Gesellschaft am Abgrund?: die Kritik Alasdair MacIntyres an den westlichen Gesellschaften der Gegenwart und ihren moralphilosophischen Grundlagen**, (Politische Theorie, Bd. 4), Hamburg: Lit Verl. 2007, 166 S., ISBN: 978-3-8258-0146-5 (Standort: SB München(12)-2007.49648)

**INHALT:** Die Verfasserin stellt zunächst die kommunitaristische Kritik am Liberalismus im Überblick vor, um dann zwei Varianten des Kommunitarismus zu unterscheiden: eine radikale Variante, für die in dieser Untersuchung Alasdair MacIntyre steht, und eine politisch-praktische Variante, zu der Etzioni, Galston, Walzer und Gutmann gezählt werden. Dann wird gezeigt, dass die politisch-praktische Variante des Kommunitarismus keine kohärente Begründung für die Verbindlichkeit gemeinschaftlicher Werte liefern kann, weshalb sich die weitere Untersuchung auf MacIntyre konzentriert. MacIntyres Diagnose der sozialen und politischen Wirklichkeit moderner Gesellschaften und seine Auseinandersetzung mit der analytischen Moralphilosophie zeigen, dass der Kommunitarismus nur dann schlüssig für gemeinschaftliche Werte eintreten kann, wenn er die grundlegenden Werte und Prinzipien des Liberalismus bestreitet. MacIntyres radikale Kritik an den modernen Gesellschaften der Gegenwart zeigt, dass diese niemals mehr sein können als Verkörperungen einer moralphilosophischen Position, die der menschlichen Natur zutiefst widerspricht. Für MacIntyre sind diese Gesellschaften daher keinerlei Erhaltung wert. (ICE2)

[36-L] Meints-Stender, Waltraud:

**Hannah Arendt und das Problem der Exklusion: eine Aktualisierung**, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie : Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung, Sonderband, 2007, Bd. 16, S. 251-258

**INHALT:** Die Autorin deklariert Hannah Arendt entgegen der üblichen Lesart zu einer eminenten Denkerin der sozialen Exklusion. Im Rekurs auf Robert Castel interpretiert sie Arendts Begriff der "Überflüssigkeit" als einen durch die soziale Heterogenität der Betroffenen und den Prozesscharakter funktional bestimmten Exklusionsbegriff. Arendt hat aber nicht nur die Überflüssigen als Resultat historischer, gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen benannt, sondern auch gezeigt, durch welche umfassenden gesellschaftlichen Dynamiken sie zu solchen gemacht werden. In ihrer Diagnose des rechtlichen und faktischen Ausschlusses hat Arendt mit dem Begriff der Überflüssigkeit als sozialer Kategorie demnach ein Instrumentarium entwickelt, mit dem ihre Theorie für eine globalisierungskritische Perspektive aktualisiert werden kann. Die Autorin zeigt, welche Ansatzpunkte sich aus Arendts Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" ergeben, um die These einer "Weltlosigkeit durch Überflüssigkeit" im Zeitalter globaler Migrationsströme von Flüchtlingen und Arbeitsuchenden, von

Staatenlosen und Displaced Persons zu untermauern. Auch im Anschluss an Nancy Fraser können ihrer Meinung nach aktuelle proto-totalitäre Tendenzen durch Arendts Diagnose der Katastrophendynamik des letzten Jahrhunderts identifiziert werden. (ICI)

[37-L] Meyer, Thomas:

**Die Zukunft der Sozialen Demokratie**, Berlin 2005, 272 S. (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/akademie/04150.pdf)

**INHALT:** Das vorliegende Buch ist eine Einführung in Theorie und Praxis der sozialen Demokratie. Im Vordergrund steht dabei der Bezug zur Praxis. Im Zentrum steht die Frage, wie sich moderne Demokratie legitimiert, welche Rolle soziale Gerechtigkeit für sie spielt, auf welche Grundrechte sie sich bezieht und welche Bedeutung sie für die Stabilität und Effektivität einer Gesellschaft hat. Die Theorie der sozialen Demokratie legt dar, welche politischen Handlungsstrategien die Grundrechte, und zwar die sozialen und wirtschaftlichen ebenso wie die politischen, für alle Bürger am besten realisieren. Und sie vergleicht verschiedene Gesellschaften im Hinblick auf deren unterschiedliche Strategien im Umgang mit grundrechtsgefährdenden gesellschaftlichen Risiken. Das vorliegende Buch gliedert sich wie folgt: (1) Grundwerte: Analyse der liberalen und der libertären Demokratie; Grundrisse einer Theorie der sozialen Demokratie; (2) Politisches Handeln: Skizzierung der politischen Handlungspflichten; Beschreibung der Bedingungen für Demokratisierung, eine funktionierende Zivilgesellschaft und diskursive Öffentlichkeit; (3) Politische Ökonomie: Analyse der gesellschaftlichen Einbettung des Marktes und der Regeln der ökonomischen Regulation; (4) Sozialstaat: Skizzierung der Prinzipien und aktuellen Reformprojekte der sozialen Demokratie für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik; (5) Globalisierungspolitik: Beschreibung der Herausforderungen der Globalisierung und der Möglichkeiten einer globalen Bürgerschaft und Demokratisierung; (6) Politische Kultur: Kulturelle Unterschiede und gemeinsame Bürgerschaft, universelle Grundlagen sozialer Demokratie; (7) Länder-Modelle: Vergleich verschiedener Modelle sozialer Demokratie; (8) Politische Praxis: Pragmatische Reformpolitik, Akteure, Erfahrungen und Strategien sozialer Demokratie.(ICD2)

[38-L] Möres, Marc:

**Im Zirkel von Grund, Bewusstsein und Gesellschaft: eine Studie zum Verhältnis von Religion und Politik in der politischen Theorie Eric Voegelins**, (ratio fidei: Beiträge zur philosophischen Rechenschaft der Theologie, Bd. 33), Regensburg: Pustet 2007, 272 S., ISBN: 978-3-7917-2068-5 (Standort: UB Köln(38)-11Z/9076)

**INHALT:** "Die politische Theorie Eric Voegelins ist einer der profiliertesten und radikalsten Beiträge zur Diagnose der Moderne und der *conditio humana* überhaupt. Sie bewegt sich jenseits der funktionalistischen Inanspruchnahme der Religion als Ressource für gesellschaftliche Ordnung einerseits und der religiösen Aufladung von Politik andererseits. Viel fundamentaler ansetzend, sieht Voegelin Religion und Politik zutiefst miteinander verwoben durch ihren gemeinsamen Ursprung: das menschliche Bewusstsein auf der Suche nach Ordnung. Diese These fordert Gesellschaftswissenschaften wie Theologie gleichermaßen heraus. Die vorliegende Studie stellt sich dieser Herausforderung und bietet die erste deutschsprachige philosophisch-theologische Durcharbeitung des Oeuvres Voegelins." (Autorenreferat)

[39-L] Müller, Johann Baptist:

**Konservatismus - Konturen einer Ordnungsvorstellung**, (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 146), Berlin: Duncker & Humblot 2007, 217 S., ISBN: 978-3-428-12336-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5843)

**INHALT:** Der Verfasser skizziert zunächst den Problemkomplex der Konservatismusforschung, um dann die Geschichte der Moderne aus konservativer Perspektive zu beschreiben. In diesem Zusammenhang behandelt er den radikalen Antiprogressionismus Joseph de Maistres, Charles Maurras als reaktionären Modernisten, die "Konservative Revolution", die gemäßigte Fortschrittskonzeption Edmund Burkes und seinen Einfluss auf den deutschen Konservatismus sowie christliche, atheistische und paganistische Elemente im Konservatismus. Im Verhältnis zum Kapitalismus unterscheidet er einen Marktkonservatismus und einen Sozialkonservatismus und betont die unter verschiedenen Vorzeichen (ganzheitlich, gemeinschaftlich, interessentranszendierend) vorgetragene konservative Kritik am kapitalistischen Industrialismus. Die Staatskonzeption des Konservatismus sieht der Verfasser von de Maistre, Maurras, Jung, Burke und Stahl geprägt. Aufgabe des Konservatismus ist es nach Einschätzung des Verfassers heute, die Menschen als "weltanschaulicher Lotse" durch das "Labyrinth der Ideologienvielfalt" zu führen. (ICE)

[40-L] Parkhomenko, Roman:

**Cassirers politische Philosophie: zwischen allgemeiner Kulturtheorie und Totalitarismus-Debatte**, Karlsruhe: Univ.-Verl. Karlsruhe 2007, V, 285 S., ISBN: 978-3-86644-186-6

**INHALT:** "Im I. Teil der Arbeit 'Die Totalitarismus-Debatte in der politischen Philosophie und Politologie des 20. Jahrhunderts' sind die Hauptlinien der im 20. Jahrhundert in Westeuropa und Nordamerika geführten Debatten über den Totalitarismus zusammengefasst. Diese waren wesentlich bestimmt durch die augenfälligen Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen vom westlichen parlamentarisch-demokratischen Standard abweichenden Formen politischer Herrschaft, die in Italien, der Sowjetunion, Deutschland und anderen europäischen Ländern jeweils für eine Zeitlang bestanden. Die Zusammenfassung dient allein dem Zweck, die besonderen Merkmale von Cassirers Auseinandersetzung mit demselben Phänomen des Totalitarismus vom Verlauf des politologischen mainstream kontrastierend absetzen zu können. Zweiter Teil 'Cassirers The Myth of the State: Die Totalitarismus-Diagnose eines Außenseiters' rekonstruiert die Entwicklung, die dem Spätwerk The Myth of the State (1946) vorausgeht, anhand einschlägiger Texte Cassirers, die seit dem 1. Weltkrieg entstanden sind. Aus diesem Teil wird ersichtlich, wie stark Cassirers Beitrag zur politischen Philosophie in seiner Kulturphilosophie, seiner philosophischen Anthropologie und nicht zuletzt auch in seiner Vision von der inneren 'Logik' der abendländischen Ideengeschichte verwurzelt ist. Daraus ergibt sich unter anderem auch, wie fremd Cassirers Analysen für 'normale' Politologen bleiben mussten. Für Teil II Autor konzentriert sich auf Cassirers 'Außenseiter'-Status im Verhältnis zu den in Teil I dargestellten Debatten. Hier wird gezeigt, welchen 'Gewinn' Cassirers kulturanthropologisch angelegte Deutung totalitärer Herrschaft aus heutiger Sicht abwirft. Letzter Teil der Arbeit 'Cassirers politische Philosophie am Anfang des 21. Jahrhunderts neu gelesen' berichtet über Cassirers Beitrag zum Verständnis des Totalitarismus, über Totalitarismus-Debatte und Cassirers Rezeption in Russland. Wie in der neueren politologischen Literatur eingeräumt wird, ist ein 'anti-totalitärer Konsens' leichter herzustellen als das Einvernehmen über das 'Wesen' des Totalitarismus. Aus philosophischer Perspektive ist das nicht überraschend, wenn die un-

terschiedlichen Erscheinungen des Totalitarismus statt eines gemeinsamen 'Wesens' nur eine 'Familienähnlichkeit' (Wittgenstein) verbindet. Versuche, das vermeintliche 'Wesen' anhand konkreter politologischer Kriterien, d.h. letztlich anhand sozialwissenschaftlicher Parameter zu bestimmen, werden dann unvermeidlicherweise kontrovers bleiben. Was andererseits die 'Familienähnlichkeit' ausmacht, lässt sich deskriptiv nur erfassen, wenn man von den konkreteren historischen und sozialen Umständen Abstand hält. Diesen Abstand hält Cassirer mit seinen Schlüsselbegriffen der Funktion, des Symbols bzw. der symbolischen Form und schließlich des Mythos als einer solchen Form ein. So erweist sich die 'Abstraktheit' des 'kulturphilosophischen' Rahmens, in dem Cassirer Phänomene des Totalitarismus beschrieben hat, nach Meinung des Autors schon als ein entscheidender Vorteil. Aber wichtiger noch scheint zu sein, dass Cassirers Konzept des symbolischen Universums menschlicher Kultur auch die normativen Gehalte des klassischen europäischen Humanismus und Rationalismus ausdrücklich bewahrt und symboltheoretisch fundiert. Der normative Hintergrund seiner Diagnose einer Pathologie des Symbolgebrauchs in der für totalitäre Herrschaft typischen 'politischen Mythologie' liefert den ausgezeichneten Anhaltspunkt für ein Verständnis der dadurch verursachten Beschädigungen der politischen Kultur und deshalb auch für deren intellektuelle Überwindung. Diesen letzten Punkt kann man nun sehr gut am Beispiel des postkommunistischen Russlands erläutern: Die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit der eigenen Kultur folgt weniger den Linien der 'westlichen' Totalitarismus-Debatte, sondern eher kulturanthropologischen Kategorien ähnlich denen, die Cassirer entwickelt hat. Damit vertritt Autor nicht eine historische These über den Einfluss Cassirers auf die in Russland geführten Diskussionen, sondern eine systematische These darüber, in welchen Formen ein totalitär beschädigtes kulturelles Selbstverständnis wiederherzustellen ist.

[41-L] Pelinka, Anton:

**Aufklärung und Faschismus**, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Aufklärungsprozesse seit dem 18. Jahrhundert, Würzburg: Königshausen u. Neumann, 2006, S. 113-120, ISBN: 3-8260-3114-8

**INHALT:** Der Autor begründet die These, dass die politischen Strömungen und Systeme, die im 20. Jahrhundert mit dem Begriff "Faschismus" bezeichnet wurden, in prinzipiellem Gegensatz zu den intellektuellen Ansätzen stehen, für die sich im Laufe der Neuzeit der Begriff "Aufklärung" herausgebildet hat. Dieser These stellt er dann eine Gegenthese gegenüber, die den Faschismus - vor allem mit Berufung auf die Totalitarismustheorie - in eine aus der Aufklärung kommende Tradition stellt: Die Vorstellung von der Gestaltbarkeit und der Machbarkeit, aus der Aufklärung kommend, kann demzufolge auch als ein dem Totalitarismus immanentes Konzept verstanden werden. Der Autor zeigt im Verlauf seiner Überlegungen, dass die Beziehung zwischen Aufklärung und Faschismus nicht auf den einfachen Nenner einer zweidimensionalen Gegnerschaft gebracht werden kann, insbesondere weil "Aufklärung" ein komplexer Begriff ist. Die festzustellenden Querverbindungen zwischen Aufklärung und Faschismus sind nicht intentional, d.h. sie sind nicht die direkte Konsequenz der Ansprüche der Aufklärung, sondern vielmehr die Folge von überzogenen Ansprüchen der Aufklärung. (ICI2)

[42-L] Pfahl-Traugher, Armin:

**Islamismus - der neue Extremismus, Faschismus, Fundamentalismus und Totalitarismus?: eine Erörterung zu Angemessenheit und Erklärungskraft der Zuordnungen**, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 55/2008, H. 1, S. 33-48  
(Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Der Islamismus wird in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion häufig mit den Begriffen 'Extremismus', 'Faschismus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus' belegt. Dabei dient nicht nur den meisten Politikern, sondern auch vielen Wissenschaftlern eine derartige Etikettierung lediglich als pauschale Zuordnung, mangelt es doch meist an einer inhaltlichen Begründung für die getroffene Einschätzung. Konfrontiert man nun das Phänomen des Islamismus mit dem wissenschaftlichen Verständnis der vorgenannten Begriffe, so ergibt sich aber durchaus eine inhaltliche Angemessenheit, allerdings nur für die auf formale Merkmale ausgerichteten Bezeichnungen 'Extremismus', 'Fundamentalismus' und 'Totalitarismus'. Sie beziehen sich auf eine Frontstellung gegen die Grundwerte einer modernen Demokratie, die Absolutsetzung und Dogmatisierung der eigenen Positionen oder die Absicht einer umfassenden Kontrolle der Gesellschaft. Derartige Ausrichtungen von Handlungsweisen oder Strukturen von Ideologien können verschiedene Inhalte annehmen, was es auch erlaubt den Islamismus als Subphänomen oder Teilbereich der erwähnten Sammelbezeichnungen zu deuten. Anders verhält es sich bei den Bezeichnungen 'Faschismus' und 'Rechtsextremismus', die über eine bestimmte inhaltliche Komponente der Ideologie - insbesondere die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit wie Nationalismus und Rassismus - definiert werden. Gerade diese Auffassungen kann den Islamisten aber nicht zugeordnet werden. Insofern stellen Bezeichnungen wie 'Islamo-Faschismus' politische Schlagworte dar, welche aus wissenschaftlicher Sicht unangemessen sind." (Autorenreferat)

[43-L] Prutsch, Markus J.:

**Fundamentalismus: das "Projekt der Moderne" und die Politisierung des Religiösen**, (Passagen Religion und Politik, 5), Wien: Passagen-Verl. 2007, 173 S., ISBN: 978-3-85165-794-4  
(Standort: UB Bonn(5)-2007/9054)

**INHALT:** Der Autor erörtert die These, dass der heutige Fundamentalismus ein 'Kind der Moderne' ist, ein zivilisatorisches Phänomen, das mit der inflationär gebrauchten Säkularisierungsthese nur eingeschränkt erklärt werden kann. Die Ausführungen orientieren sich an drei maßgeblichen Fragestellungen: (1) Inwiefern lassen sich vor dem Hintergrund des Phänomens Fundamentalismus Defizite in der bisherigen (politik-)wissenschaftlichen Thematisierung von Religion in der Moderne konstatieren? (2) Welche möglichen Desiderata ergeben sich in der zeitgenössischen wissenschaftlichen Debatte um Grundlagen und Charakteristika von Fundamentalismus? (3) Wie stellen sich mögliche weiterführende Erklärungsansätze für das Phänomen Fundamentalismus und das darin zum Ausdruck kommende ambivalente Verhältnis von Politik und Religion in der Moderne dar? Im ersten Kapitel wird Moderne gefasst und das bis in die jüngste Vergangenheit bestimmende, maßgeblich im 19. und 20. Jahrhundert geformte Verständnis von Moderne vorgestellt und kritisiert, dies mit Fokus auf seinen Kern in Gestalt der Säkularisierungsthese und dem ihr zugrunde liegenden Projekt der Aufklärung. Im zweiten Kapitel gilt es, in den Problembereich Fundamentalismus einzuführen und die maßgeblichen bestehenden wissenschaftlichen Zugänge zu sichten und zu erläutern. Im dritten Kapitel wird der Versuch unternommen, Fundamentalismus differenzierter als bislang in den Kontext der

Moderne einzuordnen und solcherart ein analytisches Instrumentarium zum Verstehen von Fundamentalismus als ein Phänomen der Moderne zu entwickeln, das gleichsam auch Erklärungswert in Hinblick auf Unterschiede zwischen einzelnen fundamentalistischen Bewegungen für sich beanspruchen kann. Fundamentalismus erscheint im Ergebnis letztlich als höchst ambivalentes Phänomen, als moderner Antimodernismus, der nach den politischen Religionen des 20. Jahrhunderts als zweite totale Auflehnung gegen die Zerstörung des kosmologischen Mythos gedeutet werden will. (ICG2)

[44-F] Raimondi, Francesca (Bearbeitung):

**Geteiltes Leben - Demokratie und das Problem der Gemeinschaft**

**INHALT:** Das Dissertationsprojekt setzt sich mit dem Begriff des Politischen und der Gemeinschaftsproblematik im Kontext demokratietheoretischer Überlegungen auseinander. Auf der Grundlage einer Lektüre von Aristoteles und Hobbes sollen zunächst Aspekte des Politischen verdeutlicht werden, die in Demokratien strukturell verschränkt sind: dem Anspruch auf eine gemeinschaftlich geteilte Praxis und der Unhintergebarkeit partikularer Akte der Institution, welche politische Ordnungen allererst ermöglichen. Weil Demokratien durch diese beiden, gegenwärtigen Momente charakterisiert sind, kann es für sie auch keine einfache "Lösung" der Gemeinschaftsproblematik geben. Ausgehend von der Demokratiekonzeption von Claude Lefort und dem Politikbegriff von Jacques Rancière soll gezeigt werden, dass sich Demokratien nur in dem Maße als Gemeinschaften verstehen lassen, wie ihre Politik in einem grundlegenden Sinn von der Realität des "Streits" informiert bleibt. Der Leitfaden für eine Konzeptualisierung des Politischen und seiner "gemeinschaftsstiftenden" Funktion soll dabei die wechselseitige Bestimmung von Politik- und Lebensbegriff bilden. Das Leben stellt nämlich nicht nur Inhalt und Gegenstand des Politischen dar, sondern hat in der politischen Philosophie auch immer wieder als dessen Formprinzip gedient. In dieser Perspektive geht die Arbeit davon aus, dass Demokratien erst in der Anerkennung der eigenen Prekarität als "strittige" politische Ordnungen Zugang zu ihrer eigenen politischen Dimension finden und sie in dem Maße verlieren, wie sie jene Prekarität durch immunisierende Praktiken zu bannen versuchen.

**ART:** *BEGINN*: 2004-10 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Potsdam, Graduiertenkolleg 1185 Lebensformen und Lebenswissen (Postfach 601553, 14415 Potsdam)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (e-mail: fraimondi@web.de)

[45-L] Ratzka, Melanie:

**Politische Konstruktionen der Wirklichkeit: ein Forschungsfeld der Soziologie sozialer Probleme**, in: Axel Groenemeyer, Silvia Wieseler (Hrsg.): *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle : Realitäten, Repräsentationen und Politik*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 15-34, ISBN: 978-3-531-15749-8

**INHALT:** Politisches Handeln, so die These der Verfasserin, muss in Gänze als Ergebnis wissenschaftlicher Konstruktionsleistungen konzipiert werden. Sie begründet diese These unter Rückgriff auf Nedelmanns Theorie der politischen Problembearbeitung und den wissenschaftspolitologischen Ansatz von Nullmeier und Rüb. Im Mittelpunkt von Nedelmanns Ansatz stehen kulturelle Milieus sozialer Probleme und deren analytische Dimensionen (Differenzierung,



---

Wert-Ladungs-Intensität, moralisches Milieu) mit ihren Interdependenzen. Der wissenschaftspolitologische Ansatz identifiziert Wissensmärkte als Orte politischer Problembearbeitung und benennt Schritte einer wissenschaftspolitologischen Analyse (Untersuchung der Art und Verteilung des relevanten Wissens in Bezug auf das Politikfeld oder soziale Problem, Erklärung der Durchsetzung oder Ablehnung bestimmter Wissensangebote). Da beide Ansätze betonen, dass sich politische Akteure ihre Handlungsräume durch die Deutung von Situationen und möglichen Handlungszielen selbst konstituieren und so politische Realitäten schaffen, hält die Verfasserin eine Rückbindung an den Konstruktivismus der Theorie sozialer Probleme für notwendig. (ICE2)

[46-L] Reese-Schäfer, Walter:

**Sicherheit, Freiheit und Terrorismus**, in: Zeitschrift für Menschenrechte, Jg. 1/2007, Nr. 1, S. 37-51

**INHALT:** Für die Entstehungsgeschichte der liberalen Demokratie ist, so der Verfasser, die Verknüpfung von Freiheitsrechten mit Abwehrrechten gegen die Staatsgewalt charakteristisch. Der Staat, auch der demokratische Staat, kann aus dieser Perspektive nur mit äußerstem Misstrauen betrachtet werden. Die vielen Sicherungsinstanzen der rechtsstaatlichen Überprüfung, d.h. insbesondere die Kontrolle durch parlamentarische, später auch öffentliche Diskussion sowie durch unabhängige Gerichte sind Ausdruck dieses Grundmisstrauens. Es wird die These vertreten, dass die deutlich werdende anti-administrative Mentalität politisch durchaus als vorteilhaft und funktional angesehen werden kann. Die Verteidigung individueller Freiheitsrechte, nicht aber die der ihnen zugrunde liegenden Institutionen steht im Vordergrund anwaltlichen Denkens. D.h.: Wenn den Terroristen mit individualistisch-rechtsstaatlichen Mitteln nicht beizukommen ist, dann muss man sie eben gewähren lassen. Eine solche Denkweise wird eher Verluste an Menschenleben der eigenen Bürger in Kauf nehmen als Datenschutzbestimmungen einschränken. Die These wird anhand der Diskussion, ob Videoüberwachungen nicht einen Eingriff in Grundrechte darstellen, verdeutlicht. Die Lehren aus Weimar und das Konzept der 'Militant Democracy' werden in die Argumentation einbezogen. In diesem Kontext wird die gegenwärtig unter amerikanischen Intellektuellen ausgetragene Debatte analysiert, die den Vorwurf, die westlichen Demokratien würden im Kampf gegen den Terror die Grundlagen ihrer Freiheit gefährden, betrifft. Der Autor fasst das Ergebnis seiner Untersuchung wie folgt zusammen: Die politische Gesellschaft selbst steht auf dem Spiel und ist das Gegenbild zu einer Welt des Terrors. Sie ist auf wirkungsvolle Abwehrreaktionen gegen das Eindringen terroristischer Gewalt angewiesen und darf dies keineswegs allein den Spezialisten und Sondereinheiten von Polizei und Militär überlassen, während die verschüchterten Bürger am Spielfeldrand als Zuschauer verharren und selbst das Jubeln und lautstarke Demonstrieren eher den Freunden und Komplizen des Terrors überlassen. (ICG2)

[47-L] Reese-Schäfer, Walter:

**Klassiker der politischen Ideengeschichte: von Platon bis Marx**, (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), München: Oldenbourg 2007, 246 S., ISBN: 978-3-486-58282-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007-7965)

**INHALT:** Der Verfasser legt einen Reiseführer zu den Texten der politischen Ideengeschichte vor, "die man gelesen haben muss, bevor man stirbt". Er beschreibt so gleichzeitig die Ge-

schichte des politischen Denkens in zwölf Schritten: (1) Macht und Denken bei Platon; (2) Beginn der empirischen Politikwissenschaft bei Aristoteles; (3) machtpolitischer Realismus bei Machiavelli; (4) Neoplatonismus der Renaissance; (5) Vertragsdenken bei Hobbes; (6) Gewaltenteilung bei Locke und (7) Montesquieu; (8) politische Ökonomie bei Smith; (9) philosophische Aufklärung bei Rousseau; (10) Friedentheorie bei Kant; (11) Analyse der amerikanischen Demokratie bei Tocqueville; (12) Kritik der politischen Ökonomie bei Marx und Engels und marxistisches Denken. Ein abschließendes Kapitel ist der Hermeneutik als ideengeschichtlicher Methode gewidmet. (ICE2)

[48-L] Reinalter, Helmut:

**Aufklärung und Fundamentalismus**, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Aufklärung und Fundamentalismus, Innsbruck: Studien-Verl., 2007, S. 9-18, ISBN: 978-3-7065-4333-0 (Standort: LB Hannover(35)-4Kap/35692)

**INHALT:** Der moderne Fundamentalismus, so der Verfasser, hat verschiedene Ausprägungen und Strömungen hervorgebracht, die man unter dem Begriff der "Gegenaufklärung" zusammenfassen kann. Meist verbindet man mit ihm heute militante, islamische Bewegungen, doch wird er auch mit fortschrittsfeindlichen, antiliberalen und antidemokratischen Denkweisen in Verbindung gebracht. Auch die Formen des fundamentalistischen Protests manifestieren sich sehr unterschiedlich. Sie reichen von religiösem Fanatismus über politischen Extremismus bis hin zu Bewegungen, die den Rechtsstaat und die Demokratie bedrohen. Vor dem Hintergrund einer geschichtlichen Darstellung der Aufklärung wird der Frage nach dem eigentlichen Zweck und dem Ziel der Regierungstätigkeit aufgeklärter Monarchen nachgegangen. In diesem Kontext entstanden zwei einander polar entgegen gesetzte Staatsauffassungen, nämlich das Konzept des Staates als Anstalt, als eine Einrichtung zur Förderung und Sicherung der Glückseligkeit des Menschen - ein durchaus humanitärer Staatsgedanke. Diesem humanitären Staat stand die Auffassung vom Staat als Machtorganisation gegenüber. Die Französische Revolution bildete eine wichtige Zäsur in der Weiterführung der radikalen Aufklärung, weil sie grundlegende Veränderungen der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Frankreich hervorrief. Dabei wird hervorgehoben, dass Aufklärung und Französische Revolution auch deutliche Tendenzen zur Totalität und zum politischen Fundamentalismus ausgebildet haben. Der Begriff von Aufklärung und Gegenaufklärung lässt sich dort definieren, wo die naturwissenschaftliche Forschung zur Aufklärung wird, indem sie eine bisher gültige weltanschauliche Position widerlegt, und wo sie im Gegenzug weltanschauliche Auffassungen zu retten versucht, indem naturwissenschaftliche Erkenntnisse unterdrückt werden. Im Rahmen der Gegenaufklärung wird der Fundamentalismus als ein Spektrum unterschiedlicher Denkweisen und Haltungen politischer, gesellschaftlicher und religiöser Natur gekennzeichnet. In der Aufklärung liegt der Ursprung der Moderne, deren Anfänge aber bis in die frühe Neuzeit zurückreichen. Im Hinblick auf diese Neuordnung sind allerdings Aufklärung und Moderne nicht unbedingt deckungsgleich. Das Projekt der Aufklärung lässt sich zwar innerhalb der Modernisierung immer wieder beginnen, ob es aber abgeschlossen werden kann, ist mehr als fraglich. Eher ist die Aufklärung ein bis heute unvollendetes und auf Grund des spezifischen Charakters der Moderne vielleicht auch unvollendbares Projekt. Es wird argumentiert, dass wahrscheinlich in dieser Paradoxie seine anhaltende Aktualität liegt, mit der Erwartungen und Enttäuschungen verbunden sind. (ICG2)

[49-L] Reinalter, Helmut:

**Aufklärung, Liberalismus und Demokratie**, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Aufklärungsprozesse seit dem 18. Jahrhundert, Würzburg: Königshausen u. Neumann, 2006, S. 27-54, ISBN: 3-8260-3114-8

**INHALT:** Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts hatte wesentlichen Anteil an der zunehmenden gesellschaftlichen Pluralisierung und Differenzierung und war gemessen an ihren Intentionen sogar eine ständetranszendierende soziale Bewegung. Für den Unterschied zwischen Aufklärung, Reform und Revolution waren mehrere Kriterien entscheidend: Die Anhänger der Revolution und der radikalen Spätaufklärung stellten sich im Gegensatz zum aufgeklärten Absolutismus mit theoretischer und praktischer Konsequenz auf den Boden der Revolution. Sie glaubten nicht mehr daran, dass die Aufklärung und die Reformen das politische Herrschaftssystem und die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen entscheidend verändern würden, sondern waren davon überzeugt, dass der Absolutismus nur mehr durch den politischen Kampf erschüttert werden könne. Die Aufklärungsbewegung, die in sich sehr ambivalent war, konnte jedoch trotz ihrer politischen Grenzen wenigstens teilweise die gesellschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Ancien Régime in Frage stellen und darüber hinaus programmatische Prinzipien für eine neu zu formierende gesellschaftliche Ordnung entwickeln, so dass sie durch die Schaffung eines neuen kulturellen und geistigen Klimas die Französische Revolution mit vorbereitet hat. Im vorliegenden Beitrag werden diese Entwicklungen nachgezeichnet, wobei auch die Rolle der "politischen" Romantik und des Junghegelianismus sowie das Verhältnis von Liberalismus und Demokratie reflektiert werden. (ICI2)

[50-L] Richter, Emanuel:

**Die Wurzeln der Demokratie**, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2008, 341 S., ISBN: 978-3-9388-0834-4

**INHALT:** "In diesem Buch geht es um eine Neubestimmung von Demokratie durch den Nachweis, dass die Demokratie diejenige politische Organisationsform darstellt, die dem grundlegenden menschlichen Selbstverständnis entspricht. Um diesen Nachweis zu erbringen, muss die Verankerung der Demokratie in der sozialen Existenzform des Menschen aufgezeigt werden. Das Buch verfolgt dieses Ziel, indem es die logischen - nicht historischen - Wurzeln der Demokratie ausfindig zu machen versucht. Demokratie ist ein Teil unserer sozialen Existenz. Daher erweist sie sich nicht als ein beliebiges Organisationsprinzip der Politik, sondern als die konsequente Übertragung der sozialen Existenz in die Sphäre des kollektiven Regelungsbedarfs von Gesellschaften. Dem 'sozialen Wesen Mensch' entspricht seine größtmögliche Einbindung in die öffentlichen Entscheidungsprozesse. Daraus folgt das Postulat einer partizipatorischen Demokratie, die möglichst alle Bürger in die Regelung ihrer kollektiven Belange einbezieht. Es geht also um beides: eine Erläuterung der Wurzeln der Demokratie und eine Veranschaulichung ihrer authentischen Wirkungsweise in der politischen Realität." (Autorenreferat)

[51-L] Risse, Thomas:

**Menschenrechte als Grundlage der Weltvergemeinschaftung?: die Diskrepanz zwischen Normanerkennung und Normeinhaltung**, in: Nicole Janz, Thomas Risse (Hrsg.):

Menschenrechte - Globale Dimensionen eines universellen Anspruchs, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S.17-38, ISBN: 978-3-8329-2279-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/2369)

**INHALT:** Der Autor gibt einen Überblick über die weltweite Anerkennung der Universalität der Menschenrechte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es wird die Frage gestellt, ob Menschenrechte als Grundlage für ein gemeinsames Weltethos fungieren können. Um dies beurteilen zu können, werden folgende Indikatoren untersucht: (1) die Verrechtlichung von Menschenrechten in internationalen Abkommen, (2) der Status von Menschenrechten in Diskursen verschiedener Weltregionen und -religionen sowie (3) das Ausmaß, in dem einzelne Länder Menschenrechtsnormen tatsächlich einhalten. Obwohl man durchaus von einem gemeinsamen Weltethos sprechen kann, gibt es immer noch in vielen Teilen der Welt Defizite bei der Normeinhaltung. Nur durch eine beständige transnationale Zusammenarbeit kann eine dauerhafte Normeinhaltung gewährleistet werden. (GB)

[52-F] Saueremann, Jan, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Kaiser, André, Prof.Dr. (Betreuung):

**Soziale Präferenzen in demokratischen Entscheidungen**

**INHALT:** Das Menschenbild des homo oeconomicus bestimmt die wirtschaftswissenschaftliche Theoriebildung seit den Zeiten Adam Smiths. In den letzten drei Jahrzehnten haben die Befunde der experimentellen Wirtschaftsforschung an diesem Bild gerüttelt. In einer Vielzahl von Experimenten zeigte sich, dass menschliches Verhalten nicht allein durch individuelles Eigeninteresse motiviert ist, sondern soziale Präferenzen einen entscheidenden Einfluss auf das Verhalten haben. Verhandlungen, Kollektivdilemmata und Koordinationsprobleme sind offensichtlich auch durch gegenseitiges Vertrauen, Fairness und Reziprozität beeinflusst - Motive, die die traditionelle wirtschaftswissenschaftliche Theorie ausblendet. Demokratische Entscheidungsverfahren - allen voran Mehrheitsentscheidungen - wurden von der experimentellen Forschung bislang kaum systematisch untersucht. Das Dissertationsprojekt soll diese Lücke füllen. In ersten Experimenten konnte der Bearbeiter bereits die Existenz sozialer Präferenzen in Mehrheitsentscheidungen nachweisen. In weiteren Experimenten wird er zum einen die Herkunft und zum anderen den Einfluss dieser sozialen Präferenzen untersuchen. Hier geht es dann beispielsweise um die Frage, wie soziale Präferenzen mit politischen Institutionen wie dem Wahlsystem interagieren und so die staatliche Umverteilungspolitik beeinflussen.

**METHODE:** keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Experiment.

**ART:** *BEGINN:* 2007-10 *ENDE:* 2010-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Stipendium

**INSTITUTION:** Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft (Postfach 411020, 50870 Köln); International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy -IMPRS-SPCE- (Paulstr. 3, 50676 Köln)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0221-470-3360, e-mail: jan.saueremann@uni-koeln.de)

[53-L] Schäfer, Gert:

**Marxismus heute**, in: Helmut Arnold, Gert Schäfer (Hrsg.): "Dann fangen wir von vorne an" : Fragen des kritischen Kommunismus ; Theodor Bergmann zum 90. Geburtstag, Hamburg: VSA-Verl., 2007, S. 14-23, ISBN: 978-3-89965-257-4 (Standort: UB Leipzig(15)-01A2008-664)

**INHALT:** Der Marxismus ist heute weithin diskreditiert, weil er zur politischen Formel, zur Ideologie einer bürokratischen und zeitweise terroristischen Diktatur wurde. Eine vom historischen Materialismus beeinflusste moderne Arbeitermassenbewegung gibt es gegenwärtig nicht mehr. Da die gesellschaftliche Entwicklung die von Marx analysierten Probleme der kapitalistischen Produktionsweise aber nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft hat, bleibt der Marxismus aktuell. Die großen Probleme unserer Zeit sind (1) das Problem von Krieg und Frieden, (2) das Problem der fortschreitenden Umweltzerstörung und (3) die Schere zwischen Reichtum und Armut, zwischen obszönem Protz und bitteren Elend. Es ist Zeit für die Neugründung eines internationalen Bundes demokratischer Kommunisten. (ICE2)

[54-L] Schmeitzner, Mike (Hrsg.):

**Totalitarismuskritik von links: deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert**, (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 34), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, 404 S., ISBN: 978-3-525-36910-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007 7966)

**INHALT:** "Welche Bedeutung hatte linke Totalitarismuskritik in den deutschsprachigen Diskursen des 20. Jahrhunderts und wie entwickelte sie sich? Der Band stellt Leitlinien und markante Konzepte herausragender Protagonisten vor, die in diesen Diskursen eine wirkungsmächtige Rolle gespielt haben, unter ihnen Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Ernst Fraenkel, Richard Löwenthal und Herbert Marcuse. Die Beiträge spannen den Bogen von den frühen Analysen und Kritiken in der Weimarer Republik über die Konzeptualisierungen im Exil bis zur Theorie und Praxis im Kalten Krieg und zeigen, dass Totalitarismuskritik keineswegs eine Domäne der Liberalen und Konservativen war." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Werner Müller: Bolschewismuskritik und Revolutionseuphorie. Das Janusgesicht der Rosa Luxemburg (29-48); Jürgen Zarusky: Demokratie oder Diktatur: Karl Kautskys Bolschewismuskritik und der Totalitarismus (49-68); Uli Schöler: Totalitarismustheoretische Ansätze bei Alexander Schiffrin. Ein Grenzgänger zwischen russischer und deutscher Sozialdemokratie (69-82); Stephan Albrecht: Rechtsstaat, autoritäre Demokratie und der europäische Faschismus. Hermann Hellers Grundlegungen einer starken Demokratie (83-102); Michael Rudloff: "Diktatur als Ausnahmezustand" versus "Diktatur als System"? Totalitarismustheoretische Kontroversen in den "Neuen Blättern für den Sozialismus" (103-118); Bernd Faulenbach: Zur Rolle von Totalitarismus- und Sozialfaschismus-"Theorien" im Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren (119-132); Rainer Behring: Option für den Westen. Rudolf Hilferding, Curt Geyer und der antitotalitäre Konsens (135-160); Gerhard Besier: No longer a "German patriot"? Eduard Heimann an der New School for Social Research (161-176); Clemens Vollnhals: Ein Renegat schreibt Theoriegeschichte: Franz Borkenau (1900-1957) (177-192); Mario Keßler: Arthur Rosenberg, der Linkszionismus und das Totalitarismus-Problem. Betrachtungen im New Yorker Exil (193-204); Mike Schmeitzner: Brauner und roter Faschismus? Otto Rühles rätekommunistische Totalitarismustheorie (205-228); Alfons Söllner: Totalitarismustheorie und frühe Frankfurter Schule (229-246); Mike Schmeitzner: Der Totalitarismusbegriff Kurt Schumachers. Politische Intention und praktische Wirksamkeit (249-282); Mike Schmeitzner: Arno Hennig, Carlo Schmid und die Totali-

tarismuskonferenz der SPD im Juni 1947 (283-306); Siegfried Heimann: Ernst Reuter - Hoffnungen eines (Re)migranten auf dem Prüfstand Berlin (307-326); Uwe Backes: Vom Marxismus zum Antitotalitarismus: Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal (327-354); Eckhard Jesse: Die Totalitarismuskonzeption von Herbert Marcuse (355-376); Bernd Faulenbach: Die demokratische Linke und die Umwälzung 1989/90. Zur Bedeutung von Totalitarismustheorien in der deutschen Sozialdemokratie (377-392).

[55-L] Schnebel, Karin B.:

**Individuelles und kollektiv ausgeübtes Menschenrecht als Selbstbestimmungsrecht**, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP), Bd. 94/2008, H. 1, S. 26-46 (Standort: USB Köln(38)-Fa5; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Wie können ethnische Diversität und politische Integration in Übereinstimmung gebracht werden? Wann ist eine Gruppenentscheidung gerechtfertigt? Um diese Fragen zu beantworten, wird hier die Situation von Minderheiten auf einem eindeutig definierten Territorium mit der von Immigranten verglichen. Die Notwendigkeit der Anerkennung wird begründet, ebenso wie die Notwendigkeit, ein Leben entsprechend kulturellen und linguistischen Eigentümlichkeiten zu führen. Für den Wunsch nach Anerkennung ist zentral, dass ein bestimmtes Selbst das Recht beansprucht, seine eigenen politischen, wirtschaftlichen und/oder kulturellen Angelegenheiten selbst zu bestimmen. Damit haben alle die gleichen Chancen und werden deshalb gleich behandelt. Selbstbestimmung kann bis zum Wunsch nach Sezession gehen, der von Konflikten begleitet ist. Eine offene Theorie der Selbstbestimmung weist neue Perspektiven der Konfliktregelung. (ICEÜbers)

[56-F] Schulze Wessel, Julia, Dr.des. (Bearbeitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Betreuung): **"Eichmann in Jerusalem" und die Radikalisierung des Antisemitismus. Über Hannah Arendts Antisemitismus- und Ideologiebegriff**

**INHALT:** Hannah Arendt nahm 1961 als Prozessbeobachterin an dem Gerichtsverfahren gegen Adolf Eichmann teil und kam zu dem Schluss, dass der ehemalige "Judenreferent" des "Dritten Reiches" kein Antisemit gewesen sei. Die Arendt-Forschung ist sich einig, dass Arendts Buch über Eichmann mit ihren in den fünfziger Jahren niedergeschriebenen Einsichten in die ungeheure Kraft des Antisemitismus bricht. Die These dieser Arbeit widerspricht dieser breit geteilten Meinung. Ganz im Gegenteil wird hier gezeigt, dass die Beschreibung der Mentalität Eichmanns die konsequent zu Ende gedachte Geschichte des Antisemitismus ist, so wie sie Hannah Arendt in ihrem Werk Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft entwickelt hatte. Arendts Geschichte des Antisemitismus ist die Geschichte seiner Radikalisierung und damit zeigt sich paradoxerweise der Antisemitismus in seiner radikalsten Form ausgerechnet in der Banalität der Täter.

**ART:** AUFTRAGGEBER: keine Angabe FINANZIERER: keine Angabe

**INSTITUTION:** Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte (01062 Dresden)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (Tel. 0351-463-35800, Fax: 0351-463-37233, e-mail: julia.schulze\_wessel@tu-dresden.de)

---

[57-L] Sommer, Frank:

**Philosophische und moralische Grundlagen der Politik**, (Hildesheim Discussion Papers on Social Science, Nr. 7), Hildesheim 2008, 22 S. (Graue Literatur;  
[www.uni-hildesheim.de/media/magazin/HDP\\_7\\_2008\\_Sommer\\_PhilosophischeGrundlagen.pdf](http://www.uni-hildesheim.de/media/magazin/HDP_7_2008_Sommer_PhilosophischeGrundlagen.pdf))

**INHALT:** "Die vorliegende Arbeit soll Studierenden einen kleinen Überblick über philosophische und moralische Grundlagen der Politik vermitteln. Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenleben und zur öffentlichen Ordnung, in der sich der Mensch wiederfindet, beschäftigen zahlreiche Denker bereits seit der Antike. Bestimmte Problematiken werden bis heute kontrovers diskutiert und haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Dies spiegelt sich wider in verschiedenen politischen Lagern, die sich im Laufe der Zeit herauskristallisiert haben. Worüber es nach wie vor Kontroversen gibt, sind die Fragen nach: a) der Legitimation politischer Herrschaft, b) dem Verhältnis zwischen Individuum und Staat bzw. Gesellschaft, c) der Beschränkung und Kontrolle politischer Gewalt, d) der sozialen Verantwortung, e) dem moralischen Handeln als Notwendigkeit. Die zu erörternden Fragen sind nicht isoliert voneinander zu betrachten, sie ergänzen sich gegenseitig; wegen der besseren Übersicht werden sie jedoch in einzelnen Kapiteln aufgeführt. Zur Behandlung der Problemstellungen werden die Aussagen wichtiger Autoren der politischen Philosophie angeführt. Jene dienen quasi als 'Kronzeugen', um verschiedene Standpunkte vorzustellen. Eine vollständige Interpretation der Werke großer Denker wird natürlich nicht geleistet. Im vorliegenden discussion paper soll lediglich dargestellt werden, inwiefern namhafte Autoren bestimmte Probleme und Fragestellungen beurteilten. Den Lesern wird damit eine kleine Einführung in die Welt politischer Philosophie ermöglicht." (Textauszug)

[58-F] Steiner, Stephan, M.A. (Bearbeitung):

**Leo Strauss und die Marburger Hermeneutik. Eine historisch-systematische Rekontextualisierung seines Denkens**

**INHALT:** Das Denken von Leo Strauss (1899-1973) ist seit einigen Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit politischer Philosophie gerückt, ausgelöst durch die us-amerikanische Debatte um seine Bedeutung für den Neokonservatismus. Trotz zahlreicher Studien und Sammelbände blieben die zeitgeschichtlich-biographischen Ursprünge seines Denkens, seine intellektuelle Prägung durch die Auseinandersetzungen der Weimarer Republik, bis heute jedoch wenig beachtet. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man den Lehrer- und Freundeskreis von Strauss in dieser Epoche näher betrachtet. Es zeigt sich dort seine Zugehörigkeit zur Marburger Hermeneutik, des Schülerkreises, der in den 1920er Jahren um Rudolf Bultmann und Martin Heidegger entstanden war. Karl Löwith, Hans Jonas, Gerhard Krüger und Hans-Georg Gadamer zählten dort zu seinen Freunden. Neben diesen waren es Carl Schmitt, Ernst Cassirer, Max Weber, Hermann Cohen und Franz Rosenzweig, mit denen er persönliche Kontakte pflegte, oder die zumindest zu einer zentralen Bezugsfigur seines Denkens wurden. In der Aufarbeitung dieses Beziehungsgeflechtes lässt sich der Streit um das Erbe der Aufklärung, als Frage nach den normativen Quellen der Deutung und des Selbstverstehens des Menschen, als Leitmotiv der damaligen Debatten freilegen. Ein Motiv, das bei Strauss seine erste Gestalt in den Studien zur Genealogie der Aufklärung und zur Religionskritik findet; das in veränderter Gestalt jedoch auch im Zentrum der platonisierenden Argumentationsfiguren der Liberalismuskritik des späten Strauss nachgewiesen werden kann. In dieser ist es nicht nur der Rekurs auf Aristoteles in ethischer Absicht, den Strauss etwa in den Vorlesungen des frühen

Heidegger kennen gelernt hatte, sondern auch ein charismatisch-erzieherisches Ideal, das zu dieser Zeit selbst Antipoden wie Stefan George und Max Weber verband, die das bleibende Erbe der Zeit in Strauss' Werk darstellen - und durch ihn wieder auf die Gegenwart wirken. Dieser intellektuelle Streit um die Bedeutung der Aufklärung, aktueller denn je, zentriert um die Legitimität der normativen Kraft der Tradition, ist ein Konflikt, der im liberalen "Westen" tiefe Gräben aufreißt und zugleich als Grundkonflikt zwischen säkular-emanzipatorischen und religiös-traditionalistischen Gesellschaften zu beschreiben ist. Diese Linie wird die Arbeit durch eine historische Rekontextualisierung nachzeichnen, um die sich daraus ergebenden systematischen Problemhorizonte dann in ihren Konsequenzen entfalten zu können.

**ART:** *BEGINN:* 2006-11 *ENDE:* 2009-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

**INSTITUTION:** Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Am Hügel 1, 99084 Erfurt)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0361-737-2833, Fax: 0361-737-2829, e-mail: stephan.steiner@stud.uni-erfurt.de)

[59-L] Stykow, Petra:

**Vergleich politischer Systeme**, (UTB : Politikwissenschaft, 2933), Paderborn: Fink 2007, 303 S., ISBN: 978-3-7705-4548-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9725)

**INHALT:** Die Verfasserin legt ein Lehrbuch über grundlegende Konzepte und Kategorien des Systemvergleichs vor. Dazu zählen Typen politischer Systeme (Demokratie und Demokratisierung), die gesellschaftliche Einbettung politischer Institutionen (politische Kultur, politische Partizipation, Cleavages), intermediäre Interessenvermittlung (intermediärer Raum, Parteien), Wahlen und Wahlsysteme, Verfassungen und Gewaltenteilung, Regierungssysteme, Regieren in repräsentativen Demokratien und die vergleichende Demokratieforschung. (ICE)

[60-L] Thaa, Winfried (Hrsg.):

**Inklusion durch Repräsentation**, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 212 S., ISBN: 978-3-8329-3065-3 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3184)

**INHALT:** "Seit den Anfängen der neuzeitlichen Demokratie stehen Gleichheit und Repräsentation in einem Spannungsverhältnis zueinander. Da die Bürger sich nicht unmittelbar selbst regieren können, stellt sich die Frage nach den Inklusions- und Exklusionseffekten politischer Repräsentation, insbesondere gegenüber politisch und wirtschaftlich schwachen Interessen. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Drucks auf den Sozialstaat, einer durch Migration verstärkten kulturellen Pluralisierung der westlichen Gesellschaften und den Tendenzen zur Entparlamentarisierung der Politik gewinnt diese Frage heute eine neue Dramatik. Darauf bezogen diskutieren die Beiträge des Bandes, wie weit herkömmliche parlamentarische und neuere, insbesondere deliberative Politikformen geeignet sind, schwache Interessen zu repräsentieren. Neben der Auseinandersetzung mit den jeweiligen demokratietheoretischen Begründungen werden erste Forschungsergebnisse zu den Leistungen und Defiziten beratender Kommissionen und Räte (Hartz, Süßmuth, etc.) vorgestellt. Der Band richtet sich nicht nur an Politikwissenschaftler, sondern bietet allen, die die jüngeren Entwicklungen der Demokratie besorgt verfolgen, wichtige Informationen und theoretisch erhellende Bezüge." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Winfried Thaa: Einleitung (9-16); Jürgen Gebhardt: Idee und Wirk-



---

lichkeit der "Representative Republic" (19-37); Lothar Waas: Repräsentation durch (Massen-) Partizipation und (Eliten-)Kompetenz? John Stuart Mills "Considerations an Representative Government" (39-60); Markus Linden: Interessensymmetrie trotz Vielfalt? Modi gleichwertiger Inklusion in pluralistischen Demokratietheorien (61-81); Winfried Thaa: Informalisierung und Kognitivierung politischer Repräsentation in deliberativen Demokratietheorien (85-108); Gerhard Göhler: Deliberative Demokratie und symbolische Repräsentation (109-125); Nora Blaes-Hermanns: Argumentations- und Rechtfertigungsstrategien im Armutsdiskurs. Das Inklusionspotential deliberativer Gremien am Beispiel der Hartz-Kommission (129-147); Tanja Zinterer: Interessenrepräsentation von Migranten: Von der Süßmuth-Kommission zum Integrationsgipfel (149-166); Claudia Landwehr: Verhandlung und Deliberation in der Verteilung von Gesundheitsgütern (167-183); Sascha Liebermann: Überflüssige, Kunden, Erwerbstätige. Phänomene und Deutungen politischer Vergemeinschaftung in Deutschland (185-210).

[61-L] Troy, Jodok:

**Geschichte der Staatsidee bei Hobbes, Machiavelli und Schmitt: der Staat und das Politische: bleibende Erkenntnisse für die Politik**, in: Thomas Geiger, Martin Hartlieb, Birgit Winkel (Hrsg.): Fokus Politikwissenschaft : ein Überblick, Innsbruck: Studien-Verl., 2007, S. 151-161, ISBN: 978-3-7065-4428-3 (Standort: UB Erlangen(29)-H00/2007A/10857)

**INHALT:** Für die politische Theorien- und Ideengeschichte besteht immer die Gefahr der Instrumentalisierung zugunsten der Legitimation eigener Interessen. Dennoch, gerade dieser Teilbereich ist ein integraler Bestandteil der Politikwissenschaft. Politische Ideengeschichte ist vor allem Reflexionsgeschichte - politische Ideen spiegeln die realen Veränderungen, sie eilen ihnen manchmal voraus, sie sind ein ganz wichtiger Indikator gesellschaftlicher Entwicklung. Politische Theorien- und Ideengeschichte ist somit auch eine besondere Form der Gesellschaftsgeschichte. Darüber hinaus liefern ihre Erkenntnisse auch Einsichten in die Ursprungsfrage der Politikwissenschaft: Was ist Politik? Der Beitrag zeigt in diesem Kontext, dass das alle Staatsdenker verbindende Element, vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, die politische Krise ist. Sie suchen nach Lösungen in einer Zeit von inneren und äußeren Krisen, Orientierungslosigkeit und einem allgemeinen Abfall staatlicher Stabilität. So bei Machiavelli in Florenz, und so zum Beispiel bei Hobbes, der den Versuch unternahm, den König in einer Zeit des Bürgerkriegs zu stärken. Auch Carl Schmitt fand sich während der Zeit der Weimarer Republik in einem fragilen staatlichen Gebilde wieder und beschäftigte sich nicht zuletzt deshalb mit den bereits erwähnten Denkern der Neuzeit. Allen gemeinsam ist also die Suche nach einem Konzept innerstaatlichen Friedens. Durch die Auswahl dieser drei Denker wird auch die Entwicklung hin zum neuzeitlichen Verfassungsstaat, in dem das Gewaltmonopol des absolutistischen Staates erhalten blieb, deutlich. (ICA2)

[62-L] Zantwijk, Temilo van:

**Chancengleichheit und liberale Politik**, in: Klaus-M. Kodalle (Hrsg.): Kritisches Jahrbuch der Philosophie : Beih. 7/2007, Grundprobleme bürgerlicher Freiheit heute, Würzburg: Königshausen u. Neumann, 2007, S. 53-65, ISBN: 978-3-8260-3583-8 (Standort: UB Trier(385)-b23359)

**INHALT:** Der "Egalitarismus" hat eine altherwürdige Tradition. So hat Aristoteles die Gerechtigkeit als eine Art von Gleichheit bestimmt, dabei aber bereits gefordert, dass angegeben werde, in welcher Hinsicht von Gleichheit die Rede sei. Ob sich irgendeine Form des Egalitarismus

mit dem Liberalismus vereinbaren lässt, erscheint auf den ersten Blick fraglich. Der Kern des Liberalismus sind die Freiheitsrechte der Person, und es ist nicht von vornherein klar, wie sich diese mit einer egalitären Ausrichtung von Staat und Gesellschaft vereinbaren lassen, wie es die Forderungen der Französischen Verfassung von 1789 verlangen. Umgekehrt wird egalitaristischer Politik eine Neigung zu autoritären Konzeptionen von Staat und Gesellschaft nachgesagt. Vor diesem Hintergrund vertritt der Autor die These, dass auch ein "starker" Liberalismus ohne eine bestimmte egalistische Perspektive nicht zu haben ist. Für eine tragfähige Theorie des Liberalismus ist, so die These, Chancengleichheit notwendig. Am Ende des Aufsatzes wird ein Vorschlag zur Diskussion gestellt, wie Theorien des liberalen Staates und der liberalen Gesellschaft einige bekannte Probleme, die im Begriff der Chancengleichheit stecken, entschärft werden können. Der Argumentation stellt der Autor eine Definition eines "starken, nicht-trivialem Liberalismus" voran. (ICA2)

## 2 Theorie und Geschichte politischer Systeme

[63-L] Best, Heinrich:

**Unterschiedliche Wege - gleiches Ziel?: der langfristige Wandel parlamentarischer Repräsentation in Deutschland und Frankreich 1848-2003**, in: Stefan Fisch, Florence Gauzy, Chantal Metzger (Hrsg.): *Machtstrukturen im Staat in Deutschland und Frankreich*, Wiesbaden: Steiner, 2007, S. 13-28, ISBN: 978-3-515-08946-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8144)

**INHALT:** In einem Langzeitvergleich der Parlamentarier in Frankreich und Deutschland analysiert der Verfasser den Wandel der parlamentarischen Repräsentation und seine Auswirkungen auf die politischen Systeme beider Länder. Dabei zeigen sich bis zum Zweiten Weltkrieg deutliche Unterschiede in den Modi parlamentarischer Repräsentation mit einer kontinuierlichen Dominanz des Intermediärs in Frankreich und einem massiven Bedeutungsgewinn des Funktionärs in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der öffentliche Dienst in beiden Ländern zur Hauptquelle parlamentarischer Rekrutierung. Trotz fortschreitender Uniformität in der Rekrutierung von Abgeordneten für die Nationalparlamente bestehen gerade in Frankreich auch nach 1945 noch wesentliche Besonderheiten fort, so der niedrige Frauenanteil und das "cumul des mandats". (ICE2)

[64-L] Bolliger, Christian:

**Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003: Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen**, Bern: Haupt 2007, 513 S., ISBN: 978-3-258-07272-2 (Standort: UB Köln(38)-13Y5136)

**INHALT:** "Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Konkordanzdemokratie und den Konfliktlinien in der Schweiz von 1945 bis 2003. Die Studie untersucht erstens, wie sich die Polarisierung der Bürgerinnen und Bürger entlang von vier historisch bedeutsamen gesellschaftlichen Teilungsachsen entwickelt hat; zweitens beschreibt sie, wie sich die politische Zusammenarbeit der vier schweizerischen Regierungsparteien und ihrer organisatorischen Netze entwickelt hat; sie geht drittens dem Zusammenhang zwischen dieser Praxis der Konkordanz und den einzelnen gesellschaftlichen Polarisierungen nach. Im Zentrum des Interesses stehen

---

dabei die Konfliktlinien zwischen Protestantismus und Katholizismus, zwischen Land und Stadt, zwischen den gesellschaftlichen Klassen sowie zwischen der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz." (Autorenreferat)

[65-F] Buechler, Markus, Dipl.-Ing. (Bearbeitung):

**Verordnete Verfassungskultur. Die Verfassungen der DDR und die ostdeutsche Gesellschaft**

**INHALT:** keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* DDR, Ostdeutschland

**ART:** *BEGINN:* 2007-05 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Promotionskolleg  
"Gesellschaftliche Interessen und politische Willensbildung - Verfassungskulturen im historischen Kontext" (Universitätsstr. 11/ TGZ, 58097 Hagen)

**KONTAKT:** Bearbeiter (e-mail: buechler@sliu.de)

[66-L] Dirsch, Felix:

**Kulturrevolution oder Studentenbewegung?: Ansätze zur Historisierung der Ereignisse von "1968"**, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 55/2008, H. 1, S. 5-32 (Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "40 Jahre nach den Ereignissen erscheint eine Historisierung von '1968' als angemessen und notwendig. Eine solche Debatte kann auf bestimmte Ergebnisse der Historisierungsdiskussion über die Zeit des Nationalsozialismus zurückgreifen. Eine konsequente Einordnung der 68er in das Kontinuum der Zeitgeschichte kann mythen- und legendenzertrümmernd wirken. Die seinerzeit Rebellierenden waren nicht an allem schuld. Eine 'Neugründung der Republik', wie von Freunden und Feinden der damaligen Aktivisten öfters vermutet, hat nicht stattgefunden. Weder setzte eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit erst in den späten 1960er-Jahren ein, noch ist das 'kommunikative Beschweigen' der NS-Untaten in breiteren Bevölkerungsschichten der 1950er-Jahre ausschließlich negativ zu bewerten - ein Befund, der keinesfalls bedeutet, dass der Umgang mit dem 'Dritten Reich' in der frühen Nachkriegszeit keine kritikwürdigen Seiten aufzuweisen hätte. Für eine Historisierung der Unruhen vor vier Jahrzehnten ist am besten der Maßstab der Kultur- und Zivilisationsgeschichte zu wählen, da die eruptiven Ausbrüche alle bedeutenden westlichen Industrienationen betrafen. Die modernen industriegesellschaftlichen Entwicklungen haben Freiheitsspielräume in hohem Maß geschaffen, etwa größere Zeitdispositionen und mehr Bildungsmöglichkeiten. Derartige neue Möglichkeiten mussten auf allen sozialen Sektoren erprobt werden. Als Folge sind erhebliche Desorientierungswirkungen auszumachen. Die ideologischen Bindungen boten den Aktivisten mehr oder weniger Halt und Gewissheit in einer tendenziell ligaturenarmen und unsicheren modernen Welt. Aufblühende Führerkulte der späten 1960er-Jahre sind daher als Kompensationen oder Pseudokompensationen dieser Desorientierungswirkungen zu begreifen." (Autorenreferat)

[67-L] Dörr, Nikolas; Zimmermann, Till (Hrsg.):

**Die Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland: Beiträge anlässlich einer Tagung von StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vom 23.-27. Januar 2006**, (Seminarreihe Bonner Venusberg, Bd. 3), Berlin: WVB-Verl. 2007, 152 S., ISBN: 978-3-86573-307-8 (Standort: UB München(12)-8079910)

**INHALT:** "Als Synthese aus Macht und Illusion ist das Geheimdienstwesen stets ein Faszinosum. Nachrichtendienstliche Organisationen sind in ihrer Eigenschaft als Instrumente politischer Machtausübung naturgemäß Gegenstand eines besonderen öffentlichen Interesses. Gleichzeitig gilt hinsichtlich ihrer konkreten Aktivitäten, dass 'nichts Genaueres man eben nicht weiß'. Kraft dieser spannungsgeladenen Konstellation taugen Nachrichtendienste gleichermaßen als Projektionsfläche der Ideen staatskeptischer Verschwörungstheoretiker wie autoritärer Sicherheitsfanatiker. Hierzwischen muss sich eine auf innere und äußere Sicherheit bedachte demokratische Gesellschaft die Abwägungsfrage stellen, wie viel Dienst geheim sein darf, damit auch tatsächlich alle Staatsgewalt noch vom Volke ausgeht. Was nützen uns unsere Nachrichtendienste, welche Risiken sind mit ihnen verbunden und wie können wir diese beherrschbar machen - diese Problemstellungen sind es, die im Vordergrund der Beiträge dieses Sammelbandes stehen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Volker Neumann: Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste in Deutschland (13-33); Andreas Weigel: Der Beitrag bundesdeutscher Nachrichtendienste zur Abwehr globaler terroristischer Aktivitäten (35-44); Florian Rehlir: Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste: Deutschland, Frankreich und die USA im Vergleich (45-65); Johanna Sprenger: Das Cicero-Verfahren - Bestandsaufnahme zum Verhältnis zwischen strafrechtlichem Geheimnisschutz und Pressefreiheit (67-91); Daniel Voelsen: Die Theorie der Demokratie und die Praxis der deutschen Geheimdienste (93-107); Till Zimmermann: Das "Eigentümliche der Spionage" - oder: Das Recht und ein ethisches Paradoxon (109-145).

[68-L] Fehlhaber, Axel; Garz, Detlef; Kirsch, Sandra:

**'Wie ich Nationalsozialistin wurde': erste Annäherung an eine Typologie weiblichen Engagements in der nationalsozialistischen Bewegung auf Basis der Abel-Collection**, in: sozialer sinn : Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung, Jg. 8/2007, H. 2, S. 357-383

**INHALT:** "Der Beitrag resümiert erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur politischen Sozialisation früher NSDAP-Parteianhänger. Auf der Basis objektiv-hermeneutischer Rekonstruktionen autobiographischer Texte, die 1934 im Rahmen eines wissenschaftlichen Preisausschreibens verfasst wurden, geht der Artikel unter Konzentration auf weibliche Parteimitglieder der Frage nach, wie Frauen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Generationen sich für die 'Bewegung' engagierten, wie sie ihr Engagement vor dem Hintergrund ihrer Biographie darstellen und begründen und welche Bedeutungen des Nationalsozialismus für ihr Selbst- und Weltverständnis sich daraus rekonstruieren lassen." (Autorenreferat)

[69-L] Galka, Sebastian; Schuett-Wetschky, Eberhard:

**Parlamentarismuskritik und Grundgesetz: hat der Parlamentarische Rat Fraktionsdisziplin abgelehnt?**, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 17/2007, H. 4, S. 1095-1117 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z3338; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

---

**INHALT:** "Fraktionsdisziplin" bezeichnet das nach außen geschlossene (übereinstimmende) Agieren der Mitglieder einer Partei im Parlament. Seit Jahrzehnten wird Fraktionsdisziplin als Verletzung der vom Grundgesetz gewährleisteten Entscheidungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten kritisiert. Paul Kirchhof zum Beispiel vertritt die Auffassung, dass die 'Dominanz der politischen Parteien im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren' die 'Verfassungserwartung des unparteilichen (...) Abgeordneten (...) gefährdet' (2004b: 364). Grundlage derartiger Kritik ist die - auch bei Kirchhof erkennbare - klassisch-liberale Theorie parlamentarischer Repräsentation. Nach dieser Theorie sollen alle Abgeordneten als Einzelne miteinander beraten und dann jeder nach seiner persönlichen Auffassung entscheiden, unabhängig von Fraktion und Partei, orientiert an 'truth and justice' (John Stuart Mill). Schon im 19. Jahrhundert entsprach die Praxis nicht dieser Theorie. Wollten die Verfasser des Grundgesetzes, dass die Praxis doch noch entsprechend jener Theorie geändert werden sollte? Ist Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG im klassisch-liberalen Sinne zu interpretieren? Als ein Beitrag zur Beantwortung dieser Frage werden sowohl die Diskussionen als auch die Praxis im Parlamentarischen Rat 1948/49 analysiert. Ergebnis: Die Behauptung einer 'Verfassungserwartung' des 'unparteilichen' Abgeordneten kann sich nicht auf die Verfasser des Grundgesetzes stützen. Fraktionsdisziplin war auch schon im Parlamentarischen Rat ständige, hinsichtlich ihrer Legitimität unbestrittene Praxis." (Autorenreferat)

[70-L] Geppert, Dominik:

**Die Ära Adenauer**, (Kulturwissenschaft interdisziplinär), Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges. 2007, 150 S., ISBN: 978-3-534-20062-7 (Standort: UB Paderborn(466)-LPWC1827(2)+1)

**INHALT:** Die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte gingen in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als "Ära Adenauer" ein. Sie waren geprägt vom wirtschaftlichen Wiederaufbau, von der Etablierung der parlamentarischen Demokratie, von den Anfängen einer Zivilgesellschaft und vom Ausgleich mit den Westmächten. Der Verfasser zeichnet diese Jahre in sechs thematischen Blöcken nach: (1) Gründung der Bundesrepublik 1949; (2) Außen- und Deutschlandpolitik 1949-1955; (3) Wirtschafts- und Innenpolitik 1949-1955; (4) Gesellschaft und Kultur 1949-1963; (5) Außen- und Deutschlandpolitik 1955-1963; (6) Innen- und Sozialpolitik 1955-1963. (ICE2)

[71-L] Gotthardt, Tina:

**Abkehr von der Wohlstandsgesellschaft: Gammler in den 60er Jahren der BRD**, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 94 S., ISBN: 978-3-8364-1245-2 (Standort: UB Bochum(294)-QZB/5005)

**INHALT:** Eine Analyse der zeitgenössischen Publizistik zeigt, dass bei der Gammlerbewegung zwei Momente eine Rolle spielen - Generationenkonflikt und Jugendprotest. Zwar ging es den Gammlern primär darum, ihr eigenes Leben souverän zu gestalten. Aber vor allem das Öffentlichmachen des eigenen alternativen Lebensstils macht die Gammlerbewegung eher zu einem Protestphänomen. So erreichten die Gammler ein Presseecho, das in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Anzahl stand. Der Protest der Gammler richtete sich gegen eine Mentalität des Wirtschaftswunderlands Deutschland, die den Aufstieg eines jeden in Karriere und Status als das non plus ultra propagierte. Die Kampfansage von Bundeskanzler Ehrhardt an die Gammler ist dahingehend zu deuten, dass Ehrhardt in den Gammlern die Vorläufer einer

politischen Protestbewegung nach niederländischem Vorbild ("Provos") sah. Mit dem Aufkommen neuer Protestbewegungen und -formen Ende der 1960er Jahre schwand das Interesse der Medien an den Gammlern - ihre Zeit war vorbei. (ICE2)

[72-F] Groh, Kathrin, Dr. (Bearbeitung); Gusy, Christoph, Prof.Dr. (Leitung):

**Demokratisches Denken in der Weimarer Republik: Weimarer Staatsrechtler als politische Akteure, Politiker, Politikberater und Politikwissenschaftler (Teilprojekt A8)**

**INHALT:** Das Projekt fragt insgesamt danach, wie Verfassung und Verfassungsinterpretation dazu beitrugen, dass die Staatsrechtler in den Raum des Politischen ausgriffen, ihn ausweiteten und ihm die erforderliche Binnenstruktur gaben. Mit dem Verfassungsumbruch 1918/19 war die Komplexität des politischen Kommunikationsraums deutlich geworden. Das Anliegen, Herrschaft demokratisch zu verfassen, hatte es notwendig gemacht, die heterogene Gesellschaft und ihre Herrschaftsorganisation, den Staat, zu einer Einheit zusammenzufassen und rechtlich zu strukturieren. Nachdem in der ersten Antragsphase eben jene Strukturierung des politischen Kommunikationsraumes anhand der vier großen Themenkomplexe: "Pluralismusdiskussion", offener Staatsbegriff, Notwendigkeit und Grenzen politischer Führung sowie der komplexen Organisationsstruktur der Volks- und Staatswillensbildung im Vordergrund stand, soll in der zweiten Antragsphase ein Schwenk auf die Rolle der Staatsrechtler im und für den Raum des Politischen vollzogen werden. Mit anderen Worten: Neben dem Werk- soll nun auch der Wirkbereich der Staatsrechtler untersucht werden: Wer machte für wen auf welche Weise welche politischen Deutungsangebote? In den Vordergrund treten dabei wiederum die demokratischen Staatsrechtler, die oftmals aus der paradoxen Situation heraus, dass sich antidemokratische Kräfte auf demokratische Kernrechte beriefen, den theoretischen Grundwahrheiten der Demokratie eine praktikable Detailstruktur verleihen mussten. Eine erste, zentrale Hypothese lautet deshalb, dass die Staatsrechtler als politische Akteure, als Politiker, Politikberater und "Politikwissenschaftler" auf mehreren Ebenen den Raum des Politischen nicht allein ausweiteten, sondern ebenso strukturierten, ausformten und seine Akteure anleiteten: Als Interpreten der Verfassung schleusten sie ihr jeweiliges Vorverständnis in die Verfassungsinterpretation und wirkten - je nach Art dieses Vorverständnisses - erweiternd oder verengend auf die Grenzen des politischen Kommunikationsraumes ein. Durch ihre juristischen und politischen Publikationen, durch Gutachtertätigkeiten, Politikberatung und Prozessvertretung stellten sie dem politischen Personal Handlungsanleitungen und Handlungslegitimationen für die politische Praxis zur Verfügung oder brachen die Grundbegriffe der Weimarer Demokratie in praktisch relevanten Fragen auf normative Handlungsanleitungen herunter. Als Politiker mischten sie sich selbst in die politische Praxis ein und reklamierten dort eine besondere Autorität für sich. Als "Politikwissenschaftler" anerkannten sie eine Sphäre des Politischen jenseits des Staates und trugen so ebenfalls zu einer institutionellen Ausweitung des politischen Kommunikationsraumes bei. Zumindest versuchten sie jedoch, diese Ausweitung in der Verfassungswirklichkeit theoretisch aufzugreifen und methodisch nachzuvollziehen. Insgesamt geht es bei diesem Neuanatz um die Frage der "(Re-)Politisierung" der Staatsrechtler bei gleichzeitig stärkerer "Verrechtlichung" und damit letztlich auch "Verwissenschaftlichung" des Politischen. *ZEITRAUM:* Weimarer Republik *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

**ART:** *BEGINN:* 2001-07 *ENDE:* 2008-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

---

**INSTITUTION:** Universität Bielefeld, SFB 584 "Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte" (Postfach 100131, 33501 Bielefeld); Universität Bielefeld, Fak. für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0521-106-4397, e-mail: christoph.gusy@uni-bielefeld.de)

[73-L] Hecken, Thomas:

**1968: von Texten und Theorien aus einer Zeit euphorischer Kritik**, (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), Bielefeld: transcript Verl. 2008, 179 S., ISBN: 978-3-89942-741-7 (Standort: UB Duisburg-Essen()-E11LHTC1279)

**INHALT:** "Der für die Geschichte der Bundesrepublik immens bedeutsame Komplex '1968' ist in den letzten Jahren im Feuilleton und im öffentlichen Diskurs weitgehend hinter vagen Erinnerungen, spekulativen Meinungen und ideologischen Zurichtungen verschwunden - die übliche journalistische Aufzählung der bekannten spektakulären Ereignisse macht das nicht besser. 1968 ist international aber nicht nur eine Hochzeit der Aktion, sondern auch eine der Reden und Theorien gewesen. Darum lohnt es umso mehr, einen genauen analytischen und kritischen Blick auf die damals viel gelesenen Texte zu werfen: auf Beiträge von Jürgen Habermas, Stuart Hall, Rudi Dutschke, David Cooper, Herbert Marcuse, Susan Sontag, Andre Glucksmann, Tuli Kupferberg, Bernardine Dohrn sowie auf Artikel ihrer Gegenspieler Raymond Aron, Joachim Fest, Niklas Luhmann u.v.a. Dabei entsteht ein ebenso umfassendes wie detailreiches Bild der wichtigsten Grundsätze von '1968' in den Bereichen Politik, Lebensstil und Kultur." (Autorenreferat)

[74-L] Heni, Clemens:

**1968 = 1933?: Götz Aly's Totalitarismusfiktion**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 47-58 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Autor setzt sich mit dem Aufsatz des Historikers und Publizisten Götz Aly in der "Frankfurter Rundschau" vom 30. Januar 2008 kritisch auseinander, in welchem Parallelen zwischen den politischen Bewegungen von 1968 und 1933 gezogen werden. Um seine These zu begründen, dass die Studentenrevolte von 1968 ein Spätausläufer des europäischen und insbesondere des deutschen Totalitarismus war, argumentiert Aly mit dem gleichartigen "Bewegungs"-Charakter der Nationalsozialisten vor 1933 und den antiautoritären Bewegungen der Frauen, Anti-AKWler, Schwulen etc. von 1968 bis heute. Der Autor zeigt anhand von Beispielen, welche historischen Quellen Aly bei seiner Gleichsetzung von 1933 und 1968 im Einzelnen anführt, und problematisiert vor allem die Tatsache, dass er die antisemitische Bücherverbrennung 1933 mit dem Anzünden von "Bild"-Zeitungen 1968 trotz kategorialer Gegensätze vergleicht. (ICI)

[75-L] Kailitz, Susanne:

**Von den Worten zu den Waffen?: Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 246 S., ISBN: 978-3-531-14560-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4345)

**INHALT:** Die Verfasserin legt eine inhaltsanalytische Studie zur Haltung der Frankfurter Schule, der deutschen Studentenbewegung und der RAF zur Gewaltfrage vor. Ihr Analyseraster besteht aus zwei Kriterien: Wahrnehmung der politischen Situation (Unzufriedenheit, Repression, Widerstandsrecht, revolutionäre Situation) und Bewertung der Mittel (Gewaltlosigkeit, Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Personen, Terrorismus). Für die Frankfurter Schule werden Horkheimer, Adorno, Marcus und Habermas behandelt, für die Studentenbewegung Krahl, Dutschke und Cohn-Bendit und für die RAF Meinhof, Mahler, Ensslin und Baader. Jede der drei Protagonistengruppen stand mit den übrigen beiden in Konflikt. Trotz aller gegensätzlichen Positionen in der Haltung zur Gewaltanwendung lehnten Frankfurter Schule und Studentenbewegung - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - den Terrorismus der RAF ab. Der Terrorismus der RAF hatte seine Wurzeln nicht in der Kritischen Theorie. (ICE)

[76-L] Kraushaar, Wolfgang:

**Achtundsechzig und die Anfänge des westdeutschen Terrorismus**, in: Einsichten und Perspektiven : bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, 2008, H. 1, o. Sz. ([www.km.bayern.de/blz/eup/01\\_08/1.asp](http://www.km.bayern.de/blz/eup/01_08/1.asp))

**INHALT:** Die Überzeugung, dass es eine scharf gezogene Grenze zwischen der 68er-Bewegung und dem Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) gegeben habe, ist in der öffentlichen Meinung immer noch weit verbreitet. Dies hat nicht zuletzt der Streit gezeigt, der vor einiger Zeit um die Frage entbrannte, ob Rudi Dutschke, der zur Personifikation der 68er-Revolution geworden ist, in einem Wirkungszusammenhang anzusiedeln sei, der letztlich in den Terrorismus geführt habe. Wie dieser Zusammenhang jedoch genauer zu bestimmen ist, wird nach Einschätzung des Autors vermutlich noch für längere Zeit in der Faktorenbestimmung, Ausdifferenzierung und Gewichtung umstritten bleiben. Denn im Grunde existieren zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen: Zum einen die Vorstellung, die RAF sei allein aus dem Zusammenbruch der 68er-Bewegung zu erklären, es habe sich um nichts anderes als um eine Inversion, also um eine durch Isolation, Verzweiflung und Depression bedingte Umkehrung, gehandelt; zum anderen die Vorstellung, die 68er-Bewegung sei das Konstitutions- bzw. Kräftefeld gewesen, aus dem die RAF hervorgegangen wäre. Es habe sich demnach um einen gemeinsamen Zusammenhang, d.h. um eine Konstitution gehandelt. Um die Frage zu beantworten, ob von einer Inversion oder einer Konstitution gesprochen werden kann, arbeitet der Autor die Struktur der Beziehung zwischen der 68er-Bewegung und der RAF genauer heraus und unterscheidet dabei zwischen den Ideologien und Theorien, den Akteuren und Akteursgruppen sowie den Aktionsformen. Auf dieser Grundlage versucht er, die Frage nach einer angemessenen historischen Interpunktion zu beantworten. (ICI2)

[77-F] Lausberg, Michael (Bearbeitung); Richter, Emanuel, Prof.Dr.; Schmitz, Manfred, PD Dr. (Betreuung):

**Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen 1946-1971 (Arbeitstitel)**



**INHALT:** Kurz nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stieg die Zahl der rechtsextremistischen Propaganda, Gewalttaten und Tötungsdelikte parallel zur Entwicklung in den anderen Bundesländern auch in Nordrhein-Westfalen rapide an. In diesem Zusammenhang fanden die folgenden zwei Geschehnisse in der medialen Öffentlichkeit besondere Beachtung. Kurz nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts kamen am 29.05.1993 in Solingen drei Mädchen und zwei junge Frauen türkischer Abstammung, deren Familie schon seit über 20 Jahren in (West-)Deutschland lebte, bei einem Brandanschlag ums Leben; ein 16jähriger Junge überlebte das nächtliche Attentat mit schwersten Verletzungen. Die vier Angeklagten, darunter drei Jugendliche und ein junger Erwachsener aus der lokalen Skinhead-Szene, legten umfassende Geständnisse ab und wurden zu zehn bzw. fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Am 27.07.2000 detonierte an einem Düsseldorfer S-Bahnhof eine ferngezündete Handgranate, durch die zehn AussiedlerInnen - russische Kontingentflüchtlinge jüdischen Glaubens - teilweise schwer verletzt wurden. Trotz der jahrelangen Arbeit einer polizeilichen Sonderkommission und Aussetzen einer hohen Belohnung für Hinweise, die zur Ergreifung der TäterInnen führen sollten, blieb der Anschlag bis heute unaufgeklärt. Es liegt der Verdacht nahe, dass es sich um ein rechtsextremistisch motiviertes Attentat handelte. Das Erstarken des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen hatte eine zunehmende Diskussion über die Ursachen von verschiedener Seite (Landesverfassungsschutz, Antifa-Gruppen, populärwissenschaftliche Publizistik, WissenschaftlerInnen aus politikwissenschaftlicher, soziologischer, psychologischer und historischer Perspektive) zur Folge. Dagegen ist bislang die Entwicklung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen vor 1989 in der Forschung vollkommen vernachlässigt worden. Da jedoch die Zeitspanne von der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalens 1946 bis zum Jahre 1989 den Rahmen einer Dissertation sprengen würde, konzentriert sich der Autor auf die Zeit zwischen 1946-1971 (Gründung der DVU). Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: 1. Handelte es sich beim Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen um einen bedeutenden politischen Faktor oder um eine Randerscheinung? 2. Welche rechtsextremen Parteien und Organisationen waren von Bedeutung und mit welchen Themenschwerpunkten agierten sie? 3. Wie verlief die Konstituierung des Rechtsextremismus nach dem Ende des NS-Regimes? *ZEITRAUM: 1946-1971 GEOGRAPHISCHER RAUM: Nordrhein-Westfalen*

**ART: AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Systemlehre und Comparative Politics (Ahornstr. 55, 52074 Aachen)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 02433-41789, e-mail: [michaellausberg@gmx.de](mailto:michaellausberg@gmx.de))

[78-L] Linhart, Eric; Pappi, Franz U.; Schmitt, Ralf:

**Die proportionale Ministerienaufteilung in deutschen Koalitionsregierungen: akzeptierte Norm oder das Ausnutzen strategischer Vorteile?**, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 49/2008, H. 1, S. 46-67 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.pvs-digital.de/](http://www.pvs-digital.de/))

**INHALT:** "In diesem Aufsatz überprüfen die Verfasser die Gamson-Regel für alle deutschen Koalitionsregierungen auf Bundes- und Länderebene und stellen deren generelle Gültigkeit fest. Bei der Frage nach den Ursachen der Performanz der Gamson-Regel kommen die Verfasser zu dem Schluss, dass es nicht die aus einer höheren Sitzanzahl resultierende größere Ver-

handlungsmacht der Parteien ist, die den höheren Ämteranteil erklären kann. Vielmehr stärken die Ergebnisse die Hypothese, dass sich die Gamson-Regel als kooperative Norm über die Zeit hinweg etabliert hat. Abweichungen von der proportionalen Ämteraufteilung lassen sich insgesamt zugunsten kleinerer und zulasten größerer Parteien beobachten, wobei dies allerdings nicht in allen Einzelfällen zutrifft: Es gibt einzelne kleine Parteien, etwa Bündnis 90/Die Grünen oder die PDS, die trotz relativ geringer Größe im Durchschnitt nur unterproportional mit Ämtern bedacht werden. Ferner lassen sich Auswirkungen weiterer Variablen feststellen, wie z.B. der Größe des Parteiensystems oder der Anzahl der in einer Koalitionsregierung vertretenen Parteien." (Autorenreferat)

[79-L] Manoschek, Walter:

**Die Generation Waldheim**, in: Barbara Toth, Hubertus Czernin (Hrsg.): 1986 : das Jahr, das Österreich veränderte, Wien: Czernin Verl., 2006, S. 124-131, ISBN: 978-3-7076-0088-9

**INHALT:** Der Fall Waldheim hat erstmals die österreichische Basiserzählung vom "ersten Opfer Hitler-Deutschlands" in Frage gestellt. Das Wort "Pflichterfüllung" löste die schwerste Identitätskrise der Zweiten Republik aus. Das Bild von der "sauberen Wehrmacht", das bis dahin dominant gewesen war, begann sich aufzulösen. Im Zuge der Recherche um Waldheims Kriegsvergangenheit am Balkan wurde deutlich, dass die Wehrmacht auch dort massive Verbrechen begangen hatte, die auch die Ermordung von Juden inkludierten. (ICE2)

[80-L] März, Peter:

**Große Koalitionen in Deutschland**, in: Eckhard Jesse, Eckart Klein (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 119-177, ISBN: 978-3-428-12624-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8670)

**INHALT:** Der Verfasser behandelt einleitend historische Beispiele für Große Koalitionen und deren Zerbrechen - die Großen Koalitionen in Großbritannien im Ersten und Zweiten Weltkrieg, die - asymmetrischen - Großen Koalitionen der Weimarer Republik. In der Bundesrepublik währte der Antagonismus von bürgerlicher kleiner Koalition und starker linker Opposition gut eineinhalb Jahrzehnte. 1966 kam es hier zur ersten Großen Koalition, geprägt durch ein starkes "männerbündnisches" Moment, deren ost- und innenpolitische Leistung der Verfasser detail würdigt. Im Folgenden geht er auf die 2005 vereinbarte Große Koalition unter Merkel und Müntefering ein. Unterschiede zwischen beiden liegen im Niveau der quantitativen Unterstützung der Koalition im Parlament (Kiesinger/Brandt: 90%, Merkel/Müntefering 70%) sowie in den historischen Erfahrungen und der Sozialisation des Regierungspersonals (Kriegsgeneration auf der einen, erfahrene Spitzenadministratoren auf der anderen Seite). Insgesamt, so der Verfasser abschließend, sind Große Koalitionen nicht viel besser oder schlechter als andere Regierungsbündnisse. (ICE)

[81-L] Münkler, Daniela:

**Politische Generationen in der Bundesrepublik**, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 56/2008, H. 2, S. 139-153

**INHALT:** Der politikgeschichtliche Beitrag zum Parteiensystem bzw. zur Parteipolitik in der Bundesrepublik Deutschland untersucht die These, dass die Konstituierung von politischen Generationen nicht nur durch gemeinsame biografische Prägungen begünstigt wird, sondern dass darüber hinaus Machtkonstellationen innerhalb der Parteien und der Bundespolitik von zentraler Bedeutung sind und waren. So werden parteipolitische Generationen im Sinne von signifikant in Erscheinung tretenden Altersgruppen, die das Führungspersonal der Parteien stellen und die sich aufgrund ihrer Prägung, ihrer Politik und ihres Politikstils von den vorangegangenen sowie nachkommenden Generationen abheben, analysiert. Im Fokus stehen die beiden Volksparteien CDU und SPD, da eine der beiden Parteien seit Bestehen der Bundesrepublik immer an der Regierung ist und somit auch die politische Führungsschicht stellt. Dass dabei vornehmlich Männer in das Blickfeld rücken, ist auf die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Führungsämtern zurückzuführen. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich von der Gründung der Bundesrepublik bis heute, wobei folgende Generationen unterschieden werden: (1) die Weimarianer, (2) die Generation der Reformen in der SPD, (3) die Flakhelfer-Generation oder die 45er in der CDU, (4) die 68er oder die 'Enkel' in der SPD sowie (5) die Anti-68er in der CDU. Die wichtigste Erkenntnis bei der Generationenbildung ist, dass mit Ausnahme der ersten Nachkriegsdekade und den jüngsten Entwicklungen, in denen eine Gleichzeitigkeit der politischen Generationen in CDU und SPD zu konstatieren ist, eine Ungleichzeitigkeit zwischen den Parteien festzustellen ist. (ICG2)

[82-F] Neumeier, Gerhard, Dr. (Bearbeitung); Gerhardt, Uta, Prof.Dr. (Leitung):

**Demokratisierung durch ritualisierten Kulturtransfer: Westdeutschland in der Re-education-Phase (Teilprojekt C3 im Rahmen des Projektbereichs C "Ritualtransfer in den Gesellschaften Europas und des Vorderen Orients")**

**INHALT:** Das Projekt macht sich zur Aufgabe, die durch das Besatzungsregime nach 1945 initiierte Demokratisierung Westdeutschlands durch Re-education unter einer neuen Perspektive zu untersuchen. Die Forscher konzentrieren sich zunächst (im ersten Abschnitt der Projektdauer) auf die amerikanische Besatzungszone und entsprechend auf die durch die USA als Besatzungsmacht projektierte Re-education. Die Bearbeiter gehen von der Hypothese aus, dass die Demokratisierungsbemühungen an der Schwelle der metaphorisch so genannten "Stunde Null" in einem Ausmaß von Ritualisierungen des Handelns Gebrauch gemacht haben, das überhaupt noch nicht erkannt worden ist. Zu den Verfahrensweisen des Projekts: In einer synchronen Zeitperspektive werden Vorgänge des demokratischen Neubeginns anhand von Fallrekonstruktionen erfasst. Diese Rekonstruktionen haben drei Ebenen zu berücksichtigen: a) die Skripte (Handbook(s), Direktiven, Manuale); b) die Experten und c) die Performanz (Ausführung als Praxis durch kontextuellen, ritualisierten Vollzug). Die Befunde der auf den einzelnen Ebenen zu untersuchenden Planungsentwürfe und Praktiken sind so zu verknüpfen, dass die verschiedenen Arten der Handlungs-Ritualisierung sichtbar werden, die schließlich im Zuge einer vergleichenden Analyse auch in eine Typologie des Ritualen übersetzt werden können. Die Fallrekonstruktionen beziehen sich auf sechs Gegenstandsbereiche: politische Neugestaltung, Wirtschaft, Entnazifizierung, Bildungssektor (einschließlich Hochschulen), Flüchtlinge/ Vertriebene/ "Displaced Persons" sowie auf die Polizei ("Public Safety"). Für die Untersuchung dieser Bereiche sollen bestimmte regionale Szenarien ausgewählt werden, das sind Städte bzw. Detachments, die damals zur amerikanischen Besatzungszone gehörten: Mannheim/ Heidelberg, Nürnberg und Frankfurt. Darüber hinaus wird das Thema in einer diachronen Zeitperspektive behandelt. In diesem Rahmen soll - ausgehend

von Victor Turners Konzept des Ritualprozesses (ritual process) - erkundet werden, inwiefern die Phase des Übergangs ("Stunde Null") im Zeitraum 1945-1949 für die Entwicklung zur demokratischen Gesellschaft Westdeutschlands maßgebend war. Die Materialien, mit deren Hilfe geprüft werden soll, ob der Transfer einer demokratischen Kultur von einer Gesellschaft zur anderen als 'ritual process' charakterisiert werden kann, sind u.a. Proklamationen der Militärregierung und die Forschungsberichte der Information Control Division, die auf über achtzig repräsentativen Umfragen beruhen, die in der amerikanischen Zone durchgeführt worden sind. Durch Zusammenführung der synchron und diachron ermittelten Befunde hoffen die Forscher schließlich den Nachweis zu erbringen, dass das schon in den frühen 40ern von den Amerikanern entwickelte Re-education-"Project" als ein auf Ritualisierungen angewiesener Kulturtransfer erfolgreich war. Diese Perspektive eröffnet eine neue Sichtweise nicht nur auf die "Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie", sondern auch auf den so außerordentlich gewagten Prozess der grundlegenden Umgestaltung eines komplexen Gesellschafts-systems und der damit zuinnerst verknüpften Mentalitätsstrukturen. *ZEITRAUM*: 1945-1949 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Westdeutschland, insb. Mannheim, Heidelberg, Nürnberg, Frankfurt

**ART**: ENDE: 2007-06 **AUFTRAGGEBER**: nein **FINANZIERER**: Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION**: Universität Heidelberg, SFB 619 Ritualdynamik - soziokulturelle Prozesse in historischer und kulturvergleichender Perspektive (Im Neuenheimer Feld 330, 69120 Heidelberg); Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie (Sandgasse 9, 69117 Heidelberg)

**KONTAKT**: Leiterin (Tel. 06221-542975, Fax: 06221-542977, e-mail: uta.gerhardt@urz.uni-heidelberg.de)

[83-L] Pappi, Franz Urban; Schmitt, Ralf; Linhart, Eric:

**Die Ministeriumsverteilung in den deutschen Landesregierungen seit dem Zweiten**

**Weltkrieg**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 323-342 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT**: Koalitionsparteien haben ein unterschiedliches Interesse an bestimmten Ressorts. In einem parlamentarischen System ist ein Minister ein wichtiger Agenda-Setter in seinem Ressort. Die Ideologie, Klientel oder Geschichte einer Partei bestimmt ressortspezifische Interessenprofile. Ein Vergleich der Besetzung der Ministerien in den deutschen Landesregierungen seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, welche Partei in welcher Koalition ein Ressort überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich oft besetzte. Wenn die CDU einer Koalition angehörte, stellte sie meistens den Bildungsminister. Sozialdemokraten waren hingegen typischerweise verantwortlich für die Arbeits- und Sozialpolitik sowie für die Innenpolitik. Dabei ist zu bedenken, dass die CDU letztgenanntes Politikfeld in ihren Wahlprogrammen mehr als andere Parteien in den Vordergrund stellt. Diese ressortspezifischen Interessen der Parteien wurden bislang von den Koalitionstheorien weitgehend vernachlässigt. In Zukunft sollte dieser qualitative Aspekt der Ressortverteilung berücksichtigt werden. (ICEÜbers)

[84-L] Perels, Joachim:

**Das Ende der Koalitionsfreiheit: die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 5, S. 87-94 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Dass die Koalitionsfreiheit, Resultat jahrzehntelanger Kämpfe der Gewerkschaften, in Hannover am selben Tag beseitigt wurde, so der Verfasser, an dem die Nazis unterstützt von führenden evangelischen Kirchenvertretern den Boykott der jüdischen Geschäfte verhängten, ist kein Zufall. Damit wurde bereits an diesem 1. April 1933 die doppelte Frontstellung des nationalsozialistischen Regimes vor aller Augen kenntlich: Die Diktatur richtet sich gegen das politische Ziel der Arbeiterbewegung, die Fremdbestimmung im privatkapitalistischen Produktionsprozess einzuschränken und zu überwinden sowie gegen die grundlegende Verfassungsposition der rechtlichen Gleichheit aller Individuen. Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, ob die Niederlage unvermeidlich war. Die politisch wohl einzige Möglichkeit einer Blockierung der entstehenden Diktatur mittels einer Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen, die das Kampfmittel der Massenaktionen bis hin zu einem großen Streik für die Erhaltung der Demokratie eingesetzt hätte, wurde nicht Realität. In der Tat ist die Grundrechtsgarantie gewerkschaftlicher Arbeit auch im demokratischen Rechtsstaat kontinuierlich Gefährdungen ausgesetzt. Diese beruhen in der ersten Phase der Bundesrepublik vor allem darauf, dass die Interpretationsmacht über den Gehalt der Koalitionsfreiheit fast ausschließlich in den Händen derjenigen lag, die als Arbeitsrechtler deren Beseitigung im "Dritten Reich" legitimiert hatten. Die Koalitionsfreiheit ist damit jedoch noch lange nicht endgültig gesichert. Es wird argumentiert, dass es heutzutage wichtiger ist, dass sich durch die Regierungspolitik der letzten zehn Jahre die sozialen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Koalitionsfreiheit strukturell massiv verändert haben. Die Einkommenslage der abhängig Beschäftigten hat sich vor allem durch die Steuer- und Sozialpolitik und die Folgewirkungen der Massenarbeitslosigkeit verschlechtert. (ICG2)

[85-L] Plamper, Jan:

**"Die Hitler kommen und gehen ...", der Führer aber bleibt bestehen: der Stalinkult in SBZ/DDR**, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 55/2007, H. 5, S. 435-456

**INHALT:** In der Sowjetunion markierte der Tod Stalins auch das Ende des Stalinkultes. Unmittelbar nach dem 5. März 1953 setzte die stille Phase der Enstalinisierung ein, bevor sie am 25. Februar 1956 durch Chruschtschows Geheimrede parteiöffentlich, nach dem 21. Parteitag 1961 gesamtöffentlich gemacht wurde. Anders als in der Sowjetunion florierte jedoch der ostdeutsche Stalinkult noch nach Stalins Tod und endete erst mit Chruschtschows Geheimrede. Offensichtlich funktionierte die Kommunikation zwischen DDR und UdSSR zwischen 5. März 1953 und 24. Februar 1956 anders als in den Jahren davor und danach. Die fehlende Umsetzung der stillen sowjetischen Entstalinisierung kennzeichnete nicht nur die DDR, sondern auch andere ostmitteleuropäische Staaten. Die Rezeption des Stalinkultes in der DDR besaß jedoch ihre Spezifik, die sie von anderen osteuropäischen Satellitenstaaten unterschied. Das Besondere des ostdeutschen Stalinkultes lag in der Erinnerung an den Hitlerkult und an die antistalinistische NS-Propaganda, in einer vergleichsweise pluralistischen Medienlandschaft in Ostdeutschland, die von der Reichweite der Westmedien herrührte, und in den heterodoxen, Stalin-kritischen Botschaften, die über diese Westmedien vermittelt wurden. (ICA2)

[86-L] Sauer, Bernhard:

**Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik**, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 56/2008, H. 1, S. 5-29

**INHALT:** Der Beitrag informiert über die Entstehung der Freikorps nach dem Ersten Weltkrieg und den Antisemitismus, der insbesondere im "Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund" (DVSTB) und in der NSDAP eine organisatorische Verankerung fand. Beide Organisationen rechtfertigten das Vorgehen gegen Juden als "Befreiungstat, Racheakt und Notwehr" und verkärten es mythisch als eine Art "Götterdämmerung". Eine weitere Brutstätte des Antisemitismus war - insbesondere nach dem Scheitern des Kapp-Putsches - die "Organisation Consul", deren Ziel "die Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie sowie aller internationaler Bestrebungen" war und aus deren Umkreis auch die Rathenau-Mörder kamen. Eine Hochburg der Freikorps war Oberschlesien. Nach dem Verbot des DVSTB und der "Organisation Consul" 1922 traten viele Mitglieder beider Organisationen und auch der Freikorps in NSDAP und SA ein. (ICE)

[87-L] Schönbohm, Wulf:

**Die 68er: politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 14/15, S. 16-21 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.bpb.de/files/ZD0G73.pdf](http://www.bpb.de/files/ZD0G73.pdf))

**INHALT:** Vor 1968 war die deutsche Gesellschaft autoritätsfixiert, traditionsverhaftet und engstirnig, danach war sie liberaler und freizügiger. Die APO war eine thematisch und politisch breit gefächerte Protestbewegung, die weit über den SDS hinausreichte und eine tolerantere und weniger autoritäre Gesellschaft anstrebte. Der SDS spielte eher die Rolle eines "nützlichen Idioten" des Systems; von seinen eigentlichen systemüberwindenden politischen Zielen konnte er kein einziges durchsetzen. Politische Folgen der 68er-Bewegung waren die Entstehung der Bürgerinitiativen und die Gründung der Grünen, aber auch das Leid der Opfer einer antiautoritären Erziehung und der Terrorismus. (ICE2)

[88-L] Schönhoven, Klaus; Weber, Hermann (Hrsg.):

**Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946-1948**, (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 14), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. 2007, 519 S., ISBN: 978-3-8012-4158-2

**INHALT:** Dieser Band der Quellenedition dokumentiert zehn Tagungen der gewerkschaftlichen Dachverbände in den vier Besatzungszonen Deutschlands, mit denen die Gewerkschafter eine engere Zusammenarbeit und ein Bündnis über die Zonengrenzen hinweg anstrebten. Er belegt, wie 'begrenzt der Handlungsspielraum für blockübergreifende Gewerkschaftskontakte war. (...) Der Versuch eines gewerkschaftlichen Brückenbaus über die vier Zonen hinweg scheiterte endgültig im Sommer 1948, als die Berlin-Blockade den bipolaren Spannungszustand zwischen Ost und West dramatisch verschärfte.' (7 f.) (ZPol, NOMOS)

[89-L] Sturm, Roland:

**Deutschland in guter Verfassung?**, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 57/2008, H. 1, S. 5-10 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "1949 entstand ein Provisorium, das Grundgesetz. Trotz mehr als 50 Jahre politischen und sozialen Wandels erwies sich dieses Provisorium als echte Verfassung, die auch für das vereinigte Deutschland in ihren Grundprinzipien Gültigkeit behalten konnte. Deutschland ist also in guter Verfassung. Mit der Verfassung verbindet sich ein Wertekonsens. Greifbarer Ausdruck dieses Wertekonsenses ist die Bereitschaft, den politischen Wettstreit auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Landes zu gründen. Aber haben Parteien und Regierungen, ja auch das Bundesverfassungsgericht, immer verstanden, was es heißt, mit einer Verfassung im politischen Alltag zu leben?" (Autorenreferat)

[90-F] Tuchscheerer, Heike (Bearbeitung):

**Vereinigtes Deutschland: eine "neue" oder "erweiterte Bundesrepublik"?**

**INHALT:** Besonders im Hinblick auf die deutsche Identität gilt die Wiedervereinigung als Auslöser für eine Art "Neudefinition der Deutschen". Heutzutage wird aus ganz unterschiedlichen Richtungen die Ansicht vertreten, mit dem Beitritt der DDR zur westdeutschen Demokratie habe die "alte Bundesrepublik" aufgehört zu bestehen. Die Entscheidung des Bundestages vom 20. Juni 1991, den Parlaments- und Regierungssitz von Bonn nach Berlin zu verlegen, dient häufig als ein Beleg für die These einer "neuen", "Berliner" oder gar "Dritten Republik". Der Ortswechsel habe sich mit einem Gezeitenwechsel überlagert. Umstritten bleibt, ob im Zuge der Wiedervereinigung tatsächlich eine "neue Bundesrepublik" entstanden ist und wie ein solcher Befund zu bewerten wäre. In der Politikwissenschaft gab es bisher so gut wie keinen systematischen Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu finden. Stattdessen wird in einer Vielzahl von Publikationen mit den Begriffen um eine "neue" oder "erweiterte Bundesrepublik" sehr unreflektiert agiert, wobei eine ausführliche systematische Analyse fehlt. Die Abhandlung setzt sich mit der Frage auseinander, ob im Hinblick auf die institutionelle Ordnung, den Föderalismus, die Sozial- und Wirtschaftsordnung, die politische Kultur, das Parteiensystem, den politischen Extremismus sowie die Außenpolitik im Zuge der Wiedervereinigung von einer "neuen" oder "erweiterten Bundesrepublik" zu sprechen ist. Anders ausgedrückt: Hat sich das politische System Deutschlands "erneuert" oder "erweitert"? Die gewählten Untersuchungsbereiche bezeichnen die wesentlichen Aspekte des politischen Systems Deutschlands und nehmen sowohl auf die strukturellen Merkmale (institutionelle Ordnung, Föderalismus, Sozial- und Wirtschaftsordnung) als auch auf die so genannten "weichen Faktoren" (politische Kultur, Parteiensystem, politischer Extremismus) sowie die Außenpolitik Bezug. Die Beantwortung der Problematik findet überwiegend aus dem Blickwinkel Westdeutschlands statt. Bei einer Betrachtung der neuen Bundesländer erscheint der Sachverhalt unstrittig. Für sie ging mit dem Ereignis der deutschen Einheit ein kompletter Systemwechsel von der kommunistischen DDR hin zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik einher, so dass aus der Sicht Ostdeutschlands eine "neue Bundesrepublik" vorliegt. Die Betrachtung beschränkt sich überwiegend auf die Bundesebene. Entwicklungen auf Kommunal- und Landesebene werden ausgeklammert und nur ergänzend berücksichtigt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**ART:** AUFTRAGGEBER: keine Angabe **FINANZIERER:** Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

---

**INSTITUTION:** Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" (Innstr. 41, 94032 Passau)

**KONTAKT:** Promotionskolleg -Sekretariat- (Tel. 0851-509-2833, e-mail: reichart@uni-passau.de)

[91-L] Wineroither, David:

**Herrschen lernt sich leicht, regieren schwer: "Leadership" und Herrschaftsform im Deutschland des 20. Jahrhunderts**, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 549), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 232 S., ISBN: 978-3-631-56392-2 (Standort: BSB München(12)-2007.39571)

**INHALT:** Der Verfasser versucht, die negative Korrelation von "leadership" und steigendem Demokratisierungsgrad in Staat und Gesellschaft in systemvergleichender Empirie und politischer Theorie nachzuzeichnen. Ausgangspunkt ist die idealtypische Vorstellung individueller politischer Führung als herrschaftlicher Willkür. Die Rekrutierung der Fallbeispiele orientiert sich an der personalen Prägung von Politik in Relation zur demokratisch-konsolidierten Qualität eines politischen Systems. Westdeutschland erlebte binnen drei Jahrzehnten einen totalitären Diktator (Hitler), einen Regierungschef unter äußeren Souveränitätsvorbehalten (Adenauer) und einen gesellschaftspolitischen Reformkanzler (Brandt). Der Vergleich dieser drei Politiker vollzieht sich auf den Dimensionen Herrschaftssystem, Handlungslogik, Machtbasis, dominantes Wahrnehmungsmuster, politische Praxis, Selbstbild sowie Bedeutung der Außenpolitik. Er macht die Unvermeidbarkeit des Verschwindens von Ressourcen für "leadership" deutlich, aber auch ihr grundsätzliches Überdauern in einer funktionierenden liberalen Demokratie. (ICE2)

### 3 Staatstheorie und staatliches Handeln

[92-L] Andersen, Uwe (Hrsg.):

**Föderalismusreform: eine Einführung**, (Uni Studien Politik), Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verl. 2008, 105 S., ISBN: 978-3-89974-253-4 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE270F654)

**INHALT:** "Einer der derzeit wichtigsten politischen Reformprozesse in Deutschland betrifft das föderalistische System der Bundesrepublik. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung des bundesdeutschen Föderalismus setzen sich die Autoren des Bandes mit der bereits verabschiedeten Föderalismusreform I anhand der im Kommissionsauftrag angesprochenen Zielvorgaben auseinander. Außerdem analysieren sie die Rahmenbedingungen und Lösungsansätze für die zweite, noch nicht abgeschlossene Stufe. Ein internationaler Vergleich mit den föderalistischen Systemen Kanadas, Australiens und der Schweiz und deren Reformen eröffnet einen differenzierten Blick auf das deutsche System." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe Andersen: Einführung (1-12); Uwe Andersen: Entwicklung und Reformversuche des Föderalismus in Deutschland (13-34); Roland Sturm: Die Föderalismusreform I: Erfolgreiche Verfassungspolitik? (35-52); Wolfgang Rensch: Die Föderalismusreform II: Gründe, Ziele, Probleme (53-70); Jörg Broschek, Rainer-Olaf Schultze: Föderalismus und Föderalismusreform heute: Australien, Kanada, Schweiz, Deutschland im Vergleich (71-102).



[93-L] Benz, Arthur:

**Politischer Wettbewerb**, in: Arthur Benz, Susanne Lütz, Uwe Schimank, Georg Simonis (Hrsg.): Handbuch Governance : theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 54-67, ISBN: 978-3-531-14748-2

**INHALT:** Im Mittelpunkt des Beitrags stehen Formen des "politischen Wettbewerbs", die öffentliche Aufgaben bzw. Leistungen, Ämter oder Ressourcen betreffen und an denen politische Akteure wie Staaten, Regierungen, Parteien, Regionen, Kommunen oder Organisationen zwischen Staat und Markt (z.B. Wohlfahrtsverbände, Universitäten) beteiligt sind. Es wird gezeigt, wie durch den Konkurrenzmechanismus Handlungen koordiniert werden. Unterschiedliche Ausprägungen des politischen Wettbewerbs werden dargestellt: Parteienwettbewerb, Steuerungs- und Regulierungswettbewerb, Anbieterwettbewerb sowie Leistungs- und Systemwettbewerb. Der Überblick zeigt, dass Governance durch politischen Wettbewerb in verschiedenen institutionellen Kontexten aufgrund einer im Kern identischen Interaktionslogik funktioniert: Die Handlungskoordination erfolgt durch wechselseitige Anpassung unabhängiger Akteure. Sie verfolgen einerseits eigene Interessen, andererseits unterliegen sie Anreizen, die aus dem gemeinsamen Interesse an einem Ziel resultieren, das die Akteure nur erreichen, wenn sie sich im Vergleich zu anderen als besser erweisen. (GB)

[94-F] Burkhart, Simone, Dr. (Bearbeitung):

**Gesetzgebungstätigkeit in Deutschland**

**INHALT:** Der deutsche Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene ist mindestens seit 1976 sehr gut dokumentiert. Das DIP (Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge) archiviert verschiedenste Facetten des Gesetzgebungsprozesses. So besteht ein Online-Zugriff auf Plenarprotokolle, Bundestags- und Bundesratsdrucksachen, Anfragen von Abgeordneten und Fraktionen sowie eine schriftliche Dokumentation von Redebeiträgen. Von besonderer Bedeutung sind darüber hinaus die Daten zum Stand der Gesetzgebung des Bundes (GESTA), die alle im Bundestag oder Bundesrat eingebrachten Gesetzesvorhaben umfassend dokumentieren. Ziel dieses Projektes ist die umfassende Aufarbeitung und Auswertung der GESTA-Daten zur Deutschen Gesetzgebungstätigkeit für die Zeit von 1972-2005. *ZEITRAUM:* 1972-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**ART:** *BEGINN:* 2007-10 *ENDE:* 2008-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

**KONTAKT:** Dünkelfmann, Astrid (Tel. 0221-2767136, e-mail: dm@mpifg.de)

[95-L] Busch, Andreas:

**Warum ist Reformpolitik in der Bundesrepublik so schwierig?: die Interaktion von Föderalismus, Parteiensystem und Semisouveränität**, in: Eckhard Jesse, Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Neues Deutschland : eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 107-124, ISBN: 978-3-8329-3197-1 (Standort: UB Paderborn(466)-31/P/2983)

**INHALT:** Die Schwierigkeit politischer Reformen in der Bundesrepublik hat tiefere Gründe, als dies in der öffentlichen Diskussion wahrgenommen wird ("Reformblockade"). Es geht hier

um eine Reformpolitik, die inhaltliche und institutionelle Änderungen größerer Art in systemstabilisierender Absicht vornehmen will. Als Beispiele werden die Spätphase der Regierung Kohl und die "Agenda 2010"-Politik der Schröder-Regierung unter dem Aspekt behandelt, in wie fern der bundesdeutsche Föderalismus für die Blockade solcher Reformen verantwortlich ist. Der Verfasser zeigt, dass vor allem die Interaktion zwischen föderalen Institutionen und dem Parteiensystem für gestiegene Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung verantwortlich ist. Zudem handele es sich bei der Bundesrepublik um einen semisouveränen Staat, in dem parastaatliche Institutionen die Durchsetzungsfähigkeit des Staates im Inneren erheblich reduzieren. Rein institutionelle Änderungen am politischen System würden den gewünschten Effekt der deutlichen Beschleunigung politischer Entscheidungen und der Erleichterung von Reformpolitik daher wahrscheinlich verfehlen. (ICE2)

[96-L] Decker, Frank:

**Die politische Klasse und die Reform des Wohlfahrts- und Sozialstaats**, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): *Eliten in der Transformation von Gesellschaft und Bundeswehr*, Paderborn: Schöningh, 2007, 207 S., ISBN: 978-3-506-76479-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-PVA/2007.5750)

**INHALT:** Der Beitrag versucht folgende These zu belegen: Das Scheitern der rot-grünen Koalition lässt sich im Kern auf die Unfähigkeit der Führung der Sozialdemokratie und ihres Kanzlers zurückführen, die eigenen Wähler und Parteimitglieder auf die Notwendigkeit von Reformen programmatisch vorzubereiten und sie auf dem Weg dorthin "mitzunehmen". Dies geschieht im Rahmen des folgenden Ansatz: Neigte man in der Politikwissenschaft lange Zeit dazu, die Analyse der Handlungsrestriktionen in den Vordergrund zu stellen und diesen Restriktionen entsprechend großes Gewicht beizumessen, so ist seit einigen Jahren eine neue Perspektive auf dem Vormarsch, die unter dem Governance-Paradigma die Möglichkeit einer selbstbestimmten Verfolgung politischer Ziele wieder stärker betont. In diesem Rahmen lautet dann die Frage, über welche Handlungsoptionen die politische Klasse in der Bundesrepublik bei der Reform des Wohlfahrts- und Sozialstaats verfügt und wie sie diese Optionen genutzt hat. Zur Beantwortung der Frage wird in folgenden Schritten vorgegangen. Zunächst erfolgen einige Anmerkungen zum Begriff der politischen Klasse (in Abgrenzung zum Elitenbegriff sowie zum Konzept der politischen Führung). Weiterhin werden die Rahmenbedingungen der Reformpolitik thematisiert, wobei das Hauptaugenmerk auf den institutionellen Strukturen der Konsensdemokratie liegt. Im abschließenden Teil geht es dann um die Leistungen oder Versäumnisse der politischen Klasse bei der Reform. (ICA2)

[97-L] Eder, Christina; Magin, Raphael:

**Volksgesetzgebung in den deutschen Bundesländern: ein Vorschlag zu ihrer empirischen Erfassung aus subnational-vergleichender Perspektive**, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 39/2008, H. 2, S. 358-378 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Seit 1990 ist ein markanter Anstieg direkt-demokratischer Praktiken und eine institutionelle Öffnung für solche Praktiken auf Länderebene zu beobachten. In ihren "Volksentscheid-Rankings" hat der Verein "Mehr Demokratie" die Instrumente direkter Demokratie in Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit für die Bürger bewertet. Ausgehend von einem kritischen Blick auf diese Rankings wird ein alternativer Index vorgeschlagen, der die Offenheit für di-

---

rekte Demokratie in den deutschen Bundesländern misst. So kann untersucht werden, ob strukturelle Rigiditäten die Nutzungsfrequenz der Volksgesetzgebung beeinflussen. Niedrige institutionelle Hürden führen zu einer stärkeren Nutzung direktdemokratischer Instrumente, wenn auch in begrenztem Umfang. Die institutionelle Form, so zeigt sich, kann die Nutzungsmuster nicht alleine erklären. (ICE2)

[98-L] Feld, Lars P.; Baskaran, Thushyanthan:

**The Swiss system of fiscal federalism: lessons for the German reform discussion**, in: Ralf Thomas Baus, Raoul Blindenbacher, Ulrich Karpen (Hrsg.): *Competition versus cooperation : German federalism in need of reform - a comparative perspective*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 298-320, ISBN: 978-3-8329-2991-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG15960B351)

**INHALT:** "Die zweite Stufe der Föderalismusreform soll zu einer Reform der deutschen Finanzverfassung führen. Die derzeit geltende Finanzverfassung ist durch einen starken Finanz- und Haftungsverbund zwischen Bund und Ländern gekennzeichnet und dürfte wesentliche Mitverantwortung für die zunehmende Staatsverschuldung in Deutschland, insbesondere aber auf Länderebene, tragen. In diesem Beitrag wird diskutiert, inwiefern sich die Anreize zur übermäßigen Verschuldung durch geeignete institutionelle Reformen reduzieren lassen. Dabei stehen drei verschiedene institutionelle Reformen im Mittelpunkt der Betrachtung: 1. eine echte Steuerautonomie der Länder, 2. eine größere Eigenverantwortung der Länder für ihre Schulden im Hinblick auf die Finanzmärkte und 3. die Einführung stärker bindender Beschränkungen der Staatsverschuldung als Art. 115 GG und die daran angelehnten Bestimmungen in den Landesverfassungen. Die Analyse dieser Reformelemente erfolgt auf Basis empirischer Untersuchungen des Schweizer Föderalismus, der stark wettbewerblich ausgerichtet ist, die Eigenverantwortung von Bund, Kantonen und Gemeinden für ihre öffentlichen Finanzen betont und über verschiedene institutionelle Beschränkungen der Staatsverschuldung (Schuldenbremsen und direkte Demokratie) verfügt." (Autorenreferat)

[99-L] Gamper, Anna:

**Staat und Verfassung: Einführung in die Allgemeine Staatslehre**, Wien: Facultas-Verl. 2007, 263 S., ISBN: 978-3-7089-0084-1

**INHALT:** "Das kompakte Lehrbuch bringt die theoretischen Erkenntnisse der Allgemeinen Staatslehre auf den neuesten Stand und bereichert sie mit anschaulichen Beispielen aus der Verfassungsvergleichung. Die Darstellung widmet sich insbesondere der Einheit von Staat und Verfassung, dem Verhältnis von Gesellschaft und Staat, den Staatszwecken, Staats- und Regierungsformen, der Staatsorganisation, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und den Grundrechten. Durch die Untersuchung der verschiedenen historischen Entwicklungen sowie ihrer Bezüge zur Theorie soll die Welt des Verfassungsstaates in ihren heutigen Grundlagen, Prinzipien und einzelnen Erscheinungsformen näher gebracht werden." (Autorenreferat)

[100-L] Gast, Henrik; Kranenpohl, Uwe:

**Große Koalition - schwacher Bundestag?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 16, S. 18-23 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf](http://www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf))

**INHALT:** Der Beitrag zum parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland betrachtet die beiden Großen Koalitionen von 1966 bis 1969 und seit 2005. Bei der Beurteilung des Einflusses der Mehrheitsfraktionen wird erstens die Phase der Koalitionsbildung von jener des Koalitionsmanagements unterschieden. Je schwieriger und komplexer Koalitionsverhandlungen ausfallen, desto notwendiger ist es, Verhandlungen in kleinen Runden zu führen, um effektive Entscheidungen herbeizuführen. Allgemein liegt die Vermutung nahe, dass diese Verhandlungen stärker durch die Parteiführungen und Akteure der Exekutive als durch die Fraktionen geprägt werden. Mancher Beobachter gewinnt dabei den Eindruck, dass das Parlament in der Phase der Koalitionsbildung kaum eine Rolle spielt. Diese These wird von den Autoren relativiert, indem hier (1) der Einfluss der Fraktionen bei der Regierungsbildung von 1966, (2) die Fraktionen unter Kanzler Kiesinger, (3) die Neuauflage der Großen Koalition 2005 sowie (4) die Fraktionen unter Kanzlerin Merkel beleuchtet werden. Es wird aufgezeigt, dass der einzelne Abgeordnete in einer Großen Koalition weniger Einfluss ausüben kann. Um daraus resultierende Spannungen zu kompensieren, haben die Fraktionsvorsitzenden gegenüber der Regierung die angemessene Berücksichtigung solcher Positionen einzufordern, weshalb den Vorsitzenden im Koalitionsmanagement eine stärkere Bedeutung zukommt. Daher scheiterten sowohl 1967 als auch 2006 Versuche, die Koalition ohne Einbeziehung der Fraktionsführungen zu steuern. (ICG2)

[101-L] Große Hüttmann, Martin:

**"Der deutsche Föderalismus schläft wie Dornröschen": die Bundesstaatsreform der zweiten Großen Koalition und ihre lange Vorgeschichte**, in: Petra Zimmermann-Steinhart (Hrsg.): Regionale Wege in Europa : Föderalismus - Devolution - Dezentralisierung, München: Allitera Verl., 2006, S. 228-254, ISBN: 978-3-86520-234-9 (Standort: ULB Münster(6)-MK/5200/475)

**INHALT:** Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, weshalb Reformen des Föderalismus in Deutschland generell schwierig sind und welche Umstände und Bedingungen zusammenkommen müssen, damit Reformen generell möglich scheinen. Auf der Basis des "multiple streams"-Ansatzes wird gezeigt, dass die im Frühjahr 2006 von der Großen Koalition und den Bundesländern beschlossene Föderalismusreform das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels unterschiedlicher Faktoren war. Dazu gehören konkurrierende Problemdefinitionen, Leitbilder und frames einer Reform, eine allgemeine politische Stimmung im Land, in der die Reform des Bundesstaats als Ausweg aus der Reformblockade galt, und politische Unternehmer, die den Sinn der Reform öffentlich vermitteln konnten. Erst durch die breite öffentliche Diskussion um den "Standortfaktor" Föderalismus und die öffentliche Kritik am bestehenden System wurde in den 1990er Jahren der Boden bereitet, auf dem eine Reform im Jahrzehnt darauf umgesetzt werden konnte. Am Beispiel Bildungspolitik analysiert der Verfasser die Arbeit der 2003 eingesetzten Bundesstaatskommission. Er stellt den unter der 2005 ins Amt gekommenen Großen Koalition gefundenen Kompromiss dar und diskutiert abschließend die generelle Schwierigkeit grundlegender Reformen. (ICE2)

[102-L] Grotz, Florian:

**Vertikale Gewaltenteilung: institutionenpolitische Leitidee oder demokratietheoretische Chiffre? ; Reform westeuropäischer Bundes- und Einheitsstaaten im Vergleich**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 38/2007, H. 4, S. 775-797 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "In der demokratietheoretischen Diskussion wird die vertikale Machtbeschränkung des Zentralstaates häufig als wichtigster Grund für die Etablierung einer föderalen Ordnung angeführt. In der politischen Realität stellt diese Zielvorstellung jedoch nur eine mögliche Erklärung für die Dezentralisierung beziehungsweise Föderalisierung eines Nationalstaats dar. Die Frage ist, wie der relative Stellenwert der 'vertikalen Gewaltenteilung' für die institutionelle Entwicklung westeuropäischer Staaten zu ermesen ist. Zum Verhältnis von Staatsorganisation und Demokratie existieren unterschiedliche Zielvorstellungen, deren politische Relevanz von soziostrukturellen, parteipolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen abhängt. Die vergleichende Analyse von zwei Bundes- (Deutschland und Österreich) und zwei Einheitsstaaten (Italien und Großbritannien), die in der jüngeren Vergangenheit eine Abkehr von unitarischen Organisationsprinzipien vollzogen oder zumindest entsprechende Reformversuche unternommen haben, zeigt, dass die Idee der 'vertikalen Gewaltenteilung' keineswegs in allen Dezentralisierungskontexten präsent ist, geschweige denn eine Schlüsselrolle darin einnimmt." (Autorenreferat)

[103-L] Hoff, Benjamin-Immanuel:

**Föderalismusreform in der Haushaltsnotlage: Perspektiven der Modernisierung bundesstaatlicher Ordnung**, (Nomos Universitätsschriften : Politik, Bd. 143), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 399 S., ISBN: 978-3-8329-2779-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3354)

**INHALT:** Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Reformbedarf im deutschen Bundesstaat. Gefragt wird, welche Reformschritte notwendig sind, um eine weitergehende finale Verschuldung der öffentlichen Hand in Ländern und Kommunen im Form extremer Haushaltsnotlagen zu vermeiden. Der Verfasser skizziert die Debatte über Unitarismus und Föderalismus in der Bundesrepublik, er setzt sich mit den Bestrebungen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung seit Mitte der 1990er Jahre auseinander (Enquetekommissionen, Bundesstaatskommission, Föderalismusreform), er diagnostiziert die Notlagen von Länderhaushalten als Kosten unterlassener Strukturreformen im Bundesstaat und er problematisiert die Bundesergänzungszuweisungen zur Beseitigung von Haushaltsnotlagen. Der Verfasser schlägt eine Modernisierung des kooperativen Föderalismus vor. Bestandteile einer solchen Modernisierung sind die Schaffung vergleichbarer Räume durch Länderneugliederung, eine Reform der Finanzverfassung einschließlich einer Steuerreform, eine differenzierte Wiederbelebung keynesianischer Leitbilder und ein modifizierter Umgang mit Ländern in der Haushaltskrise. (ICE2)

[104-L] Holtmann, Everhard:

**Dehnungen der Gewaltenteilung im modernen Verfassungsstaat: zum Gestaltwandel der Gewaltenteilung aus theoretischer und empirischer Sicht**, in: Sabine Kropp, Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Gewaltenteilung und Demokratie : Konzepte und Probleme der "horizontal accountability" im interregionalen Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 110-120, ISBN: 978-3-8329-2131-6 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE/352/G3/D3)

**INHALT:** Die Verfasserin thematisiert drei Aspekte der Gewaltenteilung - den Machtaspekt, den Funktionsaspekt sowie den Kooperationsaspekt. Durch die Aufteilung der Macht sieht sie eine Dynamisierung der Gewaltenteilung entstehen, die potenziell bedenkliche Folgen für die demokratische Substanz eines Staates hat. Prekäre Verschiebungen der Gewaltenteilung sind auch in funktionierenden Demokratien möglich. Angesichts des Strukturwandels zum verhandelnden Staat wirft die Verfasserin die Frage auf, wann netzwerkförmige Arrangements zwischen öffentlichen und privaten Akteuren aus dem Staat heraustreten und damit den gewaltenteiligen Sektor verlassen. Mögliche Lösungen des Problems sieht sie darin, den Institutionen, deren Kompetenzen durch diese Entwicklung am meisten eingeschränkt werden (Parlamente), zusätzliche Ressourcen zur Kontrolle und Informationsverarbeitung zur Verfügung zu stellen. Damit würde die Gewaltenteilungslehre nicht aufgegeben, sondern inkrementell an die Öffnung des öffentlichen Sektors angepasst. (ICE2)

[105-L] Hönnige, Christoph:

**Verfassungsgericht, Regierung und Opposition: die vergleichende Analyse eines Spannungsdreiecks**, (Studien zur neuen politischen Ökonomie), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 280 S., ISBN: 978-3-531-15310-0

**INHALT:** Wann klagt die Opposition vor dem Verfassungsgericht und wann ist sie mit einer solchen Klage erfolgreich? Um diese Fragen zu beantworten, entwickelt Hönnige zunächst zwei räumliche Modelle, die ihn zur Formulierung folgender Haupthypothesen führen: 1. Der Erfolg oppositioneller Klagen hängt von der politischen Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes ab; 2. die Opposition klagt vor allem dann, wenn die Erfolgswahrscheinlichkeit der Klage hoch ist und sie durch ihre Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsprozess kein besseres oder zumindest gleich gutes Ergebnis erzielen kann. Diese Hypothesen werden anhand zweier, verschiedenartiger, Fallstudien zu Deutschland und Frankreich geprüft. Für jedes Land werden die Urteile des jeweiligen Verfassungsgerichts im Zeitraum von 1974 bis 2002 einer statistischen Analyse unterzogen, mit der die Hypothesen des Autors im Wesentlichen bestätigt werden. (ZPol, NOMOS)

[106-L] Höreth, Marcus:

**Das Amt des Bundespräsidenten und sein Prüfungsrecht**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 16, S. 32-38 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf](http://www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf))

**INHALT:** "Das vom Bundespräsidenten Horst Köhler wahrgenommene Prüfungsrecht wird zum Anlass genommen, seine Funktionen im bundesdeutschen Regierungssystem zu hinterfragen. Ist das Amt des Bundespräsidenten überflüssig oder doch unverzichtbar? Es kann gezeigt

---

werden, dass vieles für Letzteres spricht, weil der Bundespräsident zum 'einspringenden Mit-  
hüter' der Verfassung wird." (Autorenreferat)

[107-L] Höreth, Marcus:

**Zur Zustimmungsbefähigung von Bundesgesetzen: eine kritische Bilanz nach einem Jahr  
Föderalismusreform I**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 38/2007, H. 4, S. 712-733  
(Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Ein Jahr nach Inkrafttreten der Föderalismusreform I werden jene Verfassungsände-  
rungen überprüft, die dazu dienen sollen, den Anteil zustimmungsbefähigter Gesetze an der  
Gesetzgebung signifikant zu senken. Dazu wird die 'kontrafaktische' Methode angewendet,  
allerdings in anderer Weise, als dies bisher üblich war. Es wird nicht danach gefragt, wie  
hoch der Anteil zustimmungsbefähigter Gesetze in der Vergangenheit mutmaßlich gewesen  
wäre, wenn die Reform bereits zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft getreten wäre. Stattdes-  
sen wird mit Hilfe einer quantitativen und qualitativen Bestandsaufnahme überprüft, wie hoch  
der Anteil zustimmungsbefähigter Gesetze nach September 2006 ausgefallen wäre, wenn es  
die Reform nicht gegeben hätte und das 'alte Recht' noch gelten würde. Diese Bilanz fällt ins-  
gesamt eher ernüchternd aus." (Autorenreferat)

[108-L] Karlhofer, Ferdinand:

**Landesparlament und Politikgestaltung**, in: Peter Bußjäger (Hrsg.): Beiträge zum  
Länderparlamentarismus : zur Arbeit der Landtage, Wien: Braumüller, 2007, S. 1-17, ISBN: 978-  
3-7003-1632-9 (Standort: UB Rostock(28)-MF/5900/B981)

**INHALT:** Den institutionellen und politisch-kulturellen Rahmen der Politikgestaltung in den ös-  
terreichischen Landesparlamenten sieht der Verfasser vor allem charakterisiert durch die aus-  
geprägte Gewaltenschränkung und die geringen Kompetenzen der Landesparlamente. Vor  
diesem Hintergrund beschreibt er den Handlungsrahmen und das Tätigkeitsprofil der Abge-  
ordneten, ihre Zentripetal- und Zentrifugalraten und kommunale Verankerung sowie die Aus-  
wirkungen des Proporzprinzips auf politischen Wettbewerb und Mandat. Reformperspekti-  
ven, die abschließend benannt werden, beziehen sich vor allem auf eine für die Bewältigung  
der Aufgaben angemessene Infrastruktur und die Ausstattung mit ausreichenden Kontroll-  
möglichkeiten. Der geringe Einfluss der Landtage ist aber nach Einschätzung des Verfassers  
auch ein Ergebnis des Fortlebens der Konkordanzkultur in den Köpfen der Akteure. (ICE2)

[109-L] Kevenhörster, Paul:

**Parlamentarische Demokratie unter dem Vorzeichen der Globalisierung**, in: Rüdiger Robert  
(Hrsg.) - 4., vollst. überarb. und erw. Aufl.: Bundesrepublik Deutschland - politisches System und  
Globalisierung : eine Einführung, Münster: Waxmann, 2007, S. 159-174, ISBN: 978-3-8309-  
1873-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9731)

**INHALT:** Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den Begriffen der parlamentari-  
schen Demokratie und der Globalisierung untersucht der Verfasser den schwindenden Ein-  
fluss der Nationalstaaten auf die Lösung politischer Probleme, die globaler Natur oder global  
verursacht sind, der die Reichweite einzelstaatlicher Souveränität in Frage stellt. Es wird die

These vertreten, dass das bisherige Sozialstaatsverständnis im Lichte dieser Globalisierungsfolgen neu durchdacht werden muss. Sein Leitbild muss stärker an den zentralen existenziellen Sicherungsaufgaben für einkommensschwache Zielgruppen und Arbeitslose ansetzen und seine Ausgestaltung auf Lösungswege hin geprüft werden, die unter den Bedingungen der Globalisierung wie der europäischen Integration realisierbar und vertretbar sind. Die Globalisierung setzt somit nicht die demokratische Legitimation der Wirtschafts- und Sozialpolitik außer Kraft, sondern erzwingt die Formulierung und Durchsetzung neuer politischer Optionen. Marktkorrigierende Eingriffe auf nationaler Ebene können hier jedenfalls nicht langfristig weiterhelfen, allenfalls eine bessere Harmonisierung und Koordinierung nationalstaatlicher Maßnahmen. Es gilt, den Nationalstaat durch ein komplexes Netz internationaler Vereinbarungen in ein föderal strukturiertes Mehrebenensystem einzugliedern. Es wird argumentiert, dass nur so ein politisches Netzwerk aufzubauen sein wird, das den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Globalisierung angemessen Rechnung trägt. (ICG2)

[110-L] Kneip, Sascha:

**Starke und schwache Verfassungsgerichte: gibt es eine optimale Verfassungsgerichtsbarkeit für die Demokratie?**, in: Sabine Kropp, Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Gewaltenteilung und Demokratie : Konzepte und Probleme der "horizontal accountability" im interregionalen Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 91-109, ISBN: 978-3-8329-2131-6 (Standort: UB Bielefeld(361)-IE/352/G3/D3)

**INHALT:** Der Beitrag sucht ein Analyseraster für eine ideale Verfassungsgerichtsbarkeit in liberalen Demokratien zu entwickeln. Zunächst werden gewaltenteilungstheoretische Annahmen hinsichtlich des Verhältnisses von Gesetzgeber und Verfassungsgerichtsbarkeit in demokratischen Systemen diskutiert. Anhand von vier Faktoren wird gefragt, wann Verfassungsgerichte "stark" oder "schwach" sind: Kompetenzausstattung des Verfassungsgerichts, institutionelle Einbindung, Folgebereitschaft und faktische Kompetenzzusübung. Eine theoretisch optimale Verfassungsgerichtsbarkeit, so wird dann gezeigt, schützt und kontrolliert mit hoher Unabhängigkeit und starken Kompetenzen ausgestattet die Kernbereiche der Demokratie und überlässt die Ausgestaltung der Institutionen dem demokratischen Prozess. (ICE2)

[111-L] Köhne, Michael:

**Direktwahl des Bundespräsidenten?**, in: Recht und Politik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 44/2008, H. 2, S. 95-99 (Standort: USB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Unlängst ist die Wahl des Bundespräsidenten erneut in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Es mehren sich die Stimmen, die eine Änderung des Wahlverfahrens insbesondere durch Einführung der unmittelbaren Wahl durch das Volk fordern. Im folgenden Beitrag wird demgegenüber ein anderer Lösungsweg vorgeschlagen." (Autorenreferat)

[112-F] Kötter, Matthias; Meinel, Florian (Bearbeitung); Schuppert, Gunnar Folke, Prof.Dr. (Leitung):

**Rechtsstaatlichkeit als Governance-Ressource in Räumen begrenzter Staatlichkeit (Teilprojekt A3)**



**INHALT:** Die zentrale Frage des Teilprojekts lautet, welche Konsequenzen sich aus den Besonderheiten von Räumen begrenzter Staatlichkeit für die klassischen Governance-Leistungen von Rechtsstaatlichkeit ergeben. Dies setzt zunächst voraus, sich der Natur dieser Besonderheiten zu vergewissern. Zwei Megatrends sind in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse. Zum einen geht es um den Aufstieg nicht-staatlicher, insbesondere transnationaler Akteure; ein Prozess, in dem neuartige Organisationstypen (NGOs) und neuartige Organisationsstrukturen (Netzwerke statt Hierarchie) eine besondere Rolle spielen. Dieser Prozess führt auch zur Verwischung vertrauter Grenzen, sei es als Auflösung der Grenze zwischen nationaler und internationaler Politik, als Auflösung der Grenze zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und schließlich als Auflösung der Grenze zwischen privat und öffentlich. Zum anderen geht es um den offenbar ebenso unaufhaltsamen Prozess der Entstaatlichung von Rechtsetzung und Rechtsdurchsetzung, der gekennzeichnet ist durch eine zunehmende Entkopplung von Rechtsproduktion und (National-)Staatlichkeit, durch eine zunehmende Pluralisierung der Rechtssetzung im Sinne eines "legal pluralism" sowie durch eine Entstaatlichung der Konfliktregelung durch den bemerkenswerten Bedeutungsgewinn der Schiedsgerichtsbarkeit. Dies führt zunächst zu einem wichtigen Befund und daran anschließend zu zwei zentralen Fragen des Forschungsprojekts. Was den Befund angeht, so gilt es Abschied zu nehmen von der vertrauten Gleichung "Rechtsordnung = staatliche Rechtsordnung" und sich der Erkenntnis zu öffnen, dass wir es mit einer Pluralität von staatlichen, halb-staatlichen und privaten Rechtserzeugungs- und Rechtsdurchsetzungsinstanzen zu tun haben. Daher sind Auswahlentscheidungen zwischen in Betracht kommenden Normproduzenten und Normprodukten im Sinne einer regulatory choice unausweichlich. Was die Forschungsfragen angeht, so lassen sie sich wie folgt formulieren: Welche Akteure kommen in Räumen begrenzter Staatlichkeit dafür in Betracht, den Staat als monopolistischen Normproduzenten zu substituieren, und gibt es bestimmte rechtsstaatliche Minimalanforderungen an ihre Beschaffenheit und die Art und Weise ihrer Normproduktion? Welche Arten von Normen treten an die Stelle des staatlichen Gesetzes mit seiner rechtsstaatlichen Garantiefunktion, und gibt es bestimmte rechtsstaatliche Anforderungen an ihre Beschaffenheit und die Art und Weise ihrer Entstehung und Verbindlichkeit?

**METHODE:** Rechtswissenschaftliche insbesondere rechtstheoretische und rechtsvergleichende Analyse von Rule of Law in verschiedenen nationalen und transnationalen Kontexten; theoretische Konzeptualisierung von Regelungsstrukturen jenseits staatlicher Rechtsordnungen.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Projektbeschreibung (Langfassung). Download unter: [www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich\\_a/a3/sfb700\\_a3.pdf](http://www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_a/a3/sfb700_a3.pdf).

**ART:** *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Freie Universität Berlin, SFB 700 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: neue Formen des Regierens? (Binger Str. 40, 14197 Berlin); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Forschungsprofessur Neue Formen von Governance (Reichpietschufer 50, 10785 Berlin)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 030-25491-546, e-mail: [schuppert@wz-berlin.de](mailto:schuppert@wz-berlin.de))

[113-L] Leunig, Sven:

**Der Reform zweiter Versuch - Föderalismusdebatte und Bundesrat im Zeichen der Großen Koalition**, in: Winand Gellner, Martin Reichinger (Hrsg.): PIN - Politik im Netz - Jahrbuch 2006 : die neuen deutsch-amerikanischen Beziehungen ; nationale Befindlichkeiten zwischen supranationalen Visionen und internationalen Realitäten, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 73-83, ISBN: 978-3-8329-2594-9

**INHALT:** "Sven Leunig thematisiert die deutsche Föderalismusreform, die im Dezember 2004 auch aufgrund der divergierenden Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat gescheitert und im März 2006 in eine 'zweite Runde' gegangen war. Nach Ansicht des Autors stehen die aktuellen Chancen für eine endgültige Realisierung der Reform insbesondere aufgrund des Nachgebens des Bundes gegenüber den Ländern gut. Angesichts der augenscheinlich erfolgreichen Reaktivierung der Föderalismusreform überprüft der Autor, inwiefern ihr erstes Scheitern eher auf parteipolitische Gegensätze denn auf föderale Grundsatzkonflikte zurückzuführen war und inwieweit sich zwischen Dezember 2004 und März 2006 tatsächlich andere, etwa inhaltliche Erfolgsfaktoren bei dem Reformprojekt entwickelt haben." (Autorenreferat)

[114-L] Lhotta, Roland:

**Der Bundespräsident als "Außerparlamentarische Opposition"?: Überlegungen zur Gewaltenteilung und Typologisierung des parlamentarischen Regierungssystems**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 1, S. 119-133 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die intensiv debattierte Entscheidung des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler im Herbst 2006, zwei Gesetzesvorlagen nicht zu unterzeichnen und die Verfassungsmäßigkeit einer dritten Vorlage heftig anzuzweifeln, hat die Frage einer möglichen sektoralen Präsidentsialisierung des parlamentarischen Systems in Deutschland aufkommen lassen. Ein Präsident mit so umfassenden Vollmachten wie dem Vetorecht gegen Gesetzesvorlagen ist für jedes parlamentarische System eine Belastung. Versucht man, dieses Vetorecht mit Grundprinzipien des Parlamentarismus in Einklang zu bringen, ergeben sich wiederum mehrere Inkonsistenzen. Sie sind die implizite Konsequenz einer anti-majoritären Tendenz verschiedener Versuche, die präsidentielle Vetomacht als ein nicht widersprüchliches Element des parlamentarischen Systems zu rechtfertigen. Diese Tendenz in Bezug auf Gewaltenteilung spiegelt ältere Auffassungen zum Präsidenten als anti-majoritärem rechtlichen Supervisor wieder und wird nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch in "normalen" Zeiten stabiler und eindeutiger Mehrheiten wichtig. Der Präsident ist alles Andere als ein "figurehead". Das deutsche Beispiel mit einem mit Vetomacht ausgestatteten Präsidenten verweist auf schwerwiegende konzeptionelle und typologische Schwierigkeiten, abgesehen davon, dass die deutschen Präsidenten ihre Vetomacht sehr restriktiv ausgeübt haben. (ICEÜbers)

[115-F] Lorenz, Astrid, Jun.-Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien**

**INHALT:** Die Literatur betont die Beständigkeit von Verfassungen, die als Kerndokumente politischer Systeme zumeist unter einen besonderen Schutz gestellt sind. Tatsächlich aber - und ungeachtet dieses Schutzes - ist weltweit eine große konstitutionelle Dynamik beobachtbar.

---

Es scheint, als müssten wir unsere Vorstellung von Verfassungen und Verfassungspolitik überdenken. Das Projekt untersucht für den Zeitraum 1993-2002 anhand ihrer Grundgesamtheit quantitativ, welche vollständig "freien" (Freedomhouse) Demokratien in welchem Maße betroffen sind und ob sich Zusammenhänge zwischen in der Literatur erwähnten Variablen und der Änderungsneigung feststellen lassen. Im zweiten Projektteil wird anhand ausgewählter Fälle qualitativ untersucht, wie Akteure konkret Verfassungsmodifikationen aushandelten.  
*ZEITRAUM:* 1993-2002

**METHODE:** empirischer Vergleich

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** How to measure constitutional rigidity: four concepts and two alternatives. in: Journal of Theoretical Politics, 17, 2005, 3, S. 341-363.

**ART:** *BEGINN:* 2002-10 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (Tel. 030-2093-1431, Fax: 030-2093-1429,  
e-mail: Astrid.Lorenz@sowi.hu-berlin.de)

[116-L] Magin, Raphael; Eder, Christina:

**Direkte Demokratie in den Bundesländern: Grundlagen, Institutionen, Anwendungen,** in:

Markus Freitag, Uwe Wagschal (Hrsg.): Direkte Demokratie : Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, Münster: Lit Verl., 2007, S. 151-187, ISBN: 978-3-8258-0589-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007 6829)

**INHALT:** "Die direkte Demokratie fristete in den deutschen Bundesländern traditionelle ein eher stiefmütterliches Dasein. Seit der Deutschen Einheit hat sich indessen eine Trendwende vollzogen: Zum einen wurden die unmittelbaren Beteiligungsrechte merklich ausgebaut. Zum anderen kann eine intensivere Nutzung dieser Rechte beobachtet werden. In dem Beitrag wird auf diese Entwicklungstendenzen eingegangen und das direktdemokratische Instrumentarium sowie seine Inanspruchnahme seit 1990 untersucht. Neben einem Vergleich der Bundesländer werden auch die direkten Volksrechte und ihre Anwendung in den schweizerischen Kantonen als Vergleichsgrößen hinzugezogen. Dabei zeigt sich, dass die deutschen Länder zwar immer noch hinter ihren schweizerischen Pendanten rangieren, der Abstand in Bezug auf institutionelle Gestalt und Nutzung der Beteiligungsrechte sich jedoch reduziert hat." (Autorenreferat)

[117-F] Mehler, Andreas, Dr.; Amadi, Henry; Engel, Ulf, Prof.Dr.; Debiel, Tobias, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Sicherheit jenseits des Staates**

**INHALT:** Wer kann Sicherheit gewährleisten, wenn der Staat schwach ist? Worauf beruhen die Beziehungen von "Sicherheitsnehmern" und Gewaltakteuren und Sicherheitsproduzenten? Wie werden unterschiedliche Sicherheitsproduzenten bewertet?

**METHODE:** Desk Study und Feldforschung; Fallstudie Kenia/ Nairobi; qualitative und quantitative Methoden, darunter repräsentative Meinungsumfragen; Untersuchung der subjektiven Wahrnehmung der Sicherheitslage durch die Bürger

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Mehler, A.; Smith-Höhn, J.: Security actors in Liberia and Sierra Leone: roles, interactions and perceptions. in: Debiel, T.; Lambach, D. (eds.): Actors of violence and alternative forms of governance. INEF-Report, 89, 2007, pp. 50-66.+++Basedau, M.; Mehler, A.; Smith-Höhn, J.: Caught between international, state and non-state actors: public perceptions of security in post-conflict urban Liberia. in: Journal of Peacebuilding and Development, Vol. 3, 2007, No. 2, pp. 84-89. *ARBEITSPAPIERE:* Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften (DSF-finanziert), Hamburg, 19.-20. März 2007.+++Alternative policing, new initiatives or established patterns of self-help? Panel auf der II. European Conference on African Studies, Leiden, 11. Juli 2007.

**ART:** *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

**INSTITUTION:** Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien FSP 2 Gewalt, Macht und Sicherheit (Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg); Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik (47048 Duisburg)

**KONTAKT:** Mehler, Andreas (Dr. e-mail: mehler@giga-hamburg.de)

[118-L] Nullmeier, Frank:

**Governance - das neue Zauberwort der Verwaltungsreform**, in: Stefan Luft (Hrsg.): Der öffentliche Sektor im Wandel : Ringvorlesung des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen ; Sommer 2006, Bremen: Kellner, 2007, S. 15-25, ISBN: 978-3-927155-90-9 (Standort: SUB Hamburg(18)-A2007/10169)

**INHALT:** Der Verfasser zeigt zunächst, wie in der bundesdeutschen Verwaltungsreform die Phase des "New Public Management" durch eine Bewegung hin zur "New Governance" abgelöst wird. Er erläutert im Folgenden den Beitrag, den eine Governance-Perspektive zur Analyse und Reform von Politik und Verwaltung leisten kann. Während "Good Governance" eine umfassende Konzeption zur Modernisierung des Regierens darstellt, steht bei "New Public Governance" das Verhältnis von Bürgergesellschaft und Staat im Mittelpunkt und bei "Global Governance" die Internationalisierung des Regierens. Eine weitere Perspektive nimmt die Verschiebung von Verwaltungshandeln weg von Hierarchien und hin zu Netzwerken und Verhandlungen an. Abschließend wird die Frage gestellt, welche Schlussfolgerungen für praktische Ansätze der Verwaltungsreform aus der Governance-Debatte gezogen werden können. (ICE2)

[119-L] Oeter, Stefan:

**Gesetzgebung und Exekutive im föderalen Staat**, in: Ralf Thomas Baus, Raoul Blindenbacher, Ulrich Karpen (Hrsg.): Competition versus cooperation : German federalism in need of reform - a comparative perspective, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 104-122, ISBN: 978-3-8329-2991-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG15960B351)

**INHALT:** Die deutsche Verfassung ist ein Modellfall für Pfadabhängigkeit. Die Trennung zwischen legislativer Kompetenz - in der Regel beim Bund - und exekutiver Kompetenz - in der Regel Ländersache - ist ein Erbe der Verfassung von 1867. Diese Kompetenzverteilung erfordert eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Unterschiedliche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat eröffnen Möglichkeiten der Blockade. Die Verwaltungsorganisation ist

---

ein Gebiet, auf dem die Kompetenzverflechtung besonders eng ist und der Bundesrat über eine Vetoposition verfügt. Die Dominanz der Länder auf diesem Gebiet hat zu einer signifikant gewachsenen Zahl zustimmungspflichtiger Gesetze geführt. Solche Zustimmungsgesetze - ursprünglich als Ausnahmefälle gedacht - machen mehr als die Hälfte der verabschiedeten Gesetze aus. Diese Problematik steht zusammen mit einer Revision der Kompetenzverteilung im Mittelpunkt der gegenwärtigen Debatte um eine Föderalismusreform. Die großen politischen Lager haben sich auf einen Vorschlag geeinigt, die die Balance zwischen Bundestag und Bundesrat neu austariert und die Gesetzgebungskompetenz neu verteilt. Es bleibt zweifelhaft, ob dies das Grundmuster des deutschen Föderalismusmodells entscheidend verändern wird. (ICEÜbers)

[120-L] Pehle, Heinrich:

**Das Bundesverfassungsgericht als Schiedsrichter im Bundesstaat**, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 57/2008, H. 2, S. 215-226 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "In föderalistischen Systemen sind Konflikte zwischen den beiden staatlichen Ebenen über die wechselseitigen Rechte und Pflichten gleichsam vorprogrammiert. Die Entscheidung über Streitigkeiten von Bund und Ländern obliegt dem Bundesverfassungsgericht. Obwohl damit eine Kernkompetenz des Verfassungsgerichts angesprochen ist, sind politikwissenschaftliche Analysen der föderalen Streitschlichtung des Gerichts Mangelware. Diese Lücke schließend, wird gezeigt, dass und wie das Verfassungsgericht in jüngerer Vergangenheit geradezu zu einer 'Schutzmacht' fair die Länder geworden ist, welche einer Überdehnung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes wirksam entgegen zu treten vermochte." (Autorenreferat)

[121-L] Priddat, Birger P.:

**Zur Governancealisierung der Politik: Delegation, Führung, Governance, Netzwerke**, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2008, H. 41, S. 352-379 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Governance ist ein neuer Name für Netzwerkeigenschaften demokratischen Regierens. Das Verhältnis von Politik und Bürokratie ändert sich. Die Politisierung der Verwaltungen bis in die Abteilungsleiterenebene z.B. bringt den Vorteil, über das Parteinetzwerk Koalitionen bilden zu können, die eine andere Governance in die Verwaltung hineinragen als die klassische Führung der Ministerien bot. Dazu braucht der Minister natürlich selber eine Verwaltung, die der parlamentarische Staatssekretär leitet. Er braucht ein Kontaktmanagement, das auf Netzwerke und Adressen zurückgreifen kann, die reichhaltiger sind als die jeweiligen Partner, die entweder in Subordination stehen oder Interessen durchsetzen wollen (oder beides). Governance im Netzwerkkontext ersetzt die klassische 'political leadership' und ihre Delegationsprinzipien." (Autorenreferat)

[122-L] Pukelsheim, Friedrich; Maier, Sebastian:

**Parlamentsvergrößerung als Problemlösung für Überhangmandate, Pattsituationen und Mehrheitsklauseln**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 312-322 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der nordrhein-westfälische Landtag erwägt eine Änderung des Wahlrechts, bei der (1) ein System mit zwei Stimmen eingeführt wird, (2) für die Verrechnung der Stimmen in Sitze die Quotenmethode mit Ausgleich nach größeren Resten (Jefferson/Hare/Niemeyer) durch die Divisormethode mit Standardrundung (Webster/Sainte-Lague/Schepers) ersetzt wird und (3) das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt wird. Die Verfasser legen Vorschläge zur Implementierung dieser Neuregelungen ins Wahlgesetz vor. Der Schwerpunkt liegt auf einer Vergrößerung des Landtags als Problemlösung für Überhangmandate, Pattsituationen und die Umsetzung einer Mehrheit von Stimmen in eine Mehrheit an Sitzen. Zudem stellt die Divisormethode mit Standardrundung die in der Verfassung festgeschriebene Erfolgswertgleichheit der Wählerstimmen sicher. (ICEÜbers)

[123-L] Rieder, Stefan; Widmer, Thomas:

**Kantone im Wandel: Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen**, Bern: Haupt 2007, 231 S., ISBN: 978-3-258-07249-4 (Standort: SB München(12)-2007/50098)

**INHALT:** "Die politischen Institutionen der Schweizer Kantone sind zwischen 1990 und 2000 stark in Bewegung geraten. Eine Vielzahl von Veränderungen ist zu beobachten. Diese reichen vom New Public Management (NPM) bis zu Gemeindefusionen. Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über die Reformaktivitäten in den Jahren 1990 bis 1999 und geht ihren Gründen nach. So wird geprüft, wie weit die finanzielle Situation oder die Zusammensetzung der politischen Führung der Kantone mit den Reformaktivitäten in Verbindung steht. New-Public-Management-Reformen sind in den 1990er Jahren in grosser Zahl durch die Kantone initiiert worden. In diesem Zusammenhang geht das vorliegende Buch der Frage nach, welche Auswirkungen NPM-Projekte auf die demokratischen Spielregeln zeitigten. Gibt es Machtverschiebungen zwischen den staatlichen Institutionen, beispielsweise zwischen Parlament und Regierung? Wenn ja, wie sehen diese aus? Antworten auf diese Fragen liefern vier Fallstudien, die NPM-Projekte in ausgewählten Kantonen untersuchen." (Autorenreferat)

[124-F] Risch, Jörg D. (Bearbeitung):

**Der Bereich der Regierung. Moderne Instrumente des Regierens**

**INHALT:** Ausgangspunkt der Untersuchung ist das funktionelle Verständnis des Regierungsbegriffs: Das Regieren kann also vor dem Hintergrund einer juristischen Staatsfunktionenlehre betrachtet werden. Dabei stehen Fragen der rechtlichen Ausformung und Bindung des genannten Bereichs im Vordergrund der Betrachtung. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der formalen Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen den am Staatsgeschehen beteiligten obersten Organen in der Verfassung, die juristische Betrachtungsweise eine im Wesentlichen formale bleiben muss. Setzt man die Ergebnisse dieser juristischen Betrachtungsweise in eine Beziehung zu Ergebnissen einer empirischen Betrachtung des Regierungsprozesses und demgemäss der daran Beteiligten, so stellt man Widersprüche dergestalt fest, dass informale

---

Beziehungen unter Umständen entscheidende Bedeutung zukommen kann. Wie sind diese Widersprüche vor dem Hintergrund der Aufgabe der Verfassung für die Regelung der Staatsorganisation z.B. zur Umsetzung des Demokratieprinzips zu werten? Es gilt dies im Rahmen einer Entwicklung darzustellen: Das Staatsverständnis wandelt sich. Dies drückt sich in gewandelten Staatsfunktionen und Staatsaufgaben aus, die ihrerseits zu neuen Instrumenten des Regierens führen, die diesen Wandel widerspiegeln. Dies kann weiterhin, wie zu untersuchen ist, ein Wandel im Verständnis dessen, was die Regierung zu leisten hat bedeuten. Wandelt sich damit auch die Funktion der Verfassung?

**ART:** *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien (Am Hügel 1, 99084 Erfurt)

[125-L] Risse, Horst:

**Die Reform der Rolle des Bundesrates**, in: Ralf Thomas Baus, Raoul Blindenbacher, Ulrich Karpen (Hrsg.): *Competition versus cooperation : German federalism in need of reform - a comparative perspective*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 136-139, ISBN: 978-3-8329-2991-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG15960B351)

**INHALT:** Der Bundesrat steht im Mittelpunkt des deutschen Kooperationsföderalismus'. Da eine Neuregelung der Kompetenzaufteilung den Kern der jüngsten Föderalismusreformdebatte in Deutschland bildete, konzentrierten sich die Reformbemühungen auf Macht und Funktion des Bundesrats, die strukturellen Charakteristika der zweiten Kammer in Deutschland blieben bestehen. Entgegen den ursprünglichen Intentionen bedurften zum Schluss 50% aller Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrats. Dies führte häufig zu einer Blockade der Bundesgesetzgebung. Ein Hauptziel der Reform war es daher, die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze zu reduzieren. Nicht mehr zustimmungspflichtig sind jetzt Bundesgesetze, die die Verwaltungsstrukturen und -verfahren der Länder beeinflussen. Die Länder können ihrerseits entsprechende Bundesregelungen modifizieren. Dieses Recht kann nur in Ausnahmefällen - und mit Zustimmung des Bundesrates - ausgeschlossen werden. Zustimmungspflichtig sind im Gegenzug Bundesgesetze, die den Ländern erhebliche Kosten aufbürden. Es besteht die Hoffnung, dass die Zahl zustimmungspflichtiger Gesetze insgesamt um 15% bis 20% sinken wird. (ICEÜbers)

[126-L] Rucht, Dieter:

**Das intermediäre System politischer Interessenvermittlung**, in: Otfried Jarren, Dominik Lachenmeier, Adrian Steiner (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? : Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 19-32, ISBN: 978-3-8329-2817-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9559)

**INHALT:** Politik wird häufig als Prozess der Herstellung und Durchsetzung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen definiert. Mit Blick auf demokratische Systeme beschreiben ältere systemtheoretische Modelle (Easton) den damit verbundenen Kommunikationsfluss als eine dreistufige Sequenz von input (die Bürgerschaft artikuliert Interessen bzw. Forderungen), throughput (Interessen werden von politischen Organen registriert und bearbeitet) und output (Entscheidungen werden gefällt und ausgeführt, worauf die Bürgerschaft wiederum reagiert). Der vorliegende Beitrag kritisiert dieses Modell aus zwei Gründen: Erstens lo-

kalisiert es Interessen allein auf der Seite der Bürger und nicht auch auf Seiten der politischen Entscheidungsträger. Zweitens unterstellt es einen kreisförmigen und sequentiellen Kommunikationsfluss, der als eine Einbahnstrasse angelegt ist, anstatt von multidirektionalen und interaktiv verflochtenen Kommunikationsströmen auszugehen. Es bedarf also eines Modells, das diese Aspekte der politischen Kommunikation berücksichtigt. Der Autor versucht, ein solches Modell in seinen elementaren Funktionen und Strukturen vorzustellen. Grundlegend bleibt dabei der Gedanke, dass Politik innerhalb repräsentativ-demokratischer Systeme als ein Kommunikationsvorgang zu verstehen ist, bei der dem intermediären System (Parteien, Verbände, Soziale Bewegungen, Massenmedien) eine Schlüsselrolle zukommt. (ICA2)

[127-F] Schultze, Rainer-Olaf, Prof.Dr.; Grasnack, Jan, Dr.; Broschek, Jörg, Dipl.-Pol. (Bearbeitung):

**Regieren im Föderalismus als Mehrebenensystem**

**INHALT:** Synchron wie diachron vergleichend angelegte kontextanalytische Untersuchungen zum Policy-Wandel und Institutionenreformen in Mehrebenensystemen. Das Projekt hat die vergleichende Analyse der Auswirkungen von Mehrebenenstrukturen auf den Verlauf und die Wirkung politischer Reformen in ausgewählten Politikfeldern zum Gegenstand. Ein Schwerpunkt liegt auf der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Typen institutioneller Mehrebenenstrukturen und ihrer reformfördernden oder aber reformrestringierenden Wirkung. Ein Teilprojekt zum Policy-Wandel im europäischen Mehrebenensystem (Drei-Länder-Vergleich Deutschland, Österreich, Frankreich) ist bereits abgeschlossen, eine Fallstudie zum kanadischen Föderalismus befindet sich in der Abschlussphase. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Frankreich, Kanada

**ART:** *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

**INSTITUTION:** Universität Augsburg, Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur für Politikwissenschaft (Universitätsstr. 6, 86135 Augsburg)

**KONTAKT:** Broschek, Jörg ( e-mail: joerg.broschek@phil.uni-augsburg.de, Tel. 0821-598-5869 od. -5671)

[128-L] Schuppert, Gunnar Folke:

**Governance - auf der Suche nach Konturen eines "anerkannt uneindeutigen Begriffs"**, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2008, H. 41, S. 13-40 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Der Beitrag erläutert zunächst Herkunft und Karriere, Entwicklungsstufen und Neuigkeitswert des Governance-Ansatzes. Im Anschluss daran werden Grundsatzfragen diskutiert, nämlich ob ein enger oder weiter Governance-Begriff vorzugswürdig ist und ob Governance als normativer Begriff oder analytisches Konzept verstanden werden sollte. Gerade unter dem Gesichtspunkt der 'Reisefähigkeit' des Governance-Ansatzes sollte mit einem weiten Governance-Begriff gearbeitet werden und erscheint auch - so wird weiter argumentiert - ein analytischer, nicht normativ aufgeladener Governance-Ansatz sinnvoll. Governance als Handlungskoordination - so wird weiter geltend gemacht - weist nicht nur dem Begriff der Rege-



---

lungsstruktur eine zentrale Rolle zu, sondern legt es nahe, gerade die Funktion von Regelungsstrukturen als Koordinationsstrukturen näher in den Blick zu nehmen." (Autorenreferat)

[129-F] Sebaldt, Martin, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Die Macht der Parlamente. Funktionen und Leistungsprofile nationaler Volksvertretungen in den alten Demokratien der Welt**

**INHALT:** Das Projekt sucht eine Antwort auf die Frage, ob es einen systematischen Zusammenhang zwischen der (international erheblich differierenden) Machtfülle nationaler Volksvertretungen und der Leistungsfähigkeit der jeweiligen politischen Systeme gibt. Eine solche Studie ist wichtig, weil die Ergebnisse Aufschluss über ein optimales parlamentarisches Machtpotential geben sollen, die auch für die Reform parlamentarischer Arbeit von Nutzen sein könnten. Konkret wird in drei Schritten vorgegangen: Erstens soll die Frage beantwortet werden, in welcher Form das Funktionsspektrum moderner Parlamente differiert. Gegenstand dieser komparativen Analyse sind die repräsentativen Vertretungskörperschaften in den politischen Systemen der Welt, die als 'alte', d.h. konsolidierte und zugleich traditionsreiche Demokratien gelten. Darauf aufbauend wird dann untersucht, wie das jeweilige parlamentarische Funktionsprofil (Einfluss auf die Regierungsbildung und die Gesetzgebung; Wahrnehmung von Kontroll- und Repräsentationsaufgaben) im Zusammenwirken mit entscheidenden Kontextvariablen (Regierungssystem, Parteienlandschaft, politische Vetospielergefüge etc.) zu spezifischen parlamentarischen Performanzprofilen führt. Das wird dann drittens Schlüsse darüber zulassen, ob sich durch geeignete Kombinationen von Funktionsprofilen und Kontextbedingungen ein optimales parlamentarisches Performanzprofil herstellen lässt. Dabei wird keineswegs davon ausgegangen, dass dieses Optimum nur mit einem Maximum parlamentarischer Machtfülle zu erreichen ist. Vielmehr legen bisherige Überlegungen nahe, dass eher die 'goldene Mitte' zwischen schwacher und sehr starker Machtausstattung repräsentativer Vertretungskörperschaften zu einem optimalen Leistungsprofil demokratischer Systeme führt. Da die Parlamentarismusforschung hierzu jedoch bis heute keine überzeugenden Aussagen vorgelegt hat, werden die empirischen Befunde auch der Theoriebildung dienen: Gängige demokratietheoretische Konzeptionen sollen deshalb für diesen Zweck weiterentwickelt und auf die konkrete Fragestellung zugeschnitten werden.

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Westeuropa (93040 Regensburg)

**KONTAKT:** Institution -Sekretariat- (Tel. 0941-943-3520, e-mail: helga.suppmann@politik.uni-regensburg.de)

[130-L] Siefken, Sven T.:

**Expertenkommissionen im politischen Prozess: eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998-2005**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 363 S., ISBN: 978-3-531-15691-0 (Standort: UB Siegen(467)-31 OVQ 1355)

**INHALT:** "Expertenkommissionen wurden von vielen Beobachtern als Instrument eines neuen Regierungsstils unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnet. Sven T. Siefken legt hier eine umfassende Untersuchung zur Einsetzung und Arbeit von Expertenkommissionen und

ihrer Rolle im politischen Prozess vor. In ausführlichen Fallstudien wird zunächst die Arbeit von drei Expertenkommissionen detailliert nachvollzogen und politikwissenschaftlich analysiert. Aufbauend auf den daraus abgeleiteten Erkenntnissen erfolgt sodann eine systematische Gesamtschau aller 25 Expertenkommissionen der rot-grünen Bundesregierung. Dazu gehören viel beachtete Gremien wie die Weizsäcker-Kommission, die Süßmuth-Kommission, die Hartz-Kommission und die Rürup-Kommission, aber auch viele Gremien, die kaum ein öffentliches Echo fanden. Die Untersuchung liefert ein differenziertes Bild der Arbeit von Expertenkommissionen und ihrer Rolle im politischen Prozess, das für Praktiker in Politik und Verwaltung ebenso relevant ist wie für politisch und wissenschaftlich Interessierte." (Autorenreferat)

[131-L] Sontheimer, Kurt; Bleek, Wilhelm; Gawrich, Andrea:

**Grundzüge des politischen Systems Deutschlands**, München: Piper 2007, 442 S., ISBN: 978-3-492-25148-8 (Standort: UB Köln(38)-35A5598)

**INHALT:** Im Mittelpunkt dieser völlig überarbeiteten Neuausgabe des Standardwerkes steht die Frage nach den aktuellen Herausforderungen des deutschen Regierungssystems. Dabei geht es insbesondere um Kontinuität und Wandel der politischen Strukturen und Prozesse. Aus historischer Sicht wird herausgearbeitet, wie sich die demokratischen Institutionen der alten Bundesrepublik in fünf Jahrzehnten weitgehend bewährt haben und 1990 im Prozess der deutschen Vereinigung auf die neuen Bundesländer übertragen worden sind. Aus aktueller Sicht wird deutlich, dass Deutschland durch die Vereinigung und die europäische Integration, die Veränderungen der Weltpolitik und die wirtschaftlichen Strukturkrisen vor neuen Aufgaben steht. Diese Neuausgabe berücksichtigt insbesondere die Auswirkungen der Bundestagswahl von 2005 und der Föderalismusreform von 2006. Das I. Kapitel behandelt die deutsche Teilung (1945-1949). Darunter werden die Entwicklungen von Bismarck zu Hitler, das Besatzungsregime, der Aufbau des politischen Lebens in den Westzonen, die Konstituierung der Bundesrepublik, die Vorgeschichte der DDR und die deutsche Teilung dargestellt. Das II. Kapitel ist der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1990) gewidmet. Hier werden die Ära Adenauer (1949-1961), die Zeit der Unruhe und des Wandels (1961-1969), die sozial-liberale Ära (1969-1982) und die Wende und die Kontinuität unter konservativen Vorzeichen (1982-1990) analysiert. Das III. Kapitel befasst sich mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (1949-1990), wobei der diktatorische Aufbau des Sozialismus (1949-1961), das System Ulbricht (1961-1970), die Kurskorrekturen unter Erich Honecker (1971-1980) und die Kumulation der Krisen (1981-1990) untersucht werden. Das IV. Kapitel präsentiert die deutsche Vereinigung. Die Auflösung der DDR, die internationale Absicherung der Vereinigung, die Herstellung der staatlichen Einheit, das fortdauernde Vereinigungsexperiment stellen hier einzelne Schwerpunkte der Studie dar. Das V. Kapitel analysiert den Verfassungsstaat. Folgende Stichworte konkretisieren diesen Themenbereich: die verfasste Ordnung, die Verfassungsprinzipien, die Organisation der deutschen Gerichtsbarkeit, das Bundesverfassungsgericht und der Schutz der Verfassung. Anschließend, im VI. Kapitel, wird die politische Kultur zum Gegenstand der Analyse, wobei das Verständnis und die Bedeutung der politischen Kultur, die hemmenden Traditionslinien der politischen Kultur (die etatistische Tradition, die unpolitische Tradition, die Tradition der Konfliktscheu, die Tradition des Formalismus), die politische Kultur der Bonner Republik, die politische Kultur der DDR, die politische Kultur der Berliner Republik im Mittelpunkt des Interesses stehen. Das VII. Kapitel nimmt die Verbände, insbesondere ihre Macht und Rolle im politischen System unter die

---

Lupe. Des Weiteren werden im VIII. Kapitel die Parteien, ihre verfassungsrechtliche Stellung, das Parteiensystem sowie die einzelnen Parteien und die Probleme der deutschen Parteidemokratie analysiert. Thema des IX. Kapitels ist das Parlament. Hier werden die Wahlen, das Wahlrecht, die Stellung des Bundestags im deutschen Regierungssystem, die Organisation und Arbeitsweise des Bundestages und die Parlamentskritik und Parlamentsreform dargestellt. Das X. Kapitel untersucht die Kompetenzen der Regierung und des Staatsoberhauptes. Im XI. Kapitel werden die Grundlagen der föderativen Ordnung, der bundesstaatliche Vereinigungsprozess, der Bundesrat, die föderalen Verflechtungen, die Föderalismusreform und die Kommunalpolitik behandelt. Das XII. Kapitel schildert die historischen Grundlagen internationaler Beziehungen, die Prinzipien deutscher Außenpolitik, Deutschland als europäischer Akteur und die Grundlagen der Sicherheitspolitik. Im abschließenden XIII. Kapitel wird die politische Stabilität Deutschlands analysiert. (ICG2)

[132-L] Stüwe, Klaus:

**Der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 16, S. 24-31 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf](http://www.bpb.de/files/7E0ZMU.pdf))

**INHALT:** Der Beitrag zum parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland betrachtet die Rolle des Bundesrates in den Großen Koalitionen 1966 und 2005. Im Mittelpunkt steht dabei das Verhältnis zum Bundestag, geprägt durch Versagungen der Zustimmung und Anrufungen des Vermittlungsausschusses. Die Ausführungen gliedern sich in folgende Punkte: (1) die politische Ausgangslage 1966 und 2005, (2) die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, (3) Zustimmungsversagungen und Einsprüche des Bundesrats sowie (4) Konfliktgegenstände und Konfliktlösungsmechanismen im Bundesrat. Aus der Perspektive parteipolitischer Arithmetik betrachtet, haben die Großen Koalitionen unter K. G. Kiesinger (1966-1969) und unter A. Merkel (seit 2005) jeweils eine Mehrheit im Bundesrat. Aus diesem Grund tritt der Bundesrat damals wie heute nicht als Instrument parteipolitischer Vetospieler, sondern vorwiegend als Sachwalter von Länderinteressen in Erscheinung. Ein Rückblick auf das erste schwarz-rote Regierungsbündnis zeigt jedoch, dass der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen keineswegs automatisch als Vetospieler ausfällt. Zwischen 1966 und 1969 verweigert er sogar häufiger seine Zustimmung als in den beiden Legislaturperioden davor. Dass es seit 2005 im Bundesrat zu wesentlich weniger Bund-Länder-Konflikten kommt, liegt zum einen an der Tatsache, dass die Reformprojekte der Regierung Merkel bislang keine substantiellen Länderrechte gefährden; zum anderen gelingt den heutigen Koalitionären mittels informaler Prozesse und Gremien die frühzeitige Einbindung von Länderakteuren. (ICG2)

[133-L] Thaler, Walter:

**Kooperationsgewinne und -verluste nach der Verfassungsreform in Salzburg und Tirol (1999-2004): ist die Abschaffung des Proporzsystems ein Referenzmodell für Österreichs Bundesländer?**, in: Peter Bußjäger (Hrsg.): Beiträge zum Länderparlamentarismus : zur Arbeit der Landtage, Wien: Braumüller, 2007, S. 31-64, ISBN: 978-3-7003-1632-9 (Standort: UB Rostock(28)-MF/5900/B981)

**INHALT:** Der Verfasser stellt zunächst die kontradiktorischen Muster der Konkordanz- und der Konkurrenzdemokratie (Proporz/Majorz) einander gegenüber und fragt dann, wie die Auswirkungen einer entsprechenden Verfassungsänderung in den beiden behandelten Bundesländern einzuschätzen sind. Dabei geht es um zwei Fragen. Zum einen ist dies die Frage nach der Aushöhlung des parlamentarischen Systems durch Konsensrunden. Der Verfasser diskutiert die grundsätzliche Bedeutung informeller Gremien sowie die Arbeit des Arbeitsausschusses der Landesregierung zur Koordinierung und Harmonisierung politischer Konfliktstoffe und die Rolle des Arbeitsausschusses des Landtages. Die zweite Frage bezieht sich auf Kooperationsverluste durch Konfliktstoffe in der Salzburger Regierungskoalition im Untersuchungszeitraum, wobei zwischen endogenen Konfliktstoffen (Informationsmanagement, Wirtschaftsförderung, Land Salzburg AG) und exogenen Konfliktstoffen (Gemeindewahlordnung, Abschaffung des Proporz in der Stadtverfassung, Schließung von Bezirksgerichten und Postämtern) unterschieden wird. In seinem Resümee kritisiert der Verfasser eine Tendenz der Informalisierung und Entparlamentarisierung, die sich nach den Verfassungsänderungen in Salzburg und Tirol durchgesetzt hat. (ICE2)

[134-L] Valchars, Gerd:

**Die Debatten des Österreichkonvents: ein zivilgesellschaftliches Monitoring**, in: Emil Brix, Jürgen Nautz, Klaus Poier (Hrsg.): Die österreichische Verfassungsdiskussion und die Zivilgesellschaft, Wien: Passagen-Verl., 2006, S. 139-153, ISBN: 978-3-85165-702-9 (Standort: SB München(12)-2006.52420)

**INHALT:** Der Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojekts "Wege zur Civil Society in Österreich", dessen Aufgabenstellung ein zivilgesellschaftliches Monitoring des Österreich-Konvents ist. Der Schwerpunkt liegt auf der Arbeit des Ausschusses 3 (Staatliche Institutionen) des Österreich-Konvents und erstreckt sich auf die Analyse der Ausschussarbeit sowie der Rezeption der Ausschussberichte im Plenum des Konvents. Dabei liegt der Fokus auf jenen Punkten in der Ausschussarbeit, die für die Existenz und die Arbeit einer Zivilgesellschaft in Österreich von Relevanz sind. Ferner werden auf Basis dieses Monitorings in einem zweiten Schritt selbständig Vorschläge für verfassungsrechtliche Änderungen zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit in Österreich unterbreitet. Die Ausführungen zeigen, dass es der Ausschuss bei seinen Überlegungen zur Neugestaltung der staatlichen Organe unterlassen hat, auch explizit der (grundsätzlichen) Frage nachzugehen, wie diese der Zivilgesellschaft gegenüber weiter geöffnet werden können beziehungsweise wie deren Arbeit der Zivilgesellschaft besser zugänglich gemacht werden kann. Im Mittelpunkt standen die Fragen des Zusammenwirkens der einzelnen staatlichen Institutionen untereinander sowie deren Kompetenzverteilung; die Frage nach Öffnung und Einbeziehung ziviler gesellschaftlicher Kräfte wurde hingegen nicht thematisiert und nur punktuell und am Rande behandelt. (ICA2)

[135-L] Vatter, Adrian:

**Direkte Demokratie in der Schweiz: Entwicklungen, Debatten und Wirkungen**, in: Markus Freitag, Uwe Wagschal (Hrsg.): Direkte Demokratie : Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, Münster: Lit Verl., 2007, S. 71-113, ISBN: 978-3-8258-0589-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007 6829)

---

**INHALT:** "Der Autor systematisiert die empirischen Erkenntnisse aus mehr als einem Jahrhundert Erfahrungen mit direktdemokratischen Institutionen in der Schweiz. Er kommt zu dem Schluss, dass erstens die positiven Wirkungen der direkten Demokratie in der Schweiz deutlich überwiegen, zweitens die Bewertung einzelner Effekte von den jeweiligen politischen Präferenzen abhängt (z.B. Status-quo-Bias, dämpfende Wirkung auf die Staatstätigkeit) und drittens die Schwachstellen eines direktdemokratischen Systems vor allem in der Stärkung gut organisierter Interessengruppen und im nur beschränkten Schutz von Minderheitenrechten liegen. Mit Bezug auf die laufende Debatte in der Schweiz zur Reform der Volksrechte empfiehlt der Autor den Ausbau des Finanzreferendums auf Bundesebene, die Einführung der Gesetzesinitiative beim Bund und die Verankerung nicht antastbarer Grundrechte in der Verfassung." (Autorenreferat)

[136-L] Voßwinkel, Jan:

**Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus: Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse**, (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 07/1), Freiburg im Breisgau 2007, 33 S. (Graue Literatur; [www.eucken.de/publikationen/07\\_1bw.pdf](http://www.eucken.de/publikationen/07_1bw.pdf))

**INHALT:** Der Föderalismus als Ordnungsprinzip staatlicher Verfassungen unterliegt regelmäßig dynamischen Prozessen, welche die Kompetenzverteilung innerhalb eines Staates verschieben, die Anreizstrukturen politischer Entscheidungen verändern und somit bestimmte Formen der Kompetenzausübung hervorbringen. In der Bundesrepublik Deutschland hat vor allem ein Wandlungsprozess von einem deutlich dezentralisierten Entscheidungssystem hin zu einem zentralisierten und verflochtenen System stattgefunden, was Fragen hinsichtlich der Bedingungen der Stabilität föderaler Ordnungen aufwirft. Der Autor arbeitet in der vorliegenden Studie die Bedeutung des Verfassungswandels für eine konstitutionenökonomisch fundierte normative Analyse heraus. Als methodischen Ausgangspunkt wählt er eine kontrakttheoretische Verfassungsanalyse und zeigt, dass der Einbezug evolutorischer Überlegungen in die kontrakttheoretisch fundierte Analyse möglich und auch notwendig ist. Um diese Argumentation zu verdeutlichen, werden der prinzipielle Zusammenhang zwischen normativer und positiver ökonomischer Analyse für konstitutionenökonomische Fragen nachgezeichnet und die Grundlagen der ordnungsökonomischen Analyse erkenntnistheoretisch fundiert. (ICI2)

[137-F] Wortmann, Rolf, Prof.Dr.rer.pol. (Leitung):

**Governance, Zivilgesellschaft und die Zukunft des Staates und der Politik**

**INHALT:** Der Begriff Governance macht in verschiedenen wissenschaftliche Disziplinen und Kontexten seit Jahren Karriere. Einerseits wird darin eine neue Form der Steuerung jenseits der Hierarchie gesehen, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene neue Formen des Regierens. Die politische Steuerung, so lautet die Argumentation, erfolgt nicht mehr durch "Government" sondern durch Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zwecks Erreichung gesetzter Ziele. Solche Arrangements, die sich auf lokaler, regionaler und globaler Ebene entwickeln und dort spezifische Funktionen erfüllen, werfen eine Vielzahl von Fragen auf, die es zu untersuchen gilt. Diese Fragen lassen sich in zwei große Bereiche zusammenfassen und von daher differenzieren: Die eine Frage, die für die Studien-

gänge des Öffentlichen Managements und da insbesondere für den Master "Management in Non-Profit Organisationen (NPO)" von größter Relevanz ist, ist die nach der Rolle, den Perspektiven, Chancen und auch Risiken zivilgesellschaftlicher Akteure im Allgemeinen und NPO/ Non-Governmental Organisationen (NGO) im Besonderen. Diese Untersuchungen sind dann nach den verschiedenen Ebenen lokal, regional und global zu differenzieren. Die zweite Fragestellung (mit der ersten verwandt) ist die weiter reichende nach den Folgen der Governance-Prozesse für das politische System. Zum einen geht es darum, ob es sich um eine neue Form der Steuerung und des Regierens handelt, die lediglich in der Kontinuität der Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte unter Einbeziehung des Wandels des Staatsverständnisses (von der Planung zur Steuerung, vom Korporatismus zum Netzwerk und dann zur Governance) handelt, oder um einen neuen qualitativen Sprung, der die These vom Ende der Staatlichkeit impliziert und damit weit reichende Folgen hat, oder ob es sich primär um eine Verschiebung der Sphären des Öffentlichen und Privaten handelt. Ausgangspunkt der Untersuchung ist, dass Governance (dabei bleibt fraglich ob als Ursache oder als Folge) Ausdruck einer Neubestimmung des Staates und einer tendenziellen Privatisierung des Öffentlichen ist. Der Staat (und die Politik) wird auf den verschiedenen Ebenen von zwei Seiten "ausgehöhlt": von innen her und durch das internationale System von außen. Die Gründe und die Folgen dieses Prozesses gilt es zu untersuchen. Daran schließen sich weitergehende Problemstellungen an: Mit Blick auf das internationale System gilt es dem Augenschein nach widersprüchliche Entwicklungsprozesse (Entstaatlichung durch Global Governance und Globalisierung einerseits und Renaissance klassischer Machtpolitik der Staatenwelt andererseits) zu analysieren und im Rahmen dieser Entwicklungen abzuschätzen, ob wir uns eher in eine Richtung Staatenwelt (Hegemonie und Empire, Gleichgewicht etc. als klassische Kategorien der internationalen Politik) oder einer Gesellschaftswelt (Aufwertung privater und zivilgesellschaftlicher Akteure) bewegen. Offenkundig werden mit der Analyse dieser Entwicklungen zusätzliche grundlegende Probleme und Fragen aufgeworfen: Unbestreitbar wirft Governance Legitimationsfragen auf. Unabhängig der Beantwortung der Frage nach der Zukunft von Staatlichkeit, drängt sich die Frage auf, wie Politik und das Politische unabhängig vom Staat zu denken sind und welche Folgen eine Erosion des Staates für die Demokratie hat. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Reiz, sich der historischen Genese des Staates in seiner modernen Form in Westeuropa zu Beginn der Neuzeit zu erinnern und mit der Frage zu verbinden, ob die Phase der so genannten "westfälischen Staatenwelt" als eine Episode der Weltgeschichte zu betrachten ist.

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Fachhochschule Osnabrück, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachgruppe Sozialwissenschaften (Postfach 1940, 49009 Osnabrück)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0541-969-3247, Fax: 0541-969-3176,  
e-mail: r.wortmann@fh-osnabrueck.de)

## 4 Politische Parteien und Parteiensysteme

[138-L] Arnim, Hans Herbert von:

**Parteien in der Kritik**, in: Eckhard Jesse, Eckart Klein (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 179-197, ISBN: 978-3-428-12624-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8670)

---

**INHALT:** Der Verfasser erläutert zunächst die Funktion der Parteien und des Parteienwettbewerbs in der bundesrepublikanischen Demokratie. Vor diesem Hintergrund werden Probleme, Gefahren und Defizite im bundesdeutschen Parteienstaat aufgezeigt, wobei die "Regeln des Machterwerbs" im Mittelpunkt stehen. Es geht dabei um Wahlrecht und direkte Demokratie, um die Finanzierung von Parteien, Abgeordneten und Amtsinhabern, um Ämterpatronage und Föderalismus. Außerdem wird auf die ambivalente Rolle des Bundesverfassungsgerichts als Kontrollorgan hingewiesen. Abschließend werden Vorschläge zur Beseitigung der bestehenden Missstände erwogen. (ICE2)

[139-L] Biberstein, Lorenz:

**Cleavages im Schweizer Parteiensystem: gestern, heute, morgen,** (Sociology in Switzerland : social movements, pressure groups and political parties), Zürich 2008, 28 S. (Graue Literatur; socio.ch/movpar/t\_biberstein.pdf)

**INHALT:** "Parteien sind das Abbild von in der Gesellschaft vorherrschenden sozialen Konflikten. So üben Cleavages bereits seit der Demokratisierung der Europäischen Staaten Einfluss auf die vorherrschenden Parteiensysteme aus. Lipset und Rokkan haben 1967 vier historische Konfliktlinien unterschieden, welche die verschiedenen Europäischen Parteiensysteme unterschiedlich beeinflusst haben: Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Stadt-Land und Arbeit-Kapital. Gleichzeitig stellten sie die These auf, dass das Muster der Parteiensysteme immer noch die Cleavages der 1920er Jahren repräsentiere, dass sich das System also 'eingefroren' habe. Die vier genannten Cleavages kommen auch in der Schweiz immer noch zum Ausdruck, wenn auch ihr Einfluss auf die heutige Politik mehr und mehr umstritten ist. In dieser Arbeit wird deshalb das Schweizer Parteiensystem im Hinblick auf diese vier Spaltungen in drei Richtungen untersucht: 1. Wie wirkten sich die Cleavages bei der Bildung von neuen Parteien aus? 2. Welche Cleavages üben heute noch Einfluss aus? 3. Haben sich neue Cleavages entwickelt, wo können soziale Konfliktlinien zukünftig Einfluss auf das Schweizer Parteiensystem ausüben? Es wird hier die Meinung vertreten, dass zwar die einflussreicheren Cleavages (speziell die Religion) auch heute noch einen Einfluss ausüben, dieser aber kontinuierlich abnimmt. Dies wird von einer ideologischen Neuorientierung der Parteien begleitet; so ist die SVP längst nicht mehr eine reine Bauern- und Gewerbspartei, und die SP vertritt nicht mehr klassische Arbeiterthemen, sondern verstärkt Wertkonflikte und Ziele des Postmaterialismus. Speziell können hier der Wert-Cleavage in der neuen Mittelschicht und die Spaltung zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung genannt werden. Ob es sich dabei tatsächlich um neue Cleavages handelt, muss die Forschung erst noch empirisch schlüssig belegen, klar ist aber, dass heute die Parteien in der Schweiz nicht mehr von den Konfliktstrukturen bewegt werden, welche einst zu ihrer Gründung führten." (Autorenreferat)

[140-L] Biehl, Heiko:

**Die Dominanz der Akademiker: Wandel der Mitgliederstruktur und Repräsentationsverlust der Parteien,** in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 15-23 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der anhaltende Mitgliederrückgang in den Parteien der Bundesrepublik wirft nach Ansicht des Autors die Frage auf, inwieweit diese ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Integrations- und Repräsentationsfunktion noch gerecht werden können. Auch die veränderte Zusam-

mensetzung der Mitglieder hat für die Organisation der Parteien und ihre Funktionserfüllung sowie für das politische System insgesamt erhebliche Konsequenzen, wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wird. So hat z.B. die Nivellierung der Mitgliedschaften und die damit einhergehende Dominanz von höher Gebildeten dazu geführt, dass die Parteien einen wesentlichen Teil der Bevölkerung kaum noch erreichen und immer weniger an sich binden können. Zudem wandelt sich der Charakter der Parteien, da sie sich zunehmend zu Mobilisierungsagenturen und Interessenvertretungen für Privilegierte entwickeln. Um diese These zu erläutern, beschreibt der Autor zunächst den Schwund der Mitgliedschaften und die damit einhergehende Akademisierung der Parteien. Er beleuchtet diesen Wandel anschließend unter parteitheoretischen und normativen Gesichtspunkten und fragt nach den Vertretungs- und Integrationsmöglichkeiten insbesondere bildungsferner Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik. (ICI2)

[141-L] Blumenthal, Julia von:

**Zwischen Unitarisierung und föderaler Vielfalt: Parteienwettbewerb im Bundesstaat seit der deutschen Einheit**, in: Eckhard Jesse, Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Neues Deutschland : eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 83-105, ISBN: 978-3-8329-3197-1 (Standort: UB Paderborn(466)-31/P/2983)

**INHALT:** Ausgehend vom Hagener Governance-Ansatz diskutiert die Verfasserin die These von einer Abschwächung der bundespolitischen Ausrichtung des Parteienwettbewerbs zugunsten größerer landespolitischer Eigenarten. Gefragt wird nach einer Territorialisierung des Parteiensystems in dem Sinne, dass territorial gebundene Konflikte im Parteiensystem abgebildet werden. Dabei geht es um zwei Fragen: (1) In wie fern lässt sich anhand der Landtagswahlen eine größere Unabhängigkeit des Parteienwettbewerbs auf Landesebene vom bundespolitischen Parteienwettbewerb feststellen? (2) Lässt sich anhand der Entscheidungsprozesse im Bundesrat seit der Wiedervereinigung eine stärkere Orientierung der Landesregierungen an landespolitischen Interessen und Gegebenheiten feststellen? Die Untersuchung zeigt, dass die gesunkene ökonomische Homogenität der Länder sich im Parteiensystem zwar niederschlägt und landespolitische Interessen dominieren, wenn es um finanzielle Eigeninteressen der Länder geht. In anderen Fragen dominiert der bundesweite Parteienwettbewerb. Die Vorstellung von einer Territorialisierung des Parteienwettbewerbs ist eine Überzeichnung. (ICE2)

[142-L] Debus, Marc:

**Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 43-63, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Der Autor verfolgt die programmatische Entwicklung der Parteien, die der Bundestagswahl 2005 vorausgegangen war. Er konzentriert sich damit auf die innerparteilichen Rahmenbedingungen der Wahlkampfführung. Während sich die SPD gezwungen sah, im Vergleich zu 1998 wirtschaftspolitisch moderat-linke Positionen zu beziehen, war das wirtschaftspolitische Programm der Union gemäßigt liberal. Dies ist eines der Ergebnisse der systematischen, computergestützten Inhaltsanalyse der Wahlprogramme mit Hilfe der Wordscore-Methode. Zudem konnte er nachweisen, dass die Wahlprogramme der Landesparteien bei



---

Landtagswahlen zwischen 1998 und 2006 teilweise deutlich von den Wahlprogrammen der Bundespartei abweichen. Die Abweichungen sind insbesondere in der Mitte der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages recht deutlich, während die zeitliche Nähe von Bundestagswahlen disziplinierend auf die Landesparteien wirkt. Für die Union gilt im Schnitt: CDU und CSU sind in den Ländern wirtschaftspolitisch leicht moderater und gesellschaftspolitisch leicht progressiver ausgerichtet als auf Bundesebene. Für die SPD gilt im Schnitt: Die SPD ist in den Ländern wirtschaftspolitisch leicht linker und gesellschaftspolitisch leicht moderater ausgerichtet als auf Bundesebene. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern gibt sich die SPD wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch moderater." (Textauszug)

[143-L] Dettling, Warnfried:

**Die Mitte als politische Aufgabe: die CDU in einer zerklüfteten Landschaft**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 86-93 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die CDU hat sich seit ihren Anfängen immer als eine Partei der Mitte verstanden und so auch ihre Wahlerfolge erklärt. Dies wirft nach Ansicht des Autors die Frage auf, warum es der CDU gelungen ist, die Mitte als neue Botschaft unters Volk zu bringen, wie es zum Beispiel auf ihrem jüngsten Parteitag Anfang Dezember 2007 in Hannover deutlich wurde. Der Autor skizziert in seinem Beitrag die Niederlage, den Verlust und die Wiederentdeckung der politischen Mitte bei der CDU, die über viele Jahre hinweg die einzige Volkspartei in der jungen deutschen Republik nach 1945 war. Er geht außerdem auf die Neuorientierungen der Partei in einer veränderten politischen Landschaft ein, indem er ihre Korrosion als Wirtschaftspartei und ihre Erneuerung als Sozialstaatspartei diskutiert. Für die Zukunft der CDU wird es seines Erachtens entscheidend sein, ob sie beim zweiten Versuch den Spagat schafft, der ihr in den Jahren 2003 und 2005 nicht geglückt ist, nämlich Tradition und Moderne, gesellschaftlichen Aufbruch und soziale Rücksicht als Partei der Mitte in eine für die Mehrheit der Wähler erträgliche, vielleicht sogar attraktive Balance zu bringen. (IC12)

[144-L] Gast, Henrik:

**Bundeskanzler und Parteiführer - zwei Rollen im Konflikt?: Parteiendemokratie, Parteivorsitz und politische Führung**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 1, S. 42-60 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** In parlamentarischen Systemen sind Parteien die zentrale Legitimationsquelle für Regierungschefs. Hier wird gefragt, unter welchen Bedingungen ein Kanzler den Vorsitz seiner Partei selber übernehmen sollte und wann er ihn jemand anderem überlassen sollte ("Doppelspitze"), um Zielerreichung und Integration in die jeweiligen Handlungssysteme sicher zu stellen. Die Hauptthese lautet: Wenn ein Kanzler auf Dauer in der Lage ist, unterschiedlichen Rollenerwartungen gerecht zu werden, ist die Kumulierung beider Rollen eine geeignete Lösung. Wenn es größere Konflikte zwischen der Rolle als Kanzler und der als Parteichef gibt und solche Konflikte dadurch verschärft werden, dass die Persönlichkeit des Amtsinhabers nicht mit externen Rollenerwartungen übereinstimmt, ist für den Kanzler die Trennung beider Ämter von Vorteil. Die Beispiele Ludwig Erhard, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder zeigen, dass diese drei Kanzler sehr von der Zusammenarbeit mit einem Parteivorsitzenden pro-

fitiert haben, dass aber auch Schwierigkeiten auftraten. Die "Doppelspitze" ist nur unter bestimmten Bedingungen erfolgreich. (ICEÜbers)

[145-L] Geiling, Heiko; Vester, Michael:

**Das soziale Kapital der politischen Parteien: die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weißels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 457-489, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Ausgehend von einer Analyse der zahlreichen Niederlagen der SPD bei den der Bundestagswahl vorausgegangenen Landtagswahlen betonen die Autoren die Bedeutung von sozialem Kapital und intermediären Organisationen für den Wahlerfolg von Parteien. Zentrale Voraussetzung für einen dauerhaften Wahlerfolg sei die Anhäufung von Vertrauenskapital auf Seiten der Wähler. Dieses Vertrauenskapital sei durch die Schröder-Regierung aufgebraucht worden. Die dort formulierte Abkehr vom historischen Sozialstaatsmodell sei als Vertrauensbruch empfunden worden. Ohne den Aufbau einer sozial vermittelten Vertrauensbasis hätten es Parteien künftig noch schwerer, über Wahlen legitimiert zu werden. Die Große Koalition berge diesbezüglich Chancen und Risiken in sich." (Textauszug)

[146-L] Grünke, Ralf:

**Die Partei der Republikaner im Wandel der Zeit: eine extremistische Partei?**, in: Eckhard Jesse, Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 89-106, ISBN: 978-3-428-12596-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9197)

**INHALT:** Der Beitrag geht der Frage nach, in wie weit die Einstufung der Partei "Die Republikaner" als extremistisch gerechtfertigt ist. Berücksichtigt wird die Entwicklung der Partei seit ihrer Gründung unter den Vorsitzenden Franz Handlos, Franz Schönhuber und Rolf Schlierer. Kriterien sind extremistische Inhalte in programmatischen Texten der Partei und das Verhältnis der Partei zu NPD und DVU. Außerdem werden Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung berücksichtigt. Der Beitrag zeigt, dass "Die Republikaner" als rechtskonservative Partei gegründet wurden, sich unter Schönhuber dem Extremismus näherte und unter Schlierer wieder zum konservativen Spektrum zurück bewegte. (ICE2)

[147-L] Güllner, Manfred:

**Zum Regieren nicht geschaffen: die Tragik der deutschen Sozialdemokratie**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 53-66 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Autor beschreibt die gegenwärtige politische Lage der SPD zum Jahreswechsel 2007/2008 und berichtet über die Ergebnisse der sechs Landtagswahlen, die seit der Bundestagswahl 2005 stattgefunden haben und einen deutlichen Wählerschwund bei den Sozialdemokraten belegen. Er zeigt in einem historischen Rückblick auf verschiedene Wahlergebnisse seit 1949, dass die Krise der SPD mehr ist als nur ein vorübergehendes Stimmungstief. In seiner Diskussion der Ursachen für diese Krise stellt er fest, dass die Geschichte der SPD nach

---

1945 größtenteils durch die Neigung zu ideologischen Grundsatzdebatten und dem daraus resultierenden Gegensatz zwischen den Interessen der Funktionärskader und denen der Wählermassen bestimmt war. Er geht ferner kurz der Frage nach, ob es trotz der Stimmenverluste bei den Sozialdemokraten ein "Linksruck" in Deutschland durch das Erstarken der Linkspartei aus PDS und WASG gibt. (ICI2)

[148-L] Hartleb, Florian:

**Parteien in den alten Bundesländern seit 1990**, in: Eckhard Jesse, Eckart Klein (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 65-83, ISBN: 978-3-428-12624-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8670)

**INHALT:** Der Verfasser stellt zunächst die besonderen Funktionen von Landesparteien heraus und nimmt eine Bestandsaufnahme der Landesparteien in der alten Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung vor. Vor diesem Hintergrund wird das Parteiensystem nach 1990 beschrieben: die Volksparteien SPD und CDU, die etablierten Kleinparteien Bündnis90/Die Grünen, FDP und SSW sowie die Außenseiterparteien auf der Linken (PDS, WASG) und Rechten (DVU, STATT-Partei, Schill-Partei). "Vieles in den alten Bundesländern ist im Fluss" - so kennzeichnet der Verfasser die gegenwärtige parteipolitische Situation im Westen. (ICE2)

[149-L] Jandura, Olaf:

**Kleinparteien in der Mediendemokratie**, (Forschung Kommunikation), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 303 S., ISBN: 978-3-531-15018-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/10345)

**INHALT:** "Kleinparteien haben im politischen System der Bundesrepublik eine zentrale Position inne. Seit der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag war immer mindestens eine kleine Partei im Parlament vertreten und - bis auf die Zeiten der Großen Koalitionen - immer eine an der Regierung beteiligt. Allerdings stellt die zu beobachtende Herausbildung einer Mediendemokratie gerade die Kleinparteien vor große Herausforderungen. Die Studie untersucht am Beispiel der Bundestagswahlen 1998 und 2002, ob und wie sich Kleinparteien in einer solchen Mediendemokratie behaupten können. Der Vergleich des politischen Handelns von Kleinparteien, ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der Medienberichterstattung soll klären, ob die publizistische Chancengleichheit für FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegeben ist, mit welchen Themen sich die Kleinparteien intensiv auseinandersetzen und mit welchen Themen sie in die Berichterstattung gelangen." (Autorenreferat)

[150-L] Jesse, Eckhard:

**Der Wandel des Parteiensystems nach den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg: die Folgen für die Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland bei der nächsten Bundestagswahl**, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 57/2008, H. 2, S. 239-249 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-MXG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "In der Bundesrepublik Deutschland entsteht ein offenkundig stabiles Fünfparteiensystem. Da eine herkömmliche Koalition aus zwei Parteien (einer großen und einer kleinen) für

die Regierungsbildung oft nicht ausreicht, könnten neue 'Dreierkoalitionen' die Folge sein: schwarz-gelb-grüne - rot-grün-gelbe - rot-(dunkel)rot-grüne. Allerdings ist noch kein 'Projekt' für ein solches Dreierbündnis erkennbar." (Autorenreferat)

[151-L] Jun, Uwe:

**Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 491-515, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Der Autor fragt in seinem Beitrag nach den Perspektiven, die sich aus der Großen Koalition für das deutsche Parteiensystem ergeben. Das Parlament ist nach der Bundestagswahl 2005 - vor allem durch den Einzug der Linkspartei. PDS in den Deutschen Bundestag - stärker fragmentiert und auch stärker polarisiert als zuvor. Inhaltlich haben sich die beiden Volksparteien unter dem Druck der äußeren Verhältnisse aneinander angenähert. Bündnis90/Die Grünen verabschieden sich aus ihrer einseitigen Festlegung auf Koalitionen mit der SPD. Die Erprobung einer schwarz-grünen Koalition auf Landesebene ist früher oder später wahrscheinlich. Und die Lagerstrukturen, die lange Zeit die politische Wahrnehmung geprägt haben (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün), verlieren angesichts der Großen Koalition an Orientierungskraft. Vor diesem Hintergrund erscheint dem Autor für die Zukunft ein Szenario wahrscheinlich, in dem Koalitionsmöglichkeiten vor Wahlen immer schwerer einzuschätzen sind und Koalitionsbildungen nach Wahlen immer stärker von situativen Einflüssen abhängen." (Textauszug)

[152-L] Junge, Christian; Lempp, Jakob (Hrsg.):

**Parteien in Berlin**, Berlin: be.bra Verl. 2007, 190 S., ISBN: 978-3-937233-34-5 (Standort: SLUB Dresden(88)-MG/18300/J95)

**INHALT:** "Die Parteien in Berlin haben ganz besondere Herausforderungen zu meistern: Sie sind gleichzeitig Parteien der größten deutschen Stadt, eines Bundeslandes und der Hauptstadt der Bundesrepublik. Mit diesem Band liegt erstmals eine systematische Darstellung von Rolle, Organisation und Programmatik der Berliner Parteien vor. Neben einer einführenden Übersicht über das politische System des Landes Berlin und einer Analyse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus werden CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie die rechts-extremen Parteien in eigenen Kapiteln untersucht. Dabei beleuchten die Autoren insbesondere Gründung, Entwicklung und derzeitige Situation sowie Organisation, Programmatik und Verankerung der Parteien auf der Mitgliederebene." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christian Junge, Jakob Lempp: Einführung: Parteien in Berlin (9-22); Jakob Lempp: Das politische System des Landes Berlin (23-34); Jürgen Schmidt: Die Geschichte der Parteien in Berlin von 1945 bis 1989 (35-58); Dominique Meyer, Christian Junge, Jakob Lempp: Die SPD in Berlin (59-80); Ingrid Reichart-Dreyer: Die CDU in Berlin (81-100); Roland Schirmer: Die Linke (Linkspartei.PDS) in Berlin (101-122); Jakob Lempp: Bündnis 90/Die Grünen in Berlin (123-140); Jürgen Dittberner: Die FDP in Berlin (141-154); Christian Demuth, Sarah Ganter: Die rechtsradikalen und rechtsextremistischen Parteien in Berlin (155-176).

---

[153-F] Kühnel, Sebastian-Frederik, M.A. (Bearbeitung); Strohmeier, Gerd, PD Dr. (Betreuung):  
**Sind die Volksparteien in der Krise? Eine typologische und funktionalistische Analyse von SPD und CDU**

**INHALT:** Die deutschen Volksparteien SPD und CDU demonstrieren gegenwärtig ein ambivalentes Bild: Zum einen belegen quantitative Untersuchungen der letzten drei Dekaden eine negative Entwicklung ihrer elektoralen und organisatorischen Integrationsfähigkeit, abzulesen am Rückgang ihrer Mitgliederzahlen und ihrer Wählerstimmen. Zum anderen ist es ihnen seit der Hochphase ihres Wirkens in den 70er Jahren gelungen, ihren Status als Machthaber trotz erheblicher Mobilisierungsschwächen konservieren zu können. Ungeachtet der Tatsache, dass die deutschen Volksparteien als "Party in Public Office" aufgrund eines exklusiven Regierungszugangs durch die Option der Großen Koalition von einer Krise weit entfernt sind, wird sowohl von wissenschaftlicher Seite als auch von der 'Medienöffentlichkeit' nicht selten der Abgesang auf die Volksparteien unter dem Schlagwort der "Krise" angestimmt. Wenngleich dies für die Bindungsverhältnisse zwischen den Parteien und ihrem Volk zweifellos zutreffend ist, erscheint dieses Urteil aus machtpolitischen Gründen und in Anbetracht organisatorischer Wandlungsprozesse zu eindimensional. Analog dazu wird deutlich, dass die Einschätzung einer Krise zumeist einer subjektiven Perspektive folgt und insofern einen normativen Charakter aufweist, der von der Hierarchisierung a priori selektierter (Teil-)Funktionen der Volksparteien bestimmt ist, ohne zugleich eine für dieses Vorgehen notwendige Bedingung der Neubewertung des Volksparteienkonzeptes erfüllt zu haben. Ziel des Forschungsvorhabens ist es deshalb, die vermeintliche Krise der Volksparteien in einem mehrdimensionalen Ansatz zu untersuchen und der Zukunftsfähigkeit von SPD und Union multiperspektivisch nachzugehen. In welchem Maße dabei von einer tatsächlichen Krise gesprochen werden kann, hängt primär von der Prämisse des definitorischen Zugangs zu den Volksparteien und vom generellen Verständnis einer potentiellen Krise ab, deren Perzeption sich auf einer Vielzahl differenter Ebenen niederschlägt. Aus diesem Grund wird im ersten Teil der Arbeit ein eigenes Konzept der Volkspartei sowie auf den daraus abgeleiteten Funktionen und Merkmalen ein Krisenschema entwickelt. Das Krisenschema wird schließlich um parteiexterne Determinanten der Volksparteien ergänzt und im zweiten, empirischen Teil der Arbeit auf die deutschen Großparteien CDU und SPD angewendet. Basierend auf der Annahme, dass die deutschen Volksparteien lediglich partielle und ebenenspezifische Krisenphasen in unterschiedlicher Ausprägung durchlaufen, nicht jedoch einer 'generellen Krise' gegenüberstehen, wird das Untersuchungsschema auf Bundes- und Länderebene sowie auf kommunaler Ebene überprüft.

**GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

**INSTITUTION:** Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" (Innstr. 41, 94032 Passau)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0851-509-2844,  
e-mail: sebastian.frederik.kuehnel@uni-passau.de)

[154-L] Ladner, Andreas:

**Die Rolle der Parteien in der Mediengesellschaft**, in: Otfried Jarren, Dominik Lachenmeier, Adrian Steiner (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? : Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 75-91, ISBN: 978-3-8329-2817-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9559)

**INHALT:** Es kann kaum bestritten werden, dass die westlichen Demokratien in den letzten Jahrzehnten durch die Entwicklung der Medienlandschaft eine neue Qualität erhalten haben. Die Begriffe "Mediendemokratie" oder gar "Mediengesellschaft" deuten an, dass die Medien als "vierte Gewalt" im Staat wichtige Vermittlungs- und Kontrollfunktionen übernehmen, und die sich nun langsam etablierende elektronische Demokratie neue ungeahnte Möglichkeiten der demokratischen Deliberation und Entscheidungsfindung bietet. Die Entwicklung der Medienlandschaft ist auch an den politischen Parteien nicht spurlos vorüber gegangen. Der vorliegende Beitrag befasst sich zuerst mit den Funktionen der Parteien in der modernen Demokratie und beschreibt eine geläufige analytische Differenzierung des Begriffs "Partei". Danach werden die wichtigsten Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Medien untersucht und es wird gefragt, welche Auswirkungen sich daraus auf die Parteienkommunikation herleiten lassen. Abschließend wird ein Blick auf die verschiedenen Formen der Parteienkommunikation und die Herausforderungen geworfen, die sich den Parteien in der Mediendemokratie stellen. Zur Illustration wird auf das Parteien- und das Mediensystem in der Schweiz verwiesen, mit denen sowohl die strukturellen Veränderungen wie auch die theoretischen Konzepte exemplarisch und kritisch beleuchtet werden. (ICA2)

[155-L] Lösche, Peter:

**Das Parteiensystem und die Herausforderungen direkter Demokratie**, in: Zentrum für Niederlande-Studien (Hrsg.): Jahrbuch / Zentrum für Niederlande-Studien : 16/2005, Politische Kultur, Partizipation und Bürgergesellschaft, Münster: Aschendorff, 2006, S. 45-56, ISBN: 3-402-04204-5 (Standort: USB Köln(38)-16.2005/XC1129)

**INHALT:** Die Bundesrepublik Deutschland ist heute ein Mischsystem von repräsentativer und direkter Demokratie. Die Parteien befinden sich in einer Legitimationskrise. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Verfasser Vorschläge, die dieser Krise durch ein stärkeres Gewicht direktdemokratischer Elemente beikommen wollen. Dabei geht es zum einen um die Implementation direktdemokratischer Elemente in Parteien in Gestalt innerparteilicher Nominierungswahlen, offener Vorwahlen oder innerparteilicher Plebiszite, zum anderen um die Implementation direktdemokratischer Elemente in das politische System durch die Direktwahl von Ministerpräsidenten, durch Volksabstimmungen oder durch einen Einfluss der Wähler auf die Landeslisten der Parteien (Kumulieren und Panaschieren). Die Untersuchung zeigt, dass direkte Demokratie kein Allheilmittel für die Defizite des Parteiensystems ist. (ICE2)

[156-L] Mayer, Stefan:

**Aufstieg und Fall einer rechtsextremistischen Partei: die Mitgliederentwicklung der Deutschen Volksunion**, in: Eckhard Jesse, Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 255-277, ISBN: 978-3-428-12596-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9197)

**INHALT:** Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob die DVU überhaupt eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes ist oder vielmehr der politischen Absicherung von Geschäftsinteressen dient. Im Mittelpunkt steht die Betrachtung der organisatorischen Verfasstheit der DVU, die zeitweilig die erfolgreichste rechtsextreme Gruppierung in der Bundesrepublik war. Der Verfasser stellt den rasanten Aufstieg und den langen Fall der DVU - gemessen an der Mitgliederentwicklung - dar. Den Anforderungen des Parteiengesetzes genügt die DVU nach

---

Einschätzung des Verfassers bestenfalls der Form nach, ihre weiteren Perspektiven sind ungewiss. (ICE2)

[157-L] Mielke, Gerd; Eith, Ulrich:

**Im Versuchslabor: der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 94-103 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Das Parteiensystem in der Bundesrepublik erlebt derzeit einen tiefgreifenden Strukturwandel: Zum einen haben nunmehr auch in den westdeutschen Bundesländern fünf Parteien strukturell gute Chancen auf einen Einzug in die Länderparlamente. Zum anderen wurde bei den vergangenen Landtagswahlen deutlich, dass unter den Bedingungen des Fünfparteiensystems die vertrauten christlich-liberalen bzw. rot-grünen Koalitionen eher zu Ausnahmen werden. Es bieten sich vielmehr neue, bislang im Westen nicht erprobte Varianten zur Regierungsbildung an, deren Besonderheit darin besteht, dass die beiden großen Parteien mit kleinen Parteien kooperieren müssen, die bislang aus ihrer Sicht als nicht koalitionsfähig galten oder gar schlichtweg tabuisiert wurden. Die gegenwärtigen Debatten über die neuen Koalitionsvarianten sind jedoch durch Personalisierung und Skandalisierung anstatt sachlicher Analyse gekennzeichnet, wie die Autoren betonen. Sie nehmen eine politisch-ideologische Verortung sowohl der Wähler als auch der Parteien vor und beschreiben den Kampf um strukturelle Mehrheitsfähigkeit. Ihre weiteren Ausführungen beziehen sich auf die Abkehr vom Wohlfahrtsstaat und den Aufstieg der Linkspartei, die Kulturkämpfe innerhalb der Union und das Comeback der sozialen Frage. Im deutschen Parteienwettbewerb sind ihres Erachtens zwei grundsätzliche Szenarien denkbar: (1) eine Neuauflage des bisherigen Lagerdenkens, d.h. die Polarisierung zwischen einem bürgerlichen und einem linken Lager; (2) lagerübergreifende Dreier-Koalitionen unter Ausschluss der Linkspartei. (ICI2)

[158-L] Mielke, Gerd:

**Auf verlorenem Posten?: Parteien in der Bürgergesellschaft**, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 4, S. 63-71

**INHALT:** "Das Verhältnis zwischen Volksparteien und Bürgergesellschaft - so die Ausgangsthese des Textes - stellt heute kein lebendiges politisches, aber auch gesellschaftliches Reformprojekt mehr dar, sondern ist stattdessen in den Schatten eines konkurrierenden Reformverständnisses geraten, welches sich primär aus Vorstellungen einer ökonomischen Optimierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens speist. In seiner historisch-politischen Analyse der deutschen Volksparteien und deren Verhältnis zu bürgerschaftlichem Engagement konstatiert Mielke, dass die Parteien zunehmend ihre Fähigkeit und Bereitschaft verlieren, als lebendige Mitgliederparteien neue thematische und stilistische Impulse aus dem gesellschaftlichen Umfeld aufzunehmen. Für den teils dramatischen Mitgliederschwund der Parteien macht er dabei drei Hauptursachen aus: die Erosion der klassischen Milieus und die damit bisweilen verbundene gesteigerte Individualisierung; die Kluft zwischen der Erwartung von spontaner und direktdemokratischer Teilhabe und den zumeist immer noch sehr starren Organisationskulturen der Parteien und dem damit verbundenen 'Säuglingssterben' sowie eine massenmedial zumindest mitbedingte politische Demobilisierung und damit verbunden eine Anreizschwäche und ein Vertrauensverlust der Parteien. Mielke konstatiert, dass Parteien für

die meisten jüngeren Deutschen nicht nur eigentümlich fremdartige Organisationen sind, sondern auch in einem schlechten Ruf stehen, was wiederum den Anreiz, sich in Parteien zu engagieren, weiter abmildert und eine stabile Abkopplungsschleife erzeugt. Ausgehend von diesen besorgniserregenden Befunden diskutiert der Autor eine Reihe von strategischen und organisatorischen Maßnahmen, die es den Parteien ermöglichen könnten, die genannten negativen Trends zu stoppen bzw. gar umzukehren." (Autorenreferat)

[159-L] Mielke, Gerd:

**Parteiensystem im Umbruch?: Anmerkungen zur Großen Koalition**, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 20/2007, H. 4, S. 25-36

**INHALT:** "Vor dem Hintergrund der großen Koalition zeigt der Autor, dass man bei der Suche nach den Ursachen für die gegenwärtigen Koalitions- und Wettbewerbskonstellationen im deutschen Parteiensystem auf eine Entkoppelung sowohl der sozialdemokratischen als auch der christdemokratischen Parteiführung von der sozialen und kulturellen Basis ihrer Parteien stößt. Beide Parteispitzen setzten im Bundestagswahlkampf 2005 auf die Abkehr von den Traditionen des deutschen Sozialstaates, welche als eine tragende Säule der politischen Kultur und der politischen Legitimation des politischen Systems der Bundesrepublik gesehen wird. Dem Autor nach zeichnen sich im Blick auf die Bundestagswahl 2009 vier realistische Koalitionsvarianten ab: die derzeit regierende Große Koalition aus CDU/ CSU und SPD, eine 'kleine' bürgerliche Koalition aus CDU/ CSU und FDP, eine rot-grüne Koalition und schließlich eine 'Ampel-Koalition' aus SPD, FDP und Grünen. Die Analyse ergibt jedoch, dass die Mehrheiten 'kleinerer Koalitionen' immer recht knapp im Vergleich zu den ihnen gegenüber stehenden Veto-Koalitionen ausfallen und dass sich wirklich stabile und tragfähige Mehrheiten jenseits der Großen Koalition derzeit nicht erkennen lassen. Gleichzeitig zeigt sich eine Zerkleinerung von Wählerloyalitäten, die sich auf den ersten Blick durchaus unter der These vom 'dealignment', also der Auflösung überkommener Parteibindungen, einordnen lässt. Durch den Versuch gegenzusteuern lässt sich in jüngster Zeit beobachten, dass eine vorsichtige, weitgehend wortlose Abkehr von dem zuvor lauthals betriebenen 'Reformkurs' zu einer mehr oder minder verhüllten 'Re-Sozialdemokratisierung' sowohl bei der Union als auch bei den Sozialdemokraten betrieben wird. Sollten sich zukünftig keine stabilen Mehrheiten jenseits der Großen Koalition abzeichnen - so der Schluss des Autors - wird dies nicht zur Festigung der demokratischen politischen Kultur im Sinne einer offenen und pluralistischen Demokratie beitragen." (Autorenreferat)

[160-F] Müller, Jochen, Dipl.-Verw.Wiss. (Bearbeitung); Ganghof, Steffen, Univ.-Prof.Dr. (Betreuung):

**Determinants and patterns of the dynamics of party position taking**

**INHALT:** Ziel der Dissertation ist es herauszufinden, ob Parteien sich zufällig oder - bewusst oder unbewusst - in Abhängigkeit vom Kontext und dem Handeln anderer Akteure inhaltlich positionieren. Zum einen soll aus der umfangreichen theoretischen Literatur unter Berücksichtigung der bisherigen Forschungsergebnisse ein Modell der Dynamik von Parteipositionen abgeleitet werden. Zum anderen soll dieses Modell empirisch überprüft werden. Zentrale Hypothesen der Dissertation sind, dass 1. Parteien versuchen, ihren Stimmenanteil durch Positionsveränderungen zu erhöhen, 2. Parteien ihre Positionen an denen übergeordneter Partei-



---

ebenen orientieren, 3. Parteipositionen sich umso stärker ändern, je geringer die Parteibindung ist und 4. Positionsveränderungen sich umso ähnlicher sind, je ähnlicher sich die jeweiligen Parteien sind. Empirisch überprüft werden sollen die Hypothesen anhand der Positionen der Landesverbände deutscher Parteien in einem Zeitraum von ungefähr 25 Jahren. Um die Reziprozität der Positionsveränderungen berücksichtigen zu können, sollen räumliche Regressionsmodelle zur Analyse der Daten verwendet werden.

**ART:** AUFTRAGGEBER: keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Griebnitzsee, 14482 Potsdam)

**KONTAKT:** Bearbeiter (e-mail: jochen.mueller@uni-potsdam.de)

[161-L] Neugebauer, Gero:

**Die Partei 'Die Linke': Porträt einer Bedarfsgemeinschaft**, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 24/2007, H. 2, S. 106-131 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

**INHALT:** Nach einem komplizierten und zeitweilig von heftigen Turbulenzen begleiteten Fusionsprozess, in dem zwei aus unterschiedlichen politischen Regionen, Kulturen und Traditionen stammende Parteien zusammengeführt wurden, haben Delegierte beider Parteien am 16. Juni 2007 auf der Grundlage der positiven Ergebnisse zweier Urabstimmungen die Gründung der Partei "Die Linke" beschlossen. Ihre Entwicklung, Organisation, Mitgliedschaft, interne Strukturen und Vorfeld sind Gegenstand der Analyse. Es wird hervorgehoben, dass die Satzung der Partei die Möglichkeit vorsieht, dass sich Mitglieder in Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen, ohne Gliederungen innerhalb der Partei zu bilden. Vor diesem Hintergrund werden die Wahlbeteiligungen und die Wählerschaft der Partei sowie ihre Programmatik und interne Probleme analysiert. Abschließend wird die Position und die Situation der "Linken" im Parteienwettbewerb unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zur SPD zur Diskussion gestellt. (ICG)

[162-L] Niedermayer, Oskar:

**Parteimitgliedschaften im Jahre 2007**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 379-386 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Bis auf die Linke mussten allen Parteien im Jahr 2007 Mitgliederverluste hinnehmen. Während die beiden großen Parteien flächendeckend Mitglieder verloren, ist die Mitgliederentwicklung bei FDP und Grünen regional sehr unterschiedlich. Der Rückgang des Anteils der jüngeren Parteimitglieder scheint endgültig gestoppt. Für die CDU ist ein Rückgang des Anteils konfessionsgebundener Mitglieder festzustellen. Insgesamt konnte der Niedergangsprozess der gesellschaftlichen Verankerung der Parteien 2007 nicht gestoppt werden. (ICE)

[163-L] Niedermayer, Oskar:

**Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 219 S., ISBN: 978-3-531-15245-5 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9005)

**INHALT:** "Der vorliegende Band setzt eine Reihe von Veröffentlichungen fort, die mit der Bundestagswahl 1998 begonnen wurde. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine systematische Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen im Parteienbereich unter Einschluss der Bundestagswahl 2005 und ihrer Folgen zu liefern und enthält sowohl einen Überblick über das gesamte Parteiensystem als auch ausführliche Einzelanalysen aller relevanten Parteien." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Oskar Niedermayer: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005 (9-36); Ulrich von Alemann, Tim Spier: Doppelter Einsatz, halber Sieg? Die SPD und die Bundestagswahl 2005 (37-66); Josef Schmid: Die CDU nach 2005: Von Wahl zu Wahl - und doch kein Wandel? (67-82); Andreas Kießling: Das lange Ende der Ära Stoiber. Die CSU nach der Bundestagswahl 2005 (83-100); Melanie Haas: Statt babylonischer Gefangenschaft eine Partei für alle Fälle? Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005 (101-134); Hans Vorländer: Partei der Paradoxien. Die FDP nach der Bundestagswahl 2005 (135-150); Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die Partei Die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem (151-200); Eckhard Jesse: Die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands vor und nach der Bundestagswahl 2005 (201-220).

[164-L] Philipp, Thomas:

**Es bleibt alles anders: zur normativen Grundlage einer demokratischen und pluralistischen Linken**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 112-123 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die jüngsten Entwicklungen im deutschen Parteiensystem geben nach Ansicht des Autors einen Anlass, darüber nachzudenken, was eigentlich "links" heißt. Im Unterschied zu Jean Paul Sartre, der Brüderlichkeit als einen identitären Schlüsselbegriff der Linken betrachtet, sowie in Abgrenzung zu Georg Fülberth, der die Bedeutung der Gleichheit in der linken Selbstverortung hervorhebt, vertritt der Autor die Position, dass nur die Trias aus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dem Anspruch gerecht wird, Demokratie und Pluralität als Basiselemente einer linken Identität zu begreifen. Denn es lässt sich zeigen, dass eine demokratische und pluralistische Linke auf der einen Seite fest im Liberalismus verankert ist, ihr auf der anderen Seite aber emanzipative Momente innewohnen, die über eine libertäre Selbstzufriedenheit hinausreichen. Die Ambivalenz zwischen liberaler Verwurzelung und notwendiger Emanzipation führt dazu, dass der Linken bis auf weiteres nur der Pragmatismus bleibt, die Demokratisierung der Demokratie voranzutreiben, das heißt die plurale Demokratie zu stärken und zu erweitern. Die Verknüpfung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kann nach der These des Autors dabei helfen, die normative Grundlage eines solchen Projektes kenntlich zu machen. (ICI2)

[165-L] Priester, Karin:

**Linker Populismus - ein Fremdkörper im deutschen Parteiensystem**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 43-52 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Autorin setzt sich in ihrem Beitrag kritisch mit den Erscheinungsformen des linken Populismus im Parteiensystem der Bundesrepublik auseinander. Sie wirft die Frage auf, ob der Populismus nur ein "semantischer Platzhalter" für die inhaltlich nicht mehr benennbaren

Kräfte an den linken und rechten Rändern ist. Denn populistische Bewegungen entstehen ihrer Meinung nach aus einer gestörten Kommunikation zwischen den politischen Eliten und jenen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen. Der Kampf der Populisten richtet sich vor allem gegen elitäre Abschottungstendenzen der politischen Akteure und ihre Absprachenpolitik. Je nachdem, wie stark solche Bewegungen in der anarchistischen Tradition verwurzelt sind, wenden sie sich entweder grundsätzlich gegen das Prinzip der politischen Repräsentation, also gegen Parteien und Parlamente, oder sie streben in abgemilderter Form eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente an. Die heute von vielen Kritikern populistisch genannte Linkspartei ist nach Meinung der Autorin aber von populistischen Traditionen so weit entfernt wie Marx von Proudhon. Denn sie setzt auf den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und eine starke Gewerkschaftsmacht, was im Populismus, auch in seinen linken Ausprägungen, nie ein Bezugspunkt war, wie die Autorin in ihrem Beitrag näher zeigt. (ICI2)

[166-L] Prinz, Sebastian:

**Kontinuität und Wandel einer postkommunistischen Partei: die programmatische Entwicklung der PDS**, in: Eckhard Jesse, Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 343-362, ISBN: 978-3-428-12596-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9197)

**INHALT:** Der Verfasser stellt zunächst die programmatischen Positionen der einzelnen innerparteilichen Lager und deren Ziele dar, um dann die programmatische Entwicklung der Partei zu diskutieren. Es schließt sich ein Überblick über die drei bisherigen Programme der PDS und den Verlauf der programmatischen Diskussionen an. Es folgt die Beschreibung und Auswertung der Auseinandersetzungen über einzelne Programmpunkte. Dabei geht es um die Positionen der Partei zu Sozialismus und Demokratie, Marktwirtschaft, Privateigentum, Parlamentarismus, Gewalt, Regierungsbeteiligung und Grundgesetz. Mit der Beschlussfassung über das neue Parteiprogramm 2003 hat die Programmdebatte in der PDS ihren vorläufigen Abschluss gefunden. (ICE2)

[167-L] Raschke, Joachim:

**Immobilismus und Scheinpolitik: Strategiefähigkeit im Fünf-Parteien-System**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 24-33 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Obwohl das Fünf-Parteien-System in der Bundesrepublik mehr politische Variationen und Optionen bietet als das frühere Drei-Parteien-System, verschärfen sich nach Einschätzung des Autors die Tendenzen zur Blockade und zum Immobilismus. Dieses Paradox erklärt sich durch die mit der Fünfer-Konstellation einhergehende Ideologisierung vor allem der Kleinparteien und die gleichzeitig notwendige Entideologisierung der Koalitionsfrage. Es kann nur auf zwei Wegen aufgelöst werden. Entweder die Wähler gewinnen an Eindeutigkeit und verhelfen z.B. einer der beiden heute allein denkbaren, gleichwohl unwahrscheinlichen Zweierkoalitionen zur Mehrheit (Schwarz-Gelb oder Schwarz-Grün). Oder die Parteien verbessern ihre Strategiefähigkeit in einem Maße, das größere Manövrierfähigkeit zur Folge hätte und auch schwierige Koalitionen ermöglichen könnte. Der gegenwärtige Verlust an Strategiefähigkeit ist nach Meinung des Autors auf Individualisierung, Fragmentierung, Mediatisie-

rung und weitere entstrukturierende Prozesse zurückzuführen. Immobilismus und Scheinpolitik sind dabei keine Eigenschaften des Fünf-Parteiensystems, sondern systemische Konsequenzen des eigeninteressierten Handelns der Parteiakteure. Der Autor beleuchtet die aktuelle Strategiefähigkeit der SPD, der Grünen und der Linkspartei und diskutiert abschließend zukünftige parteipolitische Perspektiven. (ICI2)

[168-L] Schindler, Alexandra:

**Die Partei als Unternehmer**, (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, 31), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 228 S., ISBN: 978-3-8329-1684-8

**INHALT:** Seit mehr als einem Jahrhundert besitzt die SPD eigene Zeitungen und Druckereien und hält noch heute Beteiligungen an Medienunternehmen. 2000 wurde dies plötzlich zum öffentlichen Streitgegenstand. Die zeitliche Nähe zu den CDU-Parteispendenskandalen habe allerdings Spekulationen laut werden lassen, die SPD sei bewusst zu diesem Zeitpunkt angegriffen worden, schreibt die Autorin. Sie nimmt dies dennoch zum Anlass, grundlegend zu fragen, ob Parteien wirtschaftlich tätig sein dürfen - auch die CDU ist an mehreren Unternehmen beteiligt, der PDS gehört zur Hälfte das 'Neue Deutschland', Bündnis'90/Grüne hält Anteile an der GLS Gemeinschaftsbank und an der 'taz'. Schindler beginnt ihre Analyse mit einem kurzen historischen Überblick. Im Mittelpunkt stehen die Sozialdemokratie und ihre Presseunternehmen. Die parteieigenen Zeitungen waren für die SPD aufgrund ihrer Mitgliederstruktur lange das einzige Medium, mit dem sie (nicht immer) ungehindert ihre Anhänger erreichen konnte. Die bürgerlichen Parteien haben es sich dagegen seit dem 19. Jahrhundert leisten können, ein 'System der parteinahen Presse' (32) zu bevorzugen. Dreh- und Angelpunkt der weiteren Argumentation ist Artikel 21 GG, wobei die Autorin die Parteienfreiheit zweifach verortet sieht: in den Grundrechten und im Demokratieprinzip. Im Anschluss daran kommt sie zu dem Ergebnis, dass sich der verfassungsrechtliche Schutz der Parteien auch auf deren wirtschaftliche Tätigkeiten erstreckt - aber nur, wenn diese der grundgesetzlich formulierten Mitwirkungsaufgabe der Parteien an der politischen Willensbildung dienen. Dies gelte neben der Beteiligung an Medien auch für solche an Unternehmen, die etwa Wahlkampfplakate druckten oder den Internetauftritt eines Politikers gestalteten. Das Grundgesetz sehe - auch rechtsgeschichtlich betrachtet - kein Verbot dieser wirtschaftlichen Tätigkeiten vor. Dieser Schutz erstreckte sich aber nicht auf 'die reine Finanzmittelbeschaffung' (71) durch parteieigene Unternehmen. (ZPol, NOMOS)

[169-L] Schroeder, Wolfgang:

**SPD und Gewerkschaften: vom Wandel einer privilegierten Partnerschaft**, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 61/2008, H. 5, S. 231-237 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Im Bewusstsein der langen Linien der deutschen Parteien- und Verbändepolitik wird in diesem Beitrag das Verhältnis zwischen den beiden Protagonisten der alten Arbeiterbewegung, also der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, einer neuerlichen Inspektion unterworfen. Dass die Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften trotz gemeinsamer Herkunft nie einfach waren und sind, vor allem dann, wenn die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt ist, kann als Binsenweisheit gelten. Noch schwieriger wird diese Beziehung,

---

wenn es eine parlamentsfähige Partei links von der SPD gibt, die für sich in Anspruch nimmt, natürlicher Verbündeter der Gewerkschaften zu sein. Die tiefer gehende Ursache für die beobachtbaren Differenzen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie lässt sich im Auseinanderdriften der sozialstrukturellen Basis von SPD und Gewerkschaften verorten. Gleichwohl gibt es über strategische, programmatische und personelle Ansatzpunkte Potenziale für lose, aber gleichwohl tragfähige Interessenverknüpfungen." (Autorenreferat)

[170-F] Schumacher, Hajo (Bearbeitung):

**Machtphysik: Führungsstrategien der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel im innerparteilichen Machgeflecht 2000-2004**

**INHALT:** keine Angaben **ZEITRAUM:** 2000-2004

**ART:** ENDE: 2006-07 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft (Lotharstr. 65, 47057 Duisburg)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 0203-379-2022, Fax: 0203-379-2318, e-mail: monika.baehetz@uni-due.de)

[171-L] Schwarz, Hans-Volker:

**Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956: vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost),**

(Schriften zur Europa- und Deutschlandforschung, Bd. 13), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, X, 709 S., ISBN: 978-3-631-55831-7 (Standort: UB Bochum(294)-DPA14457)

**INHALT:** "Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8./9. Mai 1945 kam Deutschland unter alliierte Besatzung - Berlin wurde Viersektorenstadt. Im Jahre 1945 gingen die deutschen Liberalen noch von der Gründung einer liberalen Partei für ganz Deutschland aus. Mit dem Zerfall der Eintracht unter den Alliierten folgte sukzessive die Teilung Deutschlands. Die Teilungsgeschichte der Berliner Parteien und des Berliner Landesverbandes der LDP(D)/FDP im Zeitraum von 1945 bis 1956 ist einzigartig in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Diese Arbeit schließt eine Lücke an der Schnittstelle zwischen Ost und West. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die liberalen Parteien LDP und FDP im geteilten Berlin - im Epizentrum des Kalten Krieges. Nach der Frage des Neuanfangs der Berliner Liberalen im Jahre 1945 treten die Entstehung der Berliner Opposition der LDP und die Teilung der Spree-Metropole in den Vordergrund. Es folgt die Entwicklung der FDP bzw. LDP(D) bis 1956, wobei hier die Bedeutung der Berliner Liberalen als Bindeglied oder Keil zwischen Ost und West und die Funktion im jeweiligen politischen System in vergleichender Perspektive untersucht wird." (Autorenreferat)

[172-L] Shikano, Susumu:

**Die Eigendynamik zur Eindimensionalität des Parteienwettbewerbs: eine Simulationsstudie,**

in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 49/2008, H. 2, S. 229-250 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.pvs-digital.de/](http://www.pvs-digital.de/); [dx.doi.org/10.1007/s11615-008-0098-x](https://doi.org/10.1007/s11615-008-0098-x))

**INHALT:** "Während der ideologische Raum für den Parteienwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland oft als zweidimensional charakterisiert wird, zeigen manche empirisch geschätzte Parteipositionen eine Eindimensionalität. Dies gibt angesichts gängiger räumlicher Modelle des Parteienwettbewerbs ein Rätsel auf, da die Parteien den Modellen zufolge die Zweidimensionalität ausschöpfen sollen, um den Stimmengewinn zu maximieren. Dieser Beitrag versucht - im Rahmen der Modelle bleibend - die eindimensionale Ordnung der Parteien zu erklären. Zu diesem Zweck werden die Annahmen der räumlichen Modelle überprüft und einige davon aufgehoben oder abgeändert. Vor allem lässt es das hier entwickelte Modell zu, dass die Parteien einerseits auf der Basis der Wählerpräferenzen ihre Position optimieren und andererseits die Salienz und die Nicht-Separabilität der beiden Dimensionen zu beeinflussen versuchen, damit die Nutzenfunktion der Wähler zu ihren Gunsten ausfällt. Die Simulationen zeigen, dass sich die stimmenmaximierenden Parteien zugunsten einer gewissen Ungleichheit der Salienz oder Nicht-Separabilität der Dimensionen koordinieren können, was zu einem gewissen Niveau an Eindimensionalität führt." (Autorenreferat)

[173-L] Steuer, Janosch:

**Eine neue Partei 'links von der SPD': Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und Linkspartei.PDS**, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen, 2007, Nr. 38, S. 97-124

**INHALT:** Bis heute ist das wissenschaftliche Interesse an kleinen Parteien ohne parlamentarische Vertretung gering. Vor diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag die Rolle kleiner Parteien im politischen System Nordrhein-Westfalens. Am Beispiel der Institutionalisierung der neuen Partei "Die Linke" werden Kleinparteien, ihre Funktion in politischen Systemen und ihre Entwicklung behandelt. Der Verfasser fragt insbesondere, ob Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen neue Optionen für eine effektivere Vertretung kleiner Parteien bieten. Vor diesem Hintergrund wird den Wandel von PDS und WASG in Nordrhein-Westfalen dargestellt und nach Gründen für Erfolg und Scheitern gefragt. Zudem werden die Chancen für eine dauernde Parlamentsmitgliedschaft der neuen Partei "Die Linke" diskutiert. Der Verfasser kommt zu dem Schluss, dass die Bedeutung kleiner Parteien nicht nennenswert gestiegen ist. (ICEÜbers)

[174-L] Walter, Franz:

**Sozialdemokratische Programmfindung: Ruck nach links?**, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 24/2007, H. 2, S. 68-74 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

**INHALT:** Der Verfasser geht von der Annahme aus, dass die Sozialdemokratie - und die politische Linke insgesamt - seit rund drei Jahrzehnten bereits programmatisch leer ist. Für Deutschland trifft das besonders zu. Insofern liehen sich die wenigen Vordenker, die der SPD noch in bescheidenem Maße geblieben waren, Versatzstücke aus Großbritannien oder borgten Slogans aus Skandinavien aus. Der Verfasser zeigt, dass der technokratisch unterfütterte vorsorgende Sozialstaat Menschen als Material, als Produktionsfaktoren, in die man rentabilitätsorientiert investieren muss, begreift. Die Chancen, die der vorsorgende Sozialstaat den Menschen anbietet, sind keineswegs ein Angebot, das man ablehnen darf. Es herrscht nachgerade

---

ein Zwang zur lebenslang fleißigen Eigenoptimierung durch die Bildungsinvestitionen des Staates. Der geförderte normierte Mensch im "stählernen Gehäuse" des Vorsorgestaats hat die Pflicht zu Chancenerfüllung, Leistung und Erfolg. Es wird die These vertreten, dass das gültige Grundsatzprogramm erheblich stärker klassisch gehalten ist. Der "demokratische Sozialismus", den man schon für final beerdigt hielt, ist nun häufig im Text als Zielperspektive zu finden und wird explizit gleich eingangs als eine "stolze Tradition" der Partei herausgestellt. Abschließend wird rhetorisch die Frage gestellt: Sozialismus oder Harz IV? (ICG)

[175-L] Wiesendahl, Elmar:

**Am Volk vorbei: die Volksparteien nach dem Wegfall ihrer Voraussetzungen**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 4-14 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die großen Volksparteien in der Bundesrepublik haben nach Einschätzung des Autors in letzter Zeit an politischer und gesellschaftlicher Integrationskraft verloren, weil begünstigende wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen weggefallen sind und die Parteien ein strategisches Fehlverhalten gezeigt haben. Dadurch haben sie ihren Anspruch verwirkt, sozialen Ausgleich und Zusammenhalt durch schichtenspezifische Interessenrepräsentation und -integration zu organisieren. Stattdessen kündigten sie den fest in der Bevölkerung verankerten Sozialstaatskonsens und das Prinzip gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit auf, wie der Autor anhand von Beispielen zeigt. Er skizziert den Aufstieg der Volksparteien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ihren schleichenden Niedergang seit den 1980er Jahren, der seines Erachtens durch eine repräsentationsdemokratische Legitimationskrise verursacht ist. (ICI2)

## 5 Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation

[176-L] Abold, Roland:

**Liberal, ungebunden, unzufrieden, sucht ...: Simulation individueller Wahlentscheidungen für die Bundestagswahlen 1994-2005**, (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 5), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 290 S., ISBN: 978-3-8329-2857-5 (Standort: UB Duisburg(464)-01/OZK/2941)

**INHALT:** Wahlentscheidungen bei Bundestagswahlen spiegeln ein ganzes Bündel von Informationen, Erfahrungen und Gewohnheiten auf Seiten des einzelnen Bürgers wider. Mit Hilfe eines flexiblen Wahlmodells lassen sich unterschiedliche Entscheidungsprozesse abbilden. Im ersten Teil der vorliegenden Untersuchung werden die theoretischen Grundlagen für die Modellierung der Wahlentscheidung gelegt und in einen Analysestrategie übersetzt. Hier geht es um Heterogenität und Struktur des Wahlvolks, die Determinanten von Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung und den Prozess der Wahlentscheidung als individuellen Entscheidungsprozess. Das entwickelte Wahlmodell wird mittels eines deterministischen Simulationsmodells anhand des Datensatzes "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" für die Bundestagswahlen 1994 bis 2002 und der Fortführung dieser Panelstudie für die vorgezogene Bundestagswahl 2005 umgesetzt. Dies erlaubt eine Simulation der individuellen Wahlentscheidungen der in den Umfragen repräsentierten

Wähler. Ergänzt wird diese Simulation durch eine experimentelle Wahlsimulation des langfristigen sozialen und des kurzfristigen politischen Wandels. (ICE2)

[177-L] Behnke, Joachim:

**Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland: Logik, Technik und Praxis der Verhältniswahl**, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 249 S., ISBN: 978-3-8329-2262-7 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5759)

**INHALT:** Der erste Teil der Untersuchung behandelt normative und pragmatische Begründungen für das Verhältniswahlsystem. Hier geht es um Argumente für Mehrheits- und Verhältniswahl, Wahrheitsurteile, Entscheidungen durch Repräsentation und das Problem strategischen Wählens. Im zweiten Teil wird die Technik des Proportionalwahlverfahrens diskutiert. Neben der Verrechnungsformel nach d'Hondt werden auch Quota-Verfahren, Divisor-Verfahren sowie Hills Methode behandelt und Disproportionalitäten zwischen verschiedenen Verrechnungsformeln verglichen. Der dritte Teil ist dem Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland gewidmet, dessen Elemente unter den zuvor entwickelten Kriterien erörtert werden. Besonderes Interesse gilt hierbei Anreizen zu strategischem Verhalten, wie sie das deutsche Wahlsystem bietet, und dem Phänomen der Überhangmandate, die in dieser Form einzigartig sind und spezifische normative und technische Probleme mit sich bringen. Als Reformvorschlag wird die Einführung von Mehrmandirektwahlkreisen empfohlen. (ICE2)

[178-L] Bräuninger, Thomas; Behnke, Joachim (Hrsg.):

**Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie: Bd. 4, Schwerpunkt Parteienwettbewerb und Wahlen**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 232 S., ISBN: 978-3-531-15202-8

**INHALT:** Das Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie widmet sich in seiner vierten Ausgabe einem aktuellen sozialwissenschaftlichen Problem: Parteienwettbewerb und Wahlen, seit Downs ein klassisches Gebiet der Rational-Choice-Theorie. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Jens Hainmüller, Holger Lutz Kern und Michael Bechtel: Wahlkreisarbeit zählt sich doppelt aus - Zur Wirkung des Amtsinhaberstatus einer Partei auf ihren Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998 (11-46); Susumu Shikano: Modellgestützte Rekonstruktion und Simulation des Ergebnisses der Bundestagswahl 2005 (47-78); Clemens Kroneberg: Die Erklärung der Wahlteilnahme und die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes. Eine Anwendung des Modells der Frame-Selektion (79-112); Michael Henmann, Susumu Shikano, Paul W. Thumer und Axel Becker: Die Analyse von Wählerpräferenzen mit Rank Ordered Logit (113-134); Christian W. Martin und Thomas Plümper: Instabilität von parteipolitischen Programmen: Der Einfluss der Zahl der Parteien (135-150); Stefan Ganghof: Strategische Uneinigkeit? Methodische Probleme und normative Implikationen von analytischen Erzählungen über Reformblockaden (151-178); Christoph Hönnige: Die Entscheidungen von Verfassungsgerichten - ein Spiegel ihrer Zusammensetzung? (179-214); Reinhard Zintl: Der ökonomische Ansatz in der politischen Theorie - nützliches Instrument oder Prokrustesbett? (215-230).



[179-L] Faas, Thorsten; Schmitt-Beck, Rüdiger:

**Wahrnehmung und Wirkungen politischer Meinungsumfragen: eine Exploration zur Bundestagswahl 2005**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 233-267, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "So, wie sich 'TV-Duelle' inzwischen in der Medienlandschaft etabliert haben, sind Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen seit Jahren ein fester Bestandteil der Berichterstattung über Bundestagswahlkämpfe. Und immer wieder wird vor Bundestagswahlen über die Bedeutung von in den Medien veröffentlichten Umfragedaten auf das Wählerverhalten diskutiert. Mittels der erstmals in Deutschland eingesetzten Rolling Cross-Section-Methode untersuchen die Autoren die Wahrnehmung solcher Umfrageergebnisse durch die Wähler sowie deren Einfluss auf die Einschätzung von Koalitionsmöglichkeiten und auf die Stimmabgabe. Vor der Bundestagswahl 2005 haben etwa zwei Drittel der Befragten veröffentlichte Umfrageergebnisse zumindest gelegentlich wahrgenommen. Besonders häufig werden solche Ergebnisse von politisch interessierten Personen registriert, die über eine feste Parteibindung verfügen, sich bereits frühzeitig für eine Partei entschieden haben und die das Angebot der Qualitätsmedien häufig nutzen. Die Wahrnehmung von Umfragen bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Einschätzung möglicher Koalitionsoptionen. So waren regelmäßige Nutzer von publizierten Umfrageergebnissen eher in der Lage, eine realistische Koalitionseinschätzung abzugeben - sie nahmen überdurchschnittlich oft einen Umschwung von der schwarz-gelben hin zur Großen Koalition wahr. Hinsichtlich der Stimmabgabe profitierte die SPD von veröffentlichten Umfragedaten. Personen, die häufig Umfragen wahrnahmen, in denen die SPD gegen Ende des Wahlkampfes zulegte, wechselten auch eher zu dieser Partei. Dabei dürfte es sich um SPD-Anhänger gehandelt haben, die entweder gar nicht zur Wahl gehen wollten oder die die Wahl der Linkspartei erwogen hatten. Unter dem Eindruck der sich bessernden Umfrageergebnisse könnten sie sich dann dort für 'ihre' Partei entschieden haben." (Textauszug)

[180-L] Freitag, Markus; Stadelmann-Steffen, Isabelle:

**Wahl- oder Abstimmungsdemokratie?: der Einfluss der direkten Demokratie auf die Wahlteilnahme**, in: Markus Freitag, Uwe Wagschal (Hrsg.): Direkte Demokratie : Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich, Münster: Lit Verl., 2007, S. 189-216, ISBN: 978-3-8258-0589-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007 6829)

**INHALT:** Die Autoren beschäftigen sich mit der Wirkung direktdemokratischer Mitspracherechte auf die individuelle Teilnahmebereitschaft bei Wahlen. Die Untersuchung konzentriert sich auf einen Vergleich der Schweizer Kantone und definiert die individuelle Wahlteilnahme bei kantonalen Parlamentswahlen als zu erklärende Größe. Die empirischen Mehrebenenanalysen zeigen, dass die Volksrechte keine stimulierende Wirkung auf die Wahlbeteiligung ausüben. Im Gegenteil: Je stärker ausgebaut direktdemokratische Verfahren sind und je intensiver der Gebrauch dieser Volksrechte ist, desto weniger wahrscheinlich ist die individuelle Beteiligung bei kantonalen Parlamentswahlen. (GB)

[181-L] Geys, Benny; Vermeir, Jan:

**Party cues and yardstick voting**, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Märkte und Politik, Abteilung Marktprozesse und Steuerung, 2008-05), Berlin 2008, 13 S. (Graue Literatur; [bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/ii08-05.pdf](http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/ii08-05.pdf)); Forschungsbericht/Nummer:SPII2008-05

**INHALT:** "Politiker einer beliebigen Partei zeigen gewöhnlich Ähnlichkeiten bezüglich (politischer) Ansichten. Zudem sind sie in bestimmten Politikfeldern oft abhängig von Grundsätzen ihrer Partei. Letztlich übernehmen sie Standpunkte eher untereinander als von Politikern anderer Parteien. Daher liefern Parteien wichtige Hinweise wie Politiker nach ihrer Wahl handeln werden. Das vorliegende Papier beurteilt die Auswirkungen solcher Informationen über die Partei auf das bekannte 'Yardstick Voting' Modell (Wähler nutzen ihre Beobachtungen aus benachbarten Regionen zur Beurteilung ihrer eigenen Regierung). Es wird gezeigt, dass der Informationsgehalt der Ereignisse in Nachbarregionen stark davon abhängt, ob dieselbe Partei die Regierung stellt. Genauer gesagt, Wähler können andere Regionen bei ihren Entscheidungen berücksichtigen, jedoch sollten sie zwischen solchen mit derselben und mit einer anderen Partei in der Regierungsverantwortung differenzieren. Die Ergebnisse des Modells decken sich mit jüngsten Beobachtungen in Schweden und den Vereinigten Staaten." (Autorenreferat)

[182-L] Gilland Lutz, Karin; Hug, Simon:

**A cross-national comparative study of the policy effects of referendums**, (CIS Working Papers, No. 22), Zürich 2006, 51 S. (Graue Literatur; [www.cis.ethz.ch/publications/WP\\_22\\_Hug.pdf](http://www.cis.ethz.ch/publications/WP_22_Hug.pdf))

**INHALT:** "With the adoption of new constitutions in Eastern and Central Europe containing numerous provisions allowing for referendums, cross-national comparative work on the policy effects of referendums across the European continent have become possible. This allows us to close an important gap in the literature on referendums, namely to assess the consequences of these institutions at the national level. More precisely, we wish to assess whether the well-documented policy effects at the subnational level (e.g., in the United States or Switzerland) carry over to the national level. Some of these subnational studies support the theoretically derived implication that the possibility of referendums leads to policies more closely reflecting the voters' wishes. The present paper provides empirical tests of this, but contrary to other empirical studies so far, proposes a comparative analysis at the national level. For several policies in the domain of labor regulation we show that the presence of institutions allowing for referendums reduces the difference between policy outcomes and the voters' wishes as assessed in surveys. We carry out these tests on the basis of several datasets covering a range of mainly Western countries, and rely on a diverse set of methodologies to assess policy outcomes." (author's abstract)

[183-L] Herrmann, Michael:

**Moderat bevorzugt, extrem gewählt: zum Zusammenhang von Präferenz und Wahlentscheidung in räumlichen Modellen sachfragenorientierten Wählens**, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 49/2008, H. 1, S. 20-45 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.pvs-digital.de/](http://www.pvs-digital.de/))

**INHALT:** "Dieser Beitrag demonstriert auf der Basis von Umfragedaten zur Bundestagswahl 2005, dass Wähler entgegen ihrer Präferenz oft systematisch extremere Parteien wählen, als ihnen lieb ist. Die Schätzung eines räumlichen Diskontierungsmodells nach Grofman (1985) zeigt, dass Parteipräferenz und Wahlentscheidung unterschiedlichen Nutzenfunktionen folgen. Präferenzen erweisen sich als rein nahebasiert, d.h. Wähler präferieren Parteien, die ähnliche Positionen vertreten wie sie selbst. Mit der Hinwendung zur Wahlentscheidung bzw. zur meistpräferierten Alternative setzt jedoch eine Abwertung der politischen Positionen von Parteien und, damit einhergehend, eine Verschiebung des Wählernutzens hin zu extremeren politischen Positionen ein. Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen, dass sich das Wahlverhalten ändern kann, auch wenn sich die Präferenzen der Wähler nicht ändern. Die Ergebnisse legen außerdem den Schluss nahe, dass der ungewöhnliche Erfolg von FDP und Die Linke bei der Bundestagswahl 2005 eher durch abweichendes Wahlverhalten politisch moderater Wähler als durch eine tiefgreifende Spaltung der (sozial-)politischen Präferenzen der deutschen Wählerschaft erklärt werden kann." (Autorenreferat)

[184-L] Hoecker, Beate:

**Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 13. Mai 2007: Neustart für Rot-Grün und Fünf- statt Dreiparteiensystem**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 270-282 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Ergebnisse der Bremer Bürgerschaftswahl sind in zwei Aspekten bemerkenswert. Zum einen bedeutete sie nach 12 Jahren das Ende für die Große Koalition aus SPD und CDU, die durch eine rot-grüne Koalition ersetzt wurde. Hierfür waren nicht so sehr die Wähler verantwortlich. Die SPD blieb stärkste Partei, musste aber höhere Verluste verkraften als die CDU. Ausschlaggebend für den Koalitionswechsel waren vielmehr die Präferenzen des SPD-Spitzenkandidaten Jens Böhrnsen für eine Koalition mit den Grünen, die dank des hervorragenden Wahlergebnisses der Grünen Realität werden konnten. Zum anderen gewannen alle kleinen Parteien hinzu, sodass neben SPD und CDU auch die Grünen, die Linke und die FDP Abgeordnete in der Bürgerschaft stellen. Aus einem stabilen Drei-Parteien-System wurde in Bremen ein Fünf-Parteien-System. Welchen Erfolg die neue Koalitionsregierung bei der Lösung der drängenden Wirtschafts- und Finanzprobleme des kleinsten deutschen Bundeslandes haben wird, bleibt abzuwarten. (ICEÜbers)

[185-L] Huß, Torsten:

**Personalisierung von Politik: Kandidatenorientierung und Wahlverhalten**, Saarbrücken: VDM Verl. Dr. Müller 2007, 75 S., ISBN: 978-3-8364-1508-8 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG/15480/H972)

**INHALT:** "Personalisierung in der Politik ist allgegenwärtig: ob im Wahlkampf oder in der Medienberichterstattung, immer mehr rücken Spitzenpolitiker in den Vordergrund, immer mehr werden Wahlen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland zu Duellen zwischen den Spitzenkandidaten der Parteien hochstilisiert. Doch führt die zunehmende Personalisierung in der Politik tatsächlich zum Wahlerfolg? Orientiert sich der Wähler immer mehr an Spitzenkandidaten, statt an politischen Programmen und Parteien? Kann also eine zunehmende Kandidatenorientierung im Wahlverhalten festgestellt werden? Der Autor Torsten Huß gibt einen einführenden Überblick zur Definition des Personalisierungsbegriffs in der Politik und erläutert die unterschiedlichen Ebenen der Personalisierung im Wahlkampf, in der Medienberichterstattung und im Wahlverhalten. Darauf aufbauend analysiert er anhand empirischer Studien den Einfluss der Kandidatenorientierung bei Bundestagswahlen von 1961 bis 1998." (Autorenreferat)

[186-L] Kellermann, Charlotte; Rattinger, Hans:

**Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und zugeschriebene Regierungsverantwortung als**

**Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005**, in:

Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weißels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 369-393, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** Wirtschaftliche Lage und Arbeitslosigkeit waren bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 wichtige Themen. Auf der Basis von Paneldaten und mit Hilfe logistischer Regressionsmodelle untersucht dieser Beitrag, in wie weit hier Wandlungsprozesse stattgefunden haben. Vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen (Incumbency-Modell, Policy-Modell) zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Wahlverhalten werden die Wahrnehmung der allgemeinen und individuellen Wirtschaftslage bei den letzten beiden Bundestagswahlen sowie persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit betrachtet und es wird gefragt, in wie weit diese Einflüsse von Überzeugungen die staatliche Verantwortung für die Wirtschaft betreffend moderiert werden. In Interaktion mit der zugewiesenen wirtschaftlichen Regierungsverantwortung finden sich empirische Belege sowohl für die Incumbency- als auch für die Policy-Hypothese. Policy-orientiertes Wahlverhalten findet sich eher bei Menschen, die die Regierung gar nicht oder kaum in der Pflicht sehen, was die Wirtschaft angeht, Wahlverhalten nach dem Incumbency-Modell und der Belohnungs-Bestrafungs-Logik bei solchen, die der Regierung eine hohe wirtschaftliche Verantwortung zuweisen. (ICE2)

[187-L] Klein, Marcus; Rosar, Ulrich:

**Ist Deutschland reif für eine Kanzlerin?: eine experimentelle Untersuchung aus Anlass der**

**Bundestagswahl 2005**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weißels (Hrsg.):

Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 271-291, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Die erstmalige Kandidatur einer Frau für das Amt des Bundeskanzlers stellt den Ausgangspunkt des Beitrags dar. Anhand von Experimentaldaten gehen sie der Frage nach, ob Deutschland reif für eine Kanzlerin war - oder ob die Union wegen ihrer weiblichen Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl schlechter als erwartet abgeschnitten hat. In diesem Zu-

sammenhang untersuchen die Autoren auch den Einfluss eines unpolitischen Kandidatenmerkmals auf die Wahlabsicht - nämlich der physische Attraktivität von Kandidaten. Sie können zeigen, dass die Union nicht durch die Kandidatur einer Frau geschwächt wurde. Das Geschlecht von Spitzenpolitikern spielt für die Wahlentscheidung demnach keine Rolle. Die physische Attraktivität hingegen übt einen eigenständigen, wenn auch schwachen Einfluss auf die Bewertung von Spitzenpolitikern aus. Dies gilt für weibliche Herausforderer in etwas stärkerem Maße als für männliche Herausforderer. Sofern also unpolitische Merkmale für die Bewertung von Kandidaten eine Rolle spielen, ist es die Attraktivität und nicht das Geschlecht." (Textauszug)

[188-L] Kriesi, Hanspeter; Bernhard, Laurent; Hänggli, Regula:

**Coalition formation in direct-democratic campaigns: a case study of the vote on the Swiss asylum law**, (Working Paper / National Centre of Competence in Research (NCCR) Challenges to Democracy in the 21st Century, No. 12), Zürich 2008, 53 S. (Graue Literatur; [www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP12.pdf](http://www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP12.pdf))

**INHALT:** "Coalition formation in a direct-democratic campaign follows a logic of its own. In such campaigns, there is little room for bargaining, there are no designated leaders, and the number of potential coalition partners is large. Moreover, coalition formation has a decisive influence on the outcome of the vote. We argue that, in such campaigns, coalition formation is decisively shaped by the institutional setting and the belief systems of the actors involved. The exploratory analysis of the case of the vote on the Swiss asylum law in 2006 confirms the importance of these factors. The binary logic of the vote imposed the formation of two camps in spite of all the substantive distinctions the actors wished to make. In each one of the two camps, however, the heterogeneity of the alliances manifested itself in the formation of component coalitions, each of whom was based on distinct sets of beliefs." (author's abstract)

[189-L] Kriesi, Hanspeter; Bernhard, Laurent; Hänggli, Regula:

**Political strategies in direct-democratic campaigns**, (Working Paper / National Centre of Competence in Research (NCCR) Challenges to Democracy in the 21st Century, No. 8), Zürich 2007, 47 S. (Graue Literatur; [www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP8.pdf](http://www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP8.pdf))

**INHALT:** "In this paper we make an attempt to provide a framework for the analysis of the political actors' strategies in direct-democratic campaigns. We conceptually divide the set of choices into three subsets -coalition formation, mobilizing, and crafting of the message. Mobilizing choices include decisions about timing, targeting and the communication repertoire. Crafting the message refers to decisions about agenda-building (priming, framing) and rhetorical strategies. We formulate a number of hypotheses about the possible determinants, and the likely effects of the various choices involved in mobilizing and crafting of the message, at the level of the public sphere as well as at the level of the citizen public." (author's abstract)

[190-L] Krumpal, Ivar; Vatter, Adrian:

**Ökonomisches Wählen: zum Einfluss von Wahrnehmungen der allgemeinen Wirtschaftslage auf das Abschneiden der Bundesregierungsparteien bei Landtagswahlen**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 1, S. 93-111 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Für viele demokratische Staaten zeigen quantitative Wahlstudien eine robuste statistische Korrelation zwischen makroökonomischen Indikatoren und Wahlergebnissen. In wirtschaftlich schlechten Zeiten müssen Regierungsparteien bei regionalen Wahlen bedeutende Verluste hinnehmen. Eine theoretische Erklärung hierfür bietet das Konzept des rationalen Wählers, der den Regierungsparteien die Verantwortung für die schlechte Wirtschaftslage zuschreibt und sie bei der Stimmabgabe bestraft. Nationale und internationale Aggregatstudien zeigen, dass diese Erklärung auf der Makroebene stabil ist. Die vorliegende Studie verfolgt einen anderen Weg. Erstmals in Deutschland wird die Annahme ökonomischen Wählens bei Landtagswahlen auf der Mikroebene empirisch getestet. Das Ergebnis: Je pessimistischer ein Wähler in Bezug auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe gegen die im Bund regierenden Parteien bei Landtagswahlen. (ICEÜbers)

[191-F] Kuhn, Yvonne, Dr. (Bearbeitung); Greven, Michael Th., Prof.Dr. (Betreuung):

**Professionalisierung deutscher Wahlkämpfe? Wahlkampagnen seit 1953**

**INHALT:** keine Angaben **ZEITRAUM:** seit 1953 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

**ART:** ENDE: 2006-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Politische Theorie und Ideengeschichte (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

**KONTAKT:** Betreuer (Tel. 040-42838-4657, Fax: 040-42838-6818, e-mail: greven@sozialwiss.uni-hamburg.de)

[192-L] Kulick, Manuela; Onken, Holger:

**Die Wähler der Linkspartei in ihren Hochburgen: eine empirische Analyse zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 in Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 299-312 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Mit 7,1% der abgegebenen Stimmen erreichte die Linkspartei - eine Fusion aus PDS und WASG - bei den Landtagswahlen in Niedersachsen einen unerwarteten Erfolg. Ob sich eine neue Partei im Parteiensystem etablieren kann oder nicht, hängt davon ab, ob sie eine starke und stabile Wählerbasis aktivieren kann. Dies haben die Verfasser auf der Basis einer Wahlnachbefragung (n=2241) in drei Hochburgen der Linkspartei in Niedersachsen untersucht. Unterstützung, so zeigt sich, findet die Linkspartei vor allem in den unteren Wählerschichten. Die Linkspartei könnte damit die Wählerbasis haben, die sie für einen dauerhaften Wahlerfolg braucht. Hinsichtlich der politischen Einstellungen und der Wertorientierungen gibt es viele Gemeinsamkeiten unter den Wählern der Linkspartei, eine zentrale Rolle spielt

---

soziale Gleichheit. Zumindest in den urbanen Zentren der alten Bundesländer wird die Linkspartei offensichtlich von vielen Wählern als wählbare Alternative gesehen. (ICEÜbers)

[193-L] Lueße, Thiemo:

**Bürgerverantwortung und abnehmende Wahlbeteiligung**, Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 167 S., ISBN: 978-3-631-57350-1 (Standort: UB Siegen(467)-31OVH4188)

**INHALT:** "Die Untersuchung befasst sich mit dem Phänomen der abnehmenden Wahlbeteiligung. Der Autor überprüft die bisherigen empirischen Forschungsansätze, mit deren Hilfe dieses sich verstärkende Problem gelöst werden soll. Es wird analysiert, inwieweit die Teilnahme an Wahlen als aktive Verantwortungsübernahme verstanden werden kann und unter welchen Bedingungen Bürger Verantwortung auch tatsächlich übernehmen. Dabei kommt das Spannungsfeld zwischen der Verantwortung politischer Amtsträger einerseits und der Bürgerverantwortung andererseits ins Blickfeld und wird sowohl vor einem demokratietheoretischen als auch vor einem systemtheoretischen Hintergrund betrachtet. Darüber hinaus werden die Entwicklungschancen der Bürgerverantwortung untersucht, die zu einer Festigung der Bindung zwischen Gesellschaft und Bürger führen können und damit auch neue Ansätze liefern, der abnehmenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken." (Autorenreferat)

[194-L] Mackenrodt, Christian:

**Wie wichtig ist die Person?: zur Bedeutung von Persönlichkeitsfaktoren von Wahlkreisbewerbern bei Bundestagswahlen**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 1, S. 69-83 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Das deutsche Wahlsystem mit seinem modifizierten Verhältniswahlrecht und den Erst- und Zweitstimmen eröffnet die Möglichkeit, eine Person mit der Vertretung eines örtlichen Wahlkreises zu beauftragen. Der Verfasser analysiert die Bundestagswahlen der Jahre 1998, 2002 und 2005 unter der Fragestellung, ob Wähler einen Kandidaten in ihrem Wahlkreis auf Grund der persönlichen Qualitäten dieses Kandidaten wählen. Es wird angenommen, dass Kompetenz und soziale Repräsentativität eines Kandidaten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, mit der Erststimme gewählt zu werden, und dass Wähler Informationshilfen nutzen, um sich über die Kandidaten zu informieren. Ein Teil der Wähler nutzt die Erststimme in der Tat in ihrer ursprünglichen Funktion einer Persönlichkeitswahl. Insgesamt sind Kandidaten im Vorteil, die überregional bekannt sind. (ICE2)

[195-L] Maurer, Marcus; Reinemann, Carsten; Maier, Jürgen; Maier, Michaela:

**Schröder gegen Merkel: Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 258 S., ISBN: 978-3-531-15137-3 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MG15460/65)

**INHALT:** "Der SPD ist im Bundestagswahlkampf eine beispiellose Aufholjagd gelungen. Welche Rolle hat das TV-Duell zwischen Gerhard Schröder und Angela Merkel hierbei gespielt? Wie viele Wähler wurden durch das Duell umgestimmt? Wie muss man argumentieren, um die Wähler auf seine Seite zu ziehen? Welchen Einfluss hatte die Medienberichterstattung über das Duell? Diese Fragen werden im vorliegenden Band beantwortet. Die Autoren haben in ih-

rer Studie die Eindrücke, die 121 Wahlberechtigte in Mainz und Jena während des Duells von den Kandidaten hatten, sekundengenau analysiert. Zusammen mit einer Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung und einer Befragung vor, direkt nach und noch einmal wenige Tage nach dem Duell ergibt sich ein umfassendes Bild von der Wahrnehmung und Wirkung von TV-Duellen." (Autorenreferat).

[196-L] Maurer, Marcus:

**Warum "Wahlprognosen" scheitern: vier Thesen zur Rationalität von Wahlentscheidungen in der Mediendemokratie**, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 59/2008, H. 417, S. 41-52 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.hss.de/downloads/PolStudien417\\_Internet.pdf](http://www.hss.de/downloads/PolStudien417_Internet.pdf))

**INHALT:** Die Wahlsoziologie beschäftigt sich mit den Ursachen von Wahlabsichten, sie vernachlässigt jedoch die Ursachen von Veränderungen der Wahlabsichten. Solche Veränderungen lassen sich vor allem mit Veränderungen in der Politikberichterstattung der Massenmedien erklären. Die Wähler bilden sich ihre Urteile nicht rational, sondern heuristisch. Die Art der Medienberichterstattung führt dazu, dass Politiker hauptsächlich aufgrund ihrer Persönlichkeitseigenschaften beurteilt werden. Die Darstellung von Politik in den Medien und die heuristische Urteilsbildung der Wähler führen dazu, dass die Einstellung der Wähler volatiler wird. (ICE2)

[197-L] Meffert, Michael F.; Gschwend, Thomas:

**Voting for coalitions?: the role of coalition preferences and expectations in voting behavior**, (Discussion Paper / Universität Mannheim, SFB 504 Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung, No. 07-64), Mannheim 2007, 25 S. (Graue Literatur; [www.sfb504.uni-mannheim.de/publications/dp07-64.pdf](http://www.sfb504.uni-mannheim.de/publications/dp07-64.pdf))

**INHALT:** "Coalition governments are the norm in many countries, even though voters can only cast their vote for an individual party, not a specific coalition. Some voters might nevertheless cast their vote in a way that maximizes the probability that a preferred coalition will be formed after the election. In the paper, we investigate the effect of coalition preferences and expectations on vote decisions, above and beyond the preferences for specific parties. We focus in particular on voters' ability to form differentiated expectations about possible coalitions, the likelihood of a majority and the likelihood that the parties will be able to agree on a coalition. We report the results of a nationally representative survey conducted before the 2006 Austrian General Election. We collected detailed information about respondents' party and coalition preferences and expectations about the electoral outcomes. Green Party voters are used to demonstrate that the effect of coalition preferences depends on whether or not voters expect a coalition to succeed." (author's abstract)



[198-L] Niedermayer, Oskar:

**Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005: Parteistrategien und Kampagnenverlauf**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 21-42, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Der Autor gibt einen Überblick über die besondere Ausgangslage der Bundestagswahl und den Umgang der Parteien mit ihr. Die Wahlkampfplanung lässt sich grundsätzlich unterscheiden in eine Imagelinie (Betonen der eigenen Stärken) und in eine Angriffslinie (Betonen der Schwächen des politischen Gegners). Dabei sind sowohl die Parteien als auch deren Spitzenkandidaten zentrale Bewertungsobjekte. Welche Strategie eine Partei wählt, hängt sowohl von den innerparteilichen Rahmenbedingungen ab, als auch vom politischen, ökonomischen, technischen und sozio-kulturellen Kontext. Während die SPD im Wahlkampf auf eine verbale Resozialdemokratisierung setzte, im Themenfeld 'soziale Gerechtigkeit' eine emotionalisierte und personalisierte Werteauseinandersetzung mit der Union suchte und damit Erfolg hatte, versuchte es die Union mit einer zaghaften Betonung der negativen Leistungsbilanz von Rot-Grün und mit einem 'Regierungswahlkampf'. In Letzterem dominierte allerdings nicht die Kommunikation über politisch-thematische Ziele, sondern die Diskussion über einzelne politische Instrumente und Maßnahmen, die jedoch nur selten in einen Ziel- und Wertekontext eingeordnet wurden. Die Linkspartei versuchte sich als sozialstaatlichen Pol des Parteienspektrums zu positionieren und vertraute zusätzlich auf die Zugkraft von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Die FDP war, anders als bei der Bundestagswahl 2002, mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der Union angetreten und profitierte davon: Zahlreiche Unionsanhänger gaben der FDP ihre Stimme, um die marktwirtschaftliche Position innerhalb der zu erwartenden Koalition zu stärken. Zugleich versuchte die FDP, das 2002 erworbene Image als 'Spaßpartei' abzustreifen. Schwieriger gestaltete sich die Lage für die Grünen: Ihr Spitzenkandidat Joschka Fischer war im Vergleich zu 2002 geschwächt. Zudem standen für die Grünen günstige Themen nicht so prominent auf der Tagesordnung wie 2002 und auch die klare koalitionspolitische Ausrichtung fehlte - vor allem auf der Seite der SPD." (Textauszug)

[199-L] Pappi, Franz Urban:

**Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006**, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 36/2007, H. 4, S. 445-469 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Ergebnis-orientiertes Wählen berücksichtigt die Folgen der eigenen Stimmabgabe für die Regierungsbildung. Das ist in Mehrparteiensystem generell schwierig und war bei der Nationalratswahl 2006 wegen der vielen plausiblen Regierungsoptionen besonders schwierig. Trotzdem haben die österreichischen WählerInnen Koalitionspräferenzen entwickelt. In dem Beitrag wird zunächst die Partei- und Koalitionskonstellation aus der WählerInnensicht insgesamt beschrieben und mit den politischen Einstellungen der Wählerschaft interpretiert. Dann interessiert das Verhältnis zwischen den Partei- und Koalitionspräferenzen bei den einzelnen WählerInnen, weil nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass letztere eine simple Folge der ersteren sind. Im dritten Schritt kann dann nachgewiesen werden, dass die Koalitionspräferenzen auch bei Kontrolle der Parteipräferenzen einen eigenständigen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Es existiert ein interner Mobilisierungseffekt, der Anhänger einer Partei zur Wahlentscheidung für ihre Partei umso mehr motiviert, je stärker eine bestimm-

te Koalitionspräferenz der eigenen Partei mit einem plausiblen Koalitionspartner vorhanden ist. Und es existiert ein externer Mobilisierungseffekt bei WählerInnen ohne starke Parteipräferenz. Je positiver diese Gruppe eine große Koalition bewertet hat, desto stärker wuchs die Bereitschaft SPÖ zu wählen, während die ÖVP generell von Koalitionspräferenzen weniger profitierte." (Autorenreferat)

[200-L] Podschuweit, Nicole:

**Wirkungen von Wahlwerbung: Aufmerksamkeitsstärke, Verarbeitung, Erinnerungsleistung und Entscheidungsrelevanz**, (Reihe Medien-Skripten : Beiträge zur Medien- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 49), München: R. Fischer 2007, 182 S., ISBN: 978-3-88927-422-9 (Standort: THB Aachen(82)-Rf1347-49)

**INHALT:** "Wahlwerbung wirkt. Dies belegen zahlreiche US-amerikanische Studien, die zumindest auf einen indirekten Einfluss der Werbung auf das Wahlverhalten schließen lassen. In Deutschland liegen bislang kaum Befunde über die Wirkungen von Wahlwerbung vor. Einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke liefert die vorliegende Analyse von Werbetackingdaten zur Wahrnehmung und Wirkung der Parteienwerbung im Bundestagswahlkampf 2002. Auf der Basis bevölkerungsrepräsentativer Stichproben von 350 Befragten pro Woche werden die Aufmerksamkeitsstärke, die Verarbeitung und die Erinnerungsleistung von Wahlwerbung sowie ihr Einfluss auf das Entscheidungsverhalten der Wähler untersucht. Ergänzt wird die Analyse der Umfragedaten um eine qualitative Untersuchung der von den Parteien eingesetzten Werbemittel." (Autorenreferat)

[201-L] Prosser, Alexander; Parycek, Peter (Hrsg.):

**Elektronische Demokratie in Österreich: Proceedings der EDem2007 ; 27.-28. September 2007, Wien**, (books@ocg.at, Bd. 225), Wien: Österr. Computer Ges. 2007, 158 S., ISBN: 978-3-85403-225-0 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG/33400/P966)

**INHALT:** "Elektronische Demokratie ist von einer theoretisch erörterten Möglichkeit zur Realität geworden. Was aber steckt hinter diesem Schlagwort, wie sehen solche Systeme aus und welche Erfahrungen wurden damit in Österreich gemacht? Diesen Fragen geht der vorliegende Proceedingsband der ersten Tagung 'elektronische Demokratie in Österreich' nach. Forscher und Praktiker berichten über ihre - positiven wie negativen - Erfahrungen zum Thema und stellen konkrete Systeme vor. In Ergänzung zu diesem Band stehen die dazugehörigen Vorträge und Präsentationen als Videos und Foliensätze im Web unter <http://edem2007.ocg.at> zur Verfügung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Roland Traunmüller, Gerti Orthofer, Helene Gieber: E-Governance als Reformpotential (5-14); Peter Parycek: Zur E-Partizipation in Österreich - ein Zwischenstand (15-26); Ursula Maier-Rabler: ePartizipation - Jugend aktiv. Ergebnisbericht (27-42); Günther Scheffbeck: Auf dem Weg zur E-Konsultation? Zur Praxis "deliberativer Politik" in Österreich (43-60); Maria Beyrl: POLITIKKABINE.AT als neue Form der (online) Politikvermittlung (61-68); Robert Krimmer, Josef Makolm, Peter Parycek, Sigrid Steininger, Manuel Kripp: Politik zum Mitmachen: Jugenddeliberation im Internet (69-78); Alessandro De Carlo: Wirtschaftskammer Wahlen 2005 (79-88); Carl-Markus Piswaner: Initiale Betrachtung von Zeremonie, Ritual und Symbol als Einflussfaktoren für E-Voting (89-94); Martin Fleischhacker, Alexander Prosser: E-Voting als Standardsoftware - die Dimensionen des Customizing in e-Voting-Systemen (95-104); Thomas M. Buchsbaum:

Rechtliche Herausforderungen der E-Democracy (105-114); Melanie Volkamer, Robert Krimmer, Rüdiger Grimm: Independent Audits of Remote Electronic Voting: Developing a Common Criteria Protection Profile (115-126); Josef Makolm: Partizipative E-Government-Entwicklung: Das Beispiel FinanzOnline (127-138); R. Legat, H.-J. Krammer: Gemeinschaftsrichtlinien-konforme Strukturierung von elektronischen Informationsbeständen der Informationspflichtigen Stellen gemäß UIG 2004 (139-148); Flooh Perlot: Wer sucht, der findet - aber was? Suchmaschinen und politische Informationen im Internet (149-158).

[202-L] Schulze, Isabelle:

**Der Einfluss von Wahlsystemen auf Politikinhalt: electoral threat in der Rentenpolitik,** Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 265 S., ISBN: 978-3-8329-2877-3 (Standort: UB Bonn(5)-2007/10083)

**INHALT:** Die Untersuchung setzt sich mit der Frage auseinander, ob unterschiedliche Wahlsysteme bestimmte Wählergruppen strukturell bevorzugen. Daran schließen sich zwei weitere Fragen an: Warum wählen Regierungen unterschiedliche Reformmaßnahmen, um ein gleiches Ziel zu erreichen? Trägt eine wahlpolitische Bedrohung des Gesetzgebers ("electoral threat") durch bestimmte Wählergruppen zur Erklärung konkreter Politikinhalt bei? Zur Beantwortung dieser Fragen wird die "electoral threat"-These für eine empirische Überprüfung operationalisiert und auf der Basis von Wahlkreisdaten überprüft. Fallbeispiel dieser Untersuchung ist die Rentenpolitik in Luxemburg, Großbritannien, Deutschland und Österreich. Es zeigt sich, dass die Regierungen bei der Bewilligung von Zugeständnissen aus wahlpolitischer Motivation handelten, abhängig von den jeweiligen Konstellationen aus Wahl- und Parteiensystem, Gesetzgebungsverfahren und Verteilung der Wählerinteressen. Dabei erwies sich das "electoral threat"-Modell als geeignet, um Wirkungen von Wahlen auf Politikinhalt zu erklären. (ICE2)

[203-L] Spier, Tim:

**Wen wählt das Prekariat?: zwischen politischer Apathie und populistischem Protest,** in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 94-101 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** In der Bundesrepublik klafft die Schere zwischen den einkommensstärksten und -schwächsten Teilen der Bevölkerung immer weiter auseinander - ein Befund, der in einer jüngsten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Begriff des "abgehängten Prekariats" umschrieben wurde. Demnach bilden sich zunehmend Bevölkerungssegmente heraus, die nicht nur unsichere Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse aufweisen, sondern aufgrund ihrer materiellen wie immateriellen Armut vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen sind. Es handelt sich um die Gruppe mit der höchsten Arbeitslosenquote und dem geringsten Haushaltseinkommen und in diesen prekären Milieus kumulieren die unterschiedlichen Formen von sozialer Ungleichheit und Benachteiligung. Da diese soziale Schicht auch etwa acht Prozent der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung bildet, untersucht der Autor die Frage, wie sich die Prekaritätserfahrung mit ihren psychosozialen Konsequenzen auf die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen auswirkt. Er stellt insgesamt eine politische Apathie und Abwendung von den Volksparteien fest, die vor allem durch den Wandel der

parteipolitischen Thematisierung der "sozialen Frage" bedingt ist, sowie eine Affinität zu populistischen Politikformen. (ICI2)

[204-L] Strohmeier, Gerd:

**Moderne Wahlkämpfe unter besonderer Berücksichtigung der Bundestagswahlkämpfe seit 1998**, in: Eckhard Jesse, Eckart Klein (Hrsg.): Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 97-118, ISBN: 978-3-428-12624-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/8670)

**INHALT:** Die Bedeutung des Wahlkampfes und die Gestaltung von Wahlkampagnen hängt stark von der Struktur der Wählerschaft ab. Daher werden zunächst Struktur und Wandel der Wählerschaft in modernen Demokratien behandelt. Dabei werden idealtypisch vier Wählertypen unterschieden - traditionale und wertrationale Stammwähler, affektuelle und zweckrationale Wechselwähler. Vor diesem Hintergrund werden übergreifende Kennzeichen moderner Wahlkämpfe herausgearbeitet, die sich großteils in Abhängigkeit von der Entwicklung der Wählerschaft herausgebildet haben: Orientierung der Wahlkampagnen am Wählermarkt, Wahlkampfkommunikation, Angriffs- und Internetwahlkampf, Wahlkampforganisation. Die spezifischen Kennzeichen moderner Wahlkämpfe werden unter besonderer Berücksichtigung der Bundestagswahlkämpfe 1998, 2002 und 2005 herausgearbeitet. In modernen Demokratie, so wird gezeigt, entscheiden Wechselwähler die Wahlkämpfe. (ICE2)

[205-L] Tils, Ralf; Saretzki, Thomas:

**Die niedersächsische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Popularität, Wahlstrategie und Oppositionsschwäche sichern Ministerpräsident Christian Wulff die schwarz-gelbe Mehrheit**, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39/2008, H. 2, S. 282-299 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Im niedersächsischen Landtagswahlkampf vor der Wahl im Januar 2008 war Ministerpräsident Christian Wulff der klare Favorit. Dies kann vor allem auf seine persönliche Popularität zurückgeführt werden. Weitere Erklärungsfaktoren sind (1) eine strategisch geplante Regierungspolitik, die Kosten und Leistungen mit Blick auf den Wahltag über die Legislaturperiode verteilte, (2) ein positiver Wirtschaftstrend und (3) die augenfällige Schwäche der oppositionellen SPD. Nach einem ruhigen Wahlkampf sank die Wahlbeteiligung auf den niedrigsten Wert, der je bei einer Landtagswahl in Niedersachsen gemessen wurde. Trotz bemerkenswerter Verluste blieb Wulffs CDU stärkste Partei und kann ihre Koalition mit der FDP fortsetzen. Die SPD musste erneut Verluste hinnehmen und erreicht ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Niedersachsen. Die Grünen konnten ihren Stimmenanteil behaupten, die neue Linkspartei konnte als einzige Partei Stimmenzuwächse erzielen und zog in den Landtag ein. Mit seiner erfolgreichen Wiederwahl als Ministerpräsident und dem gleichzeitigen Scheitern seines Rivalen Koch in Hessen gewann Wulff eindeutig den Kampf um die Rolle als "Nummer zwei" in der internen Hierarchie seiner Partei auf Bundesebene. (ICEÜbers)

[206-L] Weßels, Bernhard:

**Re-Mobilisierung, "Floating" oder Abwanderung?: Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 395-419, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** Im Vergleich des Wechselwahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 und unter Rückgriff auf existierende Forschungsergebnisse zu Wechselwählern in Deutschland versucht dieser Beitrag zu klären, ob und in wie weit sich Wechselwahlverhalten erklären lässt, welche Muster des Wechselns es gibt und in wie weit ein Wechsel nur partiell oder vollständig vollzogen wird. Grundlage der Untersuchung sind die beiden CSES-Nachwahlstudien zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005. In einem ersten Schritt werden Umfang und Typen des Wechselwahlverhaltens bestimmt und mit früheren Forschungsergebnissen verglichen. Sodann wird nach einem möglichen sozialen Profil des Wechselwählers gefragt sowie danach, in welchem Maße Wechselwahlverhalten durch Performanz- und Leistungsdefizite der vormals gewählten Partei erklärt werden kann. Abschließend wird nach der Bedeutung von Stimmensplitting für das Wechselwahlverhalten gefragt. Die Untersuchung bestätigt die Ergebnisse bisheriger Forschung zum Wechselwahlverhalten und zeigt, dass sich Wechselwahlverhalten insgesamt verstärkt hat. (ICE2)

[207-L] Westle, Bettina; Kühnel, Steffen:

**Geschlecht als Determinante des Wahlverhaltens?: Analysen mit der Repräsentativen Wahlstatistik 2005**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 293-320, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Studien zeigen, dass die Union nicht durch die Kandidatur einer Frau geschwächt wurde. Das Geschlecht von Spitzenpolitikern spielt für die Wahlentscheidung demnach keine Rolle. Die physische Attraktivität hingegen übt einen eigenständigen, wenn auch schwachen Einfluss auf die Bewertung von Spitzenpolitikern aus. Dies gilt für weibliche Herausforderer in etwas stärkerem Maße als für männliche Herausforderer. Zu einem ähnlichen Befund im Hinblick auf den Einfluss des Geschlechts von Wahlkreis- und von Listenkandidaten auf deren Wahlerfolg kommen die Autorinnen anhand von Daten der Repräsentativen Wahlstatistik. In der Repräsentativen Wahlstatistik, die für die Bundestagswahlen 2002 und 2005 ausgewertet wird, stehen auf Individualebene neben der Erst- und der Zweitstimmabgabe auch Informationen über das Geschlecht und über die Altersgruppenzugehörigkeit der Wähler zur Verfügung. Somit lässt sich der Frage nachgehen, ob Frauen - dem Konzept der über soziodemografische Merkmale vermittelten symbolischen Repräsentation folgend - häufiger Frauen wählen als Männer Frauen wählen. Sowohl für 2002 als auch für 2005 findet sich nur ein sehr geringes Ausmaß der geschlechtsbezogenen Erststimmabgabe. 2005 wählten Frauen lediglich zu 0,6 Prozentpunkten häufiger Frauen mit der Erststimme als dies Männer taten. Damit trat das Gender-Voting 2005 sogar noch seltener auf als 2002 - und dies, obwohl sich 2005 erstmals eine Frau um das Amt des Bundeskanzlers bewarb." (Textauszug)

[208-L] Zeitler, Benjamin:

**Getrennt marschieren, geeint schlagen?: die Organisation der CDU-Kampagnen zu den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005**, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 59/2008, H. 417, S. 53-69 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.hss.de/downloads/PolStudien417\\_Internet.pdf](http://www.hss.de/downloads/PolStudien417_Internet.pdf))

**INHALT:** Die Notwendigkeit direkter Wähleransprache und gezielter Wählermobilisierung hat - nicht zuletzt auch aufgrund des Mitgliederrückgangs der Parteien - zu einem Trend zur Professionalisierung und Zentralisierung der Wahlkampfführung geführt. Ein Blick auf die drei Unionswahlkämpfe zwischen 1998 und 2005 zeigt, dass der CDU in keinem Wahlkampf die Zentralisierung so gelungen ist, dass CDU und CSU als Einheit wahrgenommen wurden und im Wahlkampf ein geschlossenes Bild abgegeben hätten. Im Bereich der Professionalisierung ist eine steigende Bedeutung der Werbeagenturen festzustellen; sie ist auf hohem Niveau gelungen. (ICE2)

[209-L] Zuckerman, Alan S.:

**The social logic of political choice: picking a political party in the context of immediate social circles**, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 48/2007, H. 4, S. 633-649 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Im vorliegenden Beitrag wird die 'social logic of politics' dazu verwendet, um politische Präferenzen von Menschen zu erklären. Im Zentrum der politischen Wahl steht der hier vorgestellten theoretischen Sichtweise zufolge das soziale Lernen. Demnach entwickeln Menschen ihre politischen Präferenzen, ihr politisches Wissen, ihre Werte, ihre Wahrnehmungen und ihre Entscheidungen hinsichtlich politischen Verhaltens in der Regel im Austausch mit Mitgliedern ihrer engeren sozialen Kreise. Politische Einstellungen und Ziele sind damit nicht das Resultat ökonomischer Präferenzen; sie sind auch nicht das Ergebnis sorgfältiger Erwägungen, in denen die Befriedigung individueller Bedürfnisse im Zentrum steht." (Autorenreferat)

## 6 Politische Einstellungen und politische Bewegungen

[210-F] Abendschön, Simone; Vollmar, Meike (Bearbeitung); Deth, Jan W. van, Prof.Dr. (Leitung):

**Demokratie Leben Lernen (DLL)**

**INHALT:** Politische Sozialisation beginnt nicht erst im Jugendalter. Entscheidende Impulse zur Entwicklung demokratischer Persönlichkeiten und zivilkultureller Einstellungen finden sehr viel früher statt. Das Forschungsinteresse dieses Projektes konzentriert sich aufgrund dieser Annahme auf sehr junge Kinder. Das Projekt "Demokratie leben lernen (DLL) - politische Sozialisation von Kindern in Familie und Grundschule" beabsichtigt durch eine explorative Vorgehensweise die Involviertheit, das Verständnis und die Grundorientierungen zur Demokratie und zu Europa von 6-7jährigen Kindern zum Zeitpunkt des Schuleintritts zu erforschen. Durch eine gleichzeitige Befragung der Eltern, Lehrer und unter Berücksichtigung der Schule

allgemein (Klima, soziales Umfeld etc.) soll der Einfluss dieser Sozialisationsagenten/ -instanzen auf die kindliche Involviertheit, Verständnis und Grundorientierungen zur Demokratie und zu Europa herausgefiltert werden. Dazu werden die gleichen Kinder am Anfang und am Ende des ersten Schuljahres befragt. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Westeuropa

**METHODE**: Tiefeninterviews; Expertenbefragung; schriftliche Befragung. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG*: Qualitatives Interview (Stichprobe: 15; Auswahlverfahren: geschichtete Zufallsauswahl). Standardisierte Befragung, face to face; Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: 800; Auswahlverfahren: geschichtete Zufallsauswahl). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**VERÖFFENTLICHUNGEN**: Deth, Jan W. van: Kinder und Politik. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, B. 41, S. 3-6.

**ART**: *BEGINN*: 2000-01 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION**: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration (68131 Mannheim)

**KONTAKT**: Abendschön, Simone (Tel. 0621-181-2806, Fax: 0621-181-2845, e-mail: Simone.Abendschoen@mzes.uni-mannheim.de); Vollmar, Meike (Tel. 0621-181-2807, e-mail: Meike.Vollmar@mzes.uni-mannheim.de)

[211-L] Aebersold, Monia; Longchamp, Claude:

**Ist die Kritik an Israel deckungsgleich mit antisemitischen Haltungen?: neuartige**

**Bestimmung des Antisemitismus-Potenzials in der Schweiz**, in: Berliner Debatte Initial :

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 19/2008, H. 1/2, S. 43-56 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT**: Die vorliegende Analyse setzt sich zum Ziel, den Antisemitismus in der Schweiz mit Hilfe von drei Einstellungsdimensionen (Emotionen, Kognitionen und Konationen) sowie den jeweiligen Bezugspunkten so genau wie möglich zu rekonstruieren. Dazu wird in einem ersten Schritt der Frage nachgegangen, wie die Schweizer Bevölkerung mit den Themen "Juden" und "Antisemitismus" generell umgeht und welchen Handlungsbedarf sie im Kontext antisemitischer Diskriminierungen sieht. In einem zweiten Schritt wird untersucht, welche Emotionen die Juden bei der Schweizer Bevölkerung auslösen, welche Stereotype bzw. Vorurteile in der Schweiz verbreitet sind und inwiefern diese handlungsrelevant erscheinen. Schließlich wird gefragt, welche Bilder, Emotionen und Meinungen bezüglich Israels als Staat existieren und in welchem Maße sich das Israelbild auf die Wahrnehmung der Juden als Volk auswirkt. Die einzelnen Indikatoren werden auf dieser Grundlage systematisch verknüpft, um den Antisemitismus als gehäuft vorkommendes Muster von Einstellungen und Handlungsweisen in der Bevölkerung zu bestimmen. Die vorgestellten Daten stammen aus einer telefonischen Befragung von 1.030 repräsentativ ausgewählten EinwohnerInnen der Schweiz ab 18 Jahren, die im Februar 2007 durchgeführt wurde. (IC12)

[212-L] Armingeon, Klaus:

**Die politische Rolle der Verbände in modernen Demokratien: fünf Thesen**, in: Otfried Jarren, Dominik Lachenmeier, Adrian Steiner (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? : Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 107-122, ISBN: 978-3-8329-2817-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9559)

**INHALT:** Die Leitfrage des Beitrages bezieht sich darauf, was Verbände - vorrangig am Beispiel der Gewerkschaften der Schweiz - in modernen Demokratien in ihrer politischen Kommunikation leisten können. Die Beantwortung dieser Frage wird durch zwei kontradiktorische Standardargumente der Verbandsforschung organisiert. Das erste Argument lautet: Verbände sind für Demokratien unverzichtbar. Dies bezieht sich auf die Inputseite des demokratischen Systems. Ein Beispiel ist die Tatsache, dass die Mitglieder von Interessenverbänden mehr als andere Bürger politisch interessiert und aktiv seien. Verbände lieferten darüber hinaus wichtige Beiträge auf der Outputseite. Ein prominentes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die verbandliche Kooperation bei der Formulierung und Implementierung von staatlichen Politiken. Während das erste Standardargument behauptet, Verbände seien gut für die Demokratie, geht das zweite Argument vom Gegenteil aus. Verbände seien schlecht für die demokratische Ordnung, weil sie sich zwischen Bürger und Repräsentativorgane wie das Parlament stellen und weil sie das gesellschaftliche Kollektivinteresse durch die Verfolgung gruppenegoistischer Einzelinteressen beschädigen. Der Autor argumentiert demgegenüber, das erste Argument überschätze die demokratiefreundlichen Leistungen auf der Inputseite des politischen Systems, während das zweite Argument die demokratiefreundlichen Leistungen auf der Outputseite unterschätze. Ferner werden Argumente geliefert, denen zufolge die gesellschaftliche Modernisierung einen Keil zwischen Input- und Outputleistungen treibt: Verbände verlieren zwar in keiner Weise ihre Bedeutung für die Funktionsfähigkeit von Demokratien, aber die Voraussetzungen eines effektiven und repräsentativen Verbandshandeln erodieren. (ICA2)

[213-L] Breuss, Nonno:

**Zwischen Schlauchboot und Dreiteiler: Lobbying als NGO-Strategie**, in: Erich Fröschl, Helmut Kramer, Eva Kreisky (Hrsg.): *Politikberatung : zwischen Affirmation und Kritik*, Wien: Braumüller, 2007, S. 225-238, ISBN: 978-3-7003-1619-0 (Standort: UB Stuttgart(93)-57/9402)

**INHALT:** Der Beitrag befasst sich mit der Arbeit nichtstaatlicher Organisationen (NGOs). Dabei werden zwei Ziele verfolgt: Erstens wird versucht, aus der Vielzahl spezifischer Einzelfälle einige globale Determinanten zu identifizieren, welche wesentlichen Einfluss darauf haben werden, ob NGOs zukünftig mit Lobbyingstrategien erfolgreich sein können. Zweitens soll ein Verständnis für Risiken und Zielkonflikte geschaffen werden, welche NGOs bei einer Entscheidung für oder gegen Investitionen in Lobbyingstrategien abwägen müssen. Somit werden hier (1) die strategische Neuorientierung von NGOs, (2) die Aspekte einer Bedeutungszunahme von Lobbying sowie (3) die Abwägungen von Lobbying im Einzelfall betrachtet. Es zeigt sich, dass Lobbying keine beliebige Strategie ist, sondern als politisches Instrument anzusehen ist, das unter bestimmten Rahmenbedingungen zur Durchsetzung inhaltlicher Forderungen an nationale Regierungen und Verwaltungen durchaus sinnvoll einsetzbar ist. (ICG2)



---

[214-F] Buchstein, Hubertus, Prof.Dr.; Werz, Nikolaus, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Strukturen des Rechtsextremismus im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern**

**INHALT:** keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Mecklenburg-Vorpommern

**ART:** *BEGINN:* 2007-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Exzellenzprogramm Mecklenburg-Vorpommern

**INSTITUTION:** Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte (Baderstr. 6-7, 17489 Greifswald); Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre (18051 Rostock)

**KONTAKT:** Buchstein, Hubertus (Prof.Dr. Tel. 03834-8631-52, Fax: 03834-8631-53)

[215-L] Butterwegge, Christoph:

**Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus**, in: Christoph

Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut : Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 11-77, ISBN: 978-3-86649-071-0

**INHALT:** Dreh- und Angelpunkt des Beitrags ist die Erkenntnis, dass sich der Rechtsextremismus in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess befindet, dessen Folgen erst in Umrissen absehbar sind. Dies gilt sowohl für seine Erscheinungsformen wie auch seine Ursachen, Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten. Es wird die These vertreten, dass sich der Rechtsextremismus modernisiert und ausdifferenziert, wobei er sowohl auf die Veränderung der für ihn entscheidenden Wirkungsbedingungen ökonomischer, politischer und sozialer Art reagiert als auch zunehmend Anleihen beim Zeitgeist macht, den man als neoliberal bezeichnen kann. Ausgehend vom Prozess der Globalisierung, die kaum einen Gesellschaftsbereich ausspart und auch den Rechtsextremismus keineswegs unbeeinflusst lässt, werden in dem Beitrag Zusammenhänge mit Geistesströmungen wie z.B. dem Standortnationalismus hergestellt sowie Erfolg versprechende Gegenstrategien entwickelt. Außerdem wird ein kategorialer Rahmen für die Analyse des Rechtspopulismus und maßgeblicher Bewusstseinformen im Gewerkschaftsbereich abgesteckt. (GB)

[216-L] Bytzek, Evelyn:

**Ereignisse und ihre Wirkung auf die Popularität von Regierungen: von der Schleyer-Entführung zur Elbeflut**, (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 6), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 229 S., ISBN: 978-3-8329-2858-2 (Standort: UB Siegen(467)-310VI4947)

**INHALT:** Die Verfasserin arbeitet zunächst am Beispiel der Einflussfaktoren auf die Popularität des US-Präsidenten und auf die Regierungspopularität in parlamentarischen Systemen vorliegende Befunde zum Zusammenhang von Ereignissen und Regierungspopularität auf. Anhand der Kriterien Exogenität des Ereignisses, politischer Bezug und Medienpräsenz werden im nächsten Schritt Ereignisse aus der deutschen Geschichte von 1977 bis 2003 ausgewählt (politische Skandale, Terroranschläge, Naturkatastrophen), auf deren Basis Einflusswirkungen auf die Regierungspopularität untersucht werden. Zur Erklärung des Zustandekommens der

Wirkung dient ein Modell individuellen Wahlverhaltens, das anhand zweier Fallstudien (Kosovokrieg 1999, CDU-Spendenaffäre 1999/2000) anhand taggenauer Umfragedaten und über die Berechnung von Politikräumen für unterschiedliche Zeitpunkte empirisch überprüft wird. Zeitreihenregressionen auf Basis der monatlichen Politbarometer-Umfragen für den Untersuchungszeitraum erlauben Aussagen darüber, welche Ereignisse tatsächlich eine Wirkung hatten und in welcher Richtung diese erfolgte. Generell zeigt sich, dass Ereignisse, vor allem politischen Skandale, einen Einfluss auf die Regierungspopularität haben, wenn die Medienpräsenz außerordentlich hoch ist. (ICE2)

[217-L] Deth, Jan W. van; Abendschön, Simone; Rathke, Julia; Vollmar, Meike:

**Kinder und Politik: politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 264 S., ISBN: 978-3-531-15542-3 (Standort: UB Siegen(467)-31OVI4816+1)

**INHALT:** "Wichtigstes Ziel der Publikation ist die Präsentation empirischer Ergebnisse bezüglich der politischen Orientierungen sowie der Entwicklung dieser Orientierungen in der ersten Klasse der Grundschule. Dabei wird zunächst nachgewiesen, wie Kinder Politik verstehen und auf welche Weise dieses Verständnis für die empirische Politikforschung zugänglich gemacht werden kann. Hauptthema des Bandes liegt auf der Beschreibung politischer Orientierungen junger Kinder auf der Basis der beiden Wellen der Kinderbefragung des Forschungsprojekts 'Demokratie Leben Lernen' (etwa 800 Kinder). Die Analysen sind auf drei Hauptbereiche (Themen, Wissen, Werte) fokussiert. Die hierbei aufgedeckten Unterschiede in Niveau und Persistenz der politischen Orientierungen werden auch auf ihren Zusammenhang mit einigen wichtigen Einflussfaktoren, wie Geschlecht, Alter, Nationalität usw. untersucht." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Jan W. van Deth: Kinder als junge Staatsbürger (9-27); Julia Rathke: Welche Fragen zum richtigen Zeitpunkt? Entwicklung eines standardisierten Kinderfragebogens (29-82); Jan W. van Deth: Politische Themen und Probleme (83-118); Meike Vollmar: Politisches Wissen bei Kindern - nicht einfach nur ja oder nein (119-160); Simone Abendschön: Demokratische Werte und Normen (161-204); Simone Abendschön, Meike Vollmar: Kinder, Politik und die Zukunft der Demokratie: Können Kinder "Demokratie leben lernen"? (205-224).

[218-F] Endres, Egon, Prof.Dr.disc.pol. (Bearbeitung); Kral, Gerhard, Prof.Dr.phil. (Leitung):

**Gutachten zum Wert des Bürgerschaftlichen Engagements**

**INHALT:** Gutachten, das sowohl die monetären als auch die sozialen Werte erfasst und beziffert, die durch Bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden; exemplarisch untersucht an einer kreisfreien Stadt und einem Landkreis in zwei verschiedenen Bezirken des Freistaates Bayern. *ZEITRAUM:* 2007/2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bayern

**METHODE:** Experteninterviews; Kosten-Nutzen-Analyse; Nutzwertanalyse *DATENGEWINNUNG:* Gruppendiskussion; Qualitatives Interview. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**ART:** *BEGINN:* 2007-12 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* Freistaat Bayern Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen *FINANZIERER:* Auftraggeber

---

**INSTITUTION:** Katholische Stiftungsfachhochschule München Abt. Benediktbeuern (Don-Bosco-Str. 1, 83671 Benediktbeuern)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 08857-88501, e-mail: gerhard.kral@ksfh.de)

[219-L] Farago, Peter (Hrsg.):

**Freiwilliges Engagement in der Schweiz**, (Reihe Freiwilligkeit), Zürich: Seismo Verl. 2007, 144 S., ISBN: 978-3-03777-042-9 (Standort: USB Köln(38)-34A2573)

**INHALT:** Ein Gemeinwesen funktioniert umso besser, je stärker es neben Hauptamtlichen auch auf die Mitwirkung der Mitglieder zählen kann. Nicht nur Politik, Behörden und Gremien aller Stufen benötigen 'Partizipation', auch die gesellschaftlichen Bereiche, wie Sport, Kirche, Kultur, Gesundheit, Sozialwesen etc. brauchen bürgerschaftliches Engagement. In der Schweiz werden jährlich rund 750 Millionen Stunden freiwillige (und das heißt unbezahlte!) Arbeit erbracht. Der Sammelband enthält drei Einzelstudien über Art und Umfang der Freiwilligenarbeit in der Schweiz. Zunächst erfolgt auf der Grundlage statistischen Materials der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebungen 1997, 2000 und 2004 eine soziologische Typologie der freiwillig Tätigen. Dass der Umfang von Freiwilligentätigkeit, wie so vieles in der Schweiz, 'von Kanton zu Kanton verschieden' ist, wird im zweiten Beitrag herausgearbeitet: Spitzenreiter sowohl in formeller wie informeller Freiwilligkeit sind hier die Stände Luzern und Graubünden. Anhand von OECD-Daten wird schließlich ein internationaler Vergleich vorgenommen. Allerdings sind die Zusammenhänge zwischen Wohlfahrtsstaat und Freiwilligenengagement (Freiwilligkeit als Lückenbüßer?) sowie zwischen Freiwilligenarbeit und Frauenerwerbstätigkeit nicht besonders eindeutig, so dass für die Schweiz weitere Untersuchungen lohnend sein könnten. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Judith Stamm: Vorwort (7); Peter Farago: Einleitung (8-13); Michael Nollert und Christian Huser: Freiwillig Aktive in der Schweiz: Einflussfaktoren und typische Profile (14-55); Marc Bühlmann und Markus Freitag: Freiwilligkeit als soziales Kapital der Gesellschaft. Ein Vergleich der Schweizer Kantone (56-107); Tobias Schulz und Ursula Häfliger Musgrove: Ein Füreinander im doppelten Sinn. Folgen sozialpolitischer Veränderungen für die Freiwilligenarbeit im internationalen und schweizerischen Vergleich (108-132).

[220-L] Frindte, Wolfgang; Wammetsberger, Dorit:

**Antisemitismus, Israelkritik, Nationalismus: empirische Befunde**, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 19/2008, H. 1/2, S. 29-42 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Autoren analysieren anhand von empirischen Befunden die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus, Nationalismus und der Kritik an der Erinnerungspolitik Israels. Sie beleuchten außerdem den psychologischen Hintergrund der antiliberalen Einstellungen der Antisemiten und gehen dabei folgenden Fragen nach: Haben sich unter dem Deckmantel der gesellschaftlichen Diskurse über die deutsche Leitkultur und das neue deutsche Nationalbewusstsein neue Facetten antisemitischer Einstellungen entwickelt, die nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch gesamtgesellschaftlich akzeptiert werden? Sind die neuen Antisemiten Protagonisten einer neuen Dominanzkultur oder sind die neuen Formen des Antisemitismus nur Ausdruck einer konformen Anpassung an die vermeintlichen Normen einer gesellschaftlichen Mehrheit? Die Autoren entwickeln zunächst auf der Grundlage faktorenanalytischer Be-

rechnungen aus den Dimensionen "manifesten Antisemitismus" und "latenten Antisemitismus" eine neue Facette, die sie als "modernisierten Antisemitismus" bezeichnen. Mit Hilfe einer Clusteranalyse beleuchten sie dann die verschiedenen Komponenten antisemitischer Einstellungen. (ICI2)

[221-L] Glaser, Stefan; Pfeiffer, Thomas (Hrsg.):

**Erlebniswelt Rechtsextremismus: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert ; Hintergründe, Methoden, Praxis der Prävention**, Schwalbach: Wochenschau Verl. 2007, 238 S., ISBN: 978-3-89974359-3 (Standort: LB Detmold(51)-07/640)

**INHALT:** "Aktionen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind heute weder altbacken noch ewiggestrig - eine Szene im modernen Gewand fordert die politische Bildung heraus. Jugendliche sind die Zielgruppe Nummer eins: Websites als interaktives Medium zur Ansprache, kostenlose Musik-CDs als Köder, ein breites Bekleidungsassortiment als Ausdruck eines rechtsextremistischen Lifestyles, Konzerte, Demonstrationen und Sonnenwendfeiern als Events mit Unterhaltungswert - all dies steht für eine neue Qualität rechtsextremistischer Propaganda. Feindbilder und Identitätsangebote sind in dieser Erlebniswelt allgegenwärtig. Gerade an Jugendliche richtet die Szene ihre wichtigsten Werbebotschaften: 'Kameradschaft' und Zusammenhalt in unsicheren Zeiten. Gleichzeitig nehmen Tarnungstendenzen zu: Aktivisten hüllen menschenverachtende Vorstellungen in Andeutungen und verbannen einschlägige Symbole zugunsten unverdächtigter Codes in die Schublade. Dieser Band und die begleitende CD-ROM gehen den Strategien nach, die hinter der Erlebniswelt stehen, und analysieren vor allem Musik und Websites der Szene. Zugleich werden Methoden und pädagogische Ansätze vorgestellt, mit denen in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen der kritische Blick auf den Rechtsextremismus geschärft werden kann. 15 Projektskizzen aus der schulischen und außerschulischen Praxis liefern Anregungen und machen Mut, Elemente zu erproben, sie mit eigenen Ideen zu kombinieren und bestehende Ansätze fortzuentwickeln." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Alexander Groß: Vorwort (7-10); Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer: Einleitung (11-18); Einführung, Hintergrund: Thomas Grumke: Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff - Ideologie - Struktur (19-35); Thomas Pfeiffer: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet - der Rechtsextremismus als Erlebniswelt (36-52); Claus Homm: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen unter Hagener Schülerinnen und Schülern (53-69); Facetten der Erlebniswelt Rechtsextremismus - am Beispiel des Rechtsextremismus im Internet: Thomas Günter: Das Internet - kein rechtsfreier Raum (71-86); Thomas Pfeiffer: Uraltes Denken in High-Tech-Medien. Rechtsextremisten entdecken den Computer (87-97); Michael Wörner-Schappert: Was macht Hass-Seiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe (98-106); Das Thema Rechtsextremismus in der Bildungsarbeit - Ansätze und Erfahrungen: Stefan Glaser: Dem Hass die Stirn bieten. Medienpädagogische Ansätze zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet (107-127); Klaus-Peter Hufer: "Nicht flüchten, sondern standhalten". Rechtsextreme Störungen und Reaktionsmöglichkeiten in Veranstaltungen der politischen Bildung (128-142); Projekte für die Praxis: Sekundarstufe I: Volker Bußmann: Motive Jugendlicher, einer rechtsextremistischen Gruppe beizutreten. Unterrichtsstunde innerhalb der Reihe: Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit in der Gruppe der Skinheads - Formen, Motive und Auswirkungen im Prozess rechtsextremistischer Beeinflussung (145-147); Eva Hoffmann: Learning in Tolerance - ein Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus (148-149); Gero Klevenow: Politische Erziehung im Musikunterricht? Zum Umgang mit rechtsextremer Musik in der gymnasialen Mit-

telstufe (150-152); Ralf Langner: Rechtsextremismus im Internet - eine Gefahr für die Jugend? (153-155); Tim Neuhaus: Erlebniswelt Rechtsextremismus - Was verbindet den Rechtsextremismus mit meiner Lebenswelt? (156-159); Beate Quakernack: Rassismus heute (160-163); Felicitas Serwe: "Dass Auschwitz nicht noch einmal sei" - Aufklärung in der Erziehung nach Auschwitz (164-165); Sekundarstufe II: Sonja Bähren: Nazideutschland - ein Zeitzeuge berichtet. Lesung von Ralph Giordano mit Expertenbefragung und Diskussion (166-167); Wendel Hennen: Rechtsextremismus im Internet. Eine WebQuest für einen Geschichte Zusatzkurs in der Jahrgangsstufe 13 (168-170); Daniela Steinkuhle: Reflexion über Sprache. Sprache in der Politik - Sprache im Rechtsextremismus (171-175); Markus Wolf: Jüdisches Leben: gestern & heute (176-178); Außerschulische politische Bildung: Stefan Glaser: Netz ohne Nazis. Tagesworkshop mit methodischen Elementen der Zukunftswerkstatt (179-182); Wendel Hennen: Rechtsextremismus im Internet - Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Tagesseminar (183-184); Thomas Pfeiffer: Im Zeichen der Schwarzen Sonne - Symbole und Mythen des Rechtsextremismus. Dreitägiges Seminar (185-188); Thomas Pfeiffer: Wir im Revier: für Demokratie - gegen Rechtsextremismus. Jugendkongress (189-192); Anhang: Stefan Glaser, Thomas Grumke, Thomas Pfeiffer: Lese-Tipps (195-204); Alexandra Beyersdörfer: Materialien-Tipps (205-210); Michael Pechel: Surf-Tipps (211-220); Thomas Grumke: "Andi" - Bildungscomic und Website für Demokratie und gegen Extremismus (221-224); Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer: Ansprechpartner(innen) zu den Themen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (225-233).

[222-F] Globisch, Claudia, M.A. (Bearbeitung); Srubar, Ilja, Prof.Dr. (Betreuung):

### **Radikaler Antisemitismus. Zur Analyse antisemitischer Semantiken von links und rechts in Deutschland**

**INHALT:** Fragestellung: Welche Formen des Antisemitismus und der Feindschaft gegen Israel lassen sich im linken und rechten radikalen Spektrum der Bundesrepublik beobachten? Wie überschneiden und wo unterscheiden sie sich? Gibt es einen "linken Antisemitismus" oder nur einen "suigenesis", welcher in verschiedenen Spektren vorkommt? *ZEITRAUM:* 1989 bis 2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** 1. Qualitative Experteninterviews zur Strukturierung des Feldes; 2. theoretischer Ansatz, wissenssoziologischer Ansatz: Untersuchung des Antisemitismus als kulturelle Semantik; 3. methodischer Ansatz: Methodentriangulation aus strukturaler Hermeneutik und qualitativer Inhaltsanalyse *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen (Stichprobe: 60; Zeitschriftenartikel). Aktenanalyse, offen (Stichprobe: 12; Zeitschriftenartikel aus 12 Zeitschriften, Zeitraum 1989-2006; Auswahlverfahren: qualitativ -begründet nach für den Antisemitismus begrifflich relevanten Ereignissen-). Qualitatives Interview (Stichprobe: 16; Experten -selbst erhoben-; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Globisch, Claudia: Gegenwärtige linke und rechte Semantiken zwischen Antisemitismus, antisemitischem Antizionismus und Israelfeindlichkeit. in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. CD-Rom. Frankfurt am Main: Campus Verl. (Frühjahr 2008). ISBN 978-3-59338586-0.

**ART:** *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2008-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

---

**INSTITUTION:** Universität Erlangen-Nürnberg, Graduiertenkolleg 706 "Kulturhermeneutik im Zeichen von Differenz und Transdifferenz" (Bismarckstr. 1, 91054 Erlangen)  
**KONTAKT:** Bearbeiterin (Tel. 0177-777-1304, e-mail: claudia.globisch@gmx.de)

[223-L] Guggenberger, Sophie:

**Direkte Demokratie und politischer Extremismus: das Beispiel der Schweiz,** in: Eckhard Jesse, Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 107-126, ISBN: 978-3-428-12596-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9197)

**INHALT:** Die Verfasserin setzt sich mit der Frage auseinander, ob ein eher stimulierender oder ein tendenziell moderierender Wirkungszusammenhang zwischen direkter Demokratie und politischem Extremismus in der Schweiz besteht. Sie stellt zunächst die direkte Demokratie und wichtige Aspekte der politischen Kultur in der Schweiz mit einem möglichen Bezug zum politischen Extremismus vor. Beispielhaft werden dann unterschiedliche Erscheinungsformen des politischen Extremismus in der Schweiz, deren mögliche Ursachen und deren Verlauf analysiert, wobei die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) und der rechtskonservative Populist Christoph Blocher besondere Aufmerksamkeit erfahren. Die Verfasserin vertritt resümierend die Auffassung, dass eine politische Ordnung, die auch extremen Forderungen und Meinungen zu öffentlichem Gehör verhilft, den Nährboden für politischen Extremismus wahrscheinlich eher sukzessive auszehrt - "Integration durch Partizipation". (ICE2)

[224-L] Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):

**Deutsche Zustände: Folge 6,** (Edition Suhrkamp, 2525), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 309 S., ISBN: 978-518-12525-0

**INHALT:** "Die Reihe 'Deutsche Zustände' untersucht Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten, Islamophobie und Sexismus. In dieser Folge kommt das Element der Abwertung von Langzeitarbeitslosen hinzu. Außerdem gehen wir in diesem Band unter anderem der Frage nach, welche Folgen politische Machtlosigkeit für die Ethnisierung von Verteilungskonflikten hat und welche Konsequenzen sich aus mangelnder Anerkennung ergeben. Neben den empirischen Analysen stehen journalistisch aufbereitete Fallstudien, die sich mit dem Problem des Einsickerns rechtsextremer Gesinnungen in etablierte parteipolitische wie lokale Kulturen sowie dem neuen Phänomen der Verhöhnung von Hartz-IV-Empfängern beschäftigen. Den Abschluß des Bandes bilden Reflexionen über die Rolle des Rechts zur Durchsetzung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wilhelm Heitmeyer, Jürgen Mansel: Gesellschaftliche Entwicklung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven (13-35); Wilhelm Heitmeyer: Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. Der Kern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (36-44); Sichtbare Ungleichwertigkeit: Bilder zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (45-54); Wilhelm Heitmeyer, Kirsten Endrikat: Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für "Überflüssige" und "Nutzlose" (55-72); Anna Klein, Sandra Hüpping: Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten (73-94); Jürgen Leibold, Steffen Kühnel: Islamophobie oder Kritik am Islam? (95-115); Beate Küpper, Andreas Zick: Soziale Dominanz,

Anerkennung und Gewalt (116-136); Carina Wolf, Rolf van Dick: Wenn anders nicht schlechter bedeutet. Die Wertschätzung von Vielfalt fördert die Gleichwertigkeit der Gruppen (137-153); Oliver Christ, Ulrich Wagner: Interkulturelle Kontakte und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (154-168); Rainer Strobl: Zivilcourage im Alltag statt Leichtsinn in Extremsituationen (169-191); Jahel Mielke: Mügeln - jetzt nicht! Ein Gespräch mit der Band Virginia Jetzt! (193-194); Rudolf Neumaier: Die Regensburger CSU: Mein Parteifreund, der Rechtsradikale (196-204); Heike Kleffner: Rechtsextremismus und Polizei: Kaum Lernfähigkeit? (205-216); Bruno Schrep: Die neue Verhöhnung: "Bierdosen sind Hartz-IV-Stelzen" (218-223); Conrad Schormann: "Wir entsorgen (fast) alles" (225-234); Matthias Krupa: Noch ein Schuß frei. Von der Politikverdrossenheit zur Krise der Demokratie (237-248); Eberhard Seidel: In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam? (250-259); Dierk Borstel: Vorbild Ostdeutschland? Westdeutscher Rechtsextremismus im Wandel. Das Beispiel Westpfalz (262-272); Christian Petry: Gastarbeiter, Ausländer, Mitarbeiter. Vielfalt und Integration am Beispiel des Unternehmens Freudenberg in Weinheim (273-281); Toralf Staud: Unterwegs in der faschisierten Provinz. Erlebnisse einer Lesereise (282-287); Timo Reinfrank: Das ABC gegen Rechtsextremismus. Der Pöbnecker Aufstand der Anständigen (288-296); Die Rolle des Rechts zur Durchsetzung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit. Jutta Limbach im Gespräch mit Gunter Hofmann (Die Zeit) und Wilhelm Heitmeyer (297-305).

[225-L] Helas, Horst; Rubisch, Dagmar; Zilkenat, Reiner (Hrsg.):

**Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland**, (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 46), (Antisemitismus-Konferenz, 2007, Berlin), Berlin: Dietz 2008, 175 S., ISBN: 978-3-320-02142-9

**INHALT:** "Antisemitismus zählt zu den relativ unveränderten Einstellungen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung. Ohne die Hartnäckigkeit vieler Akteure beim Kampf um die Zurückdrängung des Antisemitismus wäre die Lage in Deutschland noch viel dramatischer. In der Bekämpfung von Phobien verschiedenster Art - vom Rassismus bis zur Ausländerfeindlichkeit - nimmt der Kampf gegen Antisemitismus einen unverwechselbar eigenständigen Platz ein, der nicht relativiert werden darf. In diesem Band werden die lange Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Antisemitismus in Deutschland, aber auch aktuelle Aspekte dieses Phänomens beleuchtet. In einem zweiten Teil stehen die Referate und ausgewählte Diskussionsbeiträge der Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007 im Zentrum. Im Dokumententeil wird die 'Working Definition of Antisemitism' veröffentlicht, die allen in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus Engagierten eine Orientierung bietet." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Lutz Brangsch: Keine Ressortfrage (7-8); Horst Helas, Dagmar Rubisch, Reiner Zilkenat: Zustände in Deutschland (9-12); Reiner Zilkenat: Historisches zum Antisemitismus in Deutschland. Zur Entstehung und Entwicklung des "modernen" Antisemitismus im Kaiserreich (13-44); Dirk Burczyk: Bündische Jugend und Antisemitismus in der Weimarer Republik (45-52); Mario Keßler: Sozialismus und Antisemitismus. Ein Überblick (53-70); Petra Pau: Fünf Thesen zu einer offenen gesellschaftlichen Zukunftsfrage (71-78); Horst Helas: "Wir sind keine Antisemiten!" Dichtung und Wahrheit beim deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart (79-86); Juliane Wetzel: Entwicklungen seit der Berliner Antisemitismus-Konferenz 2004 (87-96); Yves Pallade: Aktueller Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland (97-106); Timo Reinfrank: Globalisierter Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Zur Arbeit gegen den aktuellen Antisemitismus in Deutsch-

land (107-116); Thomas Heppener: Die Arbeit gegen Antisemitismus. Erfahrungen und Beispiele des Anne Frank Zentrums (117-124); Heike Radvan: Was kann die Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus tun? Erfahrungen aus der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung in den neuen Bundesländern (125-131); Michael Rump-Räuber: Antisemitismus als Herausforderung in der Lehrerfortbildung (132-135); Gabi Moser, Guido Strohfeldt: Projekt "Stolpersteine" in Fürstenwalde: viel Neues über Juden aus Fürstenwalde konnte erforscht und öffentlich bekannt gemacht werden (136-144); Benjamin Köhler: Antisemitische Realität: Israel als "Gefahr für den Weltfrieden". Bericht eines deutschen Freiwilligen in Israel (145-150); Reiner Zilkenat: "Am Ende dieses Krieges steht das judenfreie Europa". Die "Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei" und der Holocaust (151-172); Working Definition of Antisemitism (173-174).

[226-L] Hennecke, Hans Jörg:

**Die Angst vor der offenen Gesellschaft: Totalitarismus und Extremismus als wirtschaftlicher Kollektivismus**, in: Uwe Backes, Jesse Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie : 18. Jg. 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 81-109, ISBN: 978-3-8329-2431-7

**INHALT:** Weil die politische Macht nicht zuletzt zur Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung einer Gesellschaft angestrebt und eingesetzt wird, ist die Frage nach den wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen für die Charakterisierung totalitärer Regime und extremistischer Bewegungen und ihrer Abgrenzung von freiheitlich-demokratischen Verhältnissen von ebenso großer Bedeutung wie die Frage nach den Ordnungsvorstellungen für den politischen Entscheidungsprozess. Der Verfasser argumentiert, dass die Offene Gesellschaft ihren Ausgangspunkt in der Würde und Freiheit des Individuums hat. Dieser Individualismus wurde prägend für die westlich-abendländische Verfassungstradition. Totalitäre, extremistische und neuerdings fundamentalistische Gegner dieser Offenen Gesellschaft zeichnen sich demgegenüber allesamt durch kollektivistische Vorstellungen aus, die sich nicht zufällig auf die wirtschaftlich-sozialen Ordnungsvorstellungen erstrecken. Antidemokratismus, Antiliberalismus, Antikapitalismus oder Globalisierungsfeindlichkeit sind gleichermaßen Ausdruck dieses kollektivistischen Denkens, das Selbstbestimmung und Selbstverantwortung als Zumutungen begreift. Eine individualistische Ordnung hat im einzelnen Menschen ihren maßgeblichen Bezugspunkt; daher richtet sie die politische und wirtschaftliche Ordnung auf die Persönlichkeit des einzelnen und seine Menschenwürde aus. Kollektivistische Ordnungen hingegen haben ihren Maßstab immer in den Kollektiven. Nicht die Einzelpersonlichkeit, sondern eine Gruppe bildet den Bezugspunkt politischer und wirtschaftlicher Ordnung, nicht die Menschenwürde, sondern die Würde einer Klasse, Rasse oder Glaubensgemeinschaft bildet ihren Bezugspunkt. Während der Individualist jedem Menschen dieselbe Ausstattung an Würde zumisst, differenziert der Kollektivist nach ethnischen, rassischen, sozialen oder wirtschaftlichen Unterscheidungsmerkmalen von Gruppen. Das Verständnis der freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaaten und ihrer extremistischen und totalitären Gegenentwürfe bleibt unvollständig, so der Autor, wenn sie nicht die wirtschaftliche Ordnungsfrage als gleichrangig neben der politischen Ordnungsfrage berücksichtigt. Politischer und wirtschaftlicher Kollektivismus sind zwei Seiten einer Medaille und bedingen einander. Sowohl der politische als auch der wirtschaftliche Kollektivist gehen davon aus, dass der Mensch möglichst umfassend staatlichem Zwang unterworfen werden muss und dass ihm kein Recht auf Selbstgestaltung individuellen Glücks zusteht. Nur als anonymer Teil der Gesamtheit, nur als gehorsamer Untertan der staat-



---

lichen Gewalt, nur als verfügbares Objekt zentraler Planung findet er seine Bestimmung. Der Kollektivist schürt die Angst vor der Freiheit und untergräbt damit die Grundlagen einer offenen Gesellschaft, die lediglich auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung bestehen kann. Der Begriff des wirtschaftlichen Kollektivismus liefert daher wichtige Impulse für die Debatten um Totalitarismus und Extremismus. Diese betreffen die intellektuellen und soziologischen Ursachen der totalitären Bewegungen und Herrschaftsformen, die Konsequenzen für die Merkmale der Herrschaftsapparate wie der ihnen zugrundeliegenden Ideologien, die notwendigen Differenzierungen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, die Spielarten des Antikapitalismus, den Zusammenhang zwischen dem Kollektivismusbegriff und dem politischen Erfolg extremistischer Gruppierungen sowie die Konsequenzen für die politischen Bildung. (ICG2)

[227-L] Hentges, Gudrun; Wiegel, Gerd:

**Arbeitswelt, soziale Frage und Rechtspopulismus in Deutschland**, in: Christoph Butterwege, Gudrun Hentges (Hrsg.): *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut : Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 143-185, ISBN: 978-3-86649-071-0

**INHALT:** Es wird die Frage diskutiert, ob und in welcher Weise Parteien der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland die wieder verstärkt thematisierte soziale Frage für sich nutzbar machen können. Im Vordergrund des Beitrags stehen die Ergebnisse des deutschen SIREN-Teilprojekts ([www.siren.at](http://www.siren.at)), bei dem mit qualitativen Interviews die Affinität zu rechtsradikalen und rechtspopulistischen Ideologien bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erhoben wurde. Das Projekt thematisierte den Zusammenhang von sozioökonomischer Lage (sozialer Abstieg, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, beruflicher Aufstieg) und nationalistischen, rassistischen und autoritären Deutungsmustern. Anhand zweier ausgewählter Fallbeispiele wird illustriert, welche Zugänge die Befragten in unterschiedlichen Lebenslagen zum Rechtspopulismus finden. Als Ergebnis der deutschen Länderstudie wird festgehalten, dass sowohl prekär Beschäftigte als auch beruflich Erfolgreiche jeweils spezifische Ausprägungen rechtspopulistischer bzw. extremer Orientierungen entwickeln können. (GB)

[228-L] Hieronymus, Andreas; Schröder, Lena:

**ENAR Shadow Report 2006: Racism in Germany**, Brüssel 2007, 46 S. (Graue Literatur; [cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/national/Germany\\_2006.pdf](http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/national/Germany_2006.pdf))

**INHALT:** "Im ersten Teil des Schattenberichts werden die von Rassismus betroffenen Personengruppen beschrieben. Im zweiten Teil werden die Erscheinungsformen von Rassismus und religiöser Diskriminierung in acht verschiedenen Bereichen untersucht: 1. Beschäftigung: Da MigrantInnen im Allgemeinen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist der zusätzlich gesetzlich beschränkte Arbeitsmarktzugang für bestimmte MigrantInnengruppen von großem Nachteil. Die Arbeitslosenrate unter MigrantInnen ist fast doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Am stärksten benachteiligt sind geduldete MigrantInnen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt fast völlig verwehrt wird. MigrantInnen ohne Papiere haben entscheidenden Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. 2. Wohnungsmarkt: Die Annahme, dass Diskriminierungsoffer auf dem Wohnungsmarkt vom AGG profitieren würden hat sich nicht bestätigt. Diskriminierung in diesem Sektor kommt regelmäßig vor. Schon Name oder Akzent reichen aus, um den Wohnungsmarktzugang verwehrt zu bekommen. 3. Bildung: Es wurden

weitere diskriminierende Mechanismen im deutschen Bildungssystem aufgedeckt. Administrative Kompetenzen wurden dezentralisiert und auf die Länderebene übertragen. Gegenläufig zur Vereinheitlichung des Bildungssystems auf EU-Ebene ist in Deutschland eine Entwicklung zu beobachten, die in großem Maße zur Reproduktion von Ungleichheiten beiträgt. 4. Gesundheit: MigrantInnen stellen eine neue Herausforderung für das deutsche Gesundheitssystem dar. Durch den Minderheitenstatus und migrationsspezifische Erfahrungen können gesundheitliche Risiken erhöht werden. Trotzdem haben MigrantInnen allgemein keinen schlechteren Gesundheitszustand als Deutsche. 5. Polizeiarbeit und ethnische Rasterfahndung: Nach den missglückten Terroranschlägen auf zwei Regionalzüge im Juli 2006 und im Rahmen der Weltmeisterschaft gab es viele Diskussionen über die allgemeine Sicherheit in Deutschland. Im Rahmen einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde der Gesetzgeber dazu aufgefordert, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. 6. Rassistisch motivierte Gewalt und Verbrechen: Statistiken bezeugten den höchsten Stand rechtsextremer Straftaten für 2006 innerhalb der letzten fünf Jahre. 7. Zugang zu Gütern und Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Sektor: Potentielle Opfer sind sich dem Problem der Diskriminierung und ihrer diesbezüglichen Rechte meist nicht bewusst. Diskriminierung ist ein alltägliches Phänomen, das die Freiheit von Individuen beschränkt. Viele Firmen sehen Vielfalt und Gleichbehandlung zwar als einen Wettbewerbsvorteil, beziehen in der Öffentlichkeit aber nicht klar Stellung zum AGG. "Scoring" ist eine legitimierte Geschäftsmethode, obwohl Menschen dadurch klassifiziert und ihrer Individualität beraubt werden. 8. Medien, inklusive Internet: Die Darstellung von MigrantInnen in den Medien ist überwiegend negativ, wodurch Vorurteile und Ängste in der Mehrheitsgesellschaft gefördert werden. Erfolgreiche Integration hingegen findet selten Eingang in die Medien. Die Beschäftigungs- und Ausbildungsrate von MigrantInnen im Medienbereich ist extrem niedrig. Im dritten Teil werden der politische/ gesetzliche Kontext erörtert und nationale Empfehlungen formuliert. Der Bericht endet mit der Liste der nationalen Empfehlungen für die verschiedenen Felder und einem abschließenden Kapitel zur aktuellen Entwicklung im Antidiskriminierungsbereich." (Autorenreferat)

[229-L] Jaschke, Hans-Gerd:

**Ist der Fundamentalismus eine Gefahr für den Rechtsstaat und die Demokratie?**, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Aufklärung und Fundamentalismus, Innsbruck: Studien-Verl., 2007, S. 39-54, ISBN: 978-3-7065-4333-0 (Standort: LB Hannover(35)-4Kap/35692)

**INHALT:** In der politischen Debatte, so der Autor, wird unter Fundamentalismus vor allem die radikale Ablehnung der Werteordnung westlicher Gesellschaften verstanden. Verschiedene, teilweise militante islamistische Gruppen innerhalb und außerhalb der islamischen Welt gelten als fundamentalistisch. Ihre Gewaltbereitschaft bis hin zur Selbsttötung, ihre Massenbasis und ihr Hass auf die westlichen Werte lassen sie als eine Bedrohung der demokratischen Gesellschaft erscheinen. Bezug nehmend auf die neueren sozialwissenschaftlichen Diskussionen wird verdeutlicht, dass es um Weltanschauungen geht, welche die Fundamente einer Gesellschaft, einer Werteordnung oder auch nur das Regelwerk einer Gruppe einklagen, weil diese angeblich denaturiert seien. Sie haben einen historisch-traditionalistischen Kern. Von der Antike über das Mittelalter bis hin zur modernen Gesellschaft ist das Motiv der Glorifizierung des Alten und der Ablehnung des neuen ein zentrales Moment aller Kulturkritik. Das konservative Denken zehrt bis heute von ihm, doch Konservatismus ist nicht gleich Fundamentalismus. Wo die Konservativen bloß bewahren und den Schaden begrenzen wollen, betritt der

---

Fundamentalismus die Bühnen der kämpferischen Auseinandersetzung mit (fast) allen Mitteln. Dort, wo die Orientierungsbedürfnisse des Menschen auf gültige und verbürgte Traditionen nicht mehr zurückgreifen können, entsteht der Wunsch nach Geborgenheit und Verlässlichkeit, nach Maßstäben und Verhaltensnormen. In diese Lücke stößt der Fundamentalismus. Er ist daher als Gegenbewegung zur europäischen Aufklärung, zum "Projekt der Moderne" zu begreifen. In diesem Kontext werden die Erscheinungsformen des Fundamentalismus und insbesondere der Fundamentalismus von rechts analysiert und Thesen zur Diskussion über den Rechtsextremismus in Deutschland formuliert. Der Autor argumentiert, dass häufig übersehen wird, dass der Rechtsextremismus in Deutschland eine eigene Geschichte und eine eigene Entwicklungsdynamik hat und dass der Rechtsextremismus eine normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften darstellt. Neu an der aktuellen Entwicklung sind die hohe Gewaltbereitschaft, die neuen Kommunikationsmedien und der durch die Globalisierung bedingte neue Kontext internationaler Abhängigkeit. (ICG2)

[230-L] Jesse, Eckhard; Urban, Johannes:

**Extremismus und Innere Sicherheit**, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Sonderheft, Jg. 59/2008, H. 1, S. 67-77  
([www.hss.de/downloads/PolStudien\\_TH\\_1-08\\_Internet.pdf](http://www.hss.de/downloads/PolStudien_TH_1-08_Internet.pdf))

**INHALT:** Der Beitrag definiert zunächst den Begriff des Extremismus ebenso wie den der Inneren Sicherheit. Er stellt vier Formen des politischen Extremismus vor mit Blick auf die rechte und die linke Variante. Am Beispiel der Abwehr gegenüber dem Islamismus wird exemplarisch gezeigt, wie die Innere Sicherheit sich zu diesen vier Formen verhält. Der politische Extremismus lehnt den demokratischen Verfassungsstaat ab, sei es mehr seine konstitutionelle Komponente (z.B. das rechtsstaatliche Prinzip), sei es mehr das demokratische Element (z.B. das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit). Extremismus und Innere Sicherheit sind gleichsam die Kehrseite. Die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen und Aktionsformen des Extremismus eint die Ablehnung der freiheitlich-pluralistischen Demokratie. Deren Schutz - und der Schutz ihrer Bürger wiederum - ist Zweck und Bezugspunkt aller Maßnahmen und Instrumente der Inneren Sicherheit. Wenn die Demokratie sich nicht schützt, liefert sie sich ihren Feinden aus. Übertreibt sie den Schutz, so beschädigt sie selber die freiheitlichen Prinzipien. Die Autoren wollen insgesamt das Spannungsverhältnis von Extremismus und Innerer Sicherheit beleuchten. (ICA2)

[231-L] Karlhofer, Ferdinand:

**Verbändeinteressen und Verfassungsdiskussion**, in: Emil Brix, Jürgen Nautz, Klaus Poier (Hrsg.): Die österreichische Verfassungsdiskussion und die Zivilgesellschaft, Wien: Passagen-Verl., 2006, S. 97-112, ISBN: 978-3-85165-702-9 (Standort: SB München(12)-2006.52420)

**INHALT:** Der Beitrag beschreibt die Initiative der großen Verbände in Österreich im "Verfassungs-Konvent" die Verankerung der Sozialpartnerschaft in der neuen Verfassung durchzusetzen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, das die Semantik des Begriffs "Sozialpartnerschaft" allgemein kritisch hinterfragt wird, was für den Autor ein markant gesunkenes Interesse am traditionellen Verhandlungssystem der Tarifautonomie und den industriellen Beziehungen dokumentiert. Geklärt werden folgende Fragen: Welchen Nutzen versprechen sich die Verbände (Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und ÖGB) von einer Aufnahme in die Ver-

fassung? Würde eine Aufnahme in die Verfassung an den bestehenden Strukturen und Beziehungen etwas verändern? Kann die Verfassung jenen Schutz bieten, den die Verbände sich (möglicherweise) erwarten. Dazu wird geprüft, ob und welche Bezüge zur Sozialpartnerschaft sich bereits in der bestehenden Verfassung finden, im weiteren werden die wichtigsten Stationen des Einflussverlusts sozialpartnerschaftlicher Politiksteuerung nachgezeichnet, schließlich die Arbeit der Verbände im Konvent erörtert und, abschließend, das Ergebnis mit Bezug zum europäischen Verfassungsentwurf diskutiert. (ICA2)

[232-L] Kolb, Felix:

**Protest and opportunities: the political outcomes of social movements**, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2007, XV, 329 S., ISBN: 978-3-593-38413-9 (Standort: USB Köln(38)-35A3879)

**INHALT:** Der Verfasser legt eine umfassende Studie vor, die in einem ersten Teil auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes Ansätze zu einer Theorie sozialer Bewegungen und politischen Wandels entwickelt. Vier Grundannahmen werden formuliert: (1) Politischer Wandel ist ein kontinuierlicher und multidimensionaler Prozess. (2) Soziale Bewegungen sind Akteure politischen Wandels. (3) Politische Ergebnisse sind abhängig vom Mobilisierungskontext. (4) Politischer Wandel wird über verschiedene Kausalmechanismen bewirkt. Elemente dieser Theorie sind Kollektivgüter und politische Institutionen, die Stärke und Taktik sozialer Bewegungen, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontextbedingungen sozialer Bewegungen sowie Kausalmechanismen politischen Wandels. Diese Kausalmechanismen werden in einem zweiten Teil am Beispiel der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung genauer expliziert und im einzelnen überprüft. Es sind dies rechtliche Mechanismen, Brüche, politische Präferenzen, politische Partizipationsmöglichkeiten sowie Mechanismen der internationalen Politik. Gezeigt wird hier, wie politische Resultate zustande kommen. Der dritte Teil behandelt am Beispiel der Anti-AKW-Bewegung in 18 OECD-Staaten die Frage, warum es zu politischen Resultaten kommt, warum diese Bewegungen in einigen Ländern erfolgreich sind und in anderen nicht. Hier stehen politische Partizipationschancen, die Justiz sowie politische Präferenzen der Bevölkerung im Mittelpunkt. (ICE)

[233-L] Minkenberg, Michael:

**Rechtsstaat und Rechtsextremismus: Wirkungen und Grenzen von Repression und Prävention**, in: Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Brandenburg : Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*, Potsdam: Verl. f. Berlin-Brandenburg, 2007, S. 187-194, ISBN: 978-3-86650-640-4 (Standort: UB Siegen(467)-31/OXE/3698)

**INHALT:** Vor dem Hintergrund des Rechtsextremismus in Brandenburg beschreibt der Beitrag das Instrumentarium der 'wehrhaften Demokratie' in der Bundesrepublik Deutschland und zeigt Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Repression von Rechtsradikalismus an. In das Thema einführend werden zunächst die Strategien, Adressaten und Wirkungen staatlicher Repression skizziert. Im Anschluss werden folgende Instrumente zum Schutz der Demokratie durch den Staat beschrieben: (1) das Parteienverbot auf der Ebene des Verfassungsgerichts, (2) das Vereinsverbot auf der Ebene der Bundes- und Länderinnenminister, (3) Überwachung und Berichte an die Öffentlichkeit auf der Ebene des Verfassungsschutzes, (4) strafrechtliche Ahndung von verbotener Propaganda auf der Ebene der politischen Justiz sowie (5) die Auf-

lösung öffentlicher Versammlungen, Verbot von Demonstrationen bzw. starke Polizeipräsenz 'auf der Straße' auf der Ebene der Polizei und Gerichte. Der Einsatz staatlicher Kontrolle und Repressionsmittel kann den organisierten Rechtsradikalismus zwar an der Schnittstelle vom illegitimen zum legitimen Protest eindämmen und die Verfestigung und Expansion parteilicher Strukturen verhindern. Zugleich kann aber der Anstieg der rechtsradikalen Gewalt dadurch keineswegs verhindert werden. Zudem machen nicht-beabsichtigte Folgen wie eine zunehmende Flexibilität des rechtsradikalen Lagers, das sich dadurch zudem staatlichen Zugriffen immer mehr entzieht, die herkömmlichen Instrumente eher wirkungslos. (ICG2)

[234-L] Möller, Kurt; Schuhmacher, Nils:

**"... nur ein Suchen nach Anerkennung": Prozesse des Aufbaus rechtsextremer Haltungen im Kontext sozialer Erfahrungen**, in: Soziale Probleme, Jg. 18/2007, H. 1, S. 66-89 (Standort: USB Köln(38)-XG07368; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Im starken Kontrast zur Eindeutigkeit der Bilder, die vom gewaltförmig auftretenden und mehrheitlich von Jugendlichen getragenen Rechtsextremismus vorliegen, steht das geringe Wissen über die Prozesse der Annäherung an rechtsextreme Orientierungen und Szenegruppierungen. Wie sich solche Haltungen biographisch aufbauen und welche Zusammenhänge dabei mit Sozialisationserfahrungen und jugendkulturellen Präferenzen bestehen, ist weitgehend unklar. In Bezug auf Skinheads - eine Gruppe, die bis heute wie keine andere den Typus des rechtsextremen Jugendlichen illustriert und symbolisiert, zeichnet der folgende Artikel auf der Basis neuer empirischer Daten verschiedene Muster von Hinwendungen nach und stellt die Ergebnisse in den Kontext des Integrations-/ Desintegrations-Ansatzes." (Autorenreferat)

[235-L] Möllers, Martin H. W.; Ooyen, Robert Chr. van (Hrsg.):

**Politischer Extremismus: Bd. 1, Formen und aktuelle Entwicklungen**, (Die Blaue Reihe : Studienbücher für die Polizei, Politikwissenschaft), Frankfurt am Main: Verl. für Polizeiwiss. 2007, 452 S., ISBN: 978-3-86676-007-3

**INHALT:** Inhaltsverzeichnis: 1. Teil: Struktur- und Definitionsmerkmale: Armin Pfahl-Traugher: Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft - Strukturmerkmale extremistischer Ideologien (15-35); Lars Rensmann: 'Antiimperialismus' und 'Antizionismus' als Mobilisierungsgagenden der extremen Rechten und Linken: Eine vergleichende Analyse im deutschen und europäischen Kontext (36-64); 2. Teil: Linksextremismus / Radikalismus: Alexander Straßner: Das Ende der RAF (65-96); Christian Schwaabe: Verlockungen eines Feindbildes - Die deutsche Linke zwischen Amerikakritik und Antiamerikanismus (97-112); Florian Hartleb: Die PDS als erstarkter bundespolitischer Faktor - Linkspopulismus im Zeichen eines sich wandelnden Parteiensystems (113-120); Viola Neu: Extremistische Einstellungen in der Partei Die Linke.PDS (121-138); 3. Teil: Rechtsextremismus: Wolfgang Benz: Antisemitismus in Europa - Tendenzen und Trends (139-149); Armin Pfahl-Traugher: Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (150-181); Frank Decker / Lazaros Miliopoulos: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme (182-233); Lorenz Korgel: Homogene Vielfalt - Wie "gefährlich" ist die Ausdifferenzierung rechtsextremer Szenen in Deutschland? (234-243); Gunter A. Pilz: Rechtsextremismus und "rechte" Tendenzen im Fußballumfeld - aktuelle Erscheinungen -

Herausforderungen für die Prävention (244-263); Armin Pfahl-Traughber: Die Skinhead-Szene als länderübergreifend aktive rechtsextremistische Subkultur. Besonderheiten und Entwicklung am Beispiel der Situation in der Bundesrepublik Deutschland (264-296); Hans-Thomas Spohrer: Die 'autoritäre Persönlichkeit' als Erklärungsansatz für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus - ein aktuelles Konzept? (297-309); Robert Chr. van Ooyen: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration (310-320); 4. Teil: Islamistischer Extremismus: Bassam Tibi: Die unterstellte Einheit von Staat und Religion ist der Inhalt der Politisierung des Islam: Islamismus als Spielart des religiösen Fundamentalismus (321-341); Robert Chr. van Ooyen: Moderner Terrorismus und politische Religion. Zur Rezeption westlicher Ideologien im 'Islamismus' (342-352); Armin Pfahl-Traughber: Der Ideologiebildungsprozess beim Judenhass der Islamisten - Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des 'Neuen Antisemitismus' (353-380); Ruth Bigalke / Marwan Abou-Taam: Die Ideologie Osama bin Ladens - vom Islamismus zum Djihadismus (381-397); Hans-Thomas Spohrer: Zur Persönlichkeit islamistischer Selbstmordattentäter (398-407); 5. Teil: Sonderfall Scientology: Andreas Klump: Die vielen Gesichter des politischen Extremismus - Anmerkungen zum Phänomen der Scientology-Organisation (409-441).

[236-L] Morgenstern, Andreas:

**Extremismus und Radikalismus: eine Analyse der Parteien DKP, DVU, PDS und Die Republikaner**, in: Eckhard Jesse, Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.): Politischer Extremismus und Parteien, Berlin: Duncker & Humblot, 2007, S. 279-299, ISBN: 978-3-428-12596-8 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9197)

**INHALT:** Radikalismus ist ein eigenständiges politisches Phänomen, das zwischen Extremismus und demokratischem Spektrum angesiedelt ist. Fünf Merkmale kennzeichnen den Extremismus: die Verabsolutierung einer als allein beglückend verstandenen Ideologie, die Negierung des Gebots fundamentaler menschlicher Gleichheit, die Verharmlosung von Diktaturen, die Verachtung pluralistisch-repräsentativer Gremien und die Missachtung demokratischer Spielregeln innerhalb der eigenen Organisation. Radikalismus ist hingegen geprägt durch die Forderung nach Reformen an "Haupt und Gliedern" des demokratischen Verfassungsstaates, eine eingeschränkte Konfliktfähigkeit nach innen und außen, das Schüren gesellschaftlicher Konfliktlinien zur Deformierung der politischen Kultur, die Stilisierung als Bannerträger einer sozialen Protestbewegung und die Kooperation mit Extremisten. In Deutschland sind die PDS und "Die Republikaner" als radikal, die DKP und die DVU als extremistisch anzusehen. (ICE2)

[237-F] Nicoll, Norbert, M.A. (Bearbeitung); Richter, Emanuel, Prof.Dr. (Betreuung):

**Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen - zur Arbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006) (Arbeitstitel)**

**INHALT:** Der Sozialstaat gehört - neben Rechtsstaat und Demokratie - zu den epochalen zivilgesellschaftlichen Fortschritten der Moderne. Er verkörpert in institutionalisierter Form die Idee der sozialen Freiheit. Die Blütezeit des deutschen Sozialstaates ist heute allerdings vorbei. Es ist kaum zu übersehen, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein Rückbau des Sozialstaates stattgefunden hat. Schon in der 16-jährigen Regierungszeit Helmut Kohls gab es erhebliche Einschnitte in das soziale Netz. Die Reformen der Schröder-Regierung stellten diese

jedoch in den Schatten. In praktisch allen Diskursen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik gilt der Umbau des Sozialstaates als überfällig. Es dominiert die Vorstellung, der Sozialstaat sei schuld an der seit vielen Jahren andauernden Krise der deutschen Wirtschaft. Die sozialen Sicherungssysteme seien nicht mehr finanzierbar, die Steuern und Sozialabgaben zu hoch und die Staatsverschuldung untragbar für künftige Generationen. Kurz: Das Modell Deutschland sei keines mehr - es habe abgewirtschaftet. Als Heilmittel gegen die Misere werden "Reformen" gepriesen: die Deregulierung von Wirtschafts- und Sozialordnungen (zugunsten von Wettbewerb, Individualisierung und Flexibilisierung), Steuersenkungen im großen Stil (vor allem für hohe Einkommen), die Reduktion der Staatsausgaben sowie die Senkung der Löhne und der Lohnnebenkosten. Zu diesen Maßnahmen gebe es - angesichts des demografischen Wandels und der Globalisierung - keine Alternative, heißt es unisono. Zu den lautesten Trommlern für durchgreifende Reformen gehört die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, kurz INSM. Sie ist gleichzeitig Teil und Speerspitze eines Trends in Deutschland: Im Laufe der letzten fünf Jahre wurden eine ganze Reihe von "Think Tanks", PR-Kampagnen, Reforminitiativen, Stiftungen und Konvente aus der Taufe gehoben - neben der INSM sind hier der "Bürgerkonvent", der "Konvent für Deutschland", die Initiative "Deutschland packt's an", die Stiftung "Klarheit in der Politik", die "Initiative D21" oder die "Marke D" zu nennen. Sie unterscheiden sich in ihrer Arbeitsweise und ihren Strukturen zum Teil sehr stark, aber sie haben ein gemeinsames Ziel: Zustimmung für Reformen in Deutschland zu gewinnen. Die Studie möchte die INSM vorstellen, über ihre Ziele und Strukturen informieren sowie die Kommunikationsstrategien der PR-Kampagne beleuchten. *ZEITRAUM*: 2000-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

**METHODE**: Die Arbeit soll sich auf umfangreiche Materialrecherchen stützen. Neben Zeitungsberichten, Aufsätzen in wissenschaftlichen Zeitschriften und Texten im Internet soll auch in Archiven recherchiert werden.

**ART**: *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

**INSTITUTION**: Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Systemlehre und Comparative Politics (Ahornstr. 55, 52074 Aachen)

**KONTAKT**: Bearbeiter (Tel. 0032-485-826051, e-mail: norbertnicoll@hotmail.com)

[238-L] Papouschek, Ulrike; Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine; Krenn, Manfred:

**Vorurteil und Berechnung: sozioökonomischer Wandel und Varianten rechtspopulistischer Anziehung**, in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut : Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen: B. Budrich, 2008, S. 187-209, ISBN: 978-3-86649-071-0

**INHALT**: Veränderungen in der Arbeitswelt und die Attraktivität von rechtspopulistischen Ideologien werden am Beispielfall Österreich dargestellt. Auf der Basis von 32 qualitativen Interviews im Rahmen des internationalen Projekts SIREN ([www.siren.at](http://www.siren.at)) wird eine Typologie der Varianten rechtspopulistischer Anziehung entwickelt. Es wird darauf hingewiesen, dass der Rechtspopulismus keine in sich geschlossene Ideologie darstellt. (GB)

[239-L] Pappi, Franz Urban; Bytzek, Evelyn:

**Wirtschaftslage und Popularität der Regierungen Schröder I und II**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 349-367, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** Die Verfasser untersuchen die Popularität der Schröder-Regierungen, wobei Popularität mit dem Indikator der "Sonntagsfrage", Wirtschaftslage anhand der subjektiven Beurteilung derselben gemessen wird. Sie geben einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland seit 1990 und erläutern das Theorem des "economic voting". Für den Zeitraum zwischen 1998 und 2005 lassen Regierungs-, vor allem aber SPD-Popularität einen "gewissen Zusammenhang" mit der Entwicklung des subjektiven Wirtschaftslage erkennen. Haupteinflussfaktor ist dabei die Arbeitslosenquote. Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Popularität von Regierungsparteien ist aber nicht so durchschlagend, wie früher oft angenommen. (ICE2)

[240-L] Pfahl-Traughber, Armin:

**Das Gefahrenpotential gewaltorientierter Islamisten in Deutschland: eine vergleichende Betrachtung der regional und transnational ausgerichteten Anhänger**, in: Uwe Backes, Jesse Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie : 18. Jg. 2006, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 189-206, ISBN: 978-3-8329-2431-7

**INHALT:** Gewaltbereitschaft meint, so der Verfasser, nicht notwendigerweise die kontinuierliche Anwendung von Gewalt und auch keine terroristische Dimension im engeren Sinne. Dabei geht es lediglich um die definitorische Erfassung von Bestrebungen, die in der Anwendung von Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung im Kontext der Situation ihrer Heimatländer sehen. Sie müssen daher nicht in ihrem Aufenthaltsland auch in dieser Form aktiv sein oder ein solches Vorgehen beabsichtigen. Als ein bedeutsamer Faktor wird die Tatsache angesehen, dass zumindest die Mutterorganisationen in ihren Heimatländern teilweise eine zaghafte Abkehr von gewalttätigem Vorgehen zu erkennen geben. Gegenwärtig lässt sich eine Tendenz unter bedeutenden Teilen der dortigen Islamisten ausmachen, welche auf Machtgewinn durch den institutionellen Weg etwa über Wahlkandidaturen setzt. Der Autor hebt hervor, dass diese Einschätzungen nicht im Sinne einer allgemeinen Beruhigung interpretiert werden sollten. Da die Anhänger eines transnational ausgerichteten gewaltorientierten Islamismus in erster Linie auf den terroristischen Weg setzen, müssen sie weder auf politische Gegebenheiten noch auf legitimatorische Probleme achten. Hinzu kommen die Folgen der Dezentralisierung, die zur Herausbildung autonomer Zellen führte. Sie können nicht nur relativ eigenständig Anschläge logistisch vorbereiten, sondern auch aus willkürlichen Deutungen von Gegebenheiten Motive dafür ableiten. Und schließlich hat sich die "alte" Al-Qaida-Führung nachweislich um die Beschaffung von atomaren Substanzen bemüht. Ihr wird der Bau einer "schmutzigen Bombe" zugetraut. Diese Aspekte sprechen für eine abstrakte Gefährdung, die zu einer konkreten werden könnte. (ICG2)



[241-L] Puschnerat, Tania:

**Linksextremismus und Islamismus im Vergleich: vier Versuche**, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen, 2007, Nr. 38, S. 145-162

**INHALT:** Der grundlegende politische Kern des Islamismus als einer modernen totalitären Ideologie, der sozialrevolutionäre Utopiegehalt der Botschaft und die begleitenden Vergemeinschaftungsprozesse werden in der Regel vernachlässigt oder als unislamische Politisierung einer Religion beschrieben. Erforderlich sind fundierte Forschungen über die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen, die islamische Radikalisierungsprozesse in Europa fördern können. In diesem Sinne plädiert die Verfasserin für ein interdisziplinäres Forschungsprogramm, für das sie vier Ansatzpunkte formuliert: (1) Aktion und Bündnisfähigkeit, (2) ideengeschichtliche Wurzeln, Organisationsstrukturen und modi operandi, (3) mentalitätsgeschichtliche Perspektive, (4) Radikalisierungsprozesse. (ICEÜbers)

[242-L] Rucht, Dieter:

**Peace movements in context: a sociological perspective**, in: Benjamin Ziemann (Hrsg.): Peace movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen: Klartext-Verl., 2008, S. 267-279, ISBN: 97-3-89861-763-5 (Standort: UB Duisburg(464)-E11/LHXM/1013)

**INHALT:** Der Verfasser diskutiert Friedensbewegungen aus soziologischer Perspektive und interpretiert sie als soziale Phänomene, die - abgesehen von ihrem Eintreten für Frieden - bei allen Unterschieden einige Gemeinsamkeiten aufweisen. Er setzt sich zunächst mit dem Begriff "soziale Bewegungen" im allgemeinen auseinander und zeigt, in wie weit Friedensbewegungen als ein Sonderfall solche Gemeinsamkeiten (Mobilisierung, Beeinflussung der Öffentlichkeit, Moral) zeigen. Es schließt sich ein Überblick über die empirische Forschungslage (World Values Survey, Protestforschung) an, der die Häufigkeit von Friedensprotesten in Deutschland seit 1950 und die Zahl der Teilnehmer an solchen Protesten verdeutlicht. Es wird deutlich, dass die Aktivitäten der Friedensbewegungen abhängig von politischen Entscheidungen über Rüstung und Krieg sowie von der Medienberichterstattung und dem öffentlichen Interessen sind. (ICE)

[243-L] Scherr, Albert; Schäuble, Barbara:

**"Wir" und "die Juden": gegenwärtiger Antisemitismus als Differenzkonstruktion**, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 19/2008, H. 1/2, S. 3-14 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Autoren berichten aus einem Forschungsprojekt, in welchem in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik mehr als 20 Gruppeninterviews mit Jugendlichen geführt worden sind. Sie stellen ausgewählte Aspekte von drei Interviews dar, um exemplarisch zu zeigen, dass antisemitische Äußerungen in spezifische Argumentationszusammenhänge eingebettet und auf jeweilige Wir-Sie-Unterscheidungen bezogen sind. Diese können sich auf nationale bzw. ethnische (deutsch/nicht-deutsch) und religiöse (Christen/Juden; Muslime/Juden) Klassifikationen, auf soziale Gegenüberstellungen (arm/reich; Arbeit/Nicht-Arbeit) oder auf Selbstverortungen in Machtverhältnissen beziehen. Die dargestellten Varianten antisemitischer Differenzkonstruktion verdeutlichen, dass die antisemitischen Argumentationen der Ju-

gendlichen in einem engen Zusammenhang mit ihren sozialen Verortungen, ihrem formalen Bildungsniveau, ihrer Einbindung in Gleichaltrigengruppen, ihrer sozialen Herkunft sowie ihrem moralischen, politischen, religiösen, ethnischen oder nationalen Selbstverständnis stehen. (ICI2)

[244-F] Schmidt-Lauber, Brigitta, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Narrative Identitätskonstruktionen - Alteritätskonstituierungen in Selbstdarstellungen von ehemaligen Mitgliedern linksterroristischer Gruppierungen**

**INHALT:** Das Projekt geht von der Prämisse aus, dass Erzählen eine notwendige Voraussetzung für die Konstituierung, Stabilisierung und Transformation von Identität(en) darstellt. Es knüpft damit an das Konzept einer Erzählforschung als Bewusstseinsanalyse an und verbindet dabei wichtige Ansätze aus der Volkskunde/ Kulturanthropologie/ Europäischen Ethnologie, der Geschichtswissenschaft und der Psychologie. Untersuchungsgegenstand sind retrospektive narrative Selbstdarstellungen (Autobiografien und veröffentlichte Interviews) von ehemaligen Angehörigen der "Rote Armee Fraktion (RAF)" sowie der "Bewegung 2. Juni". Es handelt sich dabei um ein bislang unerschlossenes Korpus an Texten, das systematisch auf der hermeneutischen, formalen und funktionalen Ebene analysiert wird: 1. Die hermeneutische Analyse untersucht die Texte im Hinblick auf die Konstituierung sowohl individueller als auch kollektiver Identitäten. Sie richtet hierzu den Fokus auf Darstellungen des Andersseins. Identitäten konstituieren sich im Rahmen soziokultureller Praxen, das heißt im Dialog und in der Interaktion, in Übereinstimmung oder auch in Abgrenzung zu Anderen in spezifischen historischen und gesellschaftlichen Situationen. "Alterität" als Leitkonzept ist für die Untersuchung linksterroristischer Gruppierungen besonders geeignet, da hier Akteure, die für sich eine "resistance identity" reklamierten, als "Andere" auf die politische Dominanzkultur trafen. Deshalb sind auch in den retrospektiven Selbstdarstellungen die Bildung eines kollektiven "Wir" und die Abgrenzung von einem ebenfalls kollektiv gedachten "Ihr" von zentraler Bedeutung. Da für das Konstrukt Alterität - anders als für Identität - bislang kaum systematische Analyse-Ebenen erarbeitet wurden und damit Untersuchungen zur Dimensionalität ausstehen, wird "Alterität" zugleich als wissenschaftlicher Begriff konzeptionalisiert und in seiner Mehrdimensionalität erfasst. 2. Die formale Analyse bezieht sich außer auf erzähltheoretische Basisparameter (Plot, Metapher, Erzählerperspektive, Zeitbezüge etc.) vor allem auf formal-ästhetische Wechsel in der Erzählform und deren Korrespondenzen mit inhaltlichen Thematisierungen von Alterität. 3. Die funktionale Analyse der Texte soll schließlich Aufschluss darüber geben, mit welchen narrativen Mitteln die Erzähler/innen sich im sozialen Raum und vor allem gegenüber den - vorgestellten - Rezipienten ihrer Selbstdarstellungen positionieren. Im Fokus steht dabei die Untersuchung auf Rechtfertigungsgeschichten, da die retrospektive Auseinandersetzung mit der eigenen Beteiligung an Gewalttaten den Auslöser für lebensgeschichtliche Bilanzierungen und entsprechende Erklärungen der damaligen Ereignisse für einen "generalisierten Anderen", die Öffentlichkeit, bildet.

**METHODE:** Auf Grundlage der mehrdimensionalen Textanalysen werden sowohl aus einer personen-bezogenen ("case studies") als auch aus einer vergleichenden Perspektive (themen-bezogen, Genderaspekte) Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den narrativen Identitätskonstruktionen der untersuchten Erzähler/innen ermittelt. Zugleich wird die Auseinandersetzung mit einem bedeutsamen Abschnitt der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte um die noch wenig berücksichtigte Binnenperspektive der ehemaligen Akteure erweitert.

---

**ART:** *BEGINN:* 2008-01 *ENDE:* 2010-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft  
**INSTITUTION:** Universität Göttingen, Philosophische Fakultät, Institut für Kulturanthropologie, Europäische Ethnologie (Friedländer Weg 2, 37085 Göttingen)  
**KONTAKT:** Bearbeiterin (e-mail: schmidt-lauber@uni-goettingen.de, Tel. 0551-39-5349, Fax: 0551-39-2232)

[245-F] Tezcan, Levent, Dr.; Amelina, Anna, Dr. (Bearbeitung); Faist, Thomas, Prof.Dr. (Leitung):

**Transnational political practices of Turkish migrants**

**INHALT:** The research field of the project referred to questions of forms, intensity, influencing factors and effects of migrant political practices. The research of the German team was focused on Turkish migrant organisations. About 15 interviews with the actors from religious (DITB, IGMG, AABF), political (TGD, DIDF) and business associations (TDU, ATIAD, Müsiad Berlin e.V., TD-IHK) were conducted (2005, 2006). On the first stage the research was focused on the role of transnational linkages in every day activities of Turkish migrant organizations. On the second stage the research was related to the question, how migrant associations position themselves in the context of integration pressure. Furthermore, the public pressure to "integrate" is a crucial orientation in the daily work of migrant associations. Turkish business and political associations describe themselves as carrying motors of integration and emphasize the use of transnational connections for economic success and integration. At the same time religious associations publicly distance themselves from their transnational linkages and stress their willingness to work on the publicly expected integration. The project was a part of the ESF-Collaboration "Migrants' transnational practices in Western Europe" (2005-2007). The collaboration participants: University of Amsterdam, Université de Liège, Université de Poitiers, University of Fiera, Universidade de Coimbra. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

**METHODE:** keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Qualitative Fallstudie. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Tezcan, Levent: The problems of religious modernity. in: The Asian Journal of Social Science (AJSS), 2005, 33, pp. 506-528.+++Tezcan, Levent: Interreligiöse Kommunikation und Konflikt in Zeiten der Kultursensibilität. in: Die Evangelischen Akademien in Deutschland (Hrsg.): Christen und Muslime - Verantwortung zum Dialog. Darmstadt: Wiss. Buchges. 2006, S. 147-155.+++Tezcan, Levent: 'Blessed' science, 'rationalized' saint veneration, and ambiguous modernization: the Nurcus in Germany. in: Yearbook of the Sociology of Islam, 2005, Nr. 6, pp. 283-312.+++Tezcan, Levent: Bekir Alboga - Porträt eines islamischen Repräsentanten in Deutschland. in: Amirpur, Katajun; Ammann, Ludwig (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion. Freiburg: Herder Spektrum 2006, S. 46-55.+++Tezcan, Levent; Amelina, Anna: Turkish migrant associations in Germany: between integration pressure and transnational linkages. in: Revue Européenne des Migrations Internationales, Vol. 24, 2008, 2 (forthcoming).

**ART:** *BEGINN:* 2005-03 *ENDE:* 2007-02 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Center on Migration, Citizenship and Development -COMCAD- (Postfach 100131, 33501 Bielefeld)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0521-106-4650, e-mail: thomas.faist@uni-bielefeld.de)

[246-L] Virchow, Fabian:

**Provocation, mimicry, authenticity: symbolic patterns of speech and protest in neo-nazi "peace propaganda" in the Federal Republic of Germany**, in: Benjamin Ziemann (Hrsg.): Peace movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen: Klartext-Verl., 2008, S. 251-264, ISBN: 97-3-89861-763-5 (Standort: UB Duisburg(464)-E11/LHXM/1013)

**INHALT:** Der Verfasser fragt, ob die Friedenspropaganda der Neofaschisten und Neonazis in Deutschland provozieren soll, eine Tarnung darstellt oder authentische Politik ist. Er setzt sich mit dem grundlegenden Wandel der extremen Rechten seit Beginn der 1990er Jahre auseinander, als die Neonazis und Neofaschisten in Deutschland begannen, sich das Image einer sozialen Bewegung zuzulegen. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie die NPD und kleinere Gruppen von Neonazis die Symbole der Friedensbewegung nutzen, um aus dem in der Öffentlichkeit sehr positiv besetzten Begriff "Frieden" politisches Kapital zu schlagen. In diesen Kontext gehören auch die Friedensdemonstrationen der Neonazis. Der Verfasser setzt sich abschließend mit dem komplexen Verhältnis zwischen der Nutzung von Friedenssymbolen und der Anti-Kriegs-Rhetorik der Neonazis auf der einen Seite und ihrem Eintreten für ein über Nuklearwaffen verfügendes, starkes Deutsches Reich auf der anderen Seite auseinander. Das Mischungsverhältnis von Provokation, Tarnung und Authentizität variiert mit dem jeweiligen politischen Kontext. (ICE)

[247-L] Virchow, Fabian:

**Extrem rechte Tendenzen und Bundeswehr: Gefahrenpotenziale und Präventionsmöglichkeiten**, in: Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg : Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Potsdam: Verl. f. Berlin-Brandenburg, 2007, S. 247-251, ISBN: 978-3-86650-640-4 (Standort: UB Siegen(467)-31/OXE/3698)

**INHALT:** Der Beitrag zum Rechtsextremismus in Deutschland beschreibt im ersten Schritt zunächst anhand von empirischem Datenmaterial für den Zeitraum 1998 bis 2006 die Entwicklung rechtsextremen Verhaltens, so genannter 'besonderer Vorkommnisse', sowie die Verbreitung extrem rechter Einstellungen in der Bundeswehr. Auf dieser Grundlage werden im zweiten Schritt eine Reihe von Präventionsmöglichkeiten genannt, und zwar: (1) verbesserte wissenschaftliche Untersuchungen über die Denk- und Verhaltensmuster von SoldatInnen, (2) umfangreichere politische Bildung in der Aus- und Weiterbildung, (3) kritische Auseinandersetzung mit den Ideologemen des Nationalismus, des Rassismus und des militärischen Traditionalismus, (4) eine konsequente Abgrenzung zu den Vorgängern Reichswehr und Wehrmacht, (5) Wahrnehmung der den Soldaten zustehenden Rechte, (6) größere Transparenz und Kontrolle der Bundeswehr durch das Parlament und die Öffentlichkeit sowie (7) die Installation demokratischer Mitbestimmungsmodelle in der Bundeswehr. (ICG2)

---

## 7 Politische Kultur und Ethik, politische Eliten

[248-L] Albrecht, Steffen; Hartig-Perschke, Rasco:

**Wahlkampf mit Weblogs: neue Formen der politischen Kommunikation im Netz**, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005 : Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 97-117, ISBN: 978-3-531-15350-6 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4951)

**INHALT:** "Mit der Weiterentwicklung von Kommunikationstechniken entstehen zunehmend auch neue Varianten der mediatisierten und professionalisierten Wahlkampfführung. Hierzu zählt der Einsatz von Weblogs, die im Mittelpunkt des Beitrags stehen. Während Weblogs in US-Wahlkämpfen schon seit längerem eingesetzt werden, wurden sie in Deutschland bei der Bundestagswahl 2005 erstmals in größerem Umfang genutzt. Aus Sicht der Wahlkampfstrategen haben Weblogs zahlreiche Vorteile: Man kann mit ihnen kostengünstig und schnell die eigenen Botschaften publizieren, ist dabei nicht auf die Redaktionen traditioneller Massenmedien angewiesen, kann Unterstützer mobilisieren und den politische Gegner beobachten. Die Analyse der Inhalte und der Vernetzung von Weblogs in den zwei Monaten vor der Bundestagswahl 2005 zeigt, dass die SPD mit Abstand am häufigsten und am vielfältigsten von dieser neuen Kommunikationsform Gebrauch machte. Die zahlreichen Weblogs der SPD bzw. von SPD-Politikern oder -Anhängern waren auch untereinander besser vernetzt als die der anderen Parteien. Neben der Vernetzung sind Aktivität, Interaktivität und Authentizität weitere von den Blognutzern gewünschte Merkmale. Besondere Aufmerksamkeit genießen vor allem jenen Weblogs, die von prominenten Politikern betrieben werden. Insofern finden sich ähnliche Aufmerksamkeitsstrukturen wie in den klassischen Massenmedien." (Textauszug)

[249-L] Ash, Mitchell G.; Hüttl, Reinhard F.; Kielmansegg, Peter Graf; Kurth, Reinhard; Mayntz, Renate; Münkler, Herfried; Neidhardt, Friedhelm; Pinkau, Klaus; Renn, Ortwin; Schmidt-Abmann, Eberhard; Weingart, Peter:

**Leitlinien Politikberatung**, Berlin 2008, 44 S., ISBN: 978-3-939818-10-6 (Graue Literatur; [www.bbaw.de/bbaw/Akademie/dateien\\_bilder/LeitlinienPolitikberatungFinal.pdf](http://www.bbaw.de/bbaw/Akademie/dateien_bilder/LeitlinienPolitikberatungFinal.pdf))

**INHALT:** "Moderne Demokratien, zumal wenn sie sich als Wissensgesellschaften verstehen, beziehen ihre Legitimität durch die Verknüpfung demokratischer Repräsentation und wissenschaftlicher Rationalität. Dieser Grundsatz rückt die wissenschaftliche Politikberatung in den Bereich regulierungsbedürftiger staatlicher Organisation. Angesichts der stetig wachsenden Zahl politikberatender Institutionen und der daraus erwachsenden Vielstimmigkeit der Berater wird es immer schwerer, gute von unseriöser Beratung zu unterscheiden, d.h. die Qualität der Beratung zu gewährleisten. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, Grundsätze zu formulieren, an denen sich Berater und Beratene orientieren können, um Orientierung zu schaffen. Mit der Formulierung von Leitlinien guter wissenschaftlicher Politikberatung stellt sich die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften der Verantwortung für eine demokratisch wie sachlich verantwortliche Ausgestaltung wissenschaftlicher Politikberatung. Die Leitlinien sind von der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie formuliert worden, die auf Beschluss des Rates der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 10. Februar 2004 eingerichtet und mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet wurde. Die Arbeitsgruppe hat die Leitlinien guter Praxis

wissenschaftlicher Politikberatung auf der Grundlage einer vorausgegangenen wissenschaftlichen Bestandsaufnahme und kritischen Analyse der gegenwärtigen Situation der organisierten wissenschaftlichen Politikberatung auf Bundesebene formuliert. Im Fokus der Untersuchung lag der Zusammenhang zwischen der Organisationsform und der Qualität der wissenschaftlichen Beratung." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Zur Einführung: Leitlinien guter wissenschaftlicher Politikberatung (9-10); Peter Weingart: Zur Aktualität von Leitlinien für "gute Praxis" wissenschaftlicher Politikberatung (11-17); Eberhard Schmidt-Aßmann: Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung: demokratische und rechtsstaatliche Rationalität (19-31); Leitlinien Politikberatung (33-41).

[250-F] Bock, Norman (Bearbeitung):

**Zwischen Verdrängung und Verklärung. "Junge Welt" und "Neues Deutschland" in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus**

**INHALT:** Mit dem 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit, verschwand die Deutsche Demokratische Republik von der politischen Landkarte. Das instabil gewordene Herrschafts- und Gesellschaftssystem, das im Wesentlichen dem sowjetischen Vorbild einer Parteidiktatur entsprach, erlag auf längere Sicht seinen ökonomischen und politischen Strukturdefiziten. Der Machtverlust der SED-Funktionäre führte allerdings nicht zum völligen Verschwinden ihrer politischen und ideologischen Vorstellungen. Viele der orthodoxen Positionen leben in Form historischer Legenden und Fehlwahrnehmungen fort. Innerhalb eines Netzwerkes aus postkommunistischen Stiftungen, Verlagen und Bildungsvereinen erscheinen zahlreiche Periodika, von denen hinsichtlich Auflage und Professionalität besonders "Junge Welt" und "Neues Deutschland" hervorzuheben sind. Im Rahmen der Untersuchung soll das Geschichtsbild beider Zeitungen anhand ausgewählter Themenbereiche analysiert werden. Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Untergang des "real existierenden Sozialismus" stellt sich unweigerlich die Frage, wie kritisch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus in zwei traditionell marxistischen Publikationsorganen betrieben wird.

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

**INSTITUTION:** Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" (Innstr. 41, 94032 Passau)

**KONTAKT:** Institution -Sekretariat- (Tel. 0851-509-2833, e-mail: reichart@uni-passau.de)

[251-F] Bohlken, Eike, Dr. (Bearbeitung); Höffe, Otfried, Prof.Dr.Dr.h.c. (Betreuung):

**Eliten und Gemeinwohl. Der Beitrag der Eliten zum guten Staat**

**INHALT:** keine Angaben

**ART:** *BEGINN:* 2003-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Tübingen, Fak. für Philosophie und Geschichte, Philosophisches Seminar (Bursagasse 1, 72070 Tübingen); Universität Tübingen, Graduiertenkolleg 785 "Globale Herausforderungen - transnationale und transkulturelle Lösungswege" (Liebermeisterstr. 18, 72076 Tübingen)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 07071-946593, e-mail: eike.bohlken@uni-tuebingen.de)

[252-L] Bohlken, Eike; Wiesendahl, Elmar:

**Von den Funktionseliten zu den Verantwortungseliten**, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): *Eliten in der Transformation von Gesellschaft und Bundeswehr*, Paderborn: Schöningh, 2007, S. 185-206, ISBN: 978-3-506-76479-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-PVA/2007.5750)

**INHALT:** Was Eliten wirklich leisten und welcher Nutzen dabei für die Gesellschaft herauskommt, ist zum Gegenstand einer breiten, kritisch geführten öffentlichen Debatte geworden. Die Kritik an den vermeintlichen Leistungseliten geht mittlerweile so weit, dass von "Problemeliten" gesprochen wird, die zu den Lösungen der gesellschaftlicher Probleme wenig beitragen. Bezieht man neben dem Versagensvorwurf auch noch den allgemeinen Integritätsverfall der Spitzen der Gesellschaft ein, scheinen Eliten nicht mehr die Lösung, sondern selbst Teil des Problems zu sein, an dem Deutschland in einer schwierigen Übergangsphase leidet. Der vorliegende Beitrag untersucht die gegen die herrschenden Funktionseliten vorgebrachten Vorwürfe genauer. Dazu wird das prägende Selbstverständnis der Führungsschicht als Funktionselite unter die Lupe zu genommen, um seine Tauglichkeit für das Anforderungsprofil an gegenwärtig benötigte Eliten zu überprüfen. Die Ausführungen zeigen Versagens- und moralische Anfälligkeitssymptome, die begründete Zweifel daran aufwerfen, dass die derzeitigen Eliten den an sie gestellten Erwartungen noch gerecht werden. Der Funktionselitenbegriff wird einer kritischen Analyse unterzogen, um deutlich zu machen, dass er elementare Fragen des Umgangs mit Macht und der Bindung an Moral ausklammert. Abschließend wird der Blick auf "Verantwortungseliten" gelenkt, zu denen sich nach Auffassung der Autoren die Funktionseliten fortentwickeln müssen. (ICA2)

[253-L] Braun, Stephan; Vogt, Ute (Hrsg.):

**Die Wochenzeitung "Junge Freiheit": kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 362 S., ISBN: 978-3-531-15421-3 (Standort: UB Köln(38)-35A902)

**INHALT:** "Die Wochenzeitung 'Junge Freiheit' gilt als die zentrale Publikation der Neuen Rechten in Deutschland, einer Strömung, die unter dem Deckmantel des Konservatismus ein Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum bildet. Jahrelang wurde sie in Verfassungsschutzberichten geführt. Dagegen hat die 'Junge Freiheit' vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und sich daraufhin juristisch verglichen. Seitdem ist ihre Aufnahme in Verfassungsschutzberichte juristisch erschwert. Die 'Junge Freiheit' unterliegt jedoch weiterhin der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Die Herausgeber und Autoren beleuchten Inhalte, Personen und Kunden der 'Jungen Freiheit' ebenso wie deren Prozessstrategie und mahnen eine verstärkte Auseinandersetzung mit dieser Publikation und der Neuen Rechten auf politischer und wissenschaftlicher Ebene an." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster: Die "Junge Freiheit" der "Neuen Rechten". Bundes- und landespolitische Perspektiven zur "Jungen Freiheit" und den Medien der "Neuen Rechten" (15-42); Helmut Kellershohn: Kurzchronologie der "Jungen Freiheit" 1986 bis 2006 (43-56); Thomas Pfeiffer, Michael Puttkamer: Warum das Land Nordrhein-Westfalen die "Junge Freiheit" in seinen Verfassungsschutzberichten geführt hat (57-76); Wolfgang Gessenharter: Der Schmittismus der "Jungen Freiheit" und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz (77-94); Michael Pechel: Das Geschichtsverständnis der Wochenzeitung "Junge Freiheit" (95-116); Helmut Kellershohn: Volk, Staat und Nation. Konturen des völkischen Nationalismus in der "Jungen Freiheit" (117-146); Regina Wamper: Das christli-

che Bild von Juden und Judentum in der "Jungen Freiheit" (147-170); Fabian Virchow: Außen- und Militärpolitik für Volk und Nation (171-192); Anton Maegerle: Politischer und publizistischer Werdegang von Autoren der "Jungen Freiheit" (193-216); Gabriele Nandlinger: Die Anzeigenkunden der "Jungen Freiheit". Eine Wochenzeitung als Plattform für extreme Rechte (217-230); Margret Chatwin: Griff nach der Meinungshoheit. Internetkampagnen der "Jungen Freiheit" am Beispiel von Wikipedia (231-270); Helmut Lölhöfel: Die Interview-Fälle. Wie die "Junge Freiheit" immer wieder Prominente und sogar Sozialdemokraten einspannte (271-282); Volker Norbistrath, Ute Vogt: Warum Herr Wonka Recht hat. Warum die Bundespressekonferenz keinen Vertreter der "Jungen Freiheit" aufnehmen muss (283-286); Albert Scherr: Die "Junge Freiheit" - eine Herausforderung für die politische Bildung (287-298); Thomas Schlag: Die "Junge Freiheit" - eine Herausforderung für die schulische und außerschulische Jugendarbeit (299-324).

[254-L] Deichmann, Carl:

**Symbolische Politik und politische Symbole: Dimensionen politischer Kultur**, (Kleine Reihe Politische Bildung : Didaktik und Methodik), Schwalbach: Wochenschau Verl. 2007, 61 S., ISBN: 978-3-89974-357-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MD7100/17)

**INHALT:** "In der Politikwissenschaft gehören Untersuchungen über die Bedeutung von Symbolen und von symbolischer Politik als Elemente der politischen Kultur seit einigen Jahren zu den Standards der Forschung. In der politikdidaktischen Diskussion ist eine ähnlich intensive Beschäftigung mit den genannten Gegenständen oder wissenschaftlichen Zugängen noch nicht festzustellen. Zwar soll nicht eine unreflektierte oder gar kritiklose Rezeption von Diskussionen in den Bezugswissenschaften der Politikdidaktik propagiert werden, doch muss die Politikdidaktik im Rahmen ihrer spezifischen Forschungsperspektive den wissenschaftlichen Diskurs rezipieren. Im Zentrum dieses politikdidaktischen Forschungsinteresses steht dabei die Frage, welches politische Weltbild und welche Handlungsprädispositionen politische Bildung den politisch Lernenden vermitteln soll, damit sie in der demokratischen politischen Ordnung ihre Bürgerrolle aktiv wahrnehmen können. Dabei wird die Politikdidaktik ihrer Aufgabe als hermeneutischer Wissenschaft gerecht, wenn sie sich darum bemüht, die Forschungen zu denjenigen Realitätsinterpretationen aufzuarbeiten, von denen anzunehmen ist, dass sie in besonderer Weise das politische Bewusstsein der Menschen prägen. Und es spricht viel dafür, dass die politischen Symbole und die symbolische Politik hier eine besondere Bedeutung haben. Deshalb wird es im Folgenden um die Behandlung dieser Probleme gehen: Das erste Kapitel dient der Reflexion über den Zusammenhang zwischen politischen Symbolen und der politischen Kultur. Hier wird deutlich werden, dass die politische Bildung nur dann zur Analyse politischer Realität befähigen kann, wenn die Kategorie 'Symbol' neben den in der politischen Bildung üblichen analytischen und normativen Kategorien eine zentrale Rolle spielt. Voraussetzung für diese politikdidaktische Sicht sind Überlegungen zu einem engen und weiten Symbolbegriff (1.2) sowie zum Symbolcharakter der Sprache (1.3). Im zweiten Kapitel richten sich sodann die politikdidaktischen Überlegungen auf das Phänomen der symbolischen Politik. Es wird zu fragen sein, welche Funktionen die symbolische Politik in politischen Prozessen besitzt und in welcher Weise die politische Bildung durch die Analyse verschiedener Formen symbolischer Politik einen Einblick in die Struktur politischer Prozesse vermitteln kann (2.1). Die grundlegende Funktion der symbolischen Politik, die Komplexitätsreduzierung, wird an einem Planspiel verdeutlicht, welches zudem die fundamentale Rolle der Medien erkennen lässt (2.2). Im dritten Kapitel werden wichtige Erscheinungsfor-



---

men der symbolischen Politik wiedergegeben und analysiert. Hieraus sind politikdidaktische und unterrichtspraktische Konsequenzen zu ziehen (3.1; 3.2)." (Textauszug)

[255-L] Diermann, Melanie:

**Politisches Marketing: Relevanz des Marketingkonzeptes für politische Parteien als Managementstrategie für Wahlkämpfe ; eine vergleichende Fallanalyse am Beispiel der Landtagswahl 2005 in NRW**, Marburg: Tectum Verl. 2007, 142 S., Anh. 134 S., ISBN: 978-3-8288-9403-7 (Standort: ULB Münster (6)-MG/23470/2)

**INHALT:** "Nach fast 60 Jahren in der Versenkung werden Wahlkämpfe derzeit wieder zu einem Kernthema der Politikwissenschaft. Politische Vorstellungen der Parteien erscheinen dabei als Ware, die mit abgewandelten Methoden des Produktmarketings 'unters Volk' gebracht werden soll. Ihr Selbstverständnis wandelt sich zunehmend von dem der klassischen Volks- oder Klientelpartei zum Dienstleistungsunternehmen mit Verfassungsrang. Statt thematischer Auseinandersetzung spielen in der Mediengesellschaft wieder erkennbare Dachmarken, Slogans und Köpfe eine wesentliche Rolle. Die meisten neueren Publikationen stellen dementsprechend allgemein einen umfassenden Wandel der Wahlkampagnen fest. Ob ihre Annahmen dem tatsächlichen Handeln der Parteien in Vorwahlzeiten entsprechen, prüfen sie dagegen bislang nur selten. Im Rahmen einer Fallstudie konfrontiert Melanie Diekmann in diesem Band globale Thesen über die Gestaltung von Wahlkämpfen zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der Realität des intensiv geführten Wahlkampfes vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005." (Autorenreferat)

[256-L] Dölle, Christian:

**"Männer sind anders, Frauen auch.": ein Kommentar zum Unterschied im politischen Kommunikations- und Rollenverhalten von Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich von 100 Tagen Großer Koalition**, in: Winand Gellner, Martin Reichinger (Hrsg.): PIN - Politik im Netz - Jahrbuch 2006 : die neuen deutsch-amerikanischen Beziehungen ; nationale Befindlichkeiten zwischen supranationalen Visionen und internationalen Realitäten, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 55-63, ISBN: 978-3-8329-2594-9

**INHALT:** "Christian Dölle analysiert die Unterschiede in den politischen Kommunikationsmechanismen Bundeskanzlerin Angela Merckels und ihres Amtsvorgängers Gerhard Schröder und vergleicht auf theoretischer Grundlage des Abstraktums der politischen Kommunikation in Mediendemokratien und des damit verbundenen Rollenverhaltens deren Kommunikationsmodi anhand zahlreicher Beispiele. Detaillierte Beobachtungen zur politisch-kommunikativen Sozialisation Merckels und Schröders illustrieren dabei getroffene Annahmen und erleichtern den abschließend unternommenen induktiven Versuch, aus dem exemplarischen Kommunikations- und Rollenverhalten der beiden Politiker Schlüsse auf die mancherorts konstatierten und allenthalben kontrovers diskutierten Verständigungsbarrieren im Geschlechterverhältnis zu ziehen." (Autorenreferat)

[257-L] Dörner, Andreas; Schicha, Christian (Hrsg.):

**Politik im Spot-Format: zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 390 S., ISBN: 978-3-531-15408-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007/10115)

**INHALT:** "Der vorliegende Sammelband analysiert eine Auswahl der im Fernsehen ausgestrahlten Wahlwerbespots der Parteien zur Bundestagswahl 2005. Dabei geht es um eine interdisziplinäre Annäherung an ein Format, das in seinen Besonderheiten auf der Produktions-, Text-, Distributions- und Rezeptionsebene noch immer viele offene Aspekte für die Forschung bietet. Wahlwerbespots stellen schließlich in ihrer Gleichzeitigkeit von audiovisueller Komplexität und ästhetischer Dichte einerseits, der durch die Distributions- und Wirkungsbedingungen erzwungenen Reduktion andererseits einen paradigmatischen Gegenstand zur Erforschung von Politikinszenierung und strategischem Emotionsmanagement in der modernen Wahlkampfkommunikation dar. Die werbenden Kurzfilme führen vor, dass weniger die rational geprägte Debatte um politische Sachverhalte im Mittelpunkt des Wahlkampfes liegt, sondern vielmehr Strategien der Polarisierung, Simplifizierung, symbolischen Verdichtung, Ritualisierung und Personalisierung. Anhand der Untersuchung der konkreten Spots ist der Frage nachgegangen worden, mit welchen Mitteln die Parteien versuchen, die Bindung von Wählergruppen zu erreichen. Dabei können Sachaussagen und inszenierte Konfliktlinien ebenso analysiert werden wie die filmästhetische Gestaltung oder Formatspezifika. Das Buch ist interdisziplinär ausgerichtet. Die unterschiedlichen Herangehensweisen der diversen sozialwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Ansätze sollen dazu beitragen, ein vielfältiges Analysespektrum zu eröffnen. Die Besonderheit des Bandes liegt darin, dass fast alle Autorinnen und Autoren jeweils (mindestens) einen konkreten Wahlwerbespot aus der Kampagne 2005 zum Gegenstand ihres Artikels gemacht haben. Damit können die spezifischen Vorteile der jeweils unterschiedlichen theoretischen Horizonte und methodischen Herangehensweisen in der Zusammenschau des Buches besonders anschaulich herausgearbeitet werden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Christian Schicha, Andreas Dörner: Einleitung: "Parteien zur Bundestagswahl 2005 - Für den Inhalt der Spots sind ausschließlich die Parteien verantwortlich" (9-36); Andreas Dörner, Ludgera Vogt: Politik, Ästhetik und Wahlwerbespots (37-60); Horst Pöttker: "Wir machen keine Wahlpropaganda". Wie die Parteien mit ihren Fernsehspots Politikverdrossenheit erzeugen (61-70); Carsten Brosda: "Wir senden Ihnen jetzt keinen Werbespot...". Zur Verwendung journalistischer Darstellungsformen in Wahlwerbespots 2005 (71-100); Melanie Diermann, Moritz Ballensiefen, Karl-Rudolf Korte: Alles Marketing, oder was?! Betrachtung zweier Wahlwerbespots von SPD und CDU aus dem Bundestagswahlkampf 2005 unter Marketingaspekten (101-128); Marcus Maurer: Überzeugen oder Überreden? Argumentationsstrategien in den Wahlwerbespots der Bundestagsparteien 1994 bis 2005 (129-146); Clemens Schwender, Manuela Wiest, Martin Kreeb: Meister Propper, die Kanzlerin und das Konkurrenzprodukt (147-168); Werner Dieball: Politik im Spot-Format (169-180); Karl Prümm: Großes Kino im Sekundenformat. Kinematographische Codes in den Wahlwerbespots der Parteien (181-188); Peter Riedel: Bausteine einer historischen Poetik des Wahlwerbespots (189-204); Klaus Kamps: "Denn sie wissen nicht, was sie tun." Symbolik und Enttäuschungspathos im CDU-Spot zur Bundestagswahl 2005 (205-214), Marcus S. Kleiner, Jörg-Uwe Nieland: "Schaut auf dieses Land!" Deutschlandbilder in den Fernsehspots zur Bundestagswahl 2005 (215-234); Petra Missomelius: Inszenierung und Instrumentalisierung von Familienpolitik im Wahlwerbespot 2005 (235-240); Ingrid Stapf: Medienethische Überlegungen zu den Wahlwerbespots 2005 (241-256); Christian Schicha: Guido gibt Gas. Vorfahrt für Arbeit in den FDP-Wahlwerbespots zur Bundestagswahl 2002 und 2005 (257-

294); Florian Mundhenke: Politische Inszenierung im Zeitalter ihrer (medialen) Simulation - Die Wahlkampagne der PARTEI mit Baudrillard gelesen (295-312); Paula Diehl: Dekonstruktion als Inszenierungsmethode - Von Berlusconi bis zu den Grünen (313-336); Burkhard Röwekamp, Matthias Steinle: "Politik ist Scheiße" auch im Fernsehen. Oder: Was Sie schon immer über Wahlwerbepots wissen wollten, aber bisher nicht zu glauben wagten. Anarcho-ästhetische Aufklärung der APPD (337-352); Caja Thimm, Annika Hartmann: Grünes Politikmarketing in TV- und Radiospots (353-378); Anja Besand: Von Kugeln, Parkbänken und vermeintlicher Sachlichkeit im Wahljahr 2005. Oder: Wahlwerbepots als visuelle Kommunikationsangebote im und für den Politikunterricht (379-388).

[258-L] Focke, Sandra:

**"Politik-Marketing": die Marketing-Strategien der beiden großen Volksparteien (CDU, SPD) im Bundestagswahlkampf 2002 mit Schwerpunkt auf Materialien der CDU**, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 3257), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 524 S., ISBN: 978-3-631-56616-9 (Standort: UB Bochum(294)-DPA14465)

**INHALT:** "Anders als bisherige Forschungsarbeiten nimmt diese Studie die Perspektive der Macher ein und wirft einen Blick hinter die Kulissen des Wahlkampfes. Sie beleuchtet dabei unveröffentlichte Strategiebausteine des Wahlkampfes der CDU 2002, die sich auf interne Dokumente der Partei stützen. Im Gegensatz zu den bisher vorliegenden Forschungsarbeiten berücksichtigt sie zur Erklärung des Phänomens 'Politik-Marketing' sowohl Erkenntnisse aus Politik-, Kommunikations- und Marketingwissenschaft als auch der Theaterwissenschaft. Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage, welche 'Politik-Marketing'-Strategien die Parteien im Bundestagswahlkampf 2002 angewandt haben. Dabei zeigte das Ergebnis, dass der Bundestagswahlkampf 2002 wesentliche Veränderungen im 'Politik-Marketing' der Parteien mit sich gebracht hat. Es wurde deutlich, dass vermehrt 'moderne Marketingstrategien' (Techniken der Inszenierung und des Brandings) eingesetzt wurden, dass amerikanische Wahlkampfstrategien wie die Personalisierung inzwischen den deutschen Wahlkampf prägen und dass sich der Wahlkampf im Unterhaltungszeitalter auf die Logik der Unterhaltungsmedien einlassen muss. In diesem Kampf stellt 'Politik-Marketing' ein Instrumentarium zur Verfügung, das Politiker heute benötigen, um im Wettbewerb um Aufmerksamkeit überhaupt bestehen zu können." (Autorenreferat)

[259-L] Forkmann, Daniela:

**Konsens statt Konflikt: das sozialdemokratische "Netzwerk junger Abgeordneter Berlin"**, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 46/2007, H. 4 = H. 180, S. 67-75 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die deutsche Sozialdemokratie hat in der vergangenen Dekade einen deutlichen Mitgliederschwund, offenkundige Veränderungen in der Wählerstruktur und einen programmatisch-inhaltlichen Kurswechsel erfahren. Darüber wechselten auch die Führungspersonen in der Exekutive und an der Spitze der Partei, was besonders nach dem Ende des rot-grünen Regierungsbündnisses 2005 deutlich wurde. Kaum eine Gruppierung innerhalb der SPD hat diesen personellen Wechsel so sehr gefordert wie das "Netzwerk junger Abgeordneter Berlin" - und kaum eine Gruppe hat so sehr davon profitiert. Denn mittlerweile haben zahlreiche

"Netzwerker" zum Teil prominente Führungspositionen der Partei und des Regierungsapparates eingenommen. Im vorliegenden Beitrag werden die programmatischen Ziele und politischen Aktivitäten dieses Netzwerks näher vorgestellt, das als eine Gruppierung junger Bundestagsabgeordneter zu Beginn des Jahres 1999 von den Abgeordneten Hubertus Heil, Hans-Peter Barteis und Kurt Bodewig gegründet wurde. (ICI2)

[260-L] Frölich, Margrit; Hafenecker, Benno; Kaletsch, Christa; Oppenhäuser, Holger (Hrsg.): **Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen**, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2007, 184 S., ISBN: 978-3-86099-735-2 (Standort: UB Köln(38)-35A1603)

**INHALT:** "Rechtsextreme Bestrebungen wurden in Hessen lange Zeit kaum wahrgenommen und häufig auf strafrechtlich relevante Vorkommnisse reduziert. Die Autoren korrigieren dieses Bild. Sie legen eine profunde Bestandsaufnahme über die extreme Rechte in Hessen vor. Ein Buch über erfolgreiche zivilgesellschaftliche Handlungsansätze und Anforderungen an die demokratische Gesellschaft." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Benno Hafenecker: Rechtsextremismus in Hessen - Kontinuitäten und Brüche (11-28); Michael Weiss: Neuere Entwicklungen der Neonazi-Szene in Hessen (29-42); Holger Oppenhäuser: Fluchtpunkt Menschenrechte. Staat, Zivilgesellschaft und extreme Rechte - an Beispielen aus Hessen (43-60); Sebastian Klinke, Franziska Naundorf: Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure (61-74); Miryam Eser Davolio: Wissenschaftliche Evaluation von Ansätzen gegen Rechtsextremismus (77-92); Albert Scherr: Rechtsextremismus, die Mitte der Gesellschaft und die Grenzen zivilgesellschaftlicher Strategien (93-108); Sabine Diederich, Deborah Krieg: Zivile Kräfte stärken: Ein Ansatz zur Beratung kommunaler Akteure (109-124); Christa Kaletsch: Schule als Ort der Intervention und der Prävention (125-140); Margrit Frölich: Der Kick. Ein Ansatz filmischer Auseinandersetzung (141-154); Netzwerk für Demokratie und Courage (157-160); Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Erfahrungen mit einem ostdeutschen Konzept in Hessen (161-164); Zivile Kräfte stärken. Angebote der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank bei akuten Problemen mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, ethnisierten Konflikten und anderen Formen von Diskriminierung (165-168); "Kanake - Nazi - Judensau!" Projekt der Sportjugend bearbeitet Alltagsrassismen im Jugend- und Amateurfußball (169-172); Sechs Jahre aktionsorientierter Widerstand gegen Nazis: Die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt am Main (173-176); Demokratisch und Weltoffen. Was Bürgerinitiativen in Südhessen den Neonazis entgegensetzen (177-180).

[261-L] Fröschl, Erich; Kramer, Helmut; Kreisky, Eva (Hrsg.): **Politikberatung: zwischen Affirmation und Kritik**, Wien: Braumüller 2007, VII, 259 S., ISBN: 978-3-7003-1619-0 (Standort: UB Stuttgart(93)-57/9402)

**INHALT:** "Wie in anderen westlichen Ländern kam es auch in Österreich in den letzten Jahren zu einem Boom neuer Formen von Politikberatung. In zunehmendem Maße werden dabei kommerziell ausgerichtete Institute und Beratungsunternehmen eingeschaltet. Was bedeutet diese Entwicklung für demokratische Prozesse? Wie verändern sich die Strukturen der Vermittlung von Wissenschaft und Politik? PolitikwissenschaftlerInnen verschiedener Generationen reflektieren Politikberatung als offenes Arbeitsfeld der Politikwissenschaft. Mit Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik wird zum ersten Mal der Versuch gemacht, aktuelle Entwicklungen der Politikberatung in Österreich zu analysieren und unter demokratiepolitischen

Aspekten zu reflektieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Eva Kreisky: Politikerberatung als neuer Beruf. Anzeichen neoliberaler Einbindung von Politikwissenschaft (11-46); Anton Pelinka: Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Entwicklung kritischer Öffentlichkeit in Österreich (47-56); Thomas König: Ein steter Unruheherd? Zur Rolle der Kritik in den Sozialwissenschaften (57-70); Wolf-Dieter Narr: Wider politikwissenschaftlich-prätentiöse Beratung - Eine Regel mit Ausnahmen (71-82); Sonja Puntischer Riekmann: Politikwissenschaftliche Europaforschung und Europäisierung der österreichischen Politikwissenschaft (83-92); Erich Fröschl: Ist teurer Rat auch gut? Anmerkungen zur Tätigkeit externer Berater während der Regierungen Schüssel I und II (2000-2006) (93-106); Hubert Sickinger: Parteien- und Wahlforschung: Forschungsstand und Bedeutung für die Politikberatung (107-124); Regina Köpl: Spin-Doktoren, Lobbyisten und andere unternehmerische Geister in der Politikvermittlung (125-138); Marcel Fink: Die Beziehungen von Knowledge und Power in der Sozialpolitik. Eine neue Rolle für Fachexpertise und Politikberatung durch steigenden Reformdruck? (139-158); Doris Wydra: Die Eingrenzung des Risikos: Wissenschaft und Expertise im Rahmen der Gesundheitspolitik (159-170); Marion Löffler: Die Gender-Expertin: Gender Mainstreaming Beratung als Politikberatung? (171-182); Leila Hadj-Abdou: Integrationsunwillig? Zum Verhältnis von Migrationsforschung und politischer Praxis (183-196); Heinz Gärtner: Wissenschaftliche Politikberatung in der internationalen Politik: Ein Mythos (197-208); Petra Purkarthofer: Strategischer und anwendungsorientierter Beratungsbedarf in der Ost- und Entwicklungszusammenarbeit (209-224); Nonno Breuss: Zwischen Schlauchboot und Dreiteiler. Lobbying als NGO-Strategie (225-238); Helmut Kramer: Österreichische Politikwissenschaft im Spannungsfeld von Politiker-, Gesellschaftsberatung und Öffentlichkeit (239-256).

[262-L] Gärtner, Reinhold:

**Österreichische Erinnerung**, in: Thomas Geiger, Martin Hartlieb, Birgit Winkel (Hrsg.): Fokus Politikwissenschaft : ein Überblick, Innsbruck: Studien-Verl., 2007, S. 174-182, ISBN: 978-3-7065-4428-3 (Standort: UB Erlangen(29)-H00/2007A/10857)

**INHALT:** Erinnerung ist generell selektiv: Sehr oft wird nicht daran erinnert, was von Experten als real und wirklich belegt wird, sondern daran, was durch quasi plebiszitären Zuruf als wirklich, als real gelten soll. Der Beitrag zeigt, dass nach diesem Mechanismus (was nicht sein darf, kann nicht sein) in Österreich nicht an die österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus erinnert und diese Beteiligung als eine Art Betriebsunfall gesehen und eingestuft wird. Erinnert wurde und wird an Österreichs "Opferrolle", daran, dass den Nationalsozialismus eigentlich niemand wirklich wollte, dass eigentlich immer schon eine Ablehnung gegen den Nationalsozialismus vorhanden war. Nicht die Beteiligung war Thema, sondern der Wunsch, sich nicht beteiligt zu haben, war leitende Prämisse. Sinnstiftend für die Zweite Republik wurde auch die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Darin ging es u.a. um die Frage der Mitverantwortung Österreichs an NS-Verbrechen und die Rolle von Österreichern in der Wehrmacht: Dem Vorwurf im zweiten Abschnitt der Moskauer Deklaration versuchte Österreich damit zu begegnen, "dass die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hatte". (ICA2)

---

[263-F] Georg, Werner, Prof.Dr.; Janning, Frank, Dr.; Raufer, Thilo, Dr. (Bearbeitung):

**Aktivierender Staat und bürgerliche Lebensstile. Integrations- und Desintegrationseffekte einer Politik der feinen Unterschiede in der deutschen Bildungs- und Familienpolitik**

**INHALT:** Das Forschungsprojekt versucht konzeptuelle und empirische Lücken zu schließen, die von einer getrennten Behandlung von sozialen Integrations- und Ungleichheitsphänomenen und von politischen Entscheidungsprozessen in dafür relevanten Politikfeldern (Bildungspolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik etc.) herrühren. In der Soziologie lassen sich zahlreiche Studien zur Sozialstrukturanalyse und zu den Statuskämpfen zwischen sozialen Lebensstilen, der Herstellung von sozialen Ungleichheiten und Statusattributen sowie den Integrations- und Desintegrationseffekten von sozialen Schließungsmechanismen auffinden (Bourdieu 1982; Burzan 2004; Eickelpasch 1998; Georg 1998; Konietzka 1995; Lüdtke 1989; Müller 1992, 1995; Otte 2004; Schulze 1992; Spellerberg 1996). Der Beitrag von politischen Programmen und Entscheidungen zur Konstitution sozialer Ungleichheit und zur Integration der Lebensstile wird aber nur höchst selten oder höchstens im Hinblick auf allgemeine sozialstrukturelle Zusammenhänge reflektiert (Janning 1998; Kreckel 1992; Ritter 1997). Stattdessen werden in der Lebensstil-Forschung bislang hauptsächlich die sozialstrukturellen Aspekte von politischen Einstellungen und Präferenzen herausgestellt (Vester et al. 2001). Zur Vorhersage politischer Orientierungen und Verhaltensweisen (etwa Wahlverhalten) wurden in den 80er Jahren mehrere Lebensstil- und Milieutypologien entwickelt (z.B. Gluchowski 1988; SINUS 1992). Otte (2005) konnte zeigen, dass unterschiedliche politische Issues und einzelne Wahlalternativen zwischen politischen Parteien je nach inhaltlicher Ausprägung entweder durch die Klassenposition oder die Lebensstilzugehörigkeit besser vorhergesagt werden konnten. In der Politikwissenschaft analysiert die Policy-Forschung die Entscheidungsprozesse in den gesellschaftlich relevanten Politikfeldern in minutiöser Genauigkeit, allerdings werden die sozialen Ordnungsmodelle, Lebensstilorientierungen und Integrationskonzepte, die in politische Maßnahmen und Gesetze einfließen, eher außen vor gelassen (Schneider/ Janning 2006; Schubert 1991; Schubert/ Bandelow 2003). Wenn überhaupt über die Voraussetzungen für programmbezogene Interessen und Präferenzen der Akteure reflektiert wird, werden diese höchstens mit politikfeldtypischen ordnungspolitischen Grundorientierungen, problemrelevanten Wissenstransfers und Deutungskonflikten oder allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen in Verbindung gebracht (Bleses/ Rose 1998; Nullmeier 1993; Pioch 2000; Sabatier 1993, 1999).

**METHODE:** Das Forschungsprojekt strebt an, eine solche, bislang fehlende Vermittlung zwischen Lebensstil-Soziologie und Policy-Forschung vorzunehmen. Auf konzeptueller Ebene sollen innovative Beiträge zur politischen Dimensionierung der einschlägigen Lebensstilbegriffe und -typen entwickelt sowie die gesellschaftliche Einbettung von Programmdiskussionen in Politikfeldern reflektiert werden. Eine theoretische Klammer stellt dabei der Regime-Begriff dar, der sowohl auf Regelsysteme in Politikfeldern als auch auf verhaltensregulierende Integrationsnormen im sozialen Raum (Lebensstil-Regime) Anwendung finden kann (Janning 2004, 2007). Der empirische Fokus richtet sich auf die Interdependenzen zwischen neuen und alten Lebensstilen und politischen Programmentscheidungen. Für die methodologische Vorgehensweise empfiehlt sich eine Nutzbarmachung und Integration avancierter quantitativer und qualitativer Verfahren und Forschungsansätze. Hierbei ist die Diskursanalyse und qualitative Inhaltsanalyse von politischen Programmdebatten, die Durchführung und Auswertung von Experteninterviews, die Messung, Berechnung und Interpretation von quantitativen Lebensstil-Indikatoren und die interpretative Rekonstruktion von Lebensstilkonzepten vorgesehen. Das Projekt behandelt innovative Forschungsfragen in beiden (Sub-)Diszipli-

---

nen. Für die soziologische Sozialstrukturanalyse lauten die Leitfragen: Welche Wirkungen haben politische Programme und Maßnahmen (policies) in ihrem materiellen wie ideellen Gehalt auf das Selbstverständnis und auf die Statusattribute von sozialen Lebensstilen und wie tragen politische Entscheidungen und die politischen Debatten zur Konstitution von Lebensstilen und zu ihrer Integration in eine Konfliktordnung oder Statushierarchie der feinen Unterschiede bei? Analog dazu stellt das Projekt innovative Forschungsfragen für die Policy-Forschung: In welchem Umfang und in welcher Weise gehen Statusgesichtspunkte und Lebensstilkonzepte in die Programmdiskussion von Politikfeldern ein? Inwieweit spiegeln politikfeldspezifische Debatten und Konflikte die Kämpfe der sozialen Lebensstile um Anerkennung, Integration und Ausgrenzung?

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" (Fach D 173, 78457 Konstanz)

**KONTAKT:** Janning, Frank (Dr. Tel. 07531-88-2611,  
e-mail: frank.janning@uni-konstanz.de)

[264-L] Grasselt, Nico; Korte, Karl-Rudolf:

**Führung in Politik und Wirtschaft: Instrumente, Stile und Techniken**, (Studien der NRW School of Governance), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, 228 S., ISBN: 978-3-531-15246-2 (Standort: UB Bonn(5)-2007/10163)

**INHALT:** Im Bereich der Anforderungen an Führungskräfte in Politik und Wirtschaft haben sich in den letzten Jahren bemerkenswerte Veränderungen vollzogen. Trotz unterschiedlicher Legitimationsgrundlagen nähern sich die Bedingungen, unter denen Führung stattfindet, an. Logiken der Mediengesellschaft durchdringen beide Bereiche. Damit wird für die Lösung sozio-ökonomischer Probleme eine verbesserte Interaktion zwischen den beiden Teilbereichen und das Verständnis der jeweiligen Handlungsrationaltäten immer wichtiger. Wie organisieren Entscheider in Politik und Wirtschaft Mehrheiten? Worin unterscheiden sich die Anforderungen an Führungsstile, Führungsinstrumente und Führungstechniken in Politik und Wirtschaft? Welche Machtresearchourcen kennzeichnen die jeweilige Führung? Welche Konsequenzen können daraus für Qualifizierung und Weiterbildung in Politik und Wirtschaft gezogen werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieser vergleichenden Studie. Die jeweiligen Führungsrationaltäten werden systematisch erarbeitet, die dominanten Führungstechniken verglichen. Die Studie versteht Führung als Personalressource und liefert Perspektiven für eine anwendungsorientierte Vermittlung der neuen Anforderungen für die Führungspraxis. (ICE2)

[265-F] Grunden, Timo, Dipl.-Soz. Wiss. (Bearbeitung); Korte, Karl-Rudolf, Prof.Dr.rer.pol.Dr.-phil. (Betreuung):

**Politische Rationalität und Politikberatung von innen. Personelle Faktoren im Politikmanagement von Ministerpräsidenten**

**INHALT:** keine Angaben

**ART:** *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2007-11 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

---

**INSTITUTION:** Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien (47048 Duisburg)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0203-379-2047, Fax: 0203-379-2318, e-mail: grunden@uni-duisburg.de)

[266-L] Hempel, Leon:

**Die geschlossene Welt: zur Politik der Überwachung am Beispiel von Videoüberwachung,** in: Sandro Gaycken, Constanze Kurz (Hrsg.): 1984.exe : gesellschaftliche, politische und juristische Aspekte moderner Überwachungstechnologien, Bielefeld: transcript Verl., 2008, S. 79-100, ISBN: 978-3-89942-766-0

**INHALT:** Der Verfasser behandelt zunächst die Aufweichung und Einebnung der traditionellen Grenzziehungen im Sicherheitsbereich und die hieraus sich entfaltende radikale Dynamik, in deren Zeichen sich die aktuelle Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit zu einer neuen Einheit vollzieht. Ausgehend von der Nutzung der Videoüberwachung im Alltag wird in einem zweiten Schritt exemplarisch gezeigt, wie sich im Zuge der Digitalisierung der Videotechnik und einer sich bereits vollziehenden Vernetzung der Systeme die Grenze zwischen zivilem Anwendungsbereich und militärischer Nutzung von Videoüberwachung verwischt. Auf die Asymmetrie neuer Bedrohungen folgt der Aufbau asymmetrischer Beobachtungsbeziehungen zwischen Staat und Bürger. In einem dritten Schritt wird nach dem Leben in der "geschlossenen Welt" gefragt. Zentral ist dabei die Frage, ob durch einen verstärkten Einsatz von Videoüberwachung mit einem tatsächlichen Sicherheitsgewinn zu rechnen ist. Die Normalität und Alltäglichkeit einer Derogation rechtsstaatlicher Prinzipien ist bereits Indiz für die Permanenz des Ausnahmezustandes. (ICE2)

[267-L] Hoffmann, Jochen; Steiner, Adrian; Jarren, Otfried:

**Politische Kommunikation als Dienstleistung: Public-Affairs-Berater in der Schweiz,** (Kommunikationswissenschaft), Konstanz: UVK Verl.-Ges. 2007, 291 S., ISBN: 978-3-89669-592-5 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF1000/152B)

**INHALT:** "Public-Affairs-Berater beteiligen sich an der Gestaltung von öffentlicher und nicht-öffentlicher Kommunikation im Dreieck von Politik, Wirtschaft und Medien. Wer sind die Anbieter solcher Dienstleistungen, wer die Klienten und Zielgruppen? Welche Leistungen werden angeboten und welche Konflikte ergeben sich aus den widersprüchlichen Handlungslogiken in Politik, Wirtschaft und Medien? Die vorliegende Studie beschreibt und typologisiert politische Kommunikation als eine kommerzielle Dienstleistung. Grundlage ist eine umfassende schriftliche und mündliche Befragung von Public-Affairs-Dienstleistern in der Schweiz." (Autorenreferat)



[268-L] Hoffmann, Jochen; Steiner, Adrian; Vogel, Martina:

**Moderne Public Affairs versus traditionelle Interessenvertretung?: Agenturen, Unternehmen und Verbände in der politischen Kommunikation**, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 36/2007, H. 4, S. 425-444 (Standort: USB Köln(38)-XE00150; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Bedingungen und Merkmale der politischen Vertretung gesellschaftlicher Interessen verändern sich: Die Zahl und Vielfalt von Akteuren nimmt zu, Einflussnahme erfolgt zielgerichtet und punktuell, die Relevanz institutionalisierter Zugänge zu Entscheidungssystemen nimmt ab und es ist eine Informalisierung wie auch Medialisierung politischer Interessenvertretung zu beobachten. Vor diesem Hintergrund will der Beitrag die Frage beantworten, wie sich Agenturen, Unternehmen und Verbände als AkteurInnen politischer Kommunikation unterscheiden. Empirische Grundlage ist eine sekundäranalytische Auswertung zweier Befragungen von Verantwortlichen für politische Interessenvertretung in der Schweiz, deren Organisationen primär Interessen aus dem Bereich Wirtschaft vertreten. Die Befunde zeigen, dass vor allem Agenturen und mit Abstrichen Unternehmen als Promotoren einer 'modernen' Public Affairs gelten können, während sich Verbände eher an 'traditionellen' Formen der politischen Interessenvertretung orientieren." (Autorenreferat)

[269-L] Höglinger, Dominic:

**Drei Welten der politischen Kommunikation?: ein Vergleich der Strukturen politischer Öffentlichkeit in der Schweiz, Deutschland und den USA anhand der Debatte um den Schwangerschaftsabbruch**, (Working Paper / National Centre of Competence in Research (NCCR) Challenges to Democracy in the 21st Century, No. 3), Zürich 2007, 41 S. (Graue Literatur; [www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP3.pdf](http://www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/publications/workingpaper/pdf/WP3.pdf))

**INHALT:** "Anhand eines Vergleichs der Abtreibungsdebatte über einen Zeitraum von mehr als drei Jahrzehnten werden in diesem Artikel die beträchtlichen Unterschiede der politischen Kommunikation in der Schweiz, Deutschland und den USA aufgezeigt und mit Rückgriff auf mediale, soziokulturelle und politisch-institutionelle Kontextfaktoren erklärt. Die höchste Erklärungskraft besitzen dabei politisch-institutionelle Eigenheiten der einzelnen Länder. So widerspiegelt sich die zentrale Stellung der Parteien in Deutschland in deren massiven öffentlichen Präsenz und geht zu Lasten der weitgehend marginalisierten Organisationen sozialer Bewegungen, während für die USA gerade das Gegenteil zu beobachten ist. In der Schweiz erhöhen die direktdemokratischen Instrumente die Resonanzchancen sowohl der sozialen Bewegungsorganisationen als auch - überraschenderweise - der Parteien deutlich. Letztere können so den Nachteil ihrer institutionellen Schwäche mehr als kompensieren, sorgen um ihre Zukunft angesichts einer zunehmenden Medialisierung der Parteiendemokratie scheinen zumindest in dieser Hinsicht unbegründet. Weiter zeigte sich, dass Volksinitiativen das Framing einer Debatte zeitweise ähnlich tief prägen können, wie dies in Deutschland und den USA durch die starke Judikative geschieht. Eine vergleichende Vorgehensweise und eine konsequente Kontextualisierung politischer Kommunikation im Sinne eines 'institutional turn' verspricht angesichts dieser Ergebnisse auch zukünftig ertragreich zu sein." (Autorenreferat)

[270-L] Homburger, Birgit:

**Politische Kommunikation und Partizipation - in Normal- und Krisenzeiten**, in: Hans-Victor Hoffmann (Hrsg.): *Netzwerk Kommunikation in Zeiten der Krise*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 247-262, ISBN: 978-3-8329-2574-1 (Standort: LB Stuttgart(24)-57/1374)

**INHALT:** Der Beitrag thematisiert Fragen der kommunikativen Kompetenz bei der Lösung von politischen Problemen. Dies ist erforderlich, weil die "kommunikativen Sachzwänge", unter denen Politiker (wie die Autorin) stehen, anders ausfallen als bei den Bürgern, die sich nur gelegentlich mit Politik beschäftigen. "Zeiten der Krise" bringen noch mehr Schwierigkeiten hinsichtlich der Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern mit sich. Deshalb erfolgen einige Gedanken und Bemerkungen zur Kommunikation von Politikern und dann zur Partizipation von Bürgern. Im letzten Abschnitt werden Beobachtungen zur Krisenkommunikation aus politischer Sicht vorgestellt. Die Ausführungen zeigen, dass politische Partizipation und politische Kommunikation keine Einbahnstraße sind. Sie funktionieren auf Gegenseitigkeit. Dazu müssen die Forderungen und Mitwirkungsangebote der Bürger artikuliert werden. Erst dann kann einiges im Rahmen einer Bürgergesellschaft besser organisiert werden. (ICA2)

[271-L] Kirloskar-Steinbach, Monika:

**Nationale Identität und kultureller Pluralismus**, in: Simone Zurbuchen (Hrsg.): *Bürgerschaft und Migration : Einwanderung und Einbürgerung aus ethisch-politischer Perspektive*, Münster: Lit Verl., 2007, S. 255-287, ISBN: 978-3-8258-0676-7 (Standort: UB Bielefeld(361)-IA723B9M6)

**INHALT:** In der philosophischen Forschungsliteratur zur Einwanderungsproblematik wird die Einwanderung überwiegend aus der Perspektive des Individuums diskutiert, das sich zur Migration entschließt. In diesem Zusammenhang werden zum Beispiel Fragen einer gerechten globalen Ressourcenverteilung oder eines Menschenrechts auf Einwanderung erörtert. Dabei wird jedoch die Perspektive des Einwanderungslandes und damit die nationalstaatliche Dimension des Immigrationsproblems ausgeblendet, wie die Autorin in ihrem Beitrag betont. Sie entwickelt vor diesem Hintergrund den Begriff einer "liberalen nationalen Identität". Sie geht ferner auf die in Deutschland geführte Diskussion über nationale Identität ein, in welcher sich mit der "universalistischen" und der "traditionalistischen" Position zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen von nationaler Identität gegenüberstehen. Die Autorin erörtert in diesem Zusammenhang die Frage, ob und inwiefern sich der kontextualistische Ansatz von Joseph Carens fruchtbar machen lässt, um zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln. (ICI2)

[272-F] Klein, Michael, Dipl.-Ökon. (Bearbeitung); Buß, Eugen, Prof.Dr. (Leitung):

**Die nationale Identität der Deutschen**

**INHALT:** Im Rahmen des Forschungsprojektes sollen inhaltliche Facetten der nationalen Identität der Deutschen umrissen und die Bedeutung der nationalen Identität im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Regionalisierungsentwicklungen erfasst werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** Theoretischer Ausgangspunkt des Projektes sind verschiedene Ansätze der Identitätstheorie. Im empirischen Teil des Projektes ist eine Kombination qualitativer (z.B. Gruppendiskussionen) und teilstandardisierter (Befragung) Methoden geplant. Untersuchungsde-

---

sign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 1.000; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts. Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

**ART:** *BEGINN*: 2007-05 *ENDE*: 2009-06 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Identity Foundation, Gemeinnützige Stiftung, Düsseldorf

**INSTITUTION:** Universität Hohenheim, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung (70593 Stuttgart)

**KONTAKT:** Bearbeiter (Tel. 0711-459-23310, e-mail: soziologie@uni-hohenheim.de)

[273-F] Knaut, Annette (Bearbeitung); Sarcinelli, Ulrich, Prof.Dr. (Betreuung):

**Abgeordnete des Deutschen Bundestages als PolitikvermittlerInnen zwischen Medialisierung und Informalität**

**INHALT:** Zentrale These: In modernen Demokratien wandelt sich das Wesen von Repräsentation durch die Medialisierung politischer Kommunikation. Abgeordnete werden zu Politikvermittlern, die intensiv und effektiv kommunizieren müssen, um politisch erfolgreich zu sein. Davon abgeleitet ergibt sich die Annahme, dass die Bedeutung informeller Strukturen, als Reaktion auf die Omnipresenz der Medien, zunimmt. Informelle Strukturen sind in hohem Maße selektiv - mit der Folge, dass Frauen im Parlament als "integrierte Außenseiterinnen" agieren. Forschungsziel: Entwicklung einer Typologie von Repräsentations- und Kommunikationsstilen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages; Aufzeigen der Mechanismen von Inklusion in informelle Institutionen unter Berücksichtigung genderrelevanter Strukturen. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** Theoretische Grundlagen: Repräsentationstheoretischer Ansatz in Verbindung mit Prämissen des Neo-Institutionalismus (March/ Olson) und der "gendered organizations" (Acker); methodischer Ansatz: qualitative Sozialforschung/ grounded theory *DATENGEWINNUNG*: Qualitatives Interview (Stichprobe: 40; Abgeordnete des Deutschen Bundestages; Auswahlverfahren: Quota).

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Knaut, Annette: Frauen im Deutschen Bundestag. Indizien und Funktion der Tabuisierung von Exklusion. in: Frietsch, Ute; Hanitzsch, Konstanze et al. (Hrsg.): Geschlecht als Tabu. Orte, Dynamiken und Funktionen der De-/ Thematisierung von Geschlecht. Bielefeld: Transcript Verl. 2007. *ARBEITSPAPIERE*: Knaut, Annette: Abgeordnete des Deutschen Bundestages als PolitikvermittlerInnen zwischen Medialisierung und Informalität. Papier präsentiert auf dem Workshop "Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland - Rückblick und Ausblick nach 40 Jahren" der DVPW in Bad Urbach vom 01.-03.06.2007.

**ART:** *BEGINN*: 2005-03 *ENDE*: 2008-03 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Wissenschaftler

**INSTITUTION:** Frank-Loeb-Institut Landau an der Universität - Forschungsstelle für Politikvermittlung und internationale Verständigung (Kaufhausgasse 9, 76829 Landau)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 06341-91754-0, Fax: 06341-91754-24, e-mail: ipw@uni-landau.de)

[274-F] Kneip, Veronika, Dipl.-Soz.Wiss. (Bearbeitung); Baringhorst, Sigrid, Prof.Dr.Dr. (Leitung):

**Protest- und Medienkulturen im Umbruch. Transnationale Corporate Campaigns im Zeichen digitaler Kommunikation**

**INHALT:** Analyse der Auswirkungen von medialem Wandel auf die Veränderung von politischen Protestformen am Beispiel von transnationalem Anti-Corporate Campaigns im deutschsprachigen Raum. *ZEITRAUM:* 1995-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* deutschsprachiger Raum

**METHODE:** qualitative Analyse von Webauftritten; qualitative Interviews mit Campaignern und Protestakteuren

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Baringhorst, Sigrid: Strategic framing - Deutungsstrategien zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung. in: Kreyher, Volker J. (Hrsg.): Handbuch Politisches Marketing. Baden-Baden 2004.+++Baringhorst, Sigrid: Solidarität ohne Grenzen? Aufrufe zu Toleranz, Mitleid und Protest in massenmedialen Kampagnen. in: Bergmann, Jörg; Luckmann, Thomas (Hrsg.): Zur kommunikativen Konstruktion von Moral. Bd. 2. Wiesbaden 1999, S. 236-259.+++Kneip, Veronika: Legitimationsfaktor Bürgerschaft. Die kommunikative Vermittlung von Corporate Citizenship. in: Baringhorst, Sigrid; Kneip, Veronika; März, Anne; Niesyto, Johanna (Hrsg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten in der globalen Mediengesellschaft. Bielefeld 2007, pp. 223-244.+++Kneip, Veronika; Niesyto, Johanna: Politischer Konsum und Kampagnenpolitik als nationalstaatliche Steuerungsinstrumente? Das Beispiel der Kampagne 'Echt gerecht. Clever kaufen'. in: Baringhorst, Sigrid; Kneip, Veronika; März, Anne; Niesyto, Johanna (Hrsg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten in der globalen Mediengesellschaft. Bielefeld 2007, pp. 155-180. *ARBEITSPAPIERE:* Baringhorst, Sigrid; Kneip, Veronika; Niesyto, Johanna: Wandel und Kontinuität von Protestkulturen seit den 1960er Jahren - eine Analyse ausgewählter Anti-Corporate Campaigns. Fachtagung 'Bürgergesellschaft - Wunsch und Wirklichkeit', Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 19.10.-20.10.2006. Unter: [www.bzb-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/aktuelles/veranstaltungen/wzb\\_protestkulturen.pdf](http://www.bzb-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/aktuelles/veranstaltungen/wzb_protestkulturen.pdf) abrufbar.+++Baringhorst, Sigrid: New media and the politics of consumer activism. Opportunities and challenges of Euro-Asian anti-corporate campaigns. Paper presented at the Annual Conference of the European Consortium of Political Research, Workshop 'New Directions in Cultural Politics', Granada, 14.-19.04.2005. Unter: [www.politik-konsum.de/pdf/baringhorst\\_ecpr.pdf](http://www.politik-konsum.de/pdf/baringhorst_ecpr.pdf) abrufbar.+++Kneip, Veronika; Niesyto, Johanna: 'Echt gerecht. Clever kaufen' - politischer Konsum und Kampagnenpolitik als Reaktion auf nationalstaatliche Steuerungsverluste. Nachwuchstagung des SFB 'Staatlichkeit im Wandel', Universität Bremen, 31.03.-02.04.2006. Unter: [www.staatlichkeit.uni-bremen.de/download/de/aktuelles/petzold\\_niesyto\\_Paper.pdf](http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/download/de/aktuelles/petzold_niesyto_Paper.pdf) abrufbar.+++Baringhorst, Sigrid: Medien, Politik und Demokratie - Ambivalenzen der Medialisierung. Key Note Speech auf der Tagung "Governance. Multi-Level or Post-Democratic?", Univ. Innsbruck, Obergurgl, 18.-20.10.2007, Podcast erhältlich unter: [www.uibk.ac.at/wuv/podcasts.html](http://www.uibk.ac.at/wuv/podcasts.html) .+++Baringhorst, Sigrid: Political empowerment of citizen consumers - chances of anti-corporate campaigning on the internet. Open international research and graduate seminar 'Politics on the Internet: New Forms and Media for Political Action', Univ. Tampere, 24.11.-25.11.2006.+++Kneip, Veronika: Multinational corporations and anti-corporate campaigns - corporate reaction to anti-corporate protest. Konferenz 'The 'Establishment' Responds: the Institutional and Social Impact of Protest Movements During and After the Cold War', veranstaltet von dem Heidelberg Center for American Studies (HCA), Univ. Heidelberg, 22.11.-24.11.2007.+++Kneip, Veronika: Interconnectivity of the 'public of publics' -

the example of anti-corporate campaigns. Konferenz 'Changing politics through digital networks. The role of ICTs in the formation of new social and political actors and actions', veranstaltet von der Fak. für Politikwissenschaft der Univ. Florenz, Italien, 5.10.-06.10.2007. +++Kneip, Veronika: CSR und Discountpolitik - das Beispiel Lidl. Tagung 'Corporate Social Responsibility im Einzelhandel', veranstaltet von den Univ. Hamburg und Kassel in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik, Berlin, 01.06.-02.06.2007. +++Niesyto, Johanna: Transnational anti-corporate campaigns on the Net, Workshop 'Webcampanigning @ public sphere(s)', Univ. Siegen, 9.11.2007. +++Niesyto, Johanna: Comparative study of transnational anti-corporate campaigns - research design and preliminary results. Workshop 'Campaign Analysis in a Globalizing World', veranstaltet vom SFB 536 "Reflexive Modernisation" und dem Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft der LMU München am Starnberger See, 27.04.-28.04.2007, erhältlich unter: [www.protest-cultures.uni-siegen.de/pdf/Niesyto%2520Comparative%2520Study.pdf](http://www.protest-cultures.uni-siegen.de/pdf/Niesyto%2520Comparative%2520Study.pdf). +++Niesyto, Johanna: Networking campaigns - towards a new era of transnationalism? Workshops 'European Protest Movements', Univ. Halle, 22.11.-25.11.2006 und Univ. Zürich, 7.3.-10.3.2007, erhältlich unter: [www.protest-cultures.uni-siegen.de/pdf/Networking%20Campaigns.pdf](http://www.protest-cultures.uni-siegen.de/pdf/Networking%20Campaigns.pdf).

**ART:** *BEGINN:* 2005-08 *ENDE:* 2009-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Systeme, Vergleichende Politikwissenschaft (57068 Siegen)

**KONTAKT:** Leiterin (Tel. 0271-7404510,  
e-mail: [Baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de](mailto:Baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de))

[275-L] Koch, Thomas:

**Immer nur die Frisur?: Angela Merkel in den Medien**, in: Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.): Warum nicht gleich? : wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 146-166, ISBN: 978-3-531-15357-5 (Standort: UB Siegen(467)-31/OVI/4971)

**INHALT:** Der Verfasser analysiert in einem ersten Teil Studien, die sich mit Angela Merkel im Wahlkampf 2005 befasst haben, unter verschiedenen Gesichtspunkten. Zunächst wird die Medienpräsenz von Angela Merkel mit der von Gerhard Schröder verglichen. Es folgen Ergebnisse über Bewertung und Personalisierung der beiden Kandidaten. Dann wird analysiert, ob und in welchem Ausmaß es geschlechtsspezifische Unterschiede in der Berichterstattung über beide Kandidaten gibt und in wie fern deren Privatleben Thema der Wahlkampfberichterstattung war. In einem zweiten Teil geht es um Untersuchungen, die die Darstellung Merkels in den Jahren 1999 bis 2006 thematisieren: die Berichterstattung über Merkel während der Wahl zur Parteivorsitzenden 1999/2000 und das Merkel-Bild in der Diskussion über die K-Frage 2001/2002, in der Bundestagswahl 2005 und während ihrer Kanzlerschaft ab November 2005. Sämtliche hier behandelten Untersuchungen zeigen, dass eine negative geschlechtsspezifische Berichterstattung über Merkel nicht stattfand. (ICE2)

[276-F] König, Frank (Bearbeitung); Jesse, Eckhard, Prof.Dr. (Betreuung):

**Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland**

**INHALT:** keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**ART:** ENDE: 2006-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

**INSTITUTION:** Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politischer Extremismus und Parteien" der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (09107 Chemnitz)

**KONTAKT:** Betreuer (Tel. 0371-531-27720, Fax: 0371-27729, e-mail: eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de)

[277-L] Kruke, Anja:

**Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland: Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990**, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 149), Düsseldorf: Droste 2007, 562 S., ISBN: 978-3-7700-5281-3

**INHALT:** In der politikgeschichtlichen Untersuchung wird der Frage nachgegangen, wie die empirische Meinungsforschung nach der Gründung der Bundesrepublik ihre Position als Darstellerin der öffentlichen Meinung für Parteien wie Medien erlangte und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Politik und die politische Kommunikation bis zur Wiedervereinigung hatte. Nach einer kurzen Einleitung, die das Instrumentarium vorstellt, mit dem die Verfasserin das umfangreiche Quellenmaterial analysiert, geht Kruke auf die Etablierung der Demoskopie in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein. Es folgen ausführliche Kapitel zur Einrichtung der Meinungsforschung bei CDU und SPD. Im zweiten Teil des Buches wird das Augenmerk auf die Auswirkung der Einführung demoskopischer Instrumente in Parteien wie Medien gelenkt. Dabei analysiert die Verfasserin detailliert, wie die Meinungsforschung und ihre Deutungsangebote den politischen Prozess verändert haben. Abschließend geht sie auf die Rolle der Demoskopie im 'Kampf um die öffentliche Meinung' in den Medien ein. Ihr Fazit: Die Nutzung des Instruments der Meinungsforschung führte hiernach zunächst zu einer 'Verwissenschaftlichung der Politik' (507), die Regierungen und Parteien erstmals ein realistisches Bild ihrer Wählerschaft und potenzieller Zielgruppen ermöglichte, um dann in einen Prozess der 'demoskopischen Medialisierung' (514) einzumünden, der nicht zuletzt von Medien dazu genutzt wurde, sich als objektive Beobachter der Meinung und damit des Willens des Volkes darzustellen. Die Autorin betont dabei, dass die Meinungsforschung nicht nur als Instrument zur Darstellung der Wirklichkeit gewirkt hat, sondern die Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit auch maßgeblich mitgestaltet hat. Entstanden ist ein quellenreiches Werk zur Geschichte der angewandten politischen Meinungsforschung in der 'Bonner Republik'. (ZPol, NOMOS)

[278-L] Kuhn, Markus:

**Event-Marketing in der Politik: Medieninszenierungen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz**, Freiburg im Breisgau 2007, 342 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=986912700&dok\_var=d1&dok\_ext=pdf&filename=986912700.pdf)

---

**INHALT:** "Die Dissertation beschäftigte sich mit einem Modewort unserer Zeit, das nach der Infiltrierung von breiten gesellschaftlichen Schichten und werbewirtschaftlich agierenden Subjekten auch in der Politik und der Politikwissenschaft Einzug gehalten hat. Typisch ist jedoch eine - länderspezifische, aber nicht unbedingt länderübergreifende - Hegemonie von unreflektierten und Verwirrung stiftenden Bezugnahmen, die weder der Sache angemessen sind noch zur wissenschaftlichen Illuminierung beisteuern helfen. Mit der Untersuchung des Event-Marketings fiel die Wahl auf einen Teilbereich der politischen Kommunikation, der durch ungewöhnlich scharfe Konfliktlinien bestimmt ist, die im Kampf um Aufmerksamkeit, Wählerstimmen und Prestige durch die determinierenden Faktoren Macht und Geld zu erklären sind. Ein intransparentes Agglomerat aus Politikern, Medienvertretern, PR-Beratern und Wissenschaftlern sorgt für eine Kakophonie, die die Sicht auf Erkenntnis versprechende Analysen verstellt. Vordergründig sollten länderspezifische Eigenheiten herausgearbeitet werden, auf deren Basis schwerpunktmäßig folgende forschungsleitende Intentionstränge standen: 1. Was ist überhaupt ein Event und wie lässt sich dieses im Event-Marketing einordnen? 2. Welche Prämissen müssen angepasst werden, um einen Transfer auf die politische Kommunikation zu bewerkstelligen. 3. Wie unterscheiden sich die Konzepte und Begriffe in den beiden deutschsprachigen Ländern und in Frankreich? 4. Wie hoch ist die Medienresonanz für Events zur Zeiten inländischer Wahlkämpfe? 5. Kann Medienresonanz auch für ausländische Wahlkampfereignisse gemessen werden oder stehen generelle Berichterstattungen im Vordergrund? Durch vier unterschiedliche Analyseebenen, die sowohl jede auf ihrem Terrain Aufschluss bringen sollte als auch in toto einen gesamtheitlichen Erkenntnisgewinn verspricht, gelang es, das Event-Marketing von verschiedenen Richtungen aus zu umkreisen und dingfest zu machen." (Autorenreferat)

[279-F] Laubinger, Katja (Bearbeitung); Vorländer, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

**Der "neue" Bürger - Staatsbürgerschaftskonzeptionen in deutschen und französischen Parlamentsdebatten zur Integration von Zuwanderern**

**INHALT:** Das Promotionsprojekt beschäftigt sich in vergleichender Perspektive mit den Bürgerchaftskonzeptionen in deutschen und französischen immigrationspolitischen Debatten. Als empirische Grundlage dienen Protokolle von Plenardebatten im Deutschen Bundestag und der französischen Assemblée Nationale, die sich mit der Integration und Einbürgerung von Zuwanderern beschäftigen. Es geht dabei nicht um die Untersuchung der institutionellen und organisationspraktischen Prozesse in Parlamenten. Das Untersuchungsinteresse gilt vielmehr der Auseinandersetzung um normative Erwartungen, die an potentielle Neubürger gestellt werden und in diesen 'öffentlichen Diskursen' zur Geltung kommen. Solche Diskurse sind zugleich immer auch Medium der Selbstverständigung einer Gesellschaft. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Frankreich

**ART:** *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte (01062 Dresden)

**KONTAKT:** Betreuer (Tel. 0351-463-35812, Fax: 0351-463-37233, e-mail: hans.vorlaender@tu-dresden.de)

[280-F] Lentsch, Justus, Dr.; Kielmansegg, Peter Graf, Prof.Dr.; Ash, G. Mitchell, Prof.Dr.; Börsch-Supan, Axel, Prof.Ph.D.; Hüttl, Reinhard, Prof.Dr.; Kurth, Reinhard, Prof.Dr.; Mayntz, Renate, Prof.Dr.; Münkler, Herfried, Prof.Dr.; Neidhardt, Friedhelm, Prof.Dr.; Pinkau, Klaus, Prof.Dr.; Renn, Ortwin, Prof.Dr.; Schmidt-Aßmann, Eberhard, Prof.Dr. (Bearbeitung); Weingart, Peter, Prof.Dr. (Leitung):

**Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie**

**INHALT:** Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie" hat zum Ziel, auf der Grundlage einer Situationsdiagnose der Politikberatung in der Bundesrepublik und mit Blick auf andere Länder einen Leitfadens mit Kriterien "guter Politikberatung" (best practice) und konkreten Vorschlägen für Institutionalisierungsformen sowie insbesondere für entsprechende gesetzliche Regelungen und Grundlagen von Politikberatung zu erarbeiten. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**ART:** *BEGINN:* 2004-07 *ENDE:* 2007-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

**INSTITUTION:** Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppen (Jägerstr. 22-23, 10117 Berlin)

**KONTAKT:** Lentsch, Justus (Dr. Tel. 0521-106-4676, e-mail: lentsch@bbaw.de)

[281-L] Neidhardt, Friedhelm:

**Massenmedien im intermediären System moderner Demokratien**, in: Otfried Jarren, Dominik Lachenmeier, Adrian Steiner (Hrsg.): *Entgrenzte Demokratie? : Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 33-47, ISBN: 978-3-8329-2817-9 (Standort: UB Bonn(5)-2007/9559)

**INHALT:** Die politische Bedeutung der Massenmedien entwickelt sich mit der Einrichtung von Demokratie. Publizität wird selbst zum zentralen Gegenstand demokratischer Forderungen, bis sich im 19. Jahrhundert gegen den nur langsam weichenden Widerstand der Obrigkeiten eine Institutionalisierung des "Prinzips Öffentlichkeit" mit der verfassungsrechtlichen Verankerung von Informations-, Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheiten vollzieht. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert diese Entwicklung des Publikums der Medien zu einer politischen Bezugsgruppe. Herausgearbeitet wird, dass als Teil des "intermediären Systems" die Medien eine Sonderstellung gegenüber Parteien und Verbänden, den klassischen Organisationen der Interessenvermittlung, besitzen. Dies ergibt sich aus ungleichen Organisationsbedingungen. Parteien und Verbände besitzen formal konstituierte Mitgliedschaften, die sich zur Durchsetzung partikularer Interessen in einem bestimmten Maße nach innen hin strukturieren. Der entscheidende Schritt vollzieht sich mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts. Mit ihm wird der Demos zum Elektorat, das über die Besetzung der Herrschaftspositionen verfügt. Um seine Gunst zu erwerben, bedarf es der Massenmedien, denn die sich auf alle Bürger erweiternde Wählerschaft ist im Stimmenwettbewerb der Herrschaftsaspiranten nur noch medial zu erreichen. (ICA2)

[282-L] Nieland, Jörg-Uwe; Lovric, Ingrid:

**"Ein Kreuz für Deutschland.": Chancen und Grenzen unterhaltender Politikvermittlung**, in: Tanja Thomas (Hrsg.): *Medienkultur und soziales Handeln*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 277-297, ISBN: 978-3-531-15128-1



---

**INHALT:** Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, welche Aufmerksamkeit Medienproduzenten dem politischen Interesse von Jugendlichen widmen. Er gibt zunächst einen Überblick über die Tradition von Wahlumfragen in Unterhaltungssendungen und diskutiert dann die Berichterstattung zur Bundestagswahl 2005 (Beurteilung von Leadership-Qualitäten, Thematisierungsfunktion). Politische Einstellungen und Wahlverhalten von Jugendlichen werden unter Rückgriff auf die Shell-Jugendstudie und die DJI-Jugendsurveys beschrieben, bevor die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund werden Westerwelles Auftritte in Unterhaltungssendungen 2002 und die Wahlsondersendung von "TV total" behandelt. Die Verfasser zeigen, dass spaßorientierte Wahlsendungen wie "TV total" ansatzweise erkennbares Potenzial zur Politisierung Jugendlicher aufweisen. Zugleich kritisieren sie pseudo-informative Angebote, die vorrangig quotenträchtiges Polit-Entertainment ansteuern. Online-Angebote schneiden aus Sicht der Autoren hinsichtlich medialer Politisierungsperspektiven aufgrund des eher Problem lösenden Ansatzes besser ab. (ICE2)

[283-L] Nolte, Kristina:

**Aufmerksamkeits-Märkte: Anerkennung und Aufmerksamkeit in der Mediengesellschaft,** in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 19/2008, H. 1/2, S. 144-154 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Aufmerksamkeit, die in ökonomischen Tauschsituationen zwischen Attraktoren und Spendern, Produzenten und Konsumenten als Medium fungiert, hat stets eine soziale und historische Dimension, die mit der Gesellschaftsstruktur, dem politischen System und dem Mediensystem verknüpft ist. Unter den modernen Bedingungen konkurrierender Massenmedien stellt Aufmerksamkeit jedoch eine entscheidende knappe Ressource dar, wie die Autorin in ihrem Beitrag zeigt. Der Kampf um Aufmerksamkeit ist nach ihrer These zu einer modernen Form des Kampfes um Anerkennung geworden. Dabei ist ein Aufmerksamkeits-Markt entstanden, auf dem die Menschen als Käufer und Verkäufer agieren und den eigenen Wert beziffern. Die Autorin verdeutlicht dies unter anderem am Beispiel der Medieninszenierungen des ehemaligen FDP-Vorsitzenden Jürgen Möllemann und diskutiert die Ziele eines Aufmerksamkeits-Managements in der Politik. (ICI)

[284-L] Pfetsch, Barbara; Maurer, Peter:

**Mediensysteme und politische Kommunikationsmilieus im internationalen Vergleich: theoretische Überlegungen zur Untersuchung ihres Zusammenhangs,** in: Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Jürgen Wilke (Hrsg.): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich : Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 99-119, ISBN: 978-3-531-15482-4 (Standort: UB Köln(38)-35A1704)

**INHALT:** Im Mittelpunkt des Beitrags steht das Zusammenspiel der strukturellen und der kulturellen Seite politischer Kommunikation, wobei die modernen Massendemokratien Westeuropas den empirischen Bezugspunkt darstellen. Es werden verschiedene Typen politischer Kommunikationskulturen unterschieden, die jeweils unterschiedliche Konstellationen der Orientierungsmuster von politischen Sprechern und Medien charakterisieren. Die Typisierung von Mediensystemen erfolgt in Anlehnung an Hallin und Mancini (2004), die Mediensysteme nach dem einheitlichen Kriterium der Nähe oder Ferne der Medien zur Politik ordnen. Der

Zusammenhang von Mediensystemen und politischer Kommunikationskultur ergibt sich dann, indem den Mediensystemtypen bestimmte Typen politischer Kommunikationskultur zugeordnet werden. Abschließend werden Grundzüge eines Forschungsdesigns skizziert, mit dem die Beziehung zwischen der strukturellen und der kulturellen Seite politischer Kommunikation ländervergleichend empirisch untersucht werden kann. (ICE2)

[285-L] Roessing, Thomas (Hrsg.):

**Politik und Kommunikation - interdisziplinär betrachtet**, (Nomos Universitätschriften : Kommunikationswissenschaft, Bd. 2), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 194 S., ISBN: 978-3-8329-2258-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/5324)

**INHALT:** "Der enge Zusammenhang zwischen Politik und Kommunikation wird in erster Linie von Politikern und Kommunikationswissenschaftlern erforscht. Aber auch andere Disziplinen können aus ihrer jeweiligen Perspektive etwas zu diesem Gebiet beitragen. Das Buch vereint Untersuchungen junger Wissenschaftler zu öffentlicher Meinung, Kommunikation und Politik unter anderem aus dem Blickwinkel der Geschichtswissenschaft, der Philosophie, der klassischen Philologie und der Rechtswissenschaft. Ein Beitrag analysiert den Fall Uwe Barschel aus sozialpsychologischer und philosophischer Sicht, ein Altphilologe hat öffentliche Meinung bei Thukydides untersucht. Die Rolle von Franz Josef Strauß für das Medienrecht wird von einem Juristen dargestellt. Beiträge aus der Perspektive der Geschichtswissenschaft behandeln die antikommunistische Politik Konrad Adenauers und Aspekte der Public Relations bei der Entstehung des Roten Kreuzes." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Elisabeth Noelle-Neumann: Vorwort (5-6); Thomas Roessing: Vorwort des Herausgebers (7); Thomas Berg: Das Internet - Ein Weg zu mehr Demokratie? (11-23); José Carlos del Ama und Simone Schinz: Uwe Barschels Fall: Eine Ehrentragödie in der politischen Arena (25-53); Marcel Kouskoutis: Franz Josef Strauß als Objekt politischer Karikatur - Freiheit der Meinungsäußerung durch Kunst versus Ehrenschutz (55-69); Mathias Friedel: Antikommunismus und politische Kommunikation in der Ära Adenauer. Zur Funktion und Perception der kommunistischen Bedrohung (71-97); Sonja Glaab: Öffentlichkeitsarbeit auf internationalem Parkett im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur historisch orientierten PR-Forschung am Beispiel Henry Dunants (99-115); Nikolaus Jakob: Die aristotelische Rhetorik als Theorie persuasiver Kommunikation - Zur kommunikationswissenschaftlichen Kontinuität zwischen antiker und moderner Persuasionsforschung (117-141); Jan Stenger: Die Berufung auf den common sense als Strategie politischer Kommunikation. Sentenzen im Geschichtswerk des Thukydides (143-165); Thomas Roessing: Das Verhältnis von Philosophie und moderner sozialwissenschaftlicher Theorie am Beispiel des chinesischen Buches der Wandlungen (I Ging) und der Theorie der öffentlichen Meinung (167-183); Katja Fiedler: Interne Kommunikation mit Außenwirkung. Von der Kommunikation innerhalb einer Parteigliederung und den Auswirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit. Essay (185-192).

[286-L] Röhl, Imke:

**Das Primat der Mittelmäßigkeit - politische Korruption in Deutschland: ein Kompendium**, (Politikwissenschaft, Bd. 153), Berlin: Lit Verl. 2007, 346 S., ISBN: 978-3-8258-0720-7 (Standort: SB München(12)-2007.56974)

---

**INHALT:** "Das Primat der Mittelmäßigkeit in der Politik und dessen fatale Folgen für das Niveau der Bundesrepublik Deutschland aufzudecken, ist die Absicht dieses Buches. Dieses Kompendium zur Politischen Korruption - zu allen Formen des Missbrauchs von Macht - soll Studierenden der Politikwissenschaft eine umfassende Einführung in das Thema vermitteln. Das Buch ist vor allem aber auch geeignet, kritischen Bürgern und Mitwirkenden der 'politischen Klasse' wirkungsvoll zu vermitteln, wie destruktive Erscheinungen wie Bereicherung, Parteisoldatentum und unkluge politische Entscheidungen langfristig abzuwenden sind. Es liefert Beurteilungskriterien zur besseren Rekrutierung von Amtsinhabern." (Autorenreferat)

[287-L] Scheufele, Bertram; Gasteiger, Carolin:

**Berichterstattung, Emotionen und politische Legitimierung: eine experimentelle Untersuchung zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Legitimierung politischer Entscheidungen am Beispiel von Bundeswehreinmärschen**, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 55/2007, Nr. 4, S. 534-554 (Standort: UuStB Köln (38)-FHM AP11550)

**INHALT:** "Ob Bürger politische Entscheidungen legitimieren, hängt auch von der Mediendarstellung ab. Das wird exemplarisch für Auslandseinsätze der Bundeswehr untersucht. Die theoretischen Überlegungen wurden in einem Experiment geprüft. Der erste Faktor war der Bezugsrahmen: Die eine Version des Stimulusartikels stellte einen Krieg und Bundeswehreinmarsch in einen humanitären Rahmen, die andere Artikelversion argumentierte politisch-militärisch. Der zweite Faktor manipulierte das Artikelfoto (Kinder vs. Kämpfer). Die humanitäre Rahmung rief stärkere Betroffenheit und Empathie hervor und führte zu größerer Zustimmung zum Bundeswehreinmarsch als die politisch-militärische Darstellung. Das Foto kriegsleidender Kinder wirkte teilweise verstärkend. Daneben fungierten themenrelevante Einstellungen als Drittvariablen." (Autorenreferat)

[288-L] Schneider, Jan:

**Taxonomie der Kommissionen: zur Kategorisierung und Kultur von Politikberatungsgremien der Bundesregierung**, in: Kathrin Ruhl, Jan Schneider, Jutta Träger, Claudia Wiesner (Hrsg.): Demokratisches Regieren und politische Kultur : post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal?, Münster: Lit Verl., 2006, S. 117-137, ISBN: 978-3-8258-9396-5 (Standort: UB Köln(38)-35A2610)

**INHALT:** Der Verfasser rekapituliert eingangs bisher vorliegende Ansätze einer Typologisierung gouvernementaler Politikberatungsgremien (nach Zeitrahmen, Auftraggeber, Besetzung, Struktur, Kommunikationsmodus und Policy-Typus), die jedoch allenfalls eine grobe Rubrizierung erlauben. Er benennt dann ergänzende Betrachtungsebenen und Parameter politologischer Gremienforschung, die der Vielschichtigkeit des Kommissionswesens deutlicher Rechnung tragen (Beobachtung, Strukturanalyse, Wirkungs-/Prozessanalyse; inputorientiert, outputorientiert, institutionen-demokratisch). Sodann wird skizziert, wie sich aus diesen Ebenen und Variablen Merkmalsräume konstruieren lassen, in denen eine "Taxonomie der Kommissionen" möglich wird. Das abschließende Fazit entwickelt Perspektiven für die methodische Weiterentwicklung einer "Kommissionspolitik" und fragt nach den Implikationen des Gremienwesens für die politische Kultur der Bundesrepublik. (ICE2)

[289-L] Schoch, Bruno:

**Lernen von den Eidgenossen?: die Schweiz - Vorbild oder Sonderfall?**, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 57/2007, H. 11, S. 27-46 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Wo es um die Pazifizierung von Nationalitätenkonflikten in vielsprachiger und multiethnischer Umgebung geht, liegt der Verweis auf die Schweiz nicht fern. Doch die Übertragbarkeit des Schweizer Modells ist begrenzt. Ohne gesellschaftliche Unterstützung, staatlichen Willen und Elitenkonsens lassen sich die Institutionen der Konfliktbearbeitung, wie sie in der Schweiz in einem langen Prozess der Staatsbildung entstanden sind, nicht übertragen. Doch ein Beispiel für eine politische Ordnung, in der die Kantone den Schlüssel für den Sprachfrieden darstellen, in der dem Begriff der Minderheit nichts Pejoratives anhaftet und in der Institutionen und Werte entwickelt wurden, die eine große Integrationskraft entfalten, bleibt die Schweiz allemal." (Autorenreferat)

[290-L] Schulz, Winfried:

**Politische Kommunikation: theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung**, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2008, 393 S., ISBN: 978-3-531-32962-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2959)

**INHALT:** "Der gegenüber der ersten Auflage vollständig überarbeitete und erweiterte Band gibt einen Überblick über die wichtigsten Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zum Verhältnis von Politik und Massenmedien. Es geht um die Medialisierung der Politik und deren Folgen für die Qualität der Demokratie: Welchen Einfluss hat der Medienwandel auf die 'politischen Funktionen' von Massenkommunikation? Auf welche Weise vermitteln die Medien die politische Realität und wie stellen sie politische Öffentlichkeit her? Wie begünstigen, behindern oder verändern sie das politische Engagement der Bürger und Entscheidungen der politischen Elite? Prozesse der politischen Beteiligung, der Kommunikation im Wahlkampf und der politischen Public Relations stehen dabei im Mittelpunkt." (Autorenreferat)

[291-L] Smitten, Susanne In der:

**Online-Vergemeinschaftung: Potentiale politischen Handelns im Internet**, (INTERNET Research, Bd. 31), München: R. Fischer 2007, 380 S., ISBN: 978-3-88927-440-3 (Standort: UB Bonn(5)-2008/1369)

**INHALT:** "Das Internet bietet auch räumlich weit voneinander entfernten Menschen die Möglichkeit der schnellen Vernetzung, Kommunikation, Kooperation und der Koordination von Handlungen, die in- und außerhalb der virtuellen Welt stattfinden und wahrgenommen werden können. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Arbeit politische Online-Gemeinschaften vor allem um Webringe, Wikis und Weblogs mit Blick auf beteiligte Akteure, aufgegriffene Themen und mögliche Kategorisierungen der Gruppierungen. Am Ende steht eine kritische Bewertung der Handlungsoptionen und ihrer Einflusschancen auf die Politik." (Autorenreferat)

[292-L] Stein, Tine:

**Gibt es eine multikulturelle Leitkultur als Verfassungspatriotismus?: zur Integrationsdebatte in Deutschland**, in: Leviathan : Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 36/2008, H. 1, S. 33-53 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.leviathan-digital.de)

**INHALT:** In der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte erscheinen Verfassungspatriotismus, Leitkultur und Multikulturalismus nicht als konkurrierende Konzepte. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf wichtige Fragen, die angesichts der Herausforderungen der Gegenwart beachtet werden müssen. Wenn Verfassungspatriotismus darin besteht, nicht nur die Gesetze zu befolgen, sondern auch den Grundprinzipien der Verfassung gegenüber loyal zu sein und eine gemeinsame Sprache zu sprechen, dann kann man diesen Verfassungspatriotismus als Leitkultur bezeichnen. Wenn im Mittelpunkt dieser Leitkultur kein von der Mehrheit definiertes Status quo steht sondern sie aus den in der Verfassung verankerten Menschenrechten heraus lebt, dann bietet eine solche Kultur eine überzeugende normative Basis für eine multikulturelle Gesellschaft. Das Beispiel des deutschen Einbürgerungs- und Integrationspolitik zeigt, dass einige dieser Überlegungen bereits geltendes Recht geworden sind, was die Aufnahmegesellschaft und die Immigranten angeht. (ICEÜbers)

[293-L] Stern, Jürgen:

**Web 2.0 trifft Politik 3.11: bringt politische Kommunikation durch das Internet mehr Transparenz, Partizipation und Legitimität?**, in: Werner J. Patzelt, Martin Sebaldt, Uwe Kranenpohl (Hrsg.): Res publica semper reformanda : Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls ; Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 168-179, ISBN: 978-3-531-15393-3 (Standort: UB Augsburg(384)-51MB1200/012P3)

**INHALT:** Web 2.0 steht im Beitrag für die Weiterentwicklung des Internets, deren Hauptmerkmal die steigende Zahl von Internetnutzern ist, die Inhalte im Netz zur Verfügung stellt und über das Web persönliche Netzwerke aufbaut. Den Gegenpart bildet das Betriebssystem Windows 3.11, das, obschon technisch veraltet und langsam, letztlich aber sehr zuverlässig arbeitet. Dies wird vom Autor als Metapher für das bewährte politische System der Bundesrepublik Deutschland verwendet: Es hat seine Gestalt in den letzten Jahrzehnten zwar nicht wesentlich verändert, ist aber mit neuen politischen Herausforderungen während dieser Zeitspanne gut zurechtgekommen. Erörtert wird, welche Folgen das Aufeinandertreffen von Web 2.0 und Politik 3.11 auf die Qualität der politischen Kommunikation hat oder, konkreter: Bringt neue politische Kommunikation durch das Internet mehr Transparenz, Partizipation und Legitimität? Der Fokus liegt damit auf die Wirkungen der Verbindung der Technologie des World Wide Web mit den vorhandenen politischen Institutionen und Prozessen. Dieser Sachverhalt wird vom Autor unter dem Begriff "Digital Democracy" subsumiert. Um vor diesem Hintergrund die Frage des Aufsatzes zu beantworten, werden im ersten Abschnitt der Stand der Verbreitung des Internets und seine denkbaren Vorteile für verschiedene Akteure dargestellt. Darauf folgt eine Abwägung seiner Wirkungen auf die politischen Institutionen und Prozesse. (ICA2)

[294-L] Sturzbecher, Dietmar; Holtmann, Dieter (Hrsg.):

**Werte, Familie, Politik, Gewalt - was bewegt die Jugend?: aktuelle Ergebnisse einer**

**Befragung**, (Individuum und Gesellschaft : Beiträge zur Sozialisations- und

Gemeinschaftsforschung, Bd. 5), Münster: Lit Verl. 2007, 306 S., ISBN: 978-3-8258-0621-7

(Standort: USB Köln(38)-35A1352)

**INHALT:** "Nehmen Jugendgewalt und Rechtsextremismus tatsächlich zu? Zeigen wirklich immer weniger Jugendliche Zivilcourage oder Interesse am Sport? Die Ergebnisse der 1993 begonnenen Zeitreihenstudie zur Lebenssituation ostdeutscher Jugendlicher räumen mit vielen Klischeevorstellungen auf. Neben dem Wertewandel werden die Ursachen von Jugenddelinquenz beschrieben und Anregungen für eine zielgruppenorientierte Prävention geboten. Das Buch wendet sich nicht nur an Sozialwissenschaftler, sondern auch an Interessenten aus Politik, Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz, die sich über Trends bei der Jugenddelinquenz wie auch über die Lebenssituation von Jugendlichen informieren wollen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Detlef Landua: Einführung (11-16); Sandra Iris Reinmuth und Dietmar Sturzbecher: Wertorientierungen, Kontrollüberzeugungen, Zukunftserwartungen und familiäre Ressourcen (17-57); Tilo Görl und Dieter Holtmann: Politische Einstellungen und Beteiligung am politischen Leben (58-81); Detlef Landua und Heidrun Großmann: Soziale Schulqualität und Schulverweigerung (82-124); Heidrun Großmann und Sandra Iris Reinmuth: Freizeitangebote (125-142); Ulrike Burrmann und Tina Nobis: Sportbeteiligung, Gesundheit und freiwilliges Engagement (143-196); Detlef Landua: Migrationswünsche (197-209); Dieter Holtmann und Tilo Görl: Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus (210-229); Dietmar Sturzbecher, Heidrun Großmann & Sandra Iris Reinmuth: Jugendgewalt und Reaktionen des sozialen Umfelds (230-277); Methodenanhang: Dokumentation der Skalen (278-285).

[295-F] Susanne Hantke (Bearbeitung); Franz-Josef Jelich (Leitung):

**Besucherverhalten in Gedenkstätten mit doppelter Vergangenheit**

**INHALT:** Das Projekt hat die Aufgabe, auf dem Hintergrund der Diskussion über konkurrierende Vergangenheiten am Beispiel der Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald die Wahrnehmung der verschiedenen Zeitschichten (Konzentrationslager der NS-Zeit, Speziallager der Nachkriegszeit, DDR-Gestaltung, zu denen es jeweils Ausstellungen in den Gedenkstätten gibt), die Beurteilung ihres Verhältnisses und ihrer Relevanz für die Gegenwart zu untersuchen. Näher zu bestimmen ist, inwieweit die Perzeptionsmuster beim Besuch der Ausstellungen mit Alter, Bildungsgrad, ost- oder westdeutscher oder ausländischer Herkunft und politischer Position korrelieren. Das Projekt soll Erkenntnisse liefern zum gegenwärtigen Geschichtsbewusstsein, insbesondere zum Umgang mit der NS-Zeit und dem doppelten Erbe der DDR (Repression und Antifaschismus), zum konkreten Besucherverhalten und zur Geschichtsdidaktik. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

**METHODE:** Die Empirie stützt sich auf Fragebögen zum Besuch der Gedenkstätten, Intensivinterviews mit Gedenkstättenmitarbeitern und -besuchern sowie Besucherbuchauswertungen.

**ART:** *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**INSTITUTION:** Universität Bochum, Institut für soziale Bewegungen -ISB- (Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0234-32-29093, e-mail: franz-josef.jelich@ruhr-uni-bochum.de)

---

[296-F] Uhl, Herbert, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Geschichte und Erinnerung**

**INHALT:** "Wir hatten da einen Geschichtslehrer. (...) Was hat der uns nicht alles vorgelabert. Stundenlang über die Juden, die Kommunisten, die Zigeuner, die Russen, alles Opfer, nichts als Opfer. (...) Ich hab ihm das alles nie abgenommen. (...). Einer aus der Klasse hat ihn mal gefragt: 'Wo war denn das Tolle damals? (...) Warum waren die alle so begeistert? Da muss es doch noch etwas anderes gegeben haben?' Da schaute er blöde, fing an, den Schüler als Neo-nazi zu beschimpfen, ob er denn keine Achtung vor den Opfern hätte. Aber wir anderen ließen nicht los. Endlich hat das mal einer ausgesprochen. Wir wollten wissen, was damals wirklich los war. (...) Wir hätten es doch in den Filmen gesehen, die er uns gezeigt hat. Die lachenden Kinder, die leuchtenden Augen der Frauen. Hunderttausende in den Straßen, und alle haben sie gejubelt. Woher kam denn diese Begeisterung?" Dieses Zitat einer Schülerin (zit. in Sichrowsky 1987, 41f) weist hin auf eine Lücke in der schulischen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus: Die Auseinandersetzung mit den Motiven der aktiv beteiligten Männer und Frauen bleibt oft ausgespart. Man kann jedoch, so die Pädagogin Margarete Dörr, "die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus nicht dadurch bekämpfen, dass man das, was für junge Menschen damals an ihm attraktiv war, einfach unterschlägt" (Dörr 1986, 49). Diese Lücke im Schulunterricht verweist auf ein Defizit auch in der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung: Zwar wurde über den Nationalsozialismus so viel geforscht, veröffentlicht und debattiert wie über kaum ein anderes Thema. Zur Beantwortung der Frage, wie 'Drittes Reich' und Holocaust geschehen konnten, werden in der Literatur eine Vielzahl von Erklärungsansätzen vorgestellt; den aktiv Beteiligten wird eine Vielzahl von Motiven zugeschrieben, von Autoritarismus, Antisemitismus, Gehorsam, Habgier bis hin zu Sadismus u.v.a. Letztendlich wird jede menschliche Regung bemüht, so dass der Eindruck von Beliebigkeit zurückbleibt. Es fällt jedoch auf, dass bei diesen Erklärungsansätzen auf verschiedenste Quellen zurückgegriffen wurde (auf Dokumente aus dem 'Dritten Reich', Gerichtsakten, Aussagen von Opfern u.v.a.). Große Zurückhaltung besteht aber gegenüber der - im Grunde naheliegenden Methode, die Beweggründe der aktiv Beteiligten durch Interviews mit eben diesen Personen zu erforschen. Dies hatte Adorno schon im Jahr 1966 gefordert, denn "die Wurzeln sind in den Verfolgern zu suchen, nicht in den Opfern (Adorno 1969, 87)." Es sei notwendig, das Geschehene und die Beteiligten an sich herankommen zu lassen, um den "spezifischen Bewusstseinszustand" (Adorno 1969, 91) dieser Menschen zu erkennen, die sie solcher Taten fähig machten. Diese Überlegungen waren der Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt 'Geschichte und Erinnerung'. Die Forscher, ein interdisziplinäres Forschungsteam, führten Interviews mit Männern und Frauen, die damals Hitler und Nationalsozialismus bejaht und aktiv mitgetragen haben. Darunter einige prominente Nazis, vor allem aber 'ganz normale' Männer und Frauen: ehemalige SS-Männer, HJ-Führer, Wehrmachts-Soldaten, NS-DAP-Mitglieder usw. Die Interviews wurden tiefenhermeneutisch ausgewertet u.a. im Hinblick auf die Frage: Was bewegte die Interviewten damals, Hitlers und Nationalsozialismus zu bejahen und aktiv mitzutragen? Zentraler Bestandteil der ethnopschoanalytisch (Devereux 1984) orientierten Forschung war Supervision (Marks & Mönnich-Marks 2002a, 2003). Das Forschungsteam bestand aus zehn Personen aus den Berufen Sozialwissenschaft, Geschichte, Psychologie, Psychoanalyse, Erziehungswissenschaft, Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

**ART:** *BEGINN*: 1998-01 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

**INSTITUTION:** Pädagogische Hochschule Freiburg, Fak. III, Institut für Sozialwissenschaften  
Abt. Politische Bildung, Sozialwissenschaftlicher Sachunterricht (Kunzenweg 21, 79117 Freiburg im Breisgau)

**KONTAKT:** Institution -Sekretariat- (e-mail: miché@ph-freiburg.de, Tel. 0761-682-211,  
Fax: 0761-682-460)

[297-F] Vowe, Gerhard, Prof.Dr.; Dohle, Marco, Dipl.-Medienwiss. (Bearbeitung):

**Mediatisierung der Politik**

**INHALT:** In dem Forschungsprojekt soll empirisch geprüft werden, ob das Konzept der "Mediatisierung" angemessen den Wandel von Bereichen wie Politik, Sport oder Wissenschaft zum Ausdruck bringt. Im Kern steht dabei die "Mediatisierung" der Politik. "Mediatisierung" impliziert vier Momente: Es gibt strukturelle Veränderungen der Politik in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht: Politik ist hektischer, komplexer und umstrittener geworden. Diese Veränderungen sind mehr als früher auf den Einfluss von Medien zurückzuführen. Dieser Einfluss ist größer (geworden) als der von anderen politisch relevanten Faktoren wie z.B. von Interessengruppen oder von ausländischen Regierungen. Dieser Wandel ist über einen längeren Zeitraum hinweg und länderübergreifend nachweisbar, also kein Strohfeuer und kein nationales Spezifikum. Um diese Behauptung zu prüfen, wird eine empirische Längsschnittstudie durchgeführt: Als Indikator für Mediatisierung wird das mentale Akteursnetz von Politikern gewählt, und zwar so, wie es in Parlamentsdebatten zum Ausdruck kommt. Nehmen in diesen Reden die Medien einen höheren Stellenwert als früher ein? Und welchen Stellenwert nehmen sie im Vergleich zu Referenzen auf Experten, Verbände, internationale Organisationen u.a. ein? Dies soll durch die international vergleichende und langfristige Inhaltsanalyse von Parlamentsdebatten beantwortet werden.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* "Medialisierung der Politik" auf dem Prüfstand -Codebuch-. 2007, 8 S. Siehe unter: [www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations-\\_und\\_Medienwissenschaft/Vowe/Codebuch\\_Inhaltsanalyse\\_Mediatisierung.pdf](http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Kommunikations-_und_Medienwissenschaft/Vowe/Codebuch_Inhaltsanalyse_Mediatisierung.pdf).+++Vowe, Gerhard; Dohle, Marco: Mediatisierung der Routinepolitik? Ein (internationaler) Längsschnittvergleich von Medienbezügen in Parlamentsdebatten. Vortrag auf der Autorenkonferenz zum Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift "Politik in der Mediendemokratie". Münster, 26.-27. Juli 2007.+++Vowe, Gerhard; Dohle, Marco; Michalski, René: Welche Macht wird den Medien zugeschrieben? Das Verhältnis von Medien und Politik im Spiegel der Mediatisierungsdebatte. Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Trier, 20.-21. Juni 2007.+++Vowe, Gerhard: "Wissensgesellschaft" - ein Konzept in der Konkurrenz. Vortrag auf der Jahrestagung der DGPuK, Bamberg, 16.-18. Mai 2007.+++Vowe, Gerhard; Dohle, Marco: Mediatisierung? Mediendemokratie? Mediokratie? Wächst der Medieneinfluss auf die parlamentarische Auseinandersetzung? Vortrag auf der gemeinsamen Tagung des DVPW-Arbeitskreises Politik und Kommunikation und der DGPuK-Fachgruppe Kommunikation und Politik, Landau, 15.-17. Februar 2007.+++Vowe, Gerhard; Dohle, Marco: Mediatisierung des Sports? Ein kommunikationswissenschaftlicher Weg zu einer Antwort. Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe "Medialisierbarkeit des Sports" am IPMZ der Universität Zürich, Zürich, 7. November 2006.+++Vowe, Gerhard; Dohle, Marco: "Ich sehe doch schon die Schlagzeilen vor mir!" Mediatisierung der öffentlichen Kommunikation am Beispiel von Parlamentsdebatten. Vortrag auf dem Workshop "Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft" der Fachgruppe für Soziologie der



---

Medienkommunikation der DGpuK, Zürich, 25.-27. Mai 2006.+++Vowe, Gerhard: Mediatisierung der Politik? Ein theoretischer Ansatz auf dem Prüfstand. Antrittsvorlesung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Düsseldorf, 29. November 2005.

**ART:** *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft I (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf)

**KONTAKT:** Dohle, Marco (Tel. 0211-81-140680, Fax: 0211-81-11929, e-mail: dohle@phil-fak.uni-duesseldorf.de)

[298-L] Wasner, Barbara:

**Der Weg nach oben: Elitenauslese und -aufstieg im internationalen Vergleich**, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): *Eliten in der Transformation von Gesellschaft und Bundeswehr*, Paderborn: Schöningh, 2007, S. 159-183, ISBN: 978-3-506-76479-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-PVA/2007.5750)

**INHALT:** Die Autorin geht von folgender Definition aus: Eliten sind Menschen mit weit reichendem gesellschaftlichen Einfluss, bzw. Inhaber gesellschaftlicher Spitzenpositionen. Sie können im Rahmen wichtiger gesellschaftlicher Institutionen Entscheidungen von großer sozialer Relevanz und allgemeiner Verbindlichkeit treffen. Der Beitrag geht den Unterschieden in der Elitenrekrutierung in verschiedenen europäischen Gesellschaften nach. Dabei wird zunächst die Frage untersucht, ob sich die Eliten europäischer Gesellschaften im Laufe des Modernisierungsprozesses einander angenähert haben. Hierzu werden die Elitenkonfigurationen einzelner Gesellschaften erläutert. Anschließend wird die Wirtschaftselite, also jene Teilelite, die in besonderer Weise mit Internationalisierungs- und Globalisierungsprozessen konfrontiert ist, herangezogen, um zu überprüfen, ob verschiedene Teileliten stärker konvergieren als andere. So deutlich die Unterschiede in den Elitenkonfigurationen in den verschiedenen europäischen Gesellschaften auch ausfallen, eine Gemeinsamkeit weisen sie alle auf: Der Weg "nach oben" ist in keiner dieser Gesellschaften besonders weit. Der Ausgangspunkt für eine Karriere, die in gesellschaftliche Spitzenpositionen führt, ist fast immer ein sozial privilegiertes Elternhaus. (ICA2)

[299-L] Wied, Kristina:

**Der Wahlabend im deutschen Fernsehen: Wandel und Stabilität der Wahlberichterstattung**, (Forschung Kommunikation), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2007, S. 420 S., ISBN: 978-3-531-15302-5 (Standort: USB Köln(38)-11Z8797)

**INHALT:** "Die Autorin befasst sich systematisch mit der Wahlabendberichterstattung im deutschen Fernsehen. Sie liefert eine historisch-deskriptive und empirisch-analytische Analyse der Wahlabendsondersendungen von ARD, ZDF, RTL und Sat.1 zu den Bundestagswahlen 1961 bis 2002, die auf einem komplexen Mehr-Methoden-Ansatz basiert - bestehend aus einer Dokumenten- und Sekundärliteraturanalyse, qualitativen und quantitativen Inhaltsanalysen des originären Fernsehmaterials sowie Leitfadenterviews mit Experten. Damit leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Fernsehprogramm-, politischen Kommunikations- und Journalismusforschung: Es werden Überlegungen für eine Periodisierung der Geschichte der Wahlabendberichterstattung angestellt, Trends politischer Kommunikation werden überprüft und

Entstehungszusammenhänge werden zur Erläuterung von Entwicklungsmustern im Zeitverlauf sowie von Unterschieden zwischen den Fernsehanbietern herangezogen." (Autorenreferat)

[300-L] Wolf, Armin:

**Image-Politik: prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik**, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 412 S., ISBN: 978-3-8329-2874-2 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3189)

**INHALT:** Der Verfasser begreift die Nominierung prominenter Quereinsteiger als eine moderne Form der politischen Kommunikation. Sie dienen vor allem als Werbeträger der Parteien, ihre Funktion ist die Darstellung, nicht die Herstellung von Politik. Der Verfasser zeigt, warum Prominenz in der letzten Jahren ein immer häufiger auftretendes Qualifikationsmerkmal für die Rekrutierung politischen Spitzenpersonals geworden ist und wie die politische Karriere prominenter Quereinsteiger tatsächlich aussieht. Der empirische Teil der Untersuchung konzentriert sich auf Österreich und kombiniert Fallstudien zur Quereinsteigern (n=15) mit einer quantitativen Befragung von Journalisten (n=88). Zudem wurde auf Umfragen von IMAS und MARKET zurückgegriffen. Die Untersuchung zeigt, dass prominente Quereinsteiger zentral "von oben" vor allem für "second order elections" rekrutiert werden. Sie sind als Kandidaten erfolgreicher als als Politiker. Ihnen fehlen wesentliche politische Kompetenzen. Ihre Erfolgchancen steigen mit dem Abstand zum politischen Machtzentrum und ihrer Anpassung an traditionelle politische Spielregeln. Rahmenbedingungen, die politische Quereinsteiger begünstigen, sind brüchige Parteibindungen, Politikerverdrossenheit, Vertrauensdefizite, zunehmende Komplexität, Personalisierung und Mediatisierung. (ICE2)

[301-L] Zülsdorf-Kersting, Meik:

**Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust: eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation**, (Geschichtskultur und historisches Lernen, Bd. 2), Berlin: Lit Verl. 2007, 531 S., ISBN: 978-3-8258-0907-2 (Standort: THB Aachen(82)-Mg5495-2)

**INHALT:** "Sechzig Jahre nach Kriegsende und der Befreiung der Lager lief die Gedenkmaschine auf Hochtouren. Doch was wissen Jugendliche vom Holocaust? Wie erklären sie sein Zustandekommen? Wie stufen sie die Rolle der Täter und der Mehrheitsbevölkerung im Nationalsozialismus ein? Vor allem aber: Wie verändern sich diese Auffassungen innerhalb eines Jahres? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang der Geschichtsunterricht, Gedenkveranstaltungen, Medien, Familiengespräche und Gedenkstättenfahrten? Die vorliegende Untersuchung geht diesen Fragen empirisch nach, indem sie die Ergebnisse einer einjährigen Mittelfriststudie vorstellt und auf dieser Basis eine Theorie der geschichtskulturellen Sozialisation formuliert." (Autorenreferat)

---

## Hinweise zur Registerbenutzung

### Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

### Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

### Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

### Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

### Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.



---

**Personenregister****A**

Abendschön, Simone 210, 217  
Abold, Roland 176  
Ackermann, Ulrike 1  
Aebersold, Monia 211  
Albrecht, Steffen 248  
Amadi, Henry 117  
Amelina, Anna 245  
Andersen, Uwe 92  
Armingeon, Klaus 212  
Arnim, Hans Herbert von 138  
Ash, Mitchell G. 249, 280

**B**

Backes, Uwe 2  
Bader, Erwin 3  
Baecker, Dirk 4  
Baringhorst, Sigrid 274  
Baskaran, Thushyanthan 98  
Baumgarten, Britta 5  
Bedorf, Thomas 6  
Behnke, Joachim 177, 178  
Benz, Arthur 93  
Bernhard, Laurent 188, 189  
Best, Heinrich 63  
Biberstein, Lorenz 139  
Biehl, Heiko 140  
Bleek, Wilhelm 131  
Blumenthal, Julia von 141  
Bock, Norman 250  
Bohlken, Eike 251, 252  
Bolliger, Christian 64  
Bonacker, Thorsten 7  
Börsch-Supan, Axel 280  
Braun, Stephan 253  
Bräuninger, Thomas 178  
Breuss, Nonno 213  
Brock, Ditmar 8  
Brodocz, André 9, 10, 20  
Broschek, Jörg 127  
Brücher, Gertrud 11  
Brumlik, Micha 12  
Büchler, Markus 65  
Buchstein, Hubertus 214  
Burkhart, Simone 94

Busch, Andreas 95  
Buß, Eugen 272  
Butterwegge, Christoph 215  
Bytzek, Evelyn 216, 239

**C**

Colliot-Thélène, Catherine 13  
Creutzburg, Claudia 20

**D**

Daniels, Detlef von 14  
Debiel, Tobias 117  
Debus, Marc 142  
Decker, Frank 96  
Deichmann, Carl 254  
Delhom, Pascal 21  
Deth, Jan W. van 210, 217  
Dettling, Warnfried 143  
Diermann, Melanie 255  
Dirsch, Felix 66  
Dohle, Marco 297  
Dölle, Christian 256  
Dörner, Andreas 257  
Dörr, Nikolas 67

**E**

Eder, Christina 97, 116  
Eith, Ulrich 157  
Ekardt, Felix 15  
Endres, Egon 218  
Engel, Ulf 117

**F**

Faas, Thorsten 179  
Fach, Wolfgang 16  
Faist, Thomas 245  
Fargo, Peter 219  
Fehlhaber, Axel 68  
Feld, Lars P. 98  
Flecker, Jörg 238  
Focke, Sandra 258  
Forkmann, Daniela 259  
Forst, Rainer 17  
Franz-Josef Jelich 295  
Freitag, Markus 180

Frindte, Wolfgang 220  
Frölich, Margrit 260  
Fröschl, Erich 261  
Frühbauer, Johannes J. 18

**G**

Galka, Sebastian 69  
Gamper, Anna 99  
Ganghof, Steffen 160  
Gärtner, Reinhold 262  
Garz, Detlef 68  
Gast, Henrik 100, 144  
Gasteiger, Carolin 287  
Gawrich, Andrea 131  
Geiling, Heiko 145  
Georg, Werner 263  
Geppert, Dominik 70  
Gerhardt, Uta 82  
Geys, Benny 181  
Gilland Lutz, Karin 182  
Gläser, Jochen 19  
Glaser, Stefan 221  
Globisch, Claudia 222  
Gotthardt, Tina 71  
Grasnack, Jan 127  
Grasselt, Nico 264  
Greven, Michael Th. 191  
Groh, Kathrin 72  
Große Hüttmann, Martin 101  
Grotz, Florian 102  
Grunden, Timo 265  
Grünke, Ralf 146  
Gschwend, Thomas 197  
Guggenberger, Sophie 223  
Güllner, Manfred 147  
Gusy, Christoph 72

**H**

Hafeneger, Benno 260  
Hänggli, Regula 188, 189  
Hartig-Perschke, Rasco 248  
Hartleb, Florian 148  
Hecken, Thomas 73  
Heitmeyer, Wilhelm 224  
Helas, Horst 225  
Hempel, Leon 266  
Heni, Clemens 74  
Hennecke, Hans Jörg 226  
Hentges, Gudrun 227

Herrmann, Dietrich 20  
Herrmann, Michael 183  
Hieronymus, Andreas 228  
Hirsch, Alfred 21  
Hirsch, Michael 22, 23  
Hoecker, Beate 184  
Hoff, Benjamin-Immanuel 103  
Höffe, Otfried 251  
Hoffmann, Jochen 267, 268  
Höglinger, Dominic 269  
Holtmann, Dieter 294  
Holtmann, Everhard 104  
Homburger, Birgit 270  
Hönnige, Christoph 105  
Höreth, Marcus 106, 107  
Hug, Simon 182  
Huß, Torsten 185  
Hüttl, Reinhard F. 249, 280

**J**

Jaeggi, Rahel 24  
Jandura, Olaf 149  
Janning, Frank 263  
Jarren, Otfried 267  
Jaschke, Hans-Gerd 229  
Jesse, Eckhard 25, 150, 230, 276  
Jörke, Dirk 26  
Jun, Uwe 151  
Junge, Christian 152

**K**

Kailitz, Susanne 75  
Kaiser, André 52  
Kaiser, Andreas 27  
Kaletsch, Christa 260  
Karlhofer, Ferdinand 108, 231  
Kaufmann, Matthias 28  
Kellermann, Charlotte 186  
Kersting, Wolfgang 29  
Kevenhörster, Paul 109  
Kielmansegg, Peter Graf 249, 280  
Kirloskar-Steinbach, Monika 271  
Kirsch, Sandra 68  
Kirschenhofer, Sabine 238  
Klein, Marcus 187  
Klein, Michael 272  
Knaut, Annette 273  
Kneip, Sascha 110  
Kneip, Veronika 274

Koch, Thomas 275  
Köhne, Michael 111  
Kolb, Felix 232  
König, Frank 276  
Korte, Karl-Rudolf 264, 265  
Kötter, Matthias 112  
Kral, Gerhard 218  
Krämer, Gudrun 30  
Kramer, Helmut 261  
Kranenpohl, Uwe 100  
Kraushaar, Wolfgang 76  
Kreisky, Eva 261  
Krenn, Manfred 238  
Kriesi, Hanspeter 188, 189  
Kruke, Anja 277  
Krumpal, Ivar 190  
Kuhn, Markus 278  
Kuhn, Yvonne 191  
Kühnel, Sebastian-Frederik 153  
Kühnel, Steffen 207  
Kulick, Manuela 192  
Kurth, Reinhard 249, 280

**L**

Ladner, Andreas 154  
Lambrecht, Lars 31  
Laubinger, Katja 279  
Lausberg, Michael 77  
Leggewie, Claus 32  
Lempp, Jakob 152  
Lentsch, Justus 280  
Leunig, Sven 113  
Lhotta, Roland 114  
Linhart, Eric 78, 83  
Lohmann, Georg 33  
Longchamp, Claude 211  
Lorenz, Astrid 115  
Lösche, Peter 155  
Lovric, Ingrid 282  
Lüße, Thiemo 193

**M**

Mackenrodt, Christian 194  
Magin, Raphael 97, 116  
Maier, Jürgen 195  
Maier, Michaela 195  
Maier, Sebastian 122  
Malowitz, Klaudia 34  
Manoschek, Walter 79

Marx, Leonore 35  
März, Peter 80  
Maurer, Marcus 195, 196  
Maurer, Peter 284  
Mayer, Stefan 156  
Mayntz, Renate 249, 280  
Meffert, Michael F. 197  
Mehler, Andreas 117  
Meinel, Florian 112  
Meints-Stender, Waltraud 36  
Meyer, Thomas 37  
Mielke, Gerd 157, 158, 159  
Minkenber, Michael 233  
Möller, Kurt 234  
Möllers, Martin H. W. 235  
Möres, Marc 38  
Morgenstern, Andreas 236  
Müller, Jochen 160  
Müller, Johann Baptist 39  
Münkel, Daniela 81  
Münkler, Herfried 249, 280

**N**

Neidhardt, Friedhelm 249, 280, 281  
Neugebauer, Gero 161  
Neumeier, Gerhard 82  
Nicoll, Norbert 237  
Niedermayer, Oskar 162, 163, 198  
Nieland, Jörg-Uwe 282  
Nolte, Kristina 283  
Nullmeier, Frank 5, 118

**O**

Oeter, Stefan 119  
Onken, Holger 192  
Ooyen, Robert Chr. van 235  
Oppenhäuser, Holger 260

**P**

Papuschek, Ulrike 238  
Pappi, Franz Urban 78, 83, 199, 239  
Parkhomenko, Roman 40  
Parycek, Peter 201  
Pehle, Heinrich 120  
Pelinka, Anton 41  
Perels, Joachim 84  
Pfahl-Traughber, Armin 42, 240  
Pfeiffer, Thomas 221  
Pfetsch, Barbara 284

Philipp, Thomas 164  
Pinkau, Klaus 249, 280  
Plamper, Jan 85  
Podschuweit, Nicole 200  
Priddat, Birger P. 121  
Priester, Karin 165  
Prinz, Sebastian 166  
Pritzlaff, Tanja 5  
Prosser, Alexander 201  
Prutsch, Markus J. 43  
Pukelsheim, Friedrich 122  
Puschnerat, Tania 241

**R**

Raimondi, Francesca 44  
Raschke, Joachim 167  
Rathke, Julia 217  
Rattinger, Hans 186  
Ratzka, Melanie 45  
Raufer, Thilo 263  
Reckwitz, Andreas 7  
Reese-Schäfer, Walter 46, 47  
Reinalter, Helmut 48, 49  
Reinemann, Carsten 195  
Renn, Ortwin 249, 280  
Richter, Emanuel 50, 77, 237  
Rieder, Stefan 123  
Risch, Jörg D. 124  
Risse, Horst 125  
Risse, Thomas 51  
Roessing, Thomas 285  
Röhl, Imke 286  
Rosar, Ulrich 187  
Rubisch, Dagmar 225  
Rucht, Dieter 126, 242

**S**

Sarcinelli, Ulrich 273  
Saretzki, Thomas 205  
Sauer, Bernhard 86  
Saueremann, Jan 52  
Schäfer, Gert 53  
Schäller, Steven 20  
Schäuble, Barbara 243  
Scherr, Albert 243  
Scheufele, Bertram 287  
Schicha, Christian 257  
Schindler, Alexandra 168  
Schmeitzner, Mike 54

Schmidt, Rainer 20  
Schmidt-Aßmann, Eberhard 249, 280  
Schmidt-Lauber, Brigitta 244  
Schmitt, Ralf 78, 83  
Schmitt-Beck, Rüdiger 179  
Schmitz, Manfred 77  
Schnebel, Karin B. 55  
Schneider, Jan 288  
Schoch, Bruno 289  
Schönbohm, Wulf 87  
Schönhoven, Klaus 88  
Schröder, Lena 228  
Schroeder, Wolfgang 169  
Schuett-Wetschky, Eberhard 69  
Schuhmacher, Nils 234  
Schultze, Rainer-Olaf 127  
Schulz, Winfried 290  
Schulze, Isabelle 202  
Schulze Wessel, Julia 20, 56  
Schumacher, Hajo 170  
Schuppert, Gunnar Folke 112, 128  
Schwarz, Hans-Volker 171  
Sebaldt, Martin 129  
Shikano, Susumu 172  
Siefken, Sven T. 130  
Smitten, Susanne In der 291  
Sommer, Frank 57  
Sontheimer, Kurt 131  
Spier, Tim 203  
Srubar, Ilja 222  
Stadelmann-Steffen, Isabelle 180  
Stein, Tine 292  
Steiner, Adrian 267, 268  
Steiner, Stephan 58  
Stern, Jürgen 293  
Steuwer, Janosch 173  
Strohmeier, Gerd 153, 204  
Sturm, Roland 89  
Sturzbecher, Dietmar 294  
Stüwe, Klaus 132  
Stykwow, Petra 59  
Susanne Hantke 295

**T**

Tezcan, Levent 245  
Thaa, Winfried 60  
Thaler, Walter 133  
Tils, Ralf 205  
Troy, Jodok 61



---

Tuchscheerer, Heike 90

**U**

Uhl, Herbert 296

Urban, Johannes 230

**V**

Valchars, Gerd 134

Vatter, Adrian 135, 190

Vermeir, Jan 181

Vester, Michael 145

Virchow, Fabian 246, 247

Vogel, Martina 268

Vogt, Ute 253

Vollmar, Meike 210, 217

Vorländer, Hans 9, 10, 20, 56, 279

Voßwinkel, Jan 136

Vowe, Gerhard 297

**W**

Walter, Franz 174

Wammetsberger, Dorit 220

Wasner, Barbara 298

Weber, Hermann 88

Weihe, Anne Cordelia 5

Weingart, Peter 249, 280

Werz, Nikolaus 214

Weßels, Bernhard 206

Westle, Bettina 207

Widmer, Thomas 123

Wied, Kristina 299

Wiegel, Gerd 227

Wiesendahl, Elmar 175, 252

Wineroither, David 91

Wolf, Armin 300

Wortmann, Rolf 137

**Z**

Zantwijk, Temilo van 62

Zeitler, Benjamin 208

Zilkenat, Reiner 225

Zimmermann, Till 67

Zuckerman, Alan S. 209

Zülsdorf-Kersting, Meik 301



### Sachregister

- A**
- Abgeordneter 63, 69, 108, 248, 259, 273, 298
  - Absolutismus 2
  - Abstimmung 116, 135, 180
  - abweichendes Verhalten 286
  - Adenauer, K. 91, 131, 285
  - Adorno, T. 75
  - agenda setting function 83
  - Akademiker 140
  - Akteur 19, 76, 93, 128, 189, 260, 268, 299
  - Aktivierung 263
  - Aktivität 76
  - Alltag 266
  - Alltagsbewusstsein 215
  - Altersgruppe 81, 207
  - Altersversorgung 202
  - Amerikanisierung 7
  - Anarchismus 257
  - Angestellter 169
  - Anthropologie 3, 17, 34
  - Anti-amerikanismus 235
  - Anti-Atom-Bewegung 232
  - Antifaschismus 295
  - Antiimperialismus 235
  - Antikapitalismus 1, 25
  - Antike 285
  - Antikommunismus 285
  - Antisemitismus 56, 74, 86, 211, 220, 222, 225, 235, 243
  - Arbeiter 169
  - Arbeiterbewegung 84
  - Arbeiterbewusstsein 215
  - Arbeiterklasse 84
  - Arbeitgeber 231
  - Arbeitnehmer 212
  - Arbeitsbedingungen 8
  - Arbeitsgruppe 5
  - Arbeitslosengeld II 174
  - Arbeitsloser 224
  - Arbeitslosigkeit 29, 186, 203, 239
  - Arbeitsmarkt 228
  - Arbeitsmigration 8
  - Arbeitspolitik 83
  - ARD 299
  - Arendt, H. 1, 12, 17, 23, 24, 31, 36, 41, 56, 286
  - Aristoteles 47, 62
  - Armut 60
  - Ästhetik 257
  - Asylpolitik 188, 270
  - Atheismus 39
  - Attentat 3, 216
  - Aufklärungszeitalter 41, 48, 49
  - Aufmerksamkeit 283
  - Ausbildung 247, 267
  - Ausland 287
  - Ausländerfeindlichkeit 224, 227, 228, 235, 238
  - Außenpolitik 70, 90, 261
  - außerparlamentarische Opposition 87
  - Authentizität 246
  - Autonomie 33, 98
  - autoritäres System 54
  - Autoritarismus 54, 227, 235, 238
- B**
- Bayern 218
  - Beamter 169
  - Bedrohung 229
  - Begriffsbildung 12
  - Benachteiligung 203, 228
  - Beratung 60, 267
  - Beratungsgremium 288
  - Berichterstattung 71, 149, 185, 195, 196, 216, 275, 277, 282, 287, 299
  - Berlin 152, 171, 259
  - Beruf 63, 68, 261
  - beruflicher Abstieg 227, 238
  - beruflicher Aufstieg 227, 238
  - berufliche Sozialisation 268
  - Berufsnachwuchs 259
  - Berufsverband 268
  - Besatzungsmacht 82
  - Besatzungspolitik 82
  - Besatzungszone 82, 88
  - Bestandsaufnahme 113, 235
  - Besteuerung 98
  - Best Practice 249, 280
  - Besucher 295

- Beteiligung 168, 296  
 Bevölkerung 96, 211, 296, 301  
 Bewusstsein 38  
 Bilanz 130  
 Bildungsarbeit 221, 253  
 Bildungsministerium 83  
 Bildungsniveau 140  
 Bildungspolitik 82, 101, 113, 263  
 Biographie 58, 68, 244  
 Bismarck, O. 131  
 Bolschewismus 54  
 Brandt, W. 91  
 Bremen 184  
 Bundesamt für Verfassungsschutz 67  
 Bundeskanzler 91, 100, 144, 185, 195, 256, 275  
 Bundeskompetenz 101, 119, 125  
 Bundesland 97, 116, 142, 148  
 Bundesnachrichtendienst 67  
 Bundespolitik 141, 142  
 Bundespräsident 106, 111, 114  
 Bundesrat 95, 113, 119, 125, 132, 141  
 Bundesregierung 78, 100, 130, 288  
 Bundesrepublik Jugoslawien 256  
 Bundesstaat 99, 101, 102, 103, 119, 141  
 Bundestag 100, 119, 132, 142, 151, 259, 273  
 Bundestagswahl 142, 145, 147, 149, 150, 151, 159, 163, 176, 178, 179, 183, 185, 186, 187, 194, 195, 198, 200, 204, 206, 207, 208, 248, 257, 258, 275, 282, 299  
 Bundesverfassungsgericht 10, 20, 89, 120, 138  
 Bundeswehr 247, 287  
 Bund-Länder-Beziehung 98, 101, 120  
 Bund-Länder-Kommission 101  
 Bündnis 90/ Die Grünen 96, 148, 149, 152, 159, 162, 163, 167, 168, 184, 205, 255, 257, 286  
 Bürger 60, 126, 140, 158, 193, 219, 270, 289, 290  
 Bürgerbeteiligung 134, 193, 219, 270  
 Bürgerbewegung 126  
 Bürgerinitiative 237, 269  
 bürgerliche Gesellschaft 27, 28, 49, 158  
 Bürgerrecht 28, 232, 271, 279  
 bürgerschaftliches Engagement 27, 50, 60, 158, 218, 219, 294  
 Bürokratie 121  
 Bürokratisierung 53  
**C**  
 Cassirer, E. 40  
 CDU 69, 80, 81, 83, 100, 113, 132, 142, 143, 144, 145, 148, 151, 152, 153, 159, 162, 163, 168, 170, 179, 187, 195, 198, 200, 205, 208, 255, 257, 258, 275, 277, 286  
 Chancengleichheit 28, 29, 33, 62  
 christdemokratische Partei 153  
 Christentum 38, 39  
 computervermittelte Kommunikation 274  
 Contrat Social 14  
 CSU 80, 113, 142, 145, 151, 159, 162, 163, 179, 187, 198, 200, 286  
**D**  
 DDR 65, 85, 88, 131, 250, 295  
 Dekonstruktivismus 22  
 Deliberation 50  
 deliberative Demokratie 32, 60, 201, 281  
 Demokratieverständnis 26, 37, 46, 50, 109, 161  
 demokratischer Sozialismus 174  
 demokratisches Verhalten 52, 210  
 Demokratisierung 59, 82, 134  
 Deregulierung 237  
 Derrida, J. 21, 22  
 Desorientierung 66  
 Despotie 2  
 Deutschlandpolitik 70  
 deutschsprachige Schweiz 64  
 Dewey, J. 26  
 Dezentralisation 102  
 DGB 84  
 Dialektik 31  
 Didaktik 254  
 Die Grünen 130, 151, 152, 179, 198, 200  
 Dienstleistung 258, 267, 268  
 Dienstleistungsunternehmen 267  
 Die Republikaner 146, 152, 236  
 Digitalisierung 266  
 Diktatur 2, 53, 54, 85, 91  
 direkte Demokratie 50, 97, 116, 135, 138, 155, 180, 188, 189, 193, 223, 269, 289  
 Direktwahl 111, 155, 194

Diskriminierung 33, 211, 224, 228

Diskussion 1, 23, 42, 69, 128, 254

Displaced Person 36

DKP 236

Drittes Reich 74, 84, 91, 225, 296, 301

Dritte Welt 8

DVU 148, 156, 236

## E

Effektivität 293

Egalitarismus 62

Ehrenamt 219

Eigentum 226

Einbürgerung 292

Einheitsfront 84

Einstellungsbildung 234, 243

Einwanderung 245, 271, 279, 292

Einwanderungspolitik 279

Electronic Government 201

elektronische Demokratie 154, 201, 293

elektronische Medien 274, 293

Elite 251, 252, 298

Eltern 210

Emotionalität 211

Engagement 134, 270, 290

Engels, F. 47

Entgrenzung 7, 12, 13, 109

Entnazifizierung 82

Entscheidungsfindung 32, 176, 196

Entscheidungskriterium 196

Entscheidungsprozess 52, 176, 209, 263

Entscheidungsspielraum 69

Entscheidungstheorie 178

Entstaatlichung 112, 137

Entwicklungshilfe 213

Entwicklungspolitik 213, 261

Erfolg-Misserfolg 113, 145, 187, 198,  
232, 300

Erhard, L. 144

Erkenntnistheorie 17

Erlebnisgesellschaft 221

Erwerbsarbeit 29

Erziehung 26

Etatismus 22

Ethik 3, 252

ethnische Beziehungen 224

ethnische Gruppe 55

ethnische Struktur 243

Exekutive 119

Exklusion 33, 36, 60

Experte 130

## F

Fairness 8, 52

Familie 27, 210, 294, 301

Familienpolitik 257, 263

Familienstand 68

Faschismus 25, 41, 42, 54

FDP 69, 148, 149, 151, 152, 159, 162,  
171, 179, 183, 198, 200, 205, 255,  
257

Feindbild 225, 235, 240

Feminismus 73

Fernsehen 195, 200, 257, 258, 299

Finanzausgleich 103

Finanzmarkt 98

Finanzpolitik 103

Finanzverfassung 98, 103

Finanzwirtschaft 7

Flüchtling 36

Föderalismus 90, 92, 95, 98, 101, 102,  
103, 107, 113, 119, 120, 125, 127,  
131, 136, 138, 141

Folter 51

Forschungsansatz 24, 36, 136, 271, 284

Forschungsdefizit 247

Forschungsgegenstand 57

Foucault, M. 7

Fraktionsdisziplin 69

Framing-Ansatz 287

Frankfurter Schule 75

Frankreich 20, 23, 63, 105, 127, 278, 279,  
298

Französische Revolution 49

französischsprachige Schweiz 64

Frau 68, 187, 207, 256, 273, 275

Frauenbewegung 31

Freiheit 1, 12, 18, 21, 28, 29, 33, 34, 50,  
62, 66, 164, 226

freiheitlich-demokratische Grundord-  
nung 1, 230

Freizeitangebot 294

Fremdbild 224, 243

Fremdheit 244

Frieden 11, 21, 61, 246

Friedensbewegung 242, 246

Führung 121, 170, 264

Führungskraft 264

- Führungsposition 264  
 Führungsstil 264  
 Fundamentalismus 1, 3, 42, 43, 48, 229  
 funktionale Differenzierung 7, 33  
 Fußball 235
- G**
- Gedenkstätte 295  
 Geheimdienst 67  
 Geheimhaltung 67  
 Gemeinschaft 19, 23, 27, 34, 44, 271  
 Gemeinwohl 251  
 Gender Mainstreaming 261  
 Generationenverhältnis 71  
 Gerechtigkeit 15, 18, 27, 29, 34, 50, 62,  
 161, 227, 238  
 Gerichtsbarkeit 99, 131  
 Gerichtsverfahren 56  
 Geschichtsbewusstsein 276, 295, 301  
 Geschichtsbild 35, 79, 250, 253, 276  
 Geschichtsschreibung 74, 76  
 Geschichtsunterricht 296, 301  
 Geschlecht 187, 207, 275  
 Geschlechterverhältnis 256  
 gesellschaftliches Bewusstsein 38  
 Gesellschaftskritik 35, 73, 74  
 Gesellschaftsordnung 12, 20, 38, 49, 57,  
 90, 93  
 Gesellschaftspolitik 18, 142  
 Gesellschaftstheorie 18  
 Gesellschaftswissenschaft 38  
 Gesetz 107, 188  
 Gesetzentwurf 113  
 Gesetzesnovellierung 122  
 Gesetzgebung 69, 94, 97, 105, 107, 112,  
 119, 120, 129  
 gesetzliche Regelung 5, 280  
 Gesundheit 294  
 Gesundheitspolitik 261  
 Gesundheitswesen 219  
 Gewalt 4, 11, 21, 38, 75, 117, 166, 224,  
 230, 240, 294  
 Gewaltbereitschaft 75, 117, 229, 230, 240  
 Gewaltenteilung 2, 47, 59, 99, 102, 104,  
 110, 114  
 Gewaltlosigkeit 75  
 Gewerkschaft 84, 88, 169, 212, 215, 231  
 Glaube 11, 38, 48  
 Gleichberechtigung 289  
 Gleichheit 1, 29, 33, 50, 62, 99, 164  
 Gleichschaltung 25  
 globaler Wandel 8  
 Global Governance 118, 137  
 Globalisierung 1, 8, 10, 12, 15, 21, 28, 36,  
 37, 109, 139, 215, 226, 229, 272  
 Gouvernamentalität 60  
 Governance 10, 19, 93, 96, 112, 114, 118,  
 121, 127, 128, 137  
 Große Koalition 80, 100, 101, 107, 113,  
 132, 145, 151, 159, 199, 256  
 Grundgesetz 46, 69, 89, 106, 166, 168, 193  
 Grundrecht 18, 28, 62, 99, 168  
 Grundsatzprogramm 174  
 Grundschule 210, 217
- H**
- Habermas, J. 73, 75  
 Hamburg 150  
 Handlungsorientierung 211, 229, 260  
 Handlungstheorie 178  
 Hartz-Reform 60, 96, 224  
 Hayek, F. 226  
 Hegel, G. 31  
 Heine, H. 31  
 Hermeneutik 47, 58  
 Herrschaft 2, 31, 61, 73, 91, 226, 289  
 Herrschaftsform 2, 91  
 Hessen 150, 260  
 Heterophobie 224, 294  
 Heuristik 196  
 Hilferding, R. 54  
 historische Analyse 66, 88, 89, 105, 235,  
 256, 299  
 historischer Materialismus 53  
 Historisierung 66  
 Hitler, A. 85, 91  
 Hobbes, T. 21, 47, 61  
 homo oeconomicus 52  
 Hörfunk 257, 258  
 Horkheimer, M. 75  
 Humankapital 109
- I**
- Ideengeschichte 14, 40, 47, 61  
 Identifikation 289  
 Identität 164, 244  
 Identitätsbildung 244  
 Ideologie 42, 56, 66, 235, 240, 241

- Image 300  
 Individualisierung 7, 15  
 Individualismus 15, 27, 31, 33, 62, 226  
 Individualrecht 30, 51  
 Individuum 30, 34, 51, 57, 271  
 industrielle Beziehungen 231  
 Informationsstand 301  
 informelle Kommunikation 265, 273  
 informelle Struktur 133  
 Inklusion 33, 60, 273  
 Innenpolitik 70, 80, 83, 233  
 innere Sicherheit 61, 117, 230, 233, 266  
 Input-Output-Analyse 126, 212  
 Institutionalisierung 20, 240, 280  
 Institutionalismus 22  
 institutionelle Faktoren 90, 95, 97, 102, 269  
 institutioneller Wandel 102, 127  
 Institutionstheorie 9  
 Instrumentarium 178, 217, 258, 264, 277  
 Integrationskonzept 292  
 Integrationspolitik 292  
 Intellektueller 46  
 Interaktionsmuster 93  
 Interessengruppe 121, 135, 281  
 Interessenlage 93  
 Interessenorientierung 141  
 Interessenpolitik 16, 126, 134, 141, 169, 212, 231  
 Interessenvertretung 60, 126, 134, 175, 212, 231, 268, 281  
 intermediäre Organisation 59, 126  
 internationale Beziehungen 21, 51, 131  
 internationale Organisation 213, 261  
 internationale Politik 112, 261  
 internationales Abkommen 51  
 internationales Recht 3  
 internationales System 137  
 internationale Zusammenarbeit 213  
 Internationalisierung 109, 229, 240  
 Internet 201, 204, 221, 248, 253, 285, 291, 293  
 Islam 1, 30, 43, 224  
 Islamismus 3, 30, 42, 230, 235, 240, 241  
 Israel 211, 220, 222, 225
- J**
- Jude 211, 222, 225, 243, 301  
 Judentum 221, 222, 253  
 Judenverfolgung 225, 296, 301  
 Judikative 10, 110  
 Jugend 71, 217, 282  
 Jugendarbeit 253, 260  
 Jugendkultur 234  
 Jugendlicher 201, 221, 234, 235, 243, 282, 294, 301  
 junger Erwachsener 259  
 Jurist 72  
 Justiz 233
- K**
- Kalter Krieg 171  
 Kampagne 191, 198, 204, 208, 237, 274  
 Kandidatenaufstellung 155  
 Kandidatur 187, 195, 198  
 Kant, I. 21, 47  
 Kanton 116, 123, 135, 180, 219, 289  
 Kanton Solothurn 123  
 Kanton Uri 123  
 Kanton Wallis 123  
 Kanton Zürich 123  
 Kapitalismus 28, 39, 53  
 Karriere 300  
 katholische Soziallehre 3  
 Katholizismus 64  
 Keynesianismus 103  
 Kind 210, 217  
 Kirche 219  
 Kleinbürgertum 215  
 Koalition 69, 83, 84, 113, 130, 150, 151, 179, 184, 188, 197, 199, 205  
 Koalitionsbildung 83, 100, 150, 151, 157, 167, 188, 197  
 Koalitionsfreiheit 84  
 Koalitionspolitik 80, 83, 100, 132, 151, 159  
 Koexistenz 289  
 Kollektiv 19  
 kollektive Identität 274  
 Kollektivismus 226  
 Kommission 5, 60, 130, 288  
 Kommunikation 88, 267, 285, 290  
 Kommunikationsmedien 229, 274  
 Kommunikationspolitik 255  
 kommunikative Kompetenz 270  
 Kommunismus 53, 226, 250  
 Kommunitarismus 27, 34, 35, 134  
 Kompetenzverteilung 46, 101, 109, 110,

- 119, 125  
 Konfliktregelung 55, 112  
 Konkordanzdemokratie 64, 108, 133, 223  
 Konservatismus 39  
 konservative Partei 223  
 Konstitutionalismus 136  
 Konstruktivismus 45  
 Kontingenz 7  
 Kontrakttheorie 18, 47  
 Koordination 93, 128  
 Korporatismus 268  
 Korruption 286  
 KPD 84  
 Krieg 3, 11, 21, 246  
 Kriegsverbrechen 79, 262  
 Kriminalität 294  
 Krise 61, 131, 139, 153, 155, 175, 270  
 Krisenbewältigung 61, 270  
 Krisenkommunikation 270  
 Krisenverhalten 270  
 Kritische Theorie 6, 25, 54, 75  
 Kultur 8, 40, 70, 73, 219, 289  
 kulturelle Identität 292  
 kulturelle Vielfalt 15  
 Kulturgeschichte 66  
 Kulturphilosophie 40  
 Kulturrelativismus 1  
 Kulturrevolution 66  
 Kulturwandel 8, 274  
 Kulturwissenschaft 7
- L**
- Laie 300  
 Landbevölkerung 214  
 Länderkompetenz 101, 102, 119, 125  
 Landespolitik 141, 142  
 Landesregierung 78, 83  
 ländlicher Raum 214  
 Landtag 108, 122, 152  
 Landtagswahl 141, 142, 145, 147, 150,  
 152, 184, 190, 192, 205, 255  
 Lebensbedingungen 8  
 Lebenslauf 58, 68  
 Lebenssituation 203, 227, 238, 294  
 Lebensstil 71, 73, 263  
 Legislative 99, 110  
 Legislaturperiode 142  
 Legitimation 11, 14, 57, 84, 109, 137,  
 140, 167, 175, 244
- Legitimität 73, 249, 293  
 Leistung 174  
 Leistungsfähigkeit 129  
 Leitbild 11, 164, 249  
 Lernen 210  
 liberale Partei 171  
 Liberalismus 1, 18, 28, 33, 34, 35, 49, 58,  
 62, 193, 226, 271, 281  
 Linksliberalismus 22  
 Linksradikalismus 22, 76, 173, 222, 230,  
 235, 236, 241, 244  
 Linksozialismus 161  
 Lobby 16, 212, 213, 237, 261, 268  
 Locke, J. 47  
 Loyalität 292  
 Luhmann, N. 23, 73  
 Luxemburg, R. 54
- M**
- Machiavelli, N. 47, 61, 286  
 Machiavellismus 16  
 Macht 10, 13, 17, 61, 91, 104, 121, 129,  
 153, 170, 226, 286  
 Machtpolitik 137  
 Machtsicherung 252, 286  
 Management 118, 123, 264  
 Managementansatz 264  
 Manipulation 287  
 Mann 187, 256  
 Maoismus 22  
 Marcuse, H. 25, 54, 73, 75  
 Marketing 255, 257, 258, 278  
 Marketinginstrument 255  
 Marketingpolitik 258  
 Markt 226, 283  
 Marktorientierung 224  
 Marktwirtschaft 166  
 Marx, K. 31, 47  
 Marxismus 25, 53, 54, 250  
 Marxismus-Leninismus 85  
 Massenkommunikation 290  
 Massenmedien 7, 126, 196, 275, 281, 283,  
 284, 287, 290  
 mathematische Methode 122  
 Mecklenburg-Vorpommern 214  
 Mediatisierung 273, 297, 300  
 Medien 71, 149, 168, 185, 195, 216, 254,  
 267, 268, 277, 278, 282, 284, 290,  
 297, 301



- Mediengesellschaft 149, 154, 196, 281, 283  
Medienpolitik 154  
Medienrecht 285  
Medientheorie 281  
Mehrebenensystem 99, 127  
Mehrheitsprinzip 122  
Mehrheitswahl 177  
Mehrsprachigkeit 289  
Meinungsbildung 277, 287  
Meinungsforschung 277  
Menschenbild 34, 35, 52, 58, 174  
Menschenrechte 14, 21, 29, 30, 31, 51, 55, 271  
Menschenwürde 14  
Mentalität 241  
Migrant 228, 245, 292  
Migration 36, 245, 271, 294  
Migrationsforschung 261  
Migrationspolitik 228, 261, 279  
Militär 247  
militärische Intervention 287  
Militarisierung 226  
Minderheit 55, 99, 224  
Minister 78, 83, 121  
Ministerialverwaltung 121  
Ministerium 83  
Ministerpräsident 205, 265  
Missbrauch 286  
Mittelschicht 227, 238  
Mitwirkung 105  
Mobilisierung 46, 189, 195, 199, 274  
Moderne 7, 39, 41, 43, 48, 58, 66, 229  
Modernisierung 7, 8, 48, 64, 215, 220, 229, 298  
Modernisierungstheorie 41  
Modularisierung 48  
Monarchie 48  
Montesquieu 31, 47  
Moral 27, 34, 35, 57, 271  
Motiv 52, 56, 71, 296  
Motivation 3, 199  
multikulturelle Gesellschaft 7, 271, 292  
Musik 221  
Mythos 11, 21
- N**  
Nachhaltigkeit 46  
Nachkriegszeit 77, 82, 88, 171
- Nahostpolitik 3  
Nation 99, 289  
Nationalbewusstsein 272  
nationale Identität 90, 262, 271, 272  
nationale Politik 289  
nationales Stereotyp 211  
Nationalismus 42, 220, 227, 238, 247  
Nationalität 217  
Nationalrat 199  
Nationalsozialismus 56, 68, 74, 85, 226, 247, 262, 295, 296, 301  
Nationalstaat 12, 13, 41, 102, 109  
Naturalismus 24  
Naturkatastrophe 216  
Naturrecht 18  
Neofaschismus 246  
Neokonservatismus 58  
Neokorporatismus 23  
Neoliberalismus 28, 161, 215, 227, 238  
Neomarxismus 25  
Neonazismus 215, 229, 235, 246  
Netzwerk 112, 121, 240, 259  
Neue Politische Ökonomie 190  
Neutralität 289  
nichtstaatliche Organisation 112, 134, 137, 213, 261  
Nichtwähler 193  
Niedersachsen 150, 192, 205  
Nivellierung 140  
Non-Profit-Organisation 137, 258  
Nordrhein-Westfalen 77, 122, 173, 255  
Norm 30, 51, 78, 217  
Normalität 229  
Normativität 14, 30, 51, 136, 164  
Normierung 174  
Normverletzung 30, 51  
NPD 152, 163, 246  
NSDAP 68
- O**  
offene Gesellschaft 226  
öffentliche Kommunikation 267  
öffentliche Meinung 1, 76, 179, 211, 220, 277  
öffentlicher Haushalt 103  
öffentlicher Sektor 104  
öffentliche Verwaltung 118, 121, 123  
Öffentlichkeit 1, 20, 31, 42, 50, 126, 154, 247, 281, 287, 290, 293

- Öffentlichkeitsarbeit 237, 285  
 Ökonomie 283  
 ökonomische Theorie 3, 52, 136, 190  
 Ökonomisierung 224  
 Opfer 262  
 Opposition 64, 105, 107, 165, 171  
 Ordnungspolitik 136  
 Organisation 46, 161, 204, 240, 249  
 Organisationsentwicklung 140, 143, 147, 167  
 Organisationsform 19  
 Organisationsprinzip 102  
 Organisationsstruktur 19, 112, 140, 152, 161, 241, 259  
 Österreich 79, 102, 108, 127, 133, 134, 197, 199, 201, 202, 231, 238, 261, 262, 274, 300  
 Ostpolitik 80  
 Ost-West-Konflikt 171  
 ÖVP 199
- P**
- Paradigma 128, 145  
 Parlament 63, 121, 129, 131, 134, 247  
 parlamentarischer Ausschuss 67, 133  
 Parlamentarischer Rat 69  
 Parlamentarismus 63, 69, 114, 133, 166  
 Parlamentsdebatte 279, 297  
 Parteianhänger 68, 152  
 Parteiengesetz 138, 156  
 Parteienrecht 138  
 Parteienstaat 138, 144  
 Parteigründung 139, 161, 171, 173  
 Parteipolitik 27, 81, 113, 132, 139, 141, 143, 147, 160, 165, 167, 170, 175, 178  
 Parteispaltung 139  
 Parteiverbot 233  
 Partizipation 60, 134, 135, 182, 219, 270, 293  
 Patriotismus 292  
 PDS 148, 151, 152, 162, 163, 166, 168, 173, 198, 235, 236  
 Personal 259, 268  
 Personalführung 264  
 Personalisierung 185, 195, 198, 257, 258, 275, 299, 300  
 Personenkult 85  
 Persönlichkeit 144, 194, 196, 265
- Pfadabhängigkeit 119  
 Phänomenologie 6  
 Philosophie 31, 35, 38  
 philosophische Aufklärung 58  
 Plakat 258  
 Platon 47  
 Pluralismus 7, 34, 60, 164, 271  
 Polarisierung 64  
 Politikberatung 4, 32, 72, 130, 213, 249, 261, 265, 268, 280, 288  
 Politiker 72, 121, 145, 178, 181, 196, 248, 256, 258, 265, 270, 275, 286, 300  
 Politikerin 170  
 Politikfeld 83, 128, 267  
 Politikumsetzung 5  
 Politikverdrossenheit 203, 224, 227, 238, 300  
 Politikvermittlung 201, 273, 282  
 Politikwissenschaft 22, 38, 47, 54, 61, 128, 261  
 politisch-administratives System 293  
 politische Agenda 189  
 politische Aktivität 5, 259  
 politische Bewegung 43, 49, 74, 76, 77, 165, 232, 242, 246  
 politische Bildung 26, 215, 221, 247, 253, 254  
 politische Elite 64, 96, 193, 298  
 politische Entscheidung 5, 52, 213, 261, 263, 286  
 politische Entwicklung 81, 115, 116, 146, 152, 153, 175, 180, 191  
 politische Ethik 29, 50  
 politische Folgen 87, 182, 199, 290  
 politische Führung 81, 85, 91, 100, 143, 144, 147, 170, 264  
 politische Geschichte 81, 247  
 politische Gruppe 214  
 politische Herrschaft 17, 57  
 politische Ideologie 43, 76, 81, 165, 215  
 politische Institution 20, 52, 59, 116, 135, 180, 249, 293  
 politische Integration 140, 223  
 politische Intervention 260  
 politische Kommunikation 72, 154, 189, 196, 198, 204, 248, 256, 257, 265, 267, 268, 269, 270, 273, 277, 278, 284, 285, 290, 299, 300  
 politische Kontrolle 67, 108, 129, 247

- politische Kriminalität 230, 286  
politische Krise 153  
politische Kultur 20, 29, 37, 59, 65, 81, 82, 90, 108, 133, 159, 164, 174, 215, 220, 223, 254, 261, 262, 283, 284, 288, 293  
politische Linke 54, 148, 157, 161, 164, 165, 167, 173, 174, 183, 192, 205  
politische Macht 10, 22, 77, 78, 100, 106, 129, 132, 153, 170, 286  
politische Meinung 179, 209  
politische Mitte 143, 157  
politische Ökonomie 37, 47  
politische Partizipation 59, 60, 116, 180, 201, 203, 223, 232, 274, 291, 294  
politische Philosophie 6, 12, 13, 14, 17, 18, 21, 23, 26, 31, 40, 41, 44, 49, 57, 58, 61, 271  
politische Planung 19, 93  
politischer Akteur 64, 72, 107, 132, 268, 290  
politische Rechte 86, 157, 215, 224, 227, 238, 253, 260  
politische Reform 82, 127  
politischer Einfluss 19, 93, 100, 106, 129, 132, 186, 202, 216, 237, 245, 265, 297  
politischer Konflikt 132, 133  
politischer Prozess 94, 130, 254  
politischer Unterricht 296  
politischer Wandel 12, 63, 72, 87, 89, 102, 124, 136, 150, 158, 159, 166, 176, 232, 268, 297  
politisches Bewusstsein 254  
politisches Handeln 5, 13, 17, 24, 37, 57, 94, 100, 132, 160, 245, 291  
politisches Interesse 203  
politisches Mandat 78  
politische Sozialisation 68, 210, 217  
politisches Programm 27, 83, 142, 143, 146, 147, 152, 160, 161, 164, 165, 166, 167, 175, 227, 238, 258, 259, 263  
politisches Regime 93  
politische Steuerung 19, 93, 112, 137  
politische Strategie 160, 205, 213, 260  
politisches Verhalten 52, 78, 247  
politische Theorie 9, 10, 12, 17, 18, 22, 23, 24, 27, 34, 36, 38, 40, 41, 45, 49, 50, 54, 57, 73, 178, 232  
politische Verhandlung 78  
politische Willensbildung 126, 133, 134, 154, 160, 168, 175, 182, 212, 213, 261, 279  
Politisierung 23, 24, 43, 282  
Politologe 261  
Polizei 233  
Popularität 205, 216, 239  
Populismus 148, 165, 203, 215, 223, 227, 238  
Postmoderne 7  
postsozialistisches Land 256  
praktische Philosophie 35  
Präsidialsystem 114  
Prävention 233, 235, 247  
Prekariat 227, 238  
Presse 168, 258  
Pressefreiheit 67  
Privateigentum 166  
privater Sektor 104  
Privatisierung 137, 227, 238  
Privatsphäre 275  
PRO 7 282  
Produktpolitik 255  
Professionalisierung 191, 208, 267  
Prognose 159  
Propaganda 221  
Protestantismus 64  
Protestbewegung 25, 71, 73, 87, 232, 274  
Psychoanalyse 21  
psychosoziale Faktoren 203
- Q**  
Qualifikation 264
- R**  
Radikalismus 42, 90, 183, 222, 223, 235, 236, 241  
Rassismus 42, 221, 224, 228, 247  
Rätedemokratie 54  
Rational-Choice-Theorie 10, 178, 209  
Rationalisierung 7, 48  
Rationalität 196, 265  
Rawls, J. 18, 34  
Recht 13, 21, 50, 105, 201, 232  
rechtsextreme Partei 77, 146, 148, 156, 236  
Rechtsgrundlage 46

- Rechtsnorm 13  
 Rechtsordnung 112  
 Rechtsprechung 10, 224  
 Rechtsradikalismus 54, 77, 86, 146, 214, 215, 221, 222, 223, 224, 227, 229, 230, 233, 234, 235, 236, 238, 246, 247, 253, 260, 294  
 Rechtsstaat 2, 3, 23, 29, 30, 51, 54, 99, 104, 112, 233  
 Rechtstheorie 23  
 Rechtsvergleich 112  
 Reeducation 82  
 Reformbereitschaft 95  
 Reformpolitik 95, 96, 123, 231  
 Regierung 26, 59, 80, 89, 93, 99, 105, 107, 114, 124, 131, 137, 143, 157, 186, 216, 239  
 Regierungsbildung 78, 100, 129, 184, 199, 205  
 Regierungslehre 93  
 Regierungspartei 100, 132, 190, 239  
 Regierungspolitik 84, 100, 124, 132, 202  
 Regime 263  
 Regionalisierung 272  
 Rekrutierung 252, 298, 300  
 Religion 3, 11, 30, 38, 43, 48, 51, 58, 235  
 Religionskritik 58  
 religiöse Bewegung 43  
 Religiosität 43  
 Rente 202  
 Repräsentation 60, 63, 129, 140, 175  
 repräsentative Demokratie 59, 60, 109, 193  
 Repression 75, 233, 295  
 Republikanismus 17, 22, 31  
 Resozialisierung 198  
 Restauration 31, 85  
 Revolution 73  
 Reziprozität 52  
 Rhetorik 189  
 Richter 120  
 Ritual 82, 299  
 Rollenverständnis 256  
 Rollenverteilung 144  
 Rotes Kreuz 285  
 Rousseau, J. 47  
 RTL 299
- S**  
 Säkularisierung 43  
 Salzburg 133  
 SAT 1 299  
 Scheler, M. 38  
 schichtspezifische Faktoren 64  
 Schmitt, C. 22, 61, 253  
 Schröder, G. 96, 130, 144, 145, 195, 239, 256  
 Schulbildung 68  
 Schüler 217  
 Schulverweigerung 294  
 Schwangerschaftsabbruch 269  
 Schweiz 64, 92, 98, 116, 123, 135, 139, 154, 180, 188, 211, 212, 219, 223, 267, 268, 269, 274, 278, 289  
 SDS 87  
 SED 171  
 Selbstbestimmung 55  
 Selbstbestimmungsrecht 55  
 Selbstbewusstsein 38  
 Selbstbild 68, 91, 243, 244, 257  
 Selbstdarstellung 244, 283  
 Selbsteinschätzung 245  
 Selbsterfahrung 7  
 Selbstmord 3  
 Selbstverständnis 48, 226, 244, 272  
 Selbstverwirklichung 34  
 Sezession 55  
 Sicherheit 46, 117, 266  
 Sicherheitspolitik 46, 261  
 Skandal 216, 285  
 Smith, A. 47  
 Soldat 247  
 Solidarität 50  
 sowjetische Besatzungszone 85  
 Sozialabbau 96  
 Sozialdemokratie 37, 54, 147, 259  
 sozialdemokratische Partei 37, 153  
 soziale Anerkennung 6, 50, 224, 234, 283  
 soziale Bewegung 8, 66, 73, 126, 232, 242, 246, 269  
 soziale Beziehungen 6, 50  
 soziale Differenzierung 243  
 soziale Gerechtigkeit 1, 15, 29, 37, 145  
 soziale Herkunft 63, 298  
 soziale Integration 234, 245, 263, 279  
 soziale Konstruktion 45, 243  
 soziale Lage 215

- 
- soziale Marktwirtschaft 237  
sozialer Konflikt 139  
sozialer Prozess 36  
sozialer Status 226, 263  
sozialer Wandel 64, 66, 87, 89, 158, 176,  
217, 297  
soziale Schicht 140, 203  
soziale Schichtung 252  
soziale Schließung 36, 263  
soziale Sicherung 202  
soziales Lernen 209  
soziales Milieu 45  
soziales Netzwerk 19  
soziales Problem 36, 45  
soziales Verhalten 5  
soziale Ungleichheit 28, 33, 203, 224,  
252, 263  
soziale Wahrnehmung 211  
soziale Wirklichkeit 14  
Sozialisation 234, 301  
Sozialisationsinstanz 210  
Sozialismus 53, 54, 166, 250  
sozialistischer Staat 85  
Sozialkapital 109, 145, 219  
Sozialordnung 93  
Sozialpartnerschaft 231  
Sozialphilosophie 21  
Sozialpolitik 29, 70, 83, 143, 159, 219,  
237, 261  
Sozialstaat 27, 29, 37, 96, 145, 159, 174,  
237  
Sozialstruktur 169, 298  
Sozialwesen 219  
Sozialwissenschaft 261  
sozioökonomische Entwicklung 227, 238  
sozioökonomische Lage 227, 238  
Spätkapitalismus 25  
SPD 69, 80, 81, 83, 84, 96, 100, 113, 130,  
132, 142, 144, 145, 147, 148, 151,  
152, 153, 159, 161, 162, 163, 167,  
168, 169, 174, 179, 184, 195, 198,  
200, 205, 239, 255, 257, 258, 259,  
277, 286  
Spende 168  
Spionage 67  
Splitterpartei 148, 149, 157, 173  
SPÖ 199  
Sport 219, 294, 297  
Sprache 8, 221, 254  
Staatenlosigkeit 36  
staatliche Einflussnahme 19, 93  
staatliche Lenkung 19, 93  
Staatsangehörigkeit 279, 289  
Staatsapparat 124  
Staatsform 48, 131, 289  
Staatsfunktion 93, 124  
Staatsgewalt 57, 99, 137  
Staatsgründung 70  
Staatsphilosophie 61, 99  
Staatssozialismus 53  
Staatstätigkeit 135  
Staatstheorie 22, 23, 61, 72  
Staatsverschuldung 98, 103  
Stabilität 293  
Stadt 218, 276  
Stalinismus 25, 54, 85  
Statuszuweisung 263  
Steuerpolitik 103  
Stiftung 237  
Strafrecht 3, 286  
Strafverfolgung 233  
Strukturwandel 154, 157, 298  
Studentenbewegung 25, 66, 74, 75, 76, 87  
supranationale Beziehungen 109  
Symbol 9, 20, 221, 254  
symbolische Politik 9, 254, 257  
Symbolismus 40  
Systemstabilisierung 20  
Systemtheorie 4, 7, 10, 23, 126, 193  
Systemvergleich 59
- T**  
Tarifautonomie 231  
Täter 56, 244, 301  
Taxonomie 288  
technischer Wandel 274  
Terrorismus 3, 4, 46, 75, 76, 230, 240, 244  
Theologie 38  
Theoriebildung 14, 17, 24  
Theorie-Praxis 255  
Tirol 133  
Tocqueville, A. 47, 286  
Totalitarismus 2, 17, 25, 40, 41, 42, 43, 54,  
74, 226, 241  
Totalität 11  
Tradition 131  
Transparenz 293  
Türke 245

- Typologie 2, 68, 114, 130, 219, 267, 268, 284, 288
- U**
- Überhangmandat 122, 177  
 Überwachung 233, 266  
 Umfrageforschung 179  
 Ungleichheit 62  
 Unilateralismus 3  
 Unitarismus 141  
 Universalismus 30, 31, 51  
 UNO 51  
 Unterentwicklung 3  
 Unterhaltung 282  
 Unternehmen 168, 268  
 Unternehmensführung 264  
 Unternehmer 168  
 Unterricht 254  
 Unterschicht 192, 203  
 Urteilsbildung 26  
 USA 10, 20, 46, 82, 181, 232, 269  
 Utilitarismus 18  
 Utopie 11, 47, 73
- V**
- Verantwortungsbewusstsein 252  
 Verantwortungsethik 252  
 Verband 131, 212, 245, 268  
 Verbändesystem 126, 231  
 Verbandspolitik 212, 231  
 Verbrechensbekämpfung 3  
 Verdrängung 250  
 Verein 19, 233, 245  
 Vereinswesen 19  
 Verfassungsänderung 106, 107, 115, 133, 134  
 Verfassungsgebung 69  
 Verfassungsgericht 20, 99, 105, 110, 120, 178, 233  
 Verfassungsmäßigkeit 122, 253  
 Verfassungsrecht 107, 120  
 Verfassungsschutz 233  
 Verfassungstreue 230  
 Verflechtung 169  
 Vergangenheitsbewältigung 79, 220, 262, 295  
 Verhaltensmuster 247  
 Verhältniswahl 177  
 Vernetzung 8, 23, 109, 274
- Vernunft 3, 48  
 Versammlungsfreiheit 233  
 Verteilungsgerechtigkeit 50, 84  
 Vertrag 136  
 Vertrauen 20, 21, 52, 145  
 Verwaltung 121  
 Verwissenschaftlichung 277  
 Video 266  
 Virtualisierung 291  
 virtuelle Gemeinschaft 291  
 Visualisierung 299  
 visuelle Wahrnehmung 287  
 Voegelin, E. 38  
 Volk 72, 99, 153  
 Völkermord 225, 296, 301  
 Völkerrecht 55  
 Volksabstimmung 64, 97, 116, 135, 155, 180, 182, 188  
 Volksbegehren 97, 116, 135, 180, 182  
 Volksdemokratie 116, 135, 180  
 Volksentscheid 97, 182  
 Volkspartei 143, 148, 153, 157, 158, 175  
 Vorbild 289  
 Vormärz 31  
 Vorurteil 211
- W**
- Wahlbeteiligung 161, 176, 180, 193, 205  
 Wahlbündnis 197, 199  
 Wähler 147, 157, 169, 172, 181, 183, 192, 195, 199, 203, 207  
 Wahlergebnis 147, 150, 157, 161, 173, 178, 184, 190, 192, 195, 199, 205  
 Wahlforschung 159, 172, 179, 299  
 Wahlgesetz 122  
 Wahlkampf 27, 142, 149, 173, 184, 185, 188, 191, 195, 198, 204, 205, 208, 255, 257, 258, 275, 278, 290  
 Wahlkreis 178, 194  
 Wahlrecht 99, 116, 135, 180  
 Wahlsystem 52, 59, 111, 138, 155, 177, 182, 202  
 Wahlwerbung 200  
 Wahrnehmung 179, 186, 195, 200, 209, 248  
 Website 248  
 Weimarer Republik 46, 58, 68, 72, 80, 86, 225  
 Weiterbildung 247, 264

- 
- Weltbild 48, 68  
Weltgesellschaft 4, 7, 8, 11, 12, 30, 51  
Weltmarkt 28  
Weltordnung 4, 21, 30, 51  
Weltpolitik 4, 15, 21  
Weltwirtschaft 8  
Werbemittel 200  
Werbespot 257  
Werbeträger 300  
Werbung 200  
Wert 89, 217, 254  
Wertorientierung 13, 21, 174, 192, 209,  
254, 279, 289, 294  
Wertsystem 37  
Wertwandel 87  
Wettbewerb 28, 93, 98, 141, 157, 172,  
178, 227, 238, 283  
Widerstand 48, 74, 75, 76, 161, 225  
Wiederaufbau 70  
Wiedervereinigung 90, 116, 131, 276  
Wirkungsanalyse 135, 200, 216  
Wirtschaft 8, 82, 252, 264, 267, 268  
wirtschaftliche Lage 186, 190, 239, 286  
Wirtschaftsentwicklung 64  
Wirtschaftsordnung 90, 226  
Wirtschaftspolitik 70, 142, 143  
Wirtschaftsreform 237  
Wirtschaftsverflechtung 168  
Wissen 38, 45, 50, 217, 301  
Wissenschaftler 58  
wissenschaftliche Beratung 249, 280  
Wissensgesellschaft 249  
Wissenskluft 290  
Wochenzeitung 253  
Wohlfahrtsstaat 50, 96  
Wohnort 68  
Wohnungsmarkt 228
- Z**  
ZDF 299  
Zeitung 168, 200, 250  
Zentralisierung 208  
Zielgruppe 255  
Zielsetzung 259  
Zivilcourage 224  
Zivilgesellschaft 8, 46, 109, 118, 134,  
137, 225, 260, 270  
Zukunftsfähigkeit 153  
Zukunftsperspektive 137, 294
- Zuwanderung 279  
Zweite Republik 79, 108, 300  
Zweiter Weltkrieg 79, 262
- Ziffern**  
18. Jahrhundert 10, 20  
21. Jahrhundert 12





---

**Institutionenregister**

- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Interdisziplinäre Arbeitsgruppen 280
- Fachhochschule Osnabrück, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachgruppe Sozialwissenschaften 137
- Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Promotionskolleg "Gesellschaftliche Interessen und politische Willensbildung - Verfassungskulturen im historischen Kontext" 65
- Frank-Loeb-Institut Landau an der Universität - Forschungsstelle für Politikvermittlung und internationale Verständigung 273
- Freie Universität Berlin, SFB 700 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: neue Formen des Regierens? 112
- Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Nation und Gesellschaft 13
- Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 115
- International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy -IMPRS-SPCE- 52
- Katholische Stiftungsfachhochschule München Abt. Benediktbeuern 218
- Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien FSP 2 Gewalt, Macht und Sicherheit 117
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 94
- Pädagogische Hochschule Freiburg, Fak. III, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politische Bildung, Sozialwissenschaftlicher Sachunterricht 296
- Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Systemlehre und Comparative Politics 77, 237
- Technische Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politischer Extremismus und Parteien" der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. 276
- Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Theorie und Ideengeschichte 9, 10, 20, 56, 279
- Technische Universität Dresden, SFB 537 Institutionalität und Geschichtlichkeit 20
- Universität Augsburg, Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur für Politikwissenschaft 127
- Universität Bielefeld, Fak. für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte 72
- Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Center on Migration, Citizenship and Development -COMCAD- 245
- Universität Bielefeld, SFB 584 "Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte" 72
- Universität Bochum, Institut für soziale Bewegungen -ISB- 295

- 
- Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates 5
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft 170
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik 117
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien 265
- Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft I 297
- Universität Erfurt, Max-Weber-Kolleg für kultur-und sozialwissenschaftliche Studien 14, 58, 124
- Universität Erlangen-Nürnberg, Graduiertenkolleg 706 "Kulturhermeneutik im Zeichen von Differenz und Transdifferenz" 222
- Universität Göttingen, Philosophische Fakultät, Institut für Kulturanthropologie, Europäische Ethnologie 244
- Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte 214
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Politische Theorie und Ideengeschichte 191
- Universität Heidelberg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie 82
- Universität Heidelberg, SFB 619 Ritualdynamik - soziokulturelle Prozesse in historischer und kulturvergleichender Perspektive 82
- Universität Hohenheim, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung 272
- Universität Jena, Philosophische Fakultät, Graduiertenkolleg "Menschenwürde und Menschenrechte" 14
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft 52
- Universität Konstanz, Exzellenzcluster "Kulturelle Grundlagen von Integration" 263
- Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich B Die politischen Systeme Europas und ihre Integration 210
- Universität Passau, Philosophische Fakultät, Promotionskolleg "Politik- und Parteienentwicklung in Europa" 90, 153, 250
- Universität Potsdam, Graduiertenkolleg 1185 Lebensformen und Lebenswissen 44

- 
- Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft 160
- Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Westeuropa 129
- Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre 214
- Universität Siegen, FB 01 Sozialwissenschaften, Philosophie, Theologie, Geschichte, Geographie, Fach Politikwissenschaft Lehrstuhl Politische Systeme, Vergleichende Politikwissenschaft 274
- Universität Tübingen, Fak. für Philosophie und Geschichte, Philosophisches Seminar 251
- Universität Tübingen, Graduiertenkolleg 785 "Globale Herausforderungen - transnationale und transkulturelle Lösungswege" 251
- Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH FSP Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie Forschungsprofessur Neue Formen von Governance 112



## **ANHANG**



---

## **Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur**

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

### **Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr**

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

### **Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln**

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

## **Zur Benutzung der Forschungsnachweise**

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.





# Informations- und Dienstleistungsangebot des GESIS–IZ Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das GESIS–IZ Sozialwissenschaften überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (SOFIS – ehemals FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung – Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Information und Beratung zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung
- Internet-Service

Das GESIS–IZ Sozialwissenschaften wurde 1969 als Informationszentrum Sozialwissenschaften von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Von 1986 an war es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. Seit April 2007 ist das GESIS–IZ eine von drei Abteilungen der neu gegründeten GESIS.

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet. Deren zentrale Aufgaben sind die sozialwissenschaftliche Informations- und Datenvermittlung zwischen Ost- und Westeuropa sowie die Förderung von Ost-West-Kooperationen und die Unterstützung der vergleichenden Forschung. Seit Januar 2006 gehört auch das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) zur GESIS. Das CEWS bietet zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung an.

## Die Datenbanken SOFIS und SOLIS

### SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

**Inhalt:** SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

**Fachgebiete:** Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Me-

thoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

**Bestand der letzten 10 Jahre:** rund 43.000 Forschungsprojektbeschreibungen

**Quellen:** Erhebungen, die das GESIS-IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SIDOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der GESIS-IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

### **SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)**

**Inhalt:** SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

**Fachgebiete:** Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

**Bestand:** Juni 2007 ca. 350.000 Literaturnachweise

**Jährlicher Zuwachs:** zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

**Quellen:** Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom GESIS-IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

### **Zugang zu den Datenbanken**

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken SOFIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

**STN International**  
The Scientific & Technical  
Information Network  
Postfach 24 65  
76012 Karlsruhe  
Deutschland  
Tel.:+49 (0)7247-80 85 55  
www.stn-international.de

**GBI-Genios Deutsche  
Wirtschaftsdatenbank GmbH**  
Freischützstr. 96  
81927 München  
Deutschland  
Tel.:+49 (0)89-99 28 79-0  
www.gbi.de/r\_startseite/index.ein

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

**infoconnex** - der interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und SOFIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden ([www.infoconnex.de](http://www.infoconnex.de)).

SOFIS und SOLIS stehen neben weiteren 12 Datenbanken auch im sozialwissenschaftlichen Fachportal **sowiport** für die Recherche zur Verfügung. Auf [www.sowiport.de](http://www.sowiport.de) können Nutzer folgende Datenbanken integriert oder einzeln durchsuchen:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt enthält sowiport.de rund 2,5 Millionen Literaturnachweise, 50.000 Forschungsprojekte und 8.500 Nachweise zu sozialwissenschaftlichen Institutionen, darüber hinaus Veranstaltungshinweise, Themenschwerpunkte und Links zu Portalen.

Im **Internetangebot der GESIS ([www.gesis.org](http://www.gesis.org))** steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der SOFIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung. Dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in SOFIS mitzuteilen.

## **Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken**

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken SOFIS und SOLIS bietet das GESIS–IZ Sozialwissenschaften entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

## **Auftragsrecherchen**

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das GESIS–IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

## **Informationstransfer von und nach Osteuropa**

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

## **Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid**

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das GESIS–IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

**soFid** ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

## sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe sowiOnline Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken SOFIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe sowiPlus werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter [www.gesis.org/Information/sowiNet](http://www.gesis.org/Information/sowiNet).

## Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des GESIS-IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

## Internet-Service

Die GESIS-Abteilungen GESIS-IZ Sozialwissenschaften, GESIS-ZA (ehemals Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und GESIS-ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) sowie die GESIS-Servicestelle Osteuropa in Berlin bieten unter

***[www.gesis.org](http://www.gesis.org)***

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das GESIS-IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank SOFIS aufgenommen wurden ([www.gesis.org/information/SOFO](http://www.gesis.org/information/SOFO)).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt ([www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE](http://www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE)).

- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom GESIS-IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über [www.gesis.org/Information/Zeitschriften](http://www.gesis.org/Information/Zeitschriften).

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die – gegliedert nach Ländern und Sachgebieten – Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet ([www.gesis.org/SocioGuide](http://www.gesis.org/SocioGuide)) sowie
- der GESIS-Tagungskalender ([www.gesis.org/Veranstaltungen](http://www.gesis.org/Veranstaltungen)) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

## Newsletter

Über Neuigkeiten aus der GESIS informiert zweimonatlich der *gesis report*. Der Newsletter erscheint in elektronischer Form und kann abonniert werden unter: [listserv@listserv.bonn.gesis.org](mailto:listserv@listserv.bonn.gesis.org) (Kommando im Textfeld: *subscribe GESIS-Newsletter Vorname Nachname* – keinen Betreff angeben)

## GESIS-IZ Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30  
53113 Bonn  
Deutschland  
Tel.:+49 (0)228-2281-0  
Fax:+49 (0)228-2281-120  
E-mail:[iz@gesis.org](mailto:iz@gesis.org)

GESIS-Servicestelle Osteuropa  
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin  
Deutschland  
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0  
Fax:+49 (0)30-23 36 11-310  
E-mail:[servicestelle@gesis.org](mailto:servicestelle@gesis.org)

